MASTER
NEGATIVE
98-84427-4

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

98-84427 - 4

Fechenbach-Laudenbach, Friedrich Karl

Der "fünfte" Stand und die Regierungen

Berlin

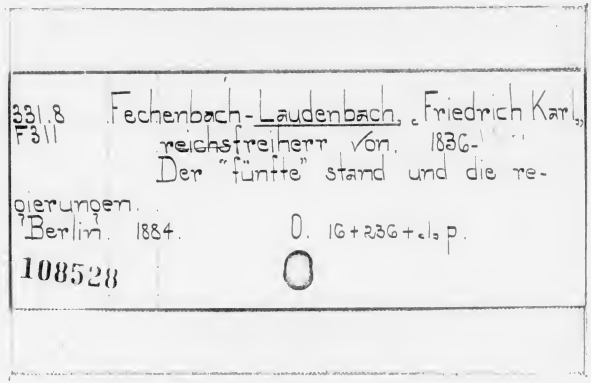
1884

98-84427-4
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

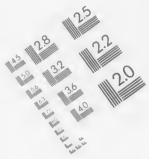
FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: // :1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 111698 INITIALS: LL

TRACKING #: 33220

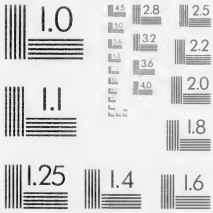
FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC



150 mm

100 mm



ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

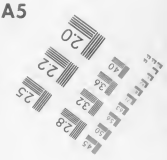
1.5 mm

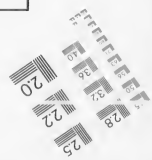
2.0 mm

2.5 mm

A5

A4





PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

Z 87
.N2

331.8
F31

Columbia College
in the City of New York.
Library.

William C. Schermerhorn.
GIFT FOR
Sociology
1894.

GUSTAV E. STECHERT
810 Broadway
NEW-YORK.

Der „fünfte“ Stand

und

die Regierungen.

Von

Freiherrn von Fechenbach-Laudenbach.

Berlin 1884.

Puttkammer & Mühlbrecht.

Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.

64 Unter den Linden.

Widmung.

Indem nachstehende Broschüre die Nothwendigkeit der socialen und wirthschaftlichen Reformen von denjenigen Standpunkten bespricht, welche Männer der beiden christlichen Confessionen im großen Ganzen vertraten, als sie sich am 10. November 1880 in Frankurt a. M. zur Berathung des socialen Reform-Entwurfes vom 1. Juli 1880 versammelten, glaubt der Verfasser nur eine Pflicht der Anerkennung und Dankbarkeit zu erfüllen, wenn er diesen christlichen Social-Reformern seine Arbeit ganz speciell unterbreitet. Die „freie" Vereinigung der Social-Conservativen, welche weder das Centrum noch die „deutsch"-conservative Partei auch nur im entferntesten alteriren soll, da sie ähnlich den Agrariern, die aus Conservativen und Anhängern des Centrums, somit aus Protestanten und Katholiken bestehen und auch Mitglieder anderer politischer Parteien in ihren Reihen zählen, zusammengesetzt ist, hat viele, hat bittere Erfahrungen erleben und auch verschiedene Reinigungen erfahren müssen, bis man ihr allmälig etwas mehr guten Willen, wie auch ein besseres Verständniß entgegenbrachte, und bis sie Ein-

185045

15 My 97 Irw
NOV 2 1894 61-32

gang bei den großen Massen fand. Was die Agrarier für die landbautreibende Bevölkerung erstreben, das hat sich die Vereinigung der Social-Conservativen für die drei großen Productivstände als Aufgabe gestellt, wie sie denn überhaupt die ganze Social- und Wirthschafts-Politik in den Kreis ihrer Arbeiten ziehen zu müssen glaubte. Die Social-Conservativen wollen nur „vorarbeiten", „vorbereiten" und durch positive Verlangen, sowie durch Klarlegungen der verschiedenen Bedürfnisse die großen Massen des Volkes für eine christliche Socialreform gewinnen. Die Geschichte der Wahlen hat uns die Wege gezeigt, die wenigstens von allen praktischen Politikern eingeschlagen werden müssen. In dem Grade, als die großen Massen unsere Verlangen näher kennen lernen und sie richtig verstehen, werden sie ihnen auch zustimmen, sie kräftig unterstützen und uns **das** Vertrauen entgegenbringen, ohne welches alle unsere Bemühungen erfolglos bleiben würden. In der Weise aber, als die Aufmerksamkeit des Volkes geweckt wird und seine Theilnahme für die christliche Social-Reform zunimmt, werden wir auch andere Wahlresultate erleben und dürften dann bald in den Stand gesetzt sein, unsere Verlangen nach und nach realisirt zu sehen. Wer unser Vorgehen als demagogisch im schlimmen Sinne bezeichnet, der kennt es nicht, oder er hat von einer praktischen Politik keine Ahnung. Von den Reden bei geschlossenen Thüren, mit welchen sich vor nicht gar langer Zeit noch manche conservative „Koriphäen" gegenseitig beglückten und begeisterten, bleibt nichts übrig, selbst die feierliche, „festliche" Stimmung jener Redner hält nicht nach

und haben „derartige" Versammlungen nicht den geringsten praktischen Werth; ähnlich verhält es sich auch mit der Bedeutung mancher conservativen Zeitungen. — — —

Welche Wirkungen die social-conservative Reform-Politik zu äußern vermag, haben wir sehr deutlich bei den letzten preußischen Landtagswahlen erfahren und bemerken sie nicht minder in den Verlangen der drei Productivstände. Wäre mehr Opferwilligkeit, Ernst und namentlich mehr Ausdauer*) vorhanden, so hätten wir alle Ursache, mit der größten Beruhigung den kommenden Reichstagswahlen entgegenzusehen. Wir wollen indessen die Hoffnung nicht aufgeben, denn der Geist für die nothwendigen Aenderungen ist geweckt, und mit festen Vertrauen auf Gott, erfüllt von der providentiellen Bedeutung unserer großen heiligen Sache wollen wir als Streiter des Herrn, als treu anhängliche Unterthanen unserer Fürsten und als Bürger des deutschen Reiches in dankbarer Ergebenheit gegen unseren innigst- wie hochverehrten Kaiser nicht ermüden, sondern, was auch immer kommen mag, mit deutscher Zähigkeit und Treue arbeiten und kämpfen, auf daß wir, wenn Gott uns am Leben

*) Leider fehlt diese sehr, und wir kennen Leute, welche sich Anfangs mit einem wahren Feuereifer betheiligten, dann aber immer matter und matter wurden, manche wichtige Angelegenheiten gänzlich liegen ließen und in sehr bestimmter Weise durch ihre Bequemlichkeit oder sonstige Passionen der großen Sache empfindlich schadeten. Wer freilich die socialen Reformen nur als Sport betreibt und sich zurückzieht, sobald der persönliche Reiz, den sie ausgeübt, nachläßt, der wäre weit besser bei seinen alten Passionen geblieben, er hätte dann wenigstens nichts verdorben. Hat man sich aber nur aus dem Grunde der Bewegung angeschlossen, um sie womöglich für „fremde" Zwecke auszubeuten, und trat man nur deshalb zurück, weil man die Erfolglosigkeit seiner geheimen Absichten gewahrte, so brauchen wir über ein solches Benehmen nicht erst ein Urtheil zu fällen.

erhält, noch selbst jene glückliche Zeit schauen, in der ein behäbiger, zufriedener und kräftiger Mittelstand sich aus den Trümmern des falschen Liberalismus erhebt, als breite, sichere Basis für Staat und Gesellschaft, in denen Zucht, Ordnung, Sitte und Zufriedenheit wieder Wurzeln schlagen und der Geist des Christenthums die Herzen mit Glaube, Liebe und Hoffnung erfüllt. —

Allen Männern, die sich diese Aufgabe gestellt haben, ganz besonders aber jenen des 10. November 1880, die treu geblieben sind, sei diese Arbeit gewidmet.

Laudenbach, den 11. Februar 1884.

Vorwort.

In einer Zeit, in welcher man im ganzen Reiche Klagen über das zahlreiche Erscheinen und die vermehrte Frechheit der Vagabunden vernimmt, die bereits nicht blos mehr belästigen, vielmehr auch die Sicherheit erheblich bedrohen, liegt es nahe genug, sich nicht nur mit der Sache selbst, sondern nicht minder mit ihren Ursachen zu beschäftigen. — Das ist theilweise geschehen; die Presse, sowie auch die gesetzgebenden Körper der Einzelstaaten ventilirten die Vagabundenfrage wiederholt, aber man vermißt mehr oder weniger bei all diesen Abhandlungen — wie es denn auch in Hinsicht auf die oft kurz abgemessene Zeit oder den beschränkten Raum kaum anders sein konnte — sowohl das Zurückgreifen auf den eigentlichen Ursprung der Vagabundennoth, als nicht minder den doch sehr nöthigen Zusammenhang der verschiedenen Erscheinungen, und namentlich mangelte die ausführliche symptomatische Behandlung des genannten Stoffes. Es ist keine Frage mehr, daß das Vagabundenwesen, wie wir es gegenwärtig fühlen, Symptome der ernstesten Art besitzt. —

Wir haben es schon seit Jahren nicht mehr mit einer zeitweisen Ueberfüllung der Landstraßen zu thun, sondern das Gros der fluctuirenden Massen nimmt successive zu. Nicht zeitweiser Arbeitsmangel und Krisen auf dem Arbeitsmarkte tragen mehr die Schuld, sondern diese liegt weit tiefer und hat bereits vielfach gar keine Beziehungen mehr mit der Frage nach Arbeit. Wenn die wirthschaftlichen Conjuncturen noch so gut sind, man spürt doch kaum eine Verminderung der Vagabondage; die stereotypen

Gestalten verschwinden nicht. Wie die Zahl der Vagabunden nicht fällt, sondern constant wächst, so verhält es sich auch mit den Verbrechen, welche in quantitativer, wie qualitativer Beziehung eine Steigerung erfahren. Es hat sich bereits ein eigner Stand gebildet, der durch Elemente*) sich auffrischt, die noch sehr wenig oder gar nicht gearbeitet haben, und die auch nach gar keiner Arbeit verlangen. Kaum der Schule entwachsene Burschen und namentlich junge Fabrikarbeiter oder ganz besonders Lehrjungen, denen das Arbeiten nicht mehr zusagt, greifen zum Wanderstabe und durchziehen, geschützt durch die liberalen modernen Gesetze, die Welt, überall zur Nachfolge aufmunternd. Wenn wir deshalb von einem besonderen, von dem „fünften" Stande sprechen, der in der Bildung begriffen ist, so geben wir nur bereits Vorhandenem einen Namen. Aber auch in rein politischer Beziehung machen sich schon Symptome geltend, welche sehr bestimmt auf die Entwickelung des fünften Standes verweisen und erkennen lassen, daß selbst ein „Standesgefühl" im Werden begriffen ist, und sich innerhalb dieser Gesellschaftskreise auch Stufen ergeben. Die Vornehmen sind die Räuber, Mörder und höheren Diebe; sie bilden bereits die Aristokratie der neuen Gesellschaft. Außerordentlich bezeichnend ist es deshalb auch gewesen, daß ein gewisser Cipriani, der 1871 als Oberst im Dienste der Pariser Commune stand und gegenwärtig eine zwanzigjährige Zuchthausstrafe wegen Meuchelmord in einer italienischen Strafanstalt verbüßt, in Forli in der Romagna 2148, in Ancona 1080 und in Sassari in Sardinien

*) Wir kennen Leute, die vermöge der Freizügigkeit und der Vagabundenfreiheit nicht allein Reisen durch ganz Deutschland, sondern bis nach Süd-Tirol, Böhmen u. s. w. unternahmen. Sie fochten von Ort zu Ort und kehrten oft nur auf einige Wochen in ihre Heimath zurück, die sie wieder verließen, wenn der „Erwerb" aufgezehrt war, und sie arbeiten oder hungern sollten. Sie lachten die Arbeiter in ihren Orten aus und konnten nicht genug von ihren angenehmen Erlebnissen erzählen. Diese Beispiele wirken geradezu vergiftend; denn indem den Landstreichern keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden, erscheint ihr Leben als ein „legales" und muntert immer von Neuem auf, gleichfalls diesen „Erwerb" zu wählen.

über 1000 Stimmen erhielt. Die socialistisch-radicale Partei hat, wie das „Münchener Fremdenblatt" schreibt, dem wir diese Notiz entnehmen, bereits 20 Sitze in der Kammer erobert. — Wenn bei uns die Theile des Proletariates, aus welchen sich der fünfte Stand erhebt, auch noch nicht soweit gekommen sind, daß sie ihre Stimmen auf notorische Einbrecher und Diebe vereinigen, so ist doch bereits die Tendenz geweckt. Wüßten sie, wie es zu machen ist, so würden sie auch unbedingt statt einfachen Socialdemokraten ihre Stimmen zu geben, gleich directe Vertreter in die gesetzgebenden Körper schicken, an welchen die Liberalen wenigstens in Hinsicht auf alle ihre bekannten Freiheiten und die humanitäre Behandlung in den Zuchthäusern, sowie bei der Abfassung der Strafmaße auf jedenfalls sehr treue Bundesgenossen zu zählen hätten. — Unbestreitbar liegt es in dem natürlichen Entwicklungsgange aller Stände, daß sie vor Allem auf eine Vertretung und Geltendmachung ihrer Interessen hinarbeiten und der fünfte Stand wird hier auch keine Ausnahmen machen.

Zu dem zweiten Theile der Bezeichnung unserer Broschüre kommend: zu den Regierungen, so ist es ganz selbstverständlich, daß man wohl kaum von dem Werden eines neuen Standes, somit von großen socialen Verschiebungen sprechen kann, ohne Factoren zu erwähnen, welche auf die engste und directeste Weise im Contact zu jenen Veränderungen stehen. Die Vagabundenfrage, somit das Werden des fünften Standes, zu ventiliren, ohne hierbei von den Regierungen zu sprechen und ohne überhaupt auf die Verhältnisse des socialen und wirthschaftlichen Lebens einzugehen, würde einem ziemlich inhaltlosen Raisonnement gleichkommen. —

Der fünfte Stand an sich, und nicht minder die Ursachen, die seinem Werden zu Grunde liegen, sind aber für jeden Socialpolitiker und National-Oekonomen von solch eminenter Bedeutung, daß es keine Luxusarbeit ist, wenn man die neue Erscheinung des modernen liberalen Staates einer eingehenden Analyse unterzieht. Man kann bestimmte Wirkungen nie genügend beurtheilen, wenn nicht auch die Ursachen betrachtet werden, und noch weniger kann

man Wirkungen beseitigen, ohne auf die Ursachen zu reflectiren. In dem fünften Stande haben wir die unerbittlichen Consequenzen einer total verkehrten Social- und Wirthschaftspolitik vor uns, gegen welche man solange vergeblich ankämpfen wird, als man sich nicht entschließen kann, gegen die Ursachen vorzugehen. Der moderne Liberalismus steht dem modernen Vagabundenthum absolut machtlos gegenüber; es ist seine Schöpfung, und ohne sich nicht in seinen Haupt- und Lieblingssätzen zu desavouiren, ist er nicht in der Lage, auch nur das Geringste gegen die Weiterentwickelung des fünften Standes zu unternehmen. —

Der moderne Liberalismus, natürlich immer im Bunde mit dem Manchesterthum, gab ihm nicht allein die Möglichkeit zu seiner Entstehung, sondern hat, was noch weit mehr bedeutet, ihn direct „legalisirt".

Die Vagabunden haben durch den modernen liberalen Staat ein „Existenzrecht" erhalten, sowohl in Hinsicht auf die zwingenden Umstände ihrer Entstehung, als auch in Bezug auf ihre „Existenzfähigkeit". Der moderne Liberalismus muß Vagabunden erziehen.

Indem wir angedeutet, daß es sich durchaus nicht um vorübergehende, zufällige sociale Erscheinungen, sondern um sehr bestimmte, tief begründete sociale Verschiebungen handelt, um eine förmliche sociale Eruption, so dürfte mithin auch der Zweck unserer Arbeit die nöthige Erklärung gefunden haben.

Am Schlusse des Vorworts möchte ich dem Buche noch eine specielle Rechtfertigung mit auf den Weg geben, die zugleich eine Bitte an seine Leser enthalten soll. Mögen Alle, welche zu ihm greifen, nachstehenden Sätzen eine ernste Beachtung nicht versagen und aus ihnen allein die Motive entnehmen, die mich abermals veranlaßten, die sociale Frage einer öffentlichen Erörterung zu unterziehen. — — —

Es gibt Verhältnisse und Ansichten, die in bestimmten Zeiten nur durch die äußerste Zähigkeit und Beharrlichkeit überwunden werden können, die trotz ihrer augenscheinlichen und selbst vielfach

zugestandenen Uebel und Gefahren im Allgemeinen noch der Art mit dem alltäglichen Leben verwachsen sind und die sogenannte öffentliche Meinung so autokratisch beherrschen, daß sich nur ganz allmälig eine Reaction gegen sie zu bilden vermag. Es ist oft unglaublich, an was alles sich die Menschen mit der Zeit gewöhnen, und wie unendlich elastisch ihre Begriffe, Schlagwörtern und Phrasen gegenüber, zu sein vermögen. Um sich dieser „würdig" zu zeigen und ihnen nicht „untreu" zu werden, täuschen Viele sich selbst und Andere mit, bis endlich die Reaction eine Stärke erlangt, daß dann, wie mit einem Schlage, die ganze Situation als von Grund aus verändert zu betrachten ist. Es ist dann, wie man ja zu sagen pflegt: über Nacht gekommen; bestürzt, entsetzt steht man den Thatsachen gegenüber, deren Eintreffen man entweder ganz bezweifelt oder einer sehr fernen Zeit überlassen hatte. Der Bann, der zum Selbstbetruge und zum Betruge für Andere so lange gewirkt, ist gebrochen, und wie noch regelmäßig bei allen Wandelungen des socialen, wirthschaftlichen und politischen Lebens, kann man dann tausendstimmig die Worte vernehmen: „Wir*) haben das alle schon lange gewußt; man konnte aber mit dem besten Willen nicht durchdringen, man glaubte es nicht; es ist ja völlig klar, ganz klar, daß es so nicht mehr weitergehen konnte; wir waren schon längst dafür." —

Die Chöre, welche in allen Zeiten diese Urtheile fast wörtlich geben und auch fernerhin fällen werden, sind streng historisch; denn sie treten bei allen Veränderungen des öffentlichen Lebens über die Bühne der Gesellschaft und lassen sich das Recht ihrer Recitationen von keiner Gewalt verkümmern. —

Die Reaction gegen den modernen falschen Liberalismus und gegen den geistigen und öconomischen Materialismus ist von sehr verschiedenen Seiten ausgebrochen, welche, je nach ihren socialen, politischen und religiösen Standpunkten, die verschiedensten Mittel

*) „Denn wenn das Haus abgebrochen ist, stimmt jeder Thor ein Lied von der Brechlichkeit des Hauses an." Anmerkung des Bischof Sailer zur „Nachfolge Christi" von Thomas von Kempis, III. Buch, 27. Kap. Nr. 4.

zu ihrer Reorganisation der socialen und staatlichen Verhältnisse angewendet wissen wollen. Auf den Charakter der begehrten Mittel wirken aber nicht sowohl die principiellen Standpunkte ihrer Vertreter als vielmehr auch die Veränderlichkeit der concreten Verhältnisse oder deren Verminderungen oder Steigerungen in Hinsicht auf ihre practischen Wirkungen. — —

Eine Idee, welche nicht in dem Geschöpfe aus Staub und Asche entstanden, beherrscht mit göttlicher Allmacht überall das Bewußtsein der Menschen in ihrer höchsten und reinsten Form, bis zu ihrer Entstellung und Verzerrung vermöge des tiefen, culturellen, geistigen oder moralischen Standpunktes der betreffenden Individuen. Diese Idee führt zu den Begriffen über Vollkommenheit und zu den Bestrebungen in allen Verhältnissen sich ihr nach Möglichkeit zu nähern. In dieser Idee sind die Keime aller Reform-Ideen enthalten gewesen, welche die Geschichte der Menschen erfüllen und bestimmten; sie werden in dem Augenblick lebendig, als sich für sie eine Anwendung ergibt. — —

Der Drang nach Verbesserungen, Verschönerungen und nach dem „Vollkommenen" — nach den Idealen —, der sich aus den klaren oder aus den schon getrübten oder bereits verdorbenen Reflexionen über die göttliche Idee bildet, ist universell, aber die Mittel und Wege, ihm zu entsprechen, hängen für die Völker gerade so von den Stadien ihrer Cultur, Civilisation und ihres religiösen Bewußtseins ab, als wie sie durch das geistige und moralische Befinden des einzelnen Menschen bestimmt werden. — —

Ist die Erkenntniß für die Nothwendigkeit bestimmter Veränderungen erwacht, so bildet sich auch sofort das Bestreben, ihnen gerecht zu werden. —

Das ist das erste Stadium für die kommenden Veränderungen; es wird bezeichnet durch das Verlangen nach „Reformen". —

Wird dem Verlangen nicht entsprochen und mehren sich außerdem in fortgesetzter Weise die Bedürfnisse nach Reformen, wodurch die zuerst aufgestellt gewesenen öfter wesentliche Abänderungen erfahren, so tritt man in das **zweite Stadium** der kommenden Veränderungen, indem man nun nicht mehr „Reformen" sondern „Umgestaltungen"*) der reformbedürftig gewesenen Verhältnisse verlangt. — — —

Bleibt aber den wachsenden und immer dringender werdenden Verlangen nach Veränderungen der Widerstand constant, dann tritt die Bewegung in das **letzte Stadium:** in das der „Umsturzverlangen", der absoluten Zerstörung der gegebenen Umstände und Einrichtungen. — —

Ist dieser vielfach unglückliche Zeitabschnitt eingetreten, dann hilft nicht mehr**), was in dem ersten und zweiten Stadium geholfen hätte; die Zeit der Reformen und selbst der Umgestaltungen ist vorüber, aber die des „Umsturzes" ist gekommen. — —

Durch den fortgesetzten Widerstand gegen die nöthigen Reformen, sowie durch die inzwischen verflossene Zeit haben sich die ursprünglichen Bedürfnisse und die Verlangen nach Abhilfe verändert oder sind gewachsen; der Widerstand vermehrt und stärkt überall die Gegenkräfte, wo er nicht stark genug ist, sie zu vernichten oder zu assimiliren. Das „Werden" hat in der organischen, wie unorganischen Welt vor dem absolut in sich abgeschlossenen Beharrungsprincip Kräfte voraus, welche sich nicht nur stets erneuern, sondern denen auch das Expansionsvermögen inhärirt. Schließt der gegebene Zustand jede wesentliche Veränderung kategorisch aus, sind bei ihm Entwickelungen der Verhältnisse oder Neubildungen unmöglich, so ist er dem sicheren Verfalle preisgegeben, und die Zeit verrichtet an ihm ihr Werk. — — —

Schon bei verschiedenen Gelegenheiten kam ich auf inhaltsschwere Worte des Grafen Cavour zurück und wende sie auch hier

*) Die tief gehenden und ausgebreiteten Besitzverschiebungen durch das allmälige Verschwinden des Mittelstandes und die Ansammlungen kolossaler Reichthümer in einzelnen Händen rücken „Umgestaltungen" immer näher, welche sich in bestimmten Zeitpunkten als eine unerbittliche Consequenz der Verhältnisse fast von selbst ergeben werden.

**) Die Geschichte bietet die reichsten Commentare.

an. Der höchst geniale Staatsmann sagte: „In der öconomischen wie in der praktischen und religiösen Sphäre können Ideen nur durch Ideen, Grundsätze nur durch Grundsätze bekämpft werden. Sind einmal Lehrmeinungen dahin gekommen, daß sie die Geister beherrschen, so setzen sie sich früher oder später in positive Thatsachen um und geben der Welt eine andere Gestalt."

Das Buch hat somit die Aufgabe: die unerläßlichen Reformen, welche auf den socialen und wirthschaftlichen Gebieten als nöthig erkannt sind, für weitere Kreise zugänglich zu machen und zu begründen. Schon befinden sich nicht kleine Bruchtheile der Gesellschaft in dem zweiten und dritten Stadium der Veränderungsbestrebungen, und hängt die Erhaltung der heutigen socialen und staatlichen Verhältnisse nur noch davon ab, daß man die Zeit, welche dem ersten Stadium noch gehören kann, nicht unbenützt vorübergehen läßt. Wir rathen zu den rechtzeitigen „Reformen", damit sich nicht das Bewußtsein für die „Nothwendigkeiten der Umgestaltungen" befestigt und erweitert, oder gar die Worte der Apostel des „Umsturzes" und der Zerstörung immer mehr Gehör und Glauben finden. — — —

Wir befinden uns unleugbar in einem Werdeproceß des socialen, wirthschaftlichen und auch geistigen Lebens, dessen Entscheidung vielleicht noch von den Regierungen und den staatserhaltenden — concret conservativen — Elementen abhängt, wenn! dann jedenfalls aber nur noch für eine äußerst kurze[1]) Zeit. Wer nicht mit Gewalt die Augen schließt, dem müssen die Zeichen der Zeit deutlich erkennbar sein; denn sie erweisen die absolute Unmöglichkeit, Staat und Gesellschaft auf den bisher verfolgten Wegen noch fernerhin zu leiten und zu erhalten. —

Die wichtigsten Bestandtheile für ein gesundes geistiges und materielles Leben sind theils abhanden gekommen, theils verkümmert; die große Mehrzahl des Volkes findet bei den gegebenen

[1]) Bis wir 1900 schreiben, ist die Entscheidung für Jahrhunderte gefallen.

Umständen nicht mehr ihre Rechnung. Es haben sich in einer verhältnißmäßig kurzen Epoche derartige Veränderungen in der Volksseele, sowie in dem socialen und wirthschaftlichen Organismus vollzogen, daß die bestandenen Gleichgewichtsverhältnisse vollständig erschüttert sind, und man schon mit anderen Factoren rechnen muß, wenn die Rechnungen stimmen sollen. —

Der Werdeproceß der neuen Zeit läßt sich weder mit Erfolg ignoriren, noch schlechterdings bekämpfen; er läßt sich nur reguliren und dahin leiten, daß er sich auf den Fundamenten unserer socialen und staatlichen Ordnung weiterbildet, um auf diese Weise einen geregelten, gesetzlichen Verlauf zu nehmen, den man in der Geschichte als normale Entwickelung formaler, materieller und geistiger Bedürfnisse bezeichnet. Bei solchen gigantischen Entwickelungen des geistigen und materiellen Lebens, wie sie der Werdeproceß einer neuen Zeit umfaßt, ist nicht nur dem religiösen Glaubenselement die schönste Probe[1]) für seine immanenten Kräfte gegeben, sondern auch der Herren Staatsmänner, Staatsrechtslehrern und der soi-disant National-Oeconomen harrt sie in ähnlicher Weise. Nicht minder haben gerade in solchen Zeiten die Conservativen zu beweisen, ob ihnen der Geist des concreten wahren Conservatismus verständlich ist, ob sie von ihm durchdrungen, ihre Aufgabe begreifen und im Stande sein werden, über einen obsolet gewordenen Schematismus hinwegzuschreiten, um den conservativen Geist auch in neue Verhältnisse und Formen zu tragen, die er fortan zu beleben und zu fructificiren hat.

Die Zeit der ruhigen, angenehmen Beschaulichkeit ist vorüber, die der Thaten ist angebrochen, und nur der denkfaule Philister, die Automaten mit warmem Blute oder der cynische Egoist kann eine Epoche bedauern, in welcher sich das Bewußtsein für concrete

[1]) Man beendige thatsächlich den Culturkampf und gebe den geistlichen Gewalten die Freiheit für ihre Wirkungskreise zurück, dann wird das Glaubenselement seine Probe mit der ihm eignen Macht zum Wohle der Staaten und Völker bestehen.

Rechts- und Gleichgewichtsverhältnisse zu einer socialen und politischen Macht erhebt, welche für viele Jahrhunderte das Leben der Völker, wie die Institutionen der Staaten beherrschen wird. Es kommt eine andere Zeit, ja! sie ist bereits angebrochen; sehen wir, daß unsere Grundsätze in ihr Aufnahme finden, daß sie sich bewähren und zur Leitung gelangen, denn dann erst haben wir conservative „Politik“ getrieben.

Landenbach, den 15. Januar 1884.

Erstes Kapitel.

Der „fünfte“ Stand.

„Aufgesehen, wer ein Aufseheramt hat“ lautet die Ueberschrift eines Artikels in Nr. 283 der „Deutschen Reichspost“ aus der Feder des verdienstvollen, allgemein so hochgeachteten Herrn Professor Warth, Direktor des Gymnasiums in Kornthal bei Stuttgart. Wir können nicht Alle Aufseherämter haben; was uns Allen aber gemeinschaftlich ist, das sind die verschiedenen Pflichten, die wir für Gott, für unsere Familie, für die Mitmenschen, für unsere Landesfürsten und für Kaiser und Reich besitzen. Indem wir ihnen nachkommen, erfüllen wir zugleich auch am besten die Pflichten, die wir uns selbst schuldig sind.

Es ist ein ununterbrochener Kreis von Ursachen und Wirkungen, der uns im täglichen Leben umgibt, und Alles, was wir in und außer uns erfahren, sind die Consequenzen von Gründen, die wir theils selbst gelegt, die theils außerhalb des Bereiches unserer Willenssphäre liegen. Wie die Fehler und Sünden der einzelnen Menschen meistens schon in dieser Welt ihre Folgen deutlich zeigen, so treten uns in gewaltigen Dimensionen und oft in der erschütterndsten und grauenvollsten Weise die Wirkungen der Fehler von Generationen oder bestimmten Zeitabschnitten entgegen. Hier heißt es vor Allem, klar zu sehen, und dann mit einer Entschiedenheit an die Milderung oder völlige Abstellung der Fehler und Uebelstände heranzutreten, die eben nur dem Zwecke: „zu helfen“ entspringen soll. —

Sieht man aus diesen oder jenen Gründen von der „zielbewußten“, energischen Hilfe ab, indem man zu Palliativmitteln seine Zuflucht nimmt, oder in einer auf alle Fälle höchst verwerflichen Resignation fußt, hinter welcher sich nur zu oft Bequemlichkeit oder moralische, wie physische Feigheit bergen, so befestigen sich die Uebel, und erweitern sich ihre Consequenzen, bis sie, unheilbar geworden, auch zu gewaltigen Eruptionen oder zum Zusammenbruch der Verhältnisse führen, welche sie unhaltbar werden ließen. Diese Darstellungen der Ursachen und Wirkungen sind so klar, und haben sich im Laufe der Zeiten als so richtig erwiesen, daß ihnen gegenüber jeder Widerspruch verstummt. Wie man mit mathematischer Bestimmtheit die längste Zeit berechnen kann, welche z. B. noch der Insel Sylt verbleibt, bis sie von den stets mehr Boden verschlingenden Brandungen verschlungen sein wird, so ist man nicht viel weniger in der Lage, mit vollster Bestimmtheit die Wirkungen der socialen Brandungen zu summiren, um auch aus ihnen den gewaltsamen Zusammenbruch unserer heutigen socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse zu prognosticiren. Diesen mit peinlicher Genauigkeit vordringenden Stürmen der durch die Schuld der heutigen Gesellschaft religions-, halt- und besitzlos gewordenen Menge begegnet man nicht durch die bloße Anerkennung dessen, was überhaupt gegenwärtig gar nicht mehr zu leugnen ist, sondern nur noch durch die Entziehung der Ursachen. Nur wenn diese gehoben sind, kann man auf Erfolge und bessere Zeiten hoffen. Das große Unglück unserer Zeit besteht weniger in der Unklarheit der Beurtheilung der Lage, als in dem krassen, wahrhaft cynischen Egoismus, durch den man sich dem Glauben hingibt, daß die Zeit der Erfüllung der letzten Consequenzen unserer Verhältnisse noch ziemlich lange hinausgedacht werden kann, und daß sie jedenfalls nicht mehr die jetzigen Generationen erreichen wird. Diese so beschämende, wie traurige Annahme haben wir nur zu oft gefunden; man gesteht den vollen Ernst der Lage zu, aber man täuscht sich in demselben Augenblicke durch die Hoffnung: daß die Zeit der „Erfüllung“ immerhin noch fern sei. — Wir wollen uns nicht weiter gegen die Immoralität dieser Ansichten wenden, sondern für jetzt nur ihre materiellen Schwächen betrachten.

Wenn bereits nach möglichst genauer Berechnung circa 230,000 bis 250,000 arbeitslose Menschen die Landstraßen bevölkern,[1] von welchen, sehr gering gerechnet, gut die Hälfte schon so weit gesunken ist, daß sie nicht mehr Arbeit sucht, sondern lediglich auf „Freiheiten“ pocht, welche der moderne, falsche Liberalismus auf Kosten der angesessenen Bürger geschaffen, so ist nicht allzu schwer zu überdenken, in welcher Weise Ruhe, Ordnung und Sicherheit abnehmen müssen, wenn einerseits diese wandernden Volkstheile durch die Art ihres Lebens noch tiefer sinken und andrerseits vermöge der fortdauernden Ursachen des Massen-Proletariates noch einen continuirlichen Zuwachs erfahren. Wenn wir Ende des Jahres 1883 von 230,000 bis 250,000 arbeitslosen, vagirenden Leuten sprechen, so werden wir uns ein Jahr später mit 250,000 bis 300,000 beschäftigen müssen. Wir befinden uns Ursachen gegenüber, welche außerordentlich rasche und bestimmte Wirkungen äußern. Man irre sich darüber nicht, daß wir bereits in der vollen Entwickelung eines neuen: des „fünften Standes“ begriffen sind, dessen „Erwerb“ den seßhaften Bürgern des deutschen Reiches sehr gering gerechnet,[2] in baarem Gelde täglich 115,000 Mark,

[1] Aus dem „Beobachter am Main“ vom 7. Jan. d. J. entnehmen wir einem Artikel über Vagabundenthum folgende, speziell die bezüglichen Aschaffenburger Verhältnisse beleuchtenden Passus: Nach annähernder Berechnung wird Aschaffenburg täglich von etwa 60 fremden bettelnden Burschen heimgesucht. Nach eigenen Angaben solcher ist es vorgekommen, daß Einzelne sich an einem Tage bis 3,70 Mark hier erbettelt haben. Nehmen wir an, es erbettelte sich Jeder durchschnittlich 2 Mark, so gibt dies eine Jahressumme von etwa 44,000 Mark. Rechnet man hierzu noch die weiblichen Bettler und die der Umgebung, die den bekannten Wohlthätigkeitssinn der Aschaffenburger Einwohnerschaft mit etwa 100 Mark täglich ausbeuten, so erhalten wir eine Jahressumme von 80,000 Mark, welche großentheils völlig nutzlos ausgegeben wird. Wo fließt dieses Geld hin? Die Geber glauben, daß ihre Geschenke als Noth- und Zehrpfennig dienen. In wie wenigen Fällen trifft das zu! Man trete nur einmal in jene Häuser, wo diese Bevölkerung übernachtet. Wie leichtsinnig werden da die von mitleidiger Hand gespendeten Pfennige in Branntwein, Spiel und Schlemmerei verjubelt! Wie viel wirklichem Elend könnte mit diesem Gelde, von weiser Hand getheilt, gesteuert, wie manchem Unglücklichen damit geholfen werden!

[2] 230,000 Bettler zu je 50 Pfennigen per Tag gerechnet, — Eßwaren, Kleidungsstücke, wie gestohlene Gegenstände nicht mit inbegriffen.

jährlich auf 41,975,000 Mark zu stehen kommt. Dieser „Erwerb“ besteht gegenwärtig, im Allgemeinen genommen,[1] noch im Betteln, Erpressungen und kleinen Diebstählen; er wird aber, was kaum widersprochen werden dürfte, sich ganz in der Weise erweitern, als die Quantität und Qualität seiner Fructidoren zunimmt. Schon jetzt werden die lebhaftesten Klagen in kleineren Orten und ganz besonders in einzeln stehenden Gehöften über die Brandschatzungen laut, welche von Anfängern des fünften Standes verübt werden. Mit seiner Entwickelung wächst nicht allein die ihm bereits eigne Rechts-Philosophie, sondern auch die Theorie und Praxis, nach welcher er verfährt. Der fünfte Stand wird sich bei der Weiterentwickelung seines Erwerbes immer weniger überzeugen lassen, daß dieser auf unrechtmäßig angeeigneten Werthen oder direkt auf Diebstahl beruhe; er wird vielmehr auf Grund der Proudhonischen Thesen, die ihm längst geläufig sind, ohne vielleicht etwas über sie selbst erfahren zu haben, durch Thaten antworten: daß er nur nähme, was vor ihm schon Andere, ohne ein besseres Recht besessen zu haben, genommen hätten; der Diebstahl läge nicht auf seiner, sondern weit eher auf der anderen Seite. Auch werden sich vielleicht Leute finden, welche dem so „hoffnungsreichen“, vielversprechenden fünften Stande populäre Auszüge aus dem Werke des verstorbenen bekannten National-Oekonomen Friedrich Albert Lange liefern. Dieser schreibt in seiner Geschichte des Materialismus[2] auf Seite 527: „Ob ich meinen Mitmenschen den Hals umdrehe, weil ich der Stärkere bin, oder ob ich ihm durch überlegene Geschäfts- und Rechtskenntniß eine Falle lege und bewirke, daß er im Elend verschmachtet, während mir der Vortheil seiner Arbeit „rechtmäßig“ zufällt, ist ziemlich gleichgiltig. Selbst der Mißbrauch der bloßen Macht des Kapitals auf der einen Seite gegenüber dem Hunger auf der anderen ist ein neues Faustrecht, wenn es sich auch nur darum handelt, den Nichtbesitzenden immer abhängiger zu machen. Was in der Gesetzgebung ursprünglich nicht vorgesehen

[1] Die Merstallinger Affaire in Wien und der kürzlich verübte Raubmord in Stuttgart beweisen, daß die „schüchterne“ Zurückhaltung im Abnehmen begriffen ist.

[2] Bädeker, Iserlohn, 1866.

ist, das ist eben die Möglichkeit, von Kapital-Besitz und Rechtskenntniß einen Gebrauch zu machen, der das alte Faustrecht in seinen verderblichen Wirkungen noch übertrifft.“ In welcher Weise erleichtern aber die unter der liberalen Aera und dem Manchesterthum[1] erlassenen Gesetze die Fruktificirung des Egoismus und die Praxis des modernen „Faustrechtes“?

Wenn auch bei der einsichtsvollsten und schärfsten Fassung von Gesetzen nie ganz vermieden werden kann, daß sich bei ihnen in Hinsicht auf eigens geartete Fälle Lücken in der Anwendung ergeben, so ist doch zwischen dem Bestreben: den Schuldigen möglichst sicher und dem Reate gemäß genau zu treffen, und jenem, nach welchem die Fassung erschwert und die Gesetzumgehungen sehr erleichtert werden, ein ganz gewaltiger Unterschied.[2] Was soll man aber von dem Geiste einer Gesetzgebung sagen, welche gleich eine ganze culpa verneint und in den Gesetzbüchern alle Artikel streicht, welche sich auf sie beziehen? Was war wohl die Aufhebung der Wuchergesetze Anderes, als die Verneinung der Schuld des Wuchers? Wie äußerst günstig sind die Gesetze bezüglich des kaufmännischen Bankerotts, welche im hohen Grade die soliden Geschäftsleute schädigen, indem sie sich außer Stand sehen, mit Leuten zu konkurriren, welche den Bankerott[3] als Geschäftssache[4] betreiben.

[1] Lange sagt in seinem bereits erwähnten Werke auf Seite 502 über Adam Smith: Ihm war immerhin dieser Markt der Interessen nicht das ganze Leben, sondern nur eine wichtige Seite desselben. Seine Nachfolger vergaßen jedoch die Kehrseite und verwechselten die Regeln des Marktes mit den Regeln des Lebens, ja mit den Grundgesetzen der menschlichen Natur.

[2] Siehe II. Kapitel des Buches: „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwickelung der Socialdemokratie.“ Fried. Luckhardt. Berlin, 1880.

[3] Der Volksmund sagt: Wer sich zwei- bis dreimal „gepustet“ hat, ist ein gemachter Mann.

[4] Graf Pinto-Mettkau sagt in seinem Buche: Suum cuique (Gofohorsky. Breslau, 1876.) auf Seite 64: Bei der zunehmenden Sittenverderbniß fehlt es uns nicht an einer außerordentlich großen Zahl neuer Gesetze. Es ist aber geboten, die Frage zu ernster Beantwortung zu erörtern, ob wir uns dabei auf dem rechten Wege befinden. Immer mehr macht sich dabei das Bestreben bemerkbar, weniger die Schuld selbst, als gewisse Formen derselben zu strafen, z. B. die Bestrafung für Beraubung durch den ungeschickten Diebstahl zu verschärfen, die Beraubung in geschickteren Formen aber möglichst straffrei zu machen.

Wie unendlich förderlich für die Theorien des fünften Standes nun gerade die moderne Erwerbs- und Bereicherungs-Praxis sein muß, die ihn ja selbst hervorgerufen und für ihn Ursache und Wirkung ist, wie ansteckend, zersetzend und treibend die modernen liberalen Freiheiten und der ökonomische, wie geistige Materialismus auf den Volkskörper gewirkt haben und selbst dann noch lange nachwirken werden, wenn die christliche Gesellschafts- und Rechtsordnung siegreich sein sollte; ferner welche Schuld an der Bildung des fünften Standes ganz speziell die Wucher-, Wechsel- und schrankenlose Gewerbefreiheit besitzen, in welcher Weise die confessionslose Schule, die Entchristlichung des Staates, die Verehelichungsfreiheit, die ebenfalls schrankenlose Freizügigkeit und die Mängel der Unterstützungswohnsitzgesetze ihn begünstigen und zu seiner Weiterentwickelung beitragen, das Alles ist vollständig klar, wenn man ihre Wirkungen betrachtet; diese beweisen und kommentiren am besten. In Hinsicht auf den geistigen und ökonomischen Materialismus müssen wir uns eine besondere Bemerkung erlauben. Fast hat es den Anschein, daß das Denkvermögen über die „praktischen" Wirkungen des geistigen Materialismus auch in Kreisen nicht richtig funktionirt, die doch mit in erster Linie berufen sind, auf alle Symptome zu achten, die als gefahrbringend für den Staat und die Gesellschaft betrachtet werden müssen. Die logischen Folgen des geistigen und theoretischen Materialismus sind seine Uebertragungen, seine Nutzbarmachungen im ökonomischen und praktischen Leben. Oder will man vielleicht den Theoremen des geistigen Materialismus das Vermögen absprechen, sich zu einer Schule zu entwickeln, die allmälig auch in die Kneipen, in die Keller- und Dachwohnungen dringt und von diesen aus ihre praktische Bethätigung im öffentlichen Leben sucht? Was von den Kathedern herab gelehrt werden darf, bleibt kein Geheimniß der Hörsäle, und die wissenschaftlichen Disciplinen sind nicht im Stande, den Fluß der praktischen Anwendung von Lehren zu verhindern, die im Namen der Wissenschaft (?) gegeben werden. Dies soll auch gar nicht sein und braucht nicht zu sein, wenn die Wissenschaft nicht mißbraucht wird, und man vor ihr soviel Achtung besitzt, um sie nicht durch eine tendenziöse oder unstatthaft extensive Behandlung herabzuwürdigen. Es scheint aber für

manche Professoren ein unabweisbares Bedürfniß **ihrer** Wissenschaftlichkeit zu sein, sie über ihre Grenzen wirken zu lassen und auf Gebieten zu bethätigen, wo die Wissenschaft aufhört und rein subjektive, willkürliche Spekulationen beginnen. Nicht minder scheint es für diese Kategorie von „Gelehrten" einen eignen Reiz zu haben, Theorien zu entwickeln, deren Praxis die Auflehnung gegen Gott und die Bekämpfung des Staates und der Gesellschaft ist. Wenn einem „Gelehrten" gestattet ist, Deduktionen vorzutragen, die, wenn sie der Ungebildete in seinem Jargon wiederholt, ihn zum Strafrichter führen, so ist das ein entschiedenes Unrecht. Es wird hier mit zweierlei Maßen gemessen, und der wissenschaftliche Ausdruck dürfte niemals einen strafbaren Sinn entschuldigen und ihn unstrafbar erscheinen lassen. Man sagt zwar: „Bildung macht frei"; aber noch gewisser ist es, daß ungezügelte Freiheit und der Mißbrauch der Wissenschaft die Kräfte des Staates und der Gesellschaft aufreiben, ohne daß die Bildung es hindern kann. Vermöge seiner Bildung hätte Griechenland die anderen Staaten überdauern müssen, was aber nicht geschehen ist; es hat nur kurze Zeit geblüht und unterlag dem ersten Zusammenstoß mit den rohen Macedoniern. — Sehr treffend äußert sich auch über die Wirkungen der materialistischen Philosophie Friedrich Albert Lange auf Seite 18 seiner Geschichte des Materialismus. Er sagt: „Denn es ist keine Frage, daß unter allen Gährungsmitteln des geistigen Lebens im Alterthum die materialistische und sensualistische Philosophie eine der wichtigsten Rollen spielt, während die bekannteren Systeme eines Sokrates, Plato und Aristoteles nicht sowohl als treibende Elemente betrachtet werden dürfen, sondern vielmehr als die Folge der Blüthezeit, als die reife Frucht und als der Gewinn jener läuternden Kämpfe. Freilich war es auch dasselbe Element, das Griechenlands höchste Blüthe herbeigeführt hatte, welches bald den Verfall herbeiführte. Die Auflösung des Glaubens durch die Wissenschaft, die Verweltlichung der Künste, die Hebung der materiellen Interessen waren Elemente, die, einmal angeregt, nicht mehr zu hemmen waren, und wie die schnelle Entfaltung einer Blüthe der sicherste Grund ihres baldigen Welkens ist: nach demselben Naturgesetz stieg und sank Griechenland. — Als im Jahre 411 Protagoras

vertrieben wurde, weil er sein Buch über die Götter mit den Worten begann: „Von den Göttern weiß ich nicht, ob sie sind oder nicht sind“ — da war es zu spät mit der Rettung der conservativen Interessen, für die selbst ein Aristophanes vergeblich die Kräfte der Bühne in Bewegung setzte; und selbst das Opfer eines Sokrates konnte den Zeitgeist nicht mehr hemmen.“

Was für praktische Folgen[1]) zeitigt der Ausspruch des Herrn Professor Dübois Raymond über das „menschliche Mutterthier“? und in welcher Weise müssen die Deductionen eines Herrn Dr. Fischer ganz besonders auf den fünften Stand wirken? Der leider eingegangene und noch nicht wieder ersetzte „Staatssocialist“ schrieb in Nr. 12: „Nachdem jener „Doctor“ deducirt hat, daß der Mensch von den übrigen organischen Wesen, die natürlich alle aus dem „Urgas“ zufällig, „thatsächlich aber zwecklos“ hervorgegangen, Nichts voraushabe, als eine im „allgemeinen Entwicklungsgange“ eingetretene aufrechte Haltung und „folgeweise“ bessere Entwicklung des Kehlkopfes, die ihn befähigt, die Sprache über die Naturlaute anderer Thiere hinaus auszubilden und somit auch andere Fortschritte auf dem viehisch-geistigen Gebiete zu machen, fährt er wörtlich fort: „Was endlich die Religion betrifft, so können sich die Thiere glücklich preisen, daß sie von dieser Verwirrung aller Begriffe im menschlichen Verstande, wie mit dem Irrsinn und Wahnsinn, verschont geblieben sind; die Religion zeigt, zu welcher Verkehrtheit in den Begriffen ihre leichtere Beweglichkeit in der Sprache führen kann, und die Menschen hätten klüger gehandelt, wenn sie die vielen Jahrhunderte hindurch, während deren diese schlimmste Art des Wahnsinns die Köpfe verkehrte, zu ihren Brüdern, den Thieren, zurückgekehrt wären, um beim Verstande zu bleiben ꝛc.“

Diesen „wissenschaftlichen“ Deductionen conform ist der berüchtigte Weihnachtsfest-Artikel der „National-Zeitung“. Da las man:

[1]) Nach solchen Auffassungen gibt es keine „Sünde“ mehr, sondern nur Uebertretungen der Staatsgesetze. Wie diese aber der Wandelbarkeit und den herrschenden Ansichten und Bedürfnissen unterliegen, lehrt die Geschichte. Wir wollen nur fragen: unter welchem Lichte erscheint der Kindsmord und andere ähnliche „Gesetzüberschreitungen“, wenn Fackeln, wie die des Herrn Dübois Raymond, die Welt erleuchten sollen?

„Die alten Mächte des geistigen Lebens sind offenbar im Abzug begriffen, alles tritt vor dem Wunder der Mechanik weit zurück; die Techniker, die Ingenieure, selbst die Erfinder, die diese Dinge ausführen, haben im Grunde keinen Namen, Niemand spricht von ihnen, und wenn heute genannt, so sind sie morgen vergessen. Zwei Kräfte thun alles: Kapital und Arbeit; diejenigen, welche in Bewegung setzen, wie die, welche bewegt werden, sind dunkele, namenlose Massen. In Reih' und Glied heißt es für sie. Früher herrschte der Heroen-Cultus; die Griechen hatten ihre Halbgötter, die Römer ihre Imperatoren, die Christen ihre Heiligen, und später hat man die Künstler, die Dichter, die Virtuosen ins Heroische erhöht. Das alles ist nun dahin; von der Kritik hat der fromme Glaube seine magische Gewalt und der Held den Mantel verloren, in den er sich majestätisch und geheimnißvoll zu hüllen wußte. Zwei Dämonen beherrschen das Leben: der Hunger und die Liebe. Vor der Nothdurft weicht alles Idealische zurück. Wer hat die Metamorphosen der Götter und Menschen besungen; wird es im zwanzigsten Jahrhundert einen Dichter oder Philosophen geben, der die Verwandlungen der Ideale darstellt? Neben der Welt, die wir kennen, wie schrumpft das römische Weltreich zusammen. Jetzt sind wir aus dem europäischen in das universale Zeitalter eingetreten. Eine Zeit, die von Nothwendigkeit selbst auf die praktische Arbeit, auf die Neuerung und Erfindung in allen Einrichtungen des Lebens und in der Ordnung der Natur angewiesen ist, hat andere Götter als frühere Perioden; mit ihren Aufgaben wandeln sich ihre Ideale; nicht wie die Epoche Schiller's und Goethe's kann sie aus der Welt der brutalen Thatsachen in das Reich der Schönheit und der Schatten flüchten; denn eben die Umgestaltung der Wirklichkeit ist ihre Herkules-Arbeit. Ein Geschlecht, dem dies obliegt, hat rauhe Hände und kalte Augen. Es ist den aristokratischen Kasten, den Priestern und den Rittern, so wenig günstig wie den einzelnen Genies. Wie mit einem Phidias oder einem Shakespeare, wüßte es mit einem heiligen Franciscus nichts Rechtes anzufangen. Was es braucht, sind Pfadfinder, Denker, Arbeiter eine Schaar waghalsiger, verlorener Posten, welche als Pioniere, Reisende, Sectenstifter, Erfinder von lenkbaren Luft-

schiffen, Entdecker von Utopien, als social-demokratische Schwärmer dem langsamen Marsche der Cultur vorangehen. Aber gotterlos ist die Gegenwart nicht, auch ihr schwebt ein lichtes Ideal vor; aber wie frühere Geschlechter ihr Alles an die Gewinnung des himmlischen Jerusalems setzten, so trachten wir, so werden, die nach uns kommen, nach der Entdeckung des irdischen Paradieses trachten. Alles Erhabene liegt für die Menschen in der Vergangenheit oder in der Zukunft — und so wird bei unsern Nachkommen ebenbürtig neben dem Zeitalter der Renaissance und der Reformation die Riesenerscheinung des 19. Jahrhunderts ihren Platz nehmen. Weihnachten ist das Fest des häuslichen Herdes; es gilt den Kindern der Zukunft; das heranwachsende Geschlecht wird ernten, was wir gebaut, auf den Grundlagen, die wir gelegt, wird es die neuen Tempel bauen. Die Weite der Welt erforscht, all' ihre Theile zu einem Ganzen verbunden, die Menschheit als Einheit gefaßt, aus einer Wurzel aufkeimend und in die Wolken wachsend der Baum des Lebens; das ist das Weihnachtsgeschenk, das diese verketzerte Zeit des Materialismus der Zukunft macht."

Der „Reichsbote" macht dazu folgende Bemerkungen.

Die Männer, welche wirklich etwas zu den Fortschritten der Zeit beitragen und in der Arbeit stehen, werden nie solche hochmüthige Phrasen machen; das vermögen nur jene atheistischen Literaten, die alle Erscheinungen der Zeit für ihre atheistische Weltanschauung ausbeuten. Die Männer, welche wirklich Großes auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Technik geleistet, sind meist ernste, sittliche und religiöse Männer. Dieses atheistische Literatengeschlecht macht sich aber alsbald über ihre Leistungen her und fructificirt sie zur Ausbreitung und Glorificirung ihrer naturalistischen Weltanschauung und zur Täuschung des Publikums, als sei diese Weltanschauung ein untrügliches Resultat der Wissenschaft. Diese Literaten treten mit ihrem Atheismus an die Erscheinungen der Zeit heran und übergießen sie in ihrer unglaublichen Dreistigkeit und Unverfrorenheit mit ihrer atheistischen Feuilleton-Sauce, und serviren sie in dieser Gestalt dem großen Publikum. Dieses gibt sich dabei dem Glauben hin, die Gottlosigkeit, der Unglaube, der Materialismus gehöre zu den Resultaten der Wissenschaft, und um als ein gebildeter Mann der Neuzeit angesehen zu werden, müsse man Atheist oder Materialist sein, und auch eine so wegwerfende, kalte, herzlose, hochmüthige, nihilistisch-pessimistische Sprache führen, die alles, was den Vorfahren als Religion, Ideal, Sittlichkeit heilig gewesen, als abgethane Vorurtheile oder sentimentale Schwachheiten behandelt, über die man jetzt längst hinaus ist! Was haben die grauenhaften, leichtfertigen Aeußerungen, wie die „Nat. Ztg." sie niederschreibt, mit den harten, wissenschaftlichen Arbeiten zu thun, welche uns die Erfindungen der Gegenwart gebracht? Aber diese Aeußerungen sind die Grundanschauungen, aus denen jenes nihilistische Treiben emporwächst, welchem Religion, Gott, Autorität zum Lachen sind, dem der Mensch nur eine Nummer, ein Exemplar der Gattung ist, das man unter Umständen niederschießt wie den Hasen beim Treibjagen, welches rauhe Hände und kalte Augen für die berechtigte Eigenthümlichkeit der Gegenwart hält, und Hunger und Liebe, die Nothwendigkeit der Arbeit und das Vergnügen als die Triebfedern des menschlichen Handelns ansieht, ganz wie die französischen St. Simonisten sagten: „Heiliget euch durch Arbeit und Vergnügen." In der That, was die „Nat. Ztg." in ihrem Artikel schreibt, ist nichts anderes als das Evangelium des Nihilismus und der socialistischen Revolution. Die „Nat. Ztg." rühmt sich, das Organ des gebildeten Bürger- und Beamtenthums — und ein gemäßigtes Blatt zu sein! Sind das wirklich die Anschauungen, welche in unserm Bürger- und Beamtenthum herrschen, dann wehe unserer Gesellschaft und unserm Staate! Denn wenn diese Gesellschaft solchen Anschauungen huldigt und sie aussäet, dann darf sie sich nicht wundern, wenn ihnen bald das Geschlecht mit „rauher Hand und kaltem Auge", geleitet von den „Dämonen des Hungers und der Liebe", entgegentritt, um rücksichtslos die Aufgabe der Zeit, nämlich „die Umgestaltung der Wirklichkeit" durch die Revolution, in die Hand zu nehmen! Ist es nicht ganz dasselbe, ob die „Nat. Ztg." sagt: „Auch die Gegenwart hat ein lichtes Ideal; sie strebt nicht nach dem lichten Jerusalem, sondern nach der Herstellung des irdischen Paradieses", oder ob die Freigemeindler und die Mosts über ihren Begräbnißplatz schrieben: „Macht nur hier das Leben schön;

kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehn!"? Welche Berechtigung haben noch Kreise, die solchen Anschauungen huldigen, die Social-Demokratie zu verbieten? Die Gedanken, welche die „Nat. Ztg." in ihrem Artikel zum Besten gibt, sind ganz dieselben, für welche die social-demokratischen Blätter in ihrer nur etwas derbern Sprache Propaganda machen. Es ist immer unsere Ueberzeugung gewesen, daß vorzugsweise die Kreise, welche sich um die „Nat. Ztg." schaaren, die Kreise des reichen Börsen-, Bürger- und Beamtenthums, in ihren Grundanschauungen mit den Revolutionären der Gegenwart völlig übereinstimmen; nur ihre Tendenzen sind verschiedene. Der Artikel der „Nat. Ztg." hat uns das aufs neue bestätigt. Wehe dem Staat und der Gesellschaft, die sich auf solche Anschauungen stützen."

Der fünfte Stand wird sich, allerdings gegen die Erwartungen der „National-Zeitung", zu dem von ihr geträumten Geschlechte der „rauhen Hände und kalten Augen" entwickeln. Er wird aber sicher nicht in ihrem Sinne eine Kraft der „zwei Kräfte" — Kapital und Arbeit — sein, sondern er wird durch ganz andere Thatsachen, als die Materialisten im Frack, an reichbesetzten Tafeln, in den ersten Ranglogen der Theater und auf den Rennplätzen wünschen und träumen, die Consequenzen der ihn erzeugenden und treibenden Kräfte zum Ausdruck bringen. Ihm wird die materielle Gewalt der Kapitalisten, da er selbst zu einer socialen Macht geworden, vielleicht noch weit weniger imponiren, als ihn die Gewalt der geistigen Autoritäten genirt hat, die man ihm als entbehrlich, als überwunden, als lächerlich bezeichnete und von deren Einflüssen man ihn durch die Entchristlichung der Staaten „befreite".

Wenn, wie es in Wien kürzlich in der Favoriten-Kirche geschah, sich bereits „Pfadfinder und Pioniere" des „kommenden Geschlechtes" im Gotteshause treffen, um den Geistlichen in der Predigt zu unterbrechen, ihn mit Steinen zu werfen und von der Kanzel zu reißen, so wird sich bei ihnen noch weit mehr die Lust zeigen, **an den Orten** zu stürmen, wo der Sitz ihrer Uebel ist, wo man über sie verfügt, oder von wo aus man sie niederhält. Man wolle hierbei doch nicht übersehen, daß in der Weise, als sich diese „Pioniere" mehren, der fünfte Stand oder unseretwegen

auch das „Geschlecht der Zukunft" sich entwickelt, die Kräfte in doppelter Hinsicht schwinden, die man diesem „Werdeprozesse" entgegensetzen kann. Wenn heutzutage die genannten Pioniere anderen Orten gegenüber mehr Zurückhaltung beobachten, als es ihnen im Gotteshause nöthig schien, so wäre es gradezu lächerlich, wenn man sie auf Rechnung der Achtung oder der Sympathie setzen wollte, welche die „Pioniere" vor jenen Orten empfinden.

Was diese Elemente noch abhält, auch anderenorts zu stürmen, ist nur das Bewußtsein ihrer gegenwärtigen Schwäche. Diese wird sich aber in demselben Maße verlieren, wird sich in ihr Gegentheil umsetzen, als die „Ursachen" des Werdeprozesses des fünften Standes älter und ihre Wirkungen stärker und allgemeiner werden.

Der in der Entwicklung begriffene fünfte Stand wird durch die praktische Inauguration des religionslosen Staates auch durchwegs religionslos sein und durch diese Eigenschaft sich erst recht frei fühlen: nur seinen Instinkten zu folgen. Ueberhaupt scheint mir der fünfte Stand berufen, all die Sünden, Ungerechtigkeiten und Thorheiten der modernen liberalen und materialistischen Gesellschaft zu rächen, zugleich aber auch alle **Die** mitzustrafen, welche nicht Kraft und Einsicht besaßen, um noch bei Zeiten und überhaupt den sich entwickelnden Katastrophen mit vollster Energie entgegen zu wirken. — Daß bei dieser „socialen Abrechnung" auch Tausende und aber Tausende als Unschuldige mitzuleiden haben, ist leider als selbstverständlich nicht ausgeschlossen.

Will man aber trotz aller Indicien die moderne liberale Gesetzgebung und die naturalistische und materialistische Richtung von der Verantwortung und Schuld freigesprochen sehen, welche sich aus den oberen Darlegungen ergeben, so erkläre man doch gefälligst auch seinerseits die Verhältnisse, die allenthalben zu nicht mehr zu beanstandenden Klagen führen, und dann habe man die Güte mitzutheilen, wie dem Massenproletariate, das doch bekanntermaßen im fortwährenden Zunehmen begriffen ist, sowie seiner sittlichen Verwahrlosung und Gemeingefährlichkeit gesteuert werden kann. Erst wenn man diese Fragen beantwortet, kann man sich gegen die Anschuldigungen und gegen die Mittel zur Besserung wenden, welche von unserer Seite aufrecht erhalten werden.

Wenn nicht, so wird eben nur wiederholt bewiesen, was ich längst behauptet habe, nämlich: daß die Vertreter des Manchesterthums die Erzeugung des Massenproletariates absichtlich fördern, um ihre Concurrenzfähigkeit zu erhöhen, die in erster Linie durch wohlfeile Arbeitskräfte bedungen wird.

Um das rasche Wachsen des Proletariats zu fördern, wurden alle Gesetze willkommen geheißen, welche einerseits eine rasche Vermehrung[1]) der Menschen, andrerseits ihre möglichst größte Abhängigkeit[2]) vom Kapital in Aussicht stellten. Die Verehelichungs-, Gewerbe-, Wucher-, Wechsel-Freiheit und die Freizügigkeit spielen in diesem Cyklus und Combinationen die größte Rolle. Wer kann heute noch die moderne liberale Aera vertheidigen, indem er sich auf den Volks-Aufschwung beruft? —

Wer kann behaupten, daß die meisten Freiheiten der letzten Decennien im Interesse des Volkes, der Gesammtheit eingeführt wurden?

Einerseits verlangten die Vertreter des politischen Liberalismus, der als Quintessenz seiner Logik[3]) doch nur die „Bourgeois-Republik" besitzen kann, den erforderlichen Spielraum

[1]) Die Menschenzüchtung des Manchesterthums trägt natürlich ihr Correctiv in sich, da alle Voraussetzungen fehlen, daß sich der auf diese Weise erzielte Zuwachs normaliter weiter vermehren kann. Aber eben so klar ist, daß die natürlichen Schranken, welche dem Vermehrungs-Prozesse hält gebieten werden, tiefe Erbitterung und Haß in den betroffenen Kreisen erzeugen müssen. Wenn die Familien des Proletariats ihre Kinder durch Entbehrungen und Elend verlieren, so wächst bei ihnen das Verlangen nach Ausgleichung der Verhältnisse mit einer Macht, die um so schwerer zu bekämpfen sein wird, als man der Urheber oder doch Zulasser dieser Verhältnisse ist. Nicht gerade selten kommen vor Gerichte Fälle vor, wo der Angeschuldigte zum Ankläger wird. Ein zweiundzwanzigjähriger „Familienvater", der wegen eines kleinen Diebstahls vor den Gerichtsschranken stand, rief dem Richter zu: er hätte die traurigen Folgen einer Verheirathung unter seinen Verhältnissen nicht beurtheilen können, man hätte ihn nicht heirathen lassen sollen, dann stände er jetzt keiner Familie vor, die er nicht ernähren könne. — Und wieviele tausend Fälle gleichen diesem! Es ist ein eigenes Dilemma, in dem sich ein Staat befindet, wenn er die „Wirkungen" der „Ursachen", die er gegeben, nun strafrechtlich verfolgen muß. Wo bleibt da die „Übrigkeit" im höheren Sinne?!

[2]) Somit Besitzlosigkeit, Armuth. Es ist schändlich, aber wahr.

[3]) Manche Regierungen häufen in verhängnißvoller Weise das Maß ihrer Verantwortung, indem sie diese Logik nicht zu beachten scheinen.

zu ihren „Vorarbeiten", und andrerseits brauchte der ökonomische Liberalismus eine schrankenlose Bewegung der Gesellschaft, ihre Atomisirung als Vorbedingung für seine ebenfalls schrankenlose Herrschaft. Auf die Erzeugung wohlfeiler Arbeitskräfte, welche das „eherne" Lohngesetz hervorriefen, wurde ganz besondere Rücksicht genommen. Indem vielfach, und namentlich in der ersten Zeit der modernen liberalen Aera, die Verlangen und Bedürfnisse der beiden liberalen Gruppen sich gegenseitig deckten, erstand die „große" liberale Partei, deren Herrschaft die Gesellschaft schwer büßen muß, und welche auch für die Throne in der bedenklichsten Weise negative Resultate gehabt hat.

Mit einer wirklich klassischen Ruhe und in der anschaulichsten Weise bespricht Karl Marx die Zukunft der kapitalistischen Gesellschaft, welche aber, weit entfernt, sich aus dieser klaren, naturnothwendigen Perspektive eine Lehre zu nehmen, nur noch im erhöhten Grade Ursache auf Ursache thürmt, welche die von Karl Marx prognosticirten Folgen immer näher rücken und verderblicher, weil bestialischer, gestalten werden.

Der verstorbene Karl Marx schrieb: Mit der fortwährenden numerischen Abnahme der Kapitalmagnaten, welche alle Vortheile dieses Umwandelungsprozesses usurpiren und monopolisiren, wachse aber „auch die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtung die Degradation, der Ausbeutung", wachse auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Productionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisirten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol selbst werde endlich zur Fessel der Productionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht sei. Alsdann habe die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums geschlagen. „Die Expropriateurs werden expropriirt." Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise war die erste Negation des auf eigne Arbeit gegründeten Privateigenthums. Diese Negation negirt sich selbst und drängt zur Wiederherstellung individuellen Eigenthums, jedoch auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: nämlich auf Grund der Cooperation freier Arbeiter und ihres Gemeineigenthums an der Erde und an den durch die Arbeit selbst producirten Productionsmitteln. Die voraus gegangene Verwandlung des zersplittert gewesenen, auf eigner Arbeit be-

ruhenden Privateigenthums in modernes Kapital war ein ungleich mehr langwieriger, harter und schwieriger Prozeß, als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlicher Arbeitsweise beruhenden Privatkapitals in gesellschaftliches Eigenthum. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

Und so muß es kommen ohne Gnade, ohne Aufschub, und wir Alle werden mit in das Verderben gestürzt, das über die Gesellschaft mit einer elementaren Gewalt hereinbrechen wird, weil sie sich vom Mammon beherrschen läßt und von der christlichen Weltordnung gewichen ist. Nur eine Rettung bleibt uns noch, und die besteht in der gründlichen und schleunigen Umkehr auf den bisher betretenen Wegen, in der völligen Verleugnung der Principien des geistigen und ökonomischen Materialismus.

Zweites Kapitel.

Der Preis des Kapitals und der Preis der Arbeit.

Wieweit es bereits mit den modernen Culturstaaten und ihren gepriesenen civilisatorischen Fortschritten gekommen ist, wie merklich die socialen Brandungen die alte und neue Welt erschüttern, geht aus den Erörterungen der socialen Fragen hervor, die dies- und jenseits des Meeres gepflogen werden. Das Werk des Amerikaners Henry George: „Fortschritt und Armuth"[1]), auf das hier näher einzugehen uns leider der Raum und auch die ins Auge gefaßte Zeit verbietet, beweist zur Genüge, daß die sociale Frage überall brennend wird, wo die Kultur und eine unchristliche Civilisation einen Höhepunkt erreicht, den man von gewissen Seiten als eine Etappe zum höchsten Ziel ersehnt hat. Doch lassen wir Henry George lieber selbst reden. In der Einleitung zu seinem Werke sagt er:

[1]) Berlin. Elwin Staude. 1881.

„Das gegenwärtige Jahrhundert ist durch eine erstaunliche Vermehrung von Güter hervorbringender Kraft ausgezeichnet. Die Verwendung von Dampf und Electricität, die Einführung verbesserter Methoden und arbeitersparender Maschinen, die größere Theilung und der großartigere Maßstab der Production, die wunderbare Erleichterung des Austausches haben die Leistungsfähigkeit der Arbeit enorm vervielfältigt.

„Zu Anfang dieser wunderbaren Zeit war die Erwartung nur natürlich und wurde auch allgemein gehegt, daß arbeitersparende Erfindungen dazu beitragen würden, die Mühsal des Arbeiters zu erleichtern und die Lage desselben zu verbessern; daß die enorme Vermehrung an Güter hervorbringender Kraft wirkliche Armuth zu einem Dinge der Vergangenheit machen würde. Hätte Einer der Männer des letzten Jahrhunderts — ein Franklin oder Priestley — in einem Zukunftstraume sehen können, wie das Dampfboot an die Stelle des Segelschiffs, der Eisenbahnzug an die der Post- und Frachtwagen, der Dampfmäher an die der Sense, der Dampfdrescher an die des Dreschflegels trat; hätte er das Stöhnen der Maschinen hören können; die, dem menschlichen Willen und der Befriedigung menschlicher Wünsche dienstbar, mehr vermögen, als alle Menschen und alle Lastthiere der Erde zusammengenommen, hätte er sehen können, wie die Bäume des Waldes fast ohne Zuthun der menschlichen Hand in fertige Thüren, Fenster, Laden, Kisten und Fässer umgewandelt werden; wie die großen Werkstätten kistenweise Stiefel und Schuhe mit weniger Arbeit anfertigen, als der altmodische Schuster zum Auflegen einer Sohle brauchte; wie in den Dampfwebereien unter den Augen eines Mädchens Baumwolle schneller in Tuch verwandelt wird, als hunderte kräftiger Weber es auf Handstühlen zu Wege gebracht haben würden; wie Hammerwerke Mammuthröhren und mächtige Anker schmieden, und zierliche Maschinen winzige Uhren verfertigen; wie der Diamantbohrer das Herz der Felsen durchdringt und Kohlenöl den Wallfisch schonen läßt; hätte er sich den enormen Gewinn an Zeit und Arbeit vorstellen können, der durch verbesserte Einrichtungen des Verkehrs und des Austausches entstehen würde — wie in Australien geschlachtete Schafe frisch in England gegessen werden und der am Nachmittag gegebene Auftrag des Londoner Bankiers

in San Francisco am Morgen desselben Tages ausgeführt wird; hätte er die hunderttausend Verbesserungen, aus deren Zahl nur diese wenigen Beispiele herausgegriffen sind, ermessen können, was würde er daraus in Betreff der socialen Lage der Menschheit geschlossen haben?

„Es würde ihm kein bloßer Schluß, kein bloßes Phantasiegebilde, sondern etwas wirklich Geschautes geschienen haben; und sein Herz würde gehüpft und seine Nerven gebebt haben wie Einem, der von einer Anhöhe gerade vor der verschmachtenden Caravane den belebenden Schimmer rauschender Wälder und den Glanz lachender Gewässer sieht. Seine Phantasie würde ihm vergegenwärtigt haben, wie diese neuen Kräfte die Gesellschaft gerade in ihren Fundamenten erhöheten, selbst den Aermsten über die Möglichkeit des Mangels hinweghoben, den Niedrigsten von der Angst und Sorge um das tägliche Brod befreiten; er würde geglaubt haben, daß jene Sclaven der Leuchte des Wissens den traditionellen Fluch der Menschheit auf sich nehmen, jene Muskeln von Eisen und Sehnen von Stahl das Leben des ärmsten Arbeiters zu einem Feiertage machen würden, in dem jede hohe Eigenschaft und jeder edle Trieb vollen Raum zu Wachsthum und Gedeihen finden könnten.

„Und aus diesen glücklichen materiellen Verhältnissen würde er, als nothwendige Folgen, moralische Zustände haben entstehen sehen, die das goldene Zeitalter, von dem die Menschheit immer geträumt hat, verwirklichten: die Jugend nicht länger dem Hunger und Elend ausgesetzt; das Alter nicht durch Geiz gequält; das Kind mit dem Tiger spielend; den Mann mit der Schmutzharke[1]) den Ruhm der Gestirne trinkend! Alles Schlechte verjagt, alles Wilde zahm; Uneinigkeit in Harmonie verwandelt! Denn wie könnte da Habsucht herrschen, wo Alle genug haben? Wie könnten Laster, Verbrechen, Unwissenheit, Rohheit, die alle doch nur aus der Armuth entspringen, fortbestehen, wo die Armuth selbst verschwunden ist? Wer würde kriechen, wo Alle freie Menschen, wer unterdrücken, wo Alle gleich sind?

[1]) Eine Anspielung auf Bunyan's Allegorie selbstsüchtiger Habsucht in seinem berühmten „Pilgrims progress". Anm. d. Uebers.

„Mehr oder weniger verschwommen oder klar, sind dies die Hoffnungen, dies die Träume gewesen, die durch die Fortschritte, welche diesem wundervollen Jahrhundert seinen Vorrang geben, hervorgerufen wurden; sie sind so tief in den Geist des Volkes eingedrungen, daß sie den Ideengang vollständig verändert, den Glauben verwandelt und die fundamentalsten Anschauungen verrückt haben. Die umgehenden Träume von höheren Daseinsformen haben nicht blos Glanz und Lebhaftigkeit gewonnen, sondern ihre Richtung verändert — anstatt hinter sich die schwachen Farben eines verschwindenden Sonnenunterganges zu sehen, hat die ganze Glorie des Tagesanbruchs den Himmel vor ihnen erhellt.

„Es ist wahr, daß Enttäuschung auf Enttäuschung gefolgt ist, und daß Entdeckung auf Entdeckung, Erfindung auf Erfindung weder die Mühsal Derer, welche am meisten der Erholung bedürfen, vermindert, noch den Armen Fülle gebracht hat. Aber so vielen Ursachen schien dieser Mißerfolg beigemessen werden zu können, daß bis auf unsere Zeit der neue Glaube kaum geschwächt worden ist. Wir haben die zu überwindenden Schwierigkeiten besser zu würdigen gelernt, hoffen aber gleichwohl, daß das Streben der Zeiten dahin geht, sie zu überwinden.

„Jetzt jedoch gerathen wir mit Thatsachen in Collision, über die kein Zweifel möglich ist. Von allen Seiten der civilisirten Welt kommen Klagen über industriellen Druck, über unfreiwillige Einstellung der Arbeit, über Anhäufung müßigen Kapitals, über Geldmangel unter den Geschäftsleuten, über Entbehrung, Sorgen und Leiden unter den arbeitenden Klassen. Alle die dumpfe, tödtende Pein, die herbe, zum Wahnsinn treibende Sorge, welche für die große Menge in den Worten „schwere Zeiten" inbegriffen sind, beängstigen jetzt die Welt. Dieser Zustand der Dinge ist Staaten gemeinsam, die nach ihrer Lage, ihren politischen Einrichtungen, ihrer Besteuerung, nach der Dichtigkeit der Bevölkerung und nach socialer Gliederung grundverschieden sind, und kann daher schwerlich durch lokale Ursachen erklärt werden. Es herrscht Noth, wo große stehende Heere unterhalten werden, aber auch da, wo dies nicht der Fall ist; es herrscht Noth, wo Schutzzölle den Handel thörichterweise hemmen, aber auch da, wo der Handel beinahe frei ist; es herrscht Noth, wo noch autokratische Regie-

rungen bestehen, aber auch da, wo die politische Macht gänzlich in den Händen des Volkes ist; in Ländern, wo Papier Geld ist, und in Ländern, wo Gold und Silber die alleinigen Umlaufsmittel sind. Augenscheinlich müssen wir hinter all diesem auf eine gemeinsame Ursache schließen.

„Daß es eine gemeinsame Ursache gibt, und daß dieselbe entweder gerade der sogenannte materielle Fortschritt oder doch etwas damit sehr eng Verknüpftes ist, wird mehr als eine bloße Schlußfolgerung, wenn man beachtet, daß die Erscheinungen, welche wir unter dem Namen industriellen Druckes zusammenfassen, nur höhere Potenzen von Erscheinungen sind, welche stets den materiellen Fortschritt begleiten, und welche sich um so klarer und stärker zeigen, je mehr derselbe zunimmt. Wo die Bedingungen, auf welche der materielle Fortschritt allenthalben loszielt, am vollständigsten verwirklicht sind, d. h. wo die Bevölkerung am dichtesten, der Reichthum am größten und die Werkzeuge der Production und des Austausches am höchsten entwickelt sind, finden wir auch die tiefste Armuth, den schärfsten Kampf ums Dasein und die meiste aufgedrungene Arbeitslosigkeit.

„Es sind die neueren Länder — d. h. die Länder, wo der materielle Fortschritt noch in den Windeln liegt — nach denen die Arbeiter auswandern, um höhere Löhne zu gewinnen, und das Kapital hinströmt, um höhere Zinsen zu erlangen. In den älteren Ländern dagegen — d. h. in denjenigen, wo der materielle Fortschritt älteren Datums ist — findet sich weit verbreitete Armuth inmitten des größten Ueberflusses. Geht man in eines der jungen Gemeinwesen, wo angelsächsische Kraft eben den Wettlauf des Fortschritts beginnt, wo die Werkzeuge der Production und des Austausches noch roh und wenig entwickelt sind, wo die Ansammlung von Gütern noch nicht groß genug ist, um irgend einer Klasse zu gestatten, in Bequemlichkeit und Luxus zu leben, wo das beste Haus nur eine Bretterhütte oder ein Verschlag von Tuch und Papier, und der reichste Mann zu täglicher Arbeit gezwungen ist, so wird man zwar nicht den Reichthum mit all seinen Begleitern, aber auch keine Bettler finden. Es gibt keinen Luxus, aber auch kein Elend. Niemand findet ein leichtes, noch ein sehr gutes Auskommen, aber Jeder *kann* doch sein Brod

finden, und Niemand, der fähig und willig zu arbeiten ist, wird durch die Furcht vor Mangel bedrückt.

„Aber sobald ein solches Gemeinwesen den Zustand erreicht, nach dem alle civilisirten Staaten hinstreben, und auf der Stufenleiter materiellen Fortschritts steigt, sobald dichtere Ansiedelung, engere Verbindung mit der Außenwelt, vermehrte Benutzung arbeitersparender Maschinen größere Ersparnisse in Production und Austausch ermöglichen, und der Reichthum in Folge dessen zunimmt — nicht blos überhaupt, sondern auch im Verhältniß zur Bevölkerung — alsbald bietet auch die Armuth ein dunkleres Bild. Der Verdienst Einzelner ist unendlich größer und leichter, während Andere ihre liebe Noth haben, nur das tägliche Brod zu verdienen. Mit der Locomotive kommt auch der Vagabund, und Armenhäuser und Gefängnisse sind ebenso sichere Kennzeichen „materiellen Fortschrittes" als kostbare Wohnhäuser, reiche Läden und prächtige Kirchen. In mit Gas beleuchteten und durch eine uniformirte Polizei bewachten Straßen warten Bettler auf den Vorübergehenden, und im Schatten von Hochschulen, Bibliotheken und Museen versammeln sich jene abschreckenderen Hunnen und wilderen Vandalen, die Macaulay prophezeite.

„Diese Thatsache — die große Thatsache, daß Armuth und alle ihre Begleiter sich in einem Gemeinwesen gerade in dem Augenblick zeigen, wo dasselbe jenen Zustand erreicht, welchen der materielle Fortschritt erstrebt — beweist, daß die socialen Schwierigkeiten, welche überall entstehen, wo eine gewisse Stufe des Fortschritts erreicht ist, nicht in lokalen Ursachen ihren Grund haben, sondern auf eine oder die andere Weise durch den Fortschritt selbst erzeugt werden.

„Und so unliebsam das Geständniß sein mag, es wird zuletzt augenscheinlich, daß die enorme Vermehrung an productiver Kraft, welche das jetzige Jahrhundert kennzeichnet, und die in immer beschleunigtem Verhältniß zunimmt, keineswegs dazu beiträgt, die Armuth auszurotten, oder die Last Derer zu erleichtern, die zu arbeiten gezwungen sind. Sie erweitert blos den Abstand zwischen Reich und Arm und macht den Kampf ums Dasein schärfer. Die lange Reihe von Erfindungen hat die Menschheit mit Kräften ausgestattet, welche die kühnste Einbildung vor einem

Jahrhundert sich nicht hätte träumen lassen. Aber in Fabriken, wo die arbeitersparenden Maschinen ihre wunderbarste Entwicklung erreicht haben, sind Kinder bei der Arbeit; wo immer die neuen Kräfte ganz ausgenutzt werden, müssen große Klassen der Bevölkerung durch die Wohlthätigkeit erhalten werden, oder sind immer nahe daran, derselben zur Last zu fallen; inmitten der größten Anhäufungen von Gütern sterben Menschen vor Hunger, und saugen schwächliche Kinder an trockenen Brüsten, und allenthalben beweisen die Sucht nach Gewinn, die Anbetung des Reichthums die Macht der Besorgniß vor Mangel. Das Land der Verheißung flieht vor uns gleich einer Fata morgana. Die Früchte vom Baume der Erkenntniß werden, sobald wir sie berühren, zu Sodom-Aepfeln, die in Staub zerfallen."

Und weiter fährt Henry George fort:

„Diese Gemeinschaftlichkeit von Armuth und Fortschritt ist das große Räthsel unserer Zeit. Es ist der springende Punkt, aus welchem die industriellen, socialen und politischen Schwierigkeiten entstehen, welche die Welt in Verwirrung stürzen, und mit welchen Staatskunst, Philanthropie und Erziehung vergebens kämpfen. Ihm entspringen die Wolken, welche die Zukunft der vorgeschrittensten und unabhängigsten Nationen verdunkeln. Es ist das Räthsel, welches die Sphynx des Schicksals unserer Civilisation aufgibt, und dessen Nichtbeantwortung Untergang bedeutet. So lange die ganze Zunahme der Güter, welche der moderne Fortschritt mit sich bringt, nur dazu dient, große Vermögen aufzubauen, den Luxus zu vermehren und den Contrast zwischen dem Hause des Ueberflusses und der Hütte des Mangels zu verschärfen, so lange ist der Fortschritt kein wirklicher und kann nicht dauernd sein. Die Reaction muß kommen. Der Thurm neigt sich auf die Seite, und jedes neue Stockwerk beschleunigt nur die endliche Katastrophe. Menschen, die zur Armuth verdammt sind, zu unterrichten, heißt nur, sie widerspenstig machen; auf einen Zustand offenkundigster, socialer Ungleichheit politische Einrichtungen gründen wollen, unter denen die Menschen theoretisch gleich sind, heißt eine Pyramide auf ihre Spitze stellen."

Wenn wir uns auch keineswegs anmaßen, die vielen wichtigen Fragen, auf welche man bei eingehender Erörterung der

socialen, wirthschaftlichen, kapitalistischen und Arbeits-Verhältnisse immer wieder von Neuem stößt, leichthin lösen zu wollen, so sind wir doch bereits ein gutes Stück in den Schacht der Erkenntniß gedrungen. Auch hier ergibt sich als richtig, daß, um vorwärts und auf den Grund der Fragen zu kommen, sehr viel, ja fast die Hauptsache, auf die richtigen Fragestellungen ankommt. Es werden heutzutage Fragen gestellt und beantwortet, die alle nicht auf den Grund der Sache gehen und oft den Glauben nahe legen, daß man sie nicht, um die Verhältnisse zu klären, sondern um sie zu verwirren, stellt. Von höchst oberflächlicher Bedeutung sind auch die bis jetzt vorgeschlagenen und in der Vorarbeit begriffenen socialen und wirthschaftlichen Reform-Entwürfe, mit welchen man an die „Lösung" der socialen Fragen herantreten will. Sie haben alle zusammengenommen nicht einmal einen secundären Werth. Sie gehen hoch über die Grundübel hinweg, die man gar nicht zu beachten scheint. Und doch glauben wir, daß, wenn man richtig fragt und die Frage alsdann in entsprechender eingehender Weise vertieft, man auch die *richtigen* Antworten findet, von deren Nutzbarmachung es *allein* abhängt, ob wir der socialen Revolution noch zuvorkommen können, deren stetiges Näherrücken doch Niemand mehr in Abrede stellen kann.

Zur Charakterisirung der Entwickelung der menschlichen Arbeit im Großen, mögen nachstehende Aphorismen dienen.

Diese Entwickelung geschah ohne innere Berechtigung, ohne Berücksichtigung der Causalitäts-Fragen der National-Oekonomie, ohne Berücksichtigung von Staats- und rechtsphilosophischen Sätzen, zu welchen wir uns doch bekennen, und die wohl auch keine Verneinung erfahren dürften; sie geschah ferner ohne Einfluß und Vermittelung des theoretischen wie praktischen Christenthums. Durch ihre ungeheure Ueberstürzung, und nur von der einzigen Frage beherrscht, auf welche Weise sich das Kapital — die persönlichen Productions-Mittel — absolut vermehren lasse, riß der Faden, der bisher zwischen Arbeit und Kapital bestand, wenn auch schon mannigfach sehr gespannt, ganz entzwei. Die Uebergänge, die nöthigen Vermittelungen fingen an zu fehlen, man verlor vollkommen den nöthigen Zusammenhang und die aus-

zleichenden Momente, ohne welche die schroffsten und provocirendsten Gegensätze naturnothwendig entstehen mußten.

Eine Studie, eine „social-politische Phantasie", wie sie von dem Autor, Freiherrn Karl von Vogelsang, in seiner großen Bescheidenheit genannt wird, dürfte hier eine entsprechende Stelle finden, und lassen wir ihren Hauptinhalt nachstehend folgen. Der genannte Verfasser sagt:

„Von dem Augenblicke an, da die Praxis und in deren Gefolge die Wissenschaft, sich zu dem Gedanken durchgerungen hatte, daß nicht das dauernde Wohl Aller — Jedes nach seiner Art — nicht die in der Mannigfaltigkeit gleiche Zielerfüllung Aller, der Zweck der Gesellschaft sei, sondern die Production, die möglichst billige und massenhafte Production — von dem Augenblicke an mußte man eine neue Antwort finden auf die Frage: Wozu die Production? Die Meinung war obsolet geworden, daß der Mensch producire, weil die Arbeit für jeden Menschen — Jeden in seiner Art — ein sorgenschwerer göttlicher Fluch, dessen Beobachtung eine Bedingung der allgemeinen Zweckerfüllung sei; die menschliche Arbeit als gedanken- und freudenloser Theil der Maschinenarbeit trug jenen Stempel göttlichen Willens nicht. Denn gewiß wirkt die ewig gleiche, gedankenlose, von jeder Freude am Werke entblößte Arbeit, welche den Arbeiter entwürdigt, proletarisirt, nicht zur höchsten Zweckerfüllung mit. Ein anderer Zweck mußte gefunden werden, man fand ihn im money making, im Geldmachen. Aber indem man diesen Gedanken aussprach, ja schon indem man ihn aus dem habgierigen Herzen in das Gehirn aufsteigen ließ, beschwor man einen Riesen über sich, einen gewaltigen Geist, der die unsocial, gottlos und socialistisch gewordene Production in seinen Bann, in seine Fesseln schlug. In jener verhängnißvollen Stunde wurde der Geld-Kapitalismus geboren, der die Sünden der kapitalistischen Production durch neue größere Sünden an der civilisirten Menschheit rächen sollte."

Statt in den modernen Entwickelungen der menschlichen Arbeit, die nur zu den gefährlichsten socialen Verwickelungen geführt haben, unaufhaltsam in einer rein wahnwitzigen Hast weiter zu arbeiten, ist es vielmehr geboten, gewissermaßen eine Strecke zurückzuschreiten, um erst wieder den nöthigen Zusammenhang der vermittelnden

Momente, die doch ein für allemal zwischen Arbeit und Kapital bestehen müssen, zu finden.

Zu sagen: man wüßte diesen Zusammenhang nicht zu finden, oder er sei überhaupt auf Grund der angenommenen Gesetze über die menschliche Arbeit und deren verschiedenartige Vergütung gar nicht zu suchen, er sei ja bereits genügend vorhanden, heißt im ersten Falle: einen Fehler durch Unkenntniß und Indolenz zu entschuldigen, im zweiten aber: alle Aenderungen und Verbesserungen, welche dem Uebel auf den Grund gehen sollen, direkt abweisen und verwerfen, obgleich man sich doch selbst nicht mehr der Einsicht entschlagen kann, daß, ohne Abhilfe eintreten zu lassen, der ganze moderne Werther zeugungs-Prozeß in sich zusammenfällt und **die sociale Revolution geradezu zu einer socialen Nothwendigkeit werden muß.**

Das Facit der modernen kapitalistischen Productionsweise, die ganze Summe der Ergebnisse des Manchesterthums, erscheinen uns als sociale und wirthschaftliche „Impromptüs",[1]) und zwar aus den einfachen Gründen, indem wohl Niemand die praktischen Resultate der modernen Wirthschafts-Theorie geahnt hat, jedenfalls aber nicht ihre sociale und politische Bedeutung, die sie für

[1]) Herr Professor Adolph Wagner hielt vor einigen Tagen in Frankfurt a. M. einen Vortrag über Socialismus, Socialdemokratie und Social-Politik", dem wir Folgendes entnehmen:

„Dieser liberale Individualismus will alle menschlichen Beziehungen nur regeln durch das sogenannte freie Vertragsrecht, während principiell jeder in seiner wirthschaftlichen Bewegung vollkommen frei sein solle. Diese Grundsätze wurden im Hinblick auf die technische und wirthschaftliche Entwickelung, die sie entstehen sahen, und die sie im vollkommensten Widerspruch mit den wirthschaftlichen Zwangsverhältnissen ihrer Zeit fanden, in vollkommen gutem Glauben aufgestellt; sie sahen noch nicht, was aus dem wirthschaftlichen Individualismus, den sie als Ideal aufstellten, herauswachsen könnte, nämlich der Monopolismus des Kapitals. Ein Schlagwort der Zeit, das Schlagwort der politischen Freiheit, das mehr und mehr das Denken zu umgarnen und zu beherrschen begann, leistete dem raschen Gange der individualistischen wirthschaftlichen Gesetzgebung bis zur Uebertreibung, wie wir sie jetzt vor uns haben, den stärksten Vorschub, und Adam Smith selbst würde höchst erstaunt sein, wenn es ihm vergönnt sein würde, die Entwickelung seiner Theorien in der Praxis zu sehen."

den Staat und die Gesellschaft erweisen, noch ihre Einflüsse auf das sittliche Befinden des Volkes voraussehen oder gar berechnen konnte. Der ganze bisherige Verlauf dieser Entwickelungen macht den Eindruck eines ohne Führer dahinrollenden Eisenbahnzuges; woher man kam, weiß man; ebenso, daß es mit rasender Geschwindigkeit „vorwärts" geht; doch wie lange diese Fahrt noch dauert, und wo man vielleicht hinkommt, das weiß man nicht. Im letzten Falle ist das Beispiel zwar nicht zutreffend, denn wir können sehr bestimmt wissen, wohin wir kommen, wenn die richtigen Führer sich nicht des „Zuges" bemächtigen können.

Wenn es aber dennoch dem Einen oder Andern möglich gewesen wäre, eine annähernde Berechnung der Folgen aufzustellen, so würde diese Einsicht diejenige der Teufel gewesen sein und den völligen Verfall jeder Moral seitens ihrer Calculatoren erweisen; eine derartige Pleonexie wäre kein Laster mehr, sondern ein Verbrechen und befände sich in Uebereinstimmung mit der Thomas'schen Katastrophe in Bremerhafen. Lassen sich unsere Productions- und Erwerbsverhältnisse, die auf das Innigste mit dem allgemeinen Befinden und dem Bestande des Staates verwachsen sind, nicht in einer ausgleichenden, gemeinnützigen Weise berichtigen, so steht unsere ganze moderne Civilisation und stehen die vielgenannten culturellen Fortschritte der Neuzeit in Frage; denn es würde sich zur Evidenz erweisen, daß, wenn das Menschengeschlecht auf der Höhe einer bestimmten Civilisation[1]) angelangt ist und bestimmte culturelle Errungenschaften sein Eigen nennt, sich dann wieder zurück auf Stufen begeben müßte, wo die Sclaverei eine gesellschaftliche, vom Staate geschützte Institution war. — Ob nun die zur modernen Sclaverei bestimmten Volksmassen, im Gegensatz zu dem Sclaven der alten Welt politisch frei gestellt sind, trägt nicht im entferntesten dazu bei, ihre sociale und wirthschaftliche Sclaverei

[1]) Albert Lange sagt auf Seite 525 seiner „Geschichte des Materialismus": „Gerade diese Einrichtungen aber: Eigenthum, Rechtsschutz, Vererbung ꝛc., welche aus der Milderung der Sitten hervorgehen und den Blüthezustand der Völker herbeiführen, schützen zugleich das wuchernde Uebel der Besitz-Ungleichheit, welches, bei einer gewissen Höhe angelangt, stärker wird als alle Gegengewichte und die Nation unfehlbar zu Grunde richtet."

leichtert[1]) zu tragen; im Gegentheil wird gerade dieser monströse Widerspruch, der sich aus ihren politischen und socialen Stellungen ergibt, nur als besonderes Reizmittel dienen, die Ketten des modernen Sclaventhums mit einer gewissen Raffinirtheit zu sprengen. Schon in meinem Buche: „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwickelung der Socialdemokratie" wurde ich zu der Frage veranlaßt: „Was ist logischer als: die Mittel der politischen Freiheit zur Befreiung aus der gesellschaftlichen Unfreiheit zu benützen?"

Wielange, glauben denn unsere Staatsmänner und Staatsweisen, daß solche geistige und materielle Spannungen, solche horrende Widersprüche noch dauern können? Das sollten sie wenigstens Alle einsehen, daß wir am Anfang des Endes stehen, und daß es auf die eine oder die andere Weise zu Aenderungen kommen muß. Der Werdeprozeß ist noch in voller Gährung, ist nicht abgeschlossen, und noch liegt es in den Händen der Regierungen, durch weise, durchgreifende Reformen ihn im staats- und gesellschaftserhaltenden Sinne verlaufen zu lassen. Die vermittelnden Momente, die Uebergänge zwischen Kapital und Arbeit zu finden, das ist die Aufgabe unserer Zeit, und sollte man an bestimmten Orten nicht den Mämern grollen und sie in ostentativer Weise ignoriren, welche sich in ihren Mahnrufen: noch bei Zeiten die richtigen Mittel anzuwenden, niemals aufhalten lassen. Auf die furchtbare Verantwortung, welche sich an jenen Orten förmlich zu thürmen beginnt, werden wir noch öfter zurückkommen.

Was nun wieder die genannten Uebergänge betrifft, so werden wir ihnen in der Weise näher kommen, als wir uns eingehender mit der Frage: über den Preis der Arbeit und den Preis des Kapitals beschäftigen. Denn in den Ursachen dieser Unterschiede liegen zugleich auch mit die Gründe des socialen Elends. —

[1]) In der Vorrede zu seinem Werke: „Das Ureigenthum" (autorisirte deutsche Ausgabe, herausgegeben und vervollständigt von Dr. Karl Bücher. Leipzig, Brockhaus. 1879) sagt Laveleye: „Wie soll man die unbeschränkte Freiheit mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung vereinigen und es bewirken, daß die Ungleichheit der Lebensbedingungen, welche man für nothwendig erklärt, fortbesteht zugleich mit der politischen Gleichheit, welche man decretirt? — Das ist das furchtbare Problem, welches unsere Gesellschaften zu lösen haben, wenn sie nicht untergehen wollen, wie die antiken Gesellschaften."

Hier müssen ausgleichende Verhältnisse angebahnt werden, und habe ich bereits in meinen Thesen, sowie in anderen socialpolitischen Arbeiten, auf welche ich im Verlaufe dieser Schrift noch zurückkomme, die Wege angedeutet, die zur Lösung der socialen Frage führen können.[1])

Wieweit wir bereits gekommen, und welches Tempo der moderne liberale Fortschritt angenommen, können wir auch aus den Geständnissen aus jenseitigen Lagern entnehmen, die für uns sicher ein großes Interesse haben. Herrscht bei diesen Aeußerungen auch noch der skeptische Standpunkt vor, so steht doch so viel fest, daß die angenehme Ruhe und der Glaube an die Beständigkeit der kapitalistischen Weltordnung schon etwas empfindlich ins Schwanken gerathen sind.

Herr Göschen hielt bei Eröffnung der Wintersaison des philosophischen Instituts in Edinburgh eine Rede über Staatshilfe und das Prinzip des Laisser-faire, aus der wir nach der Münchener „Allgemeinen Zeitung" No. 310 Folgendes entnehmen: „Mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Wachsthum der Interessenverschiedenheit gewinne gleichmäßig die Ueberzeugung an Boden, daß die Einmischung des Staates zur Regelung der das gesellschaftliche Leben so innig berührenden wirthschaftlichen Fragen unbedingt erforderlich sei. Unmerklich entwickeln sich hieraus der Staatssocialismus mit seiner phantastischen Theorie über die Nationalisirung des Landes, seine Forderungen in Bezug auf die

[1]) Selbstverständlich bin ich weit entfernt, „mehr" anzunehmen; denn ohne daß von den Regierungen Enqueten eingesetzt werden, welche die verschiedenen Fragen für sich bearbeiten, um sie brauch- und nutzbar für die systematische Gesammtarbeit der socialen und wirthschaftlichen Reformen zu machen, ist an die Lösung der Probleme nicht zu denken, insofern sie in einer geordneten und nicht gewaltsamen Weise erfolgen soll. Die hier vorliegende, wie alle meine früheren Arbeiten, die sich auf die socialen Reformen beziehen, besitzen nur den Zweck, die Verhältnisse möglichst zu klären und die Nothwendigkeit jener Reformen in nachdrücklichster Weise zu betonen. Ein Mensch ist überhaupt gar nicht im Stande, die vielen einschlägigen Fragen zu beherrschen, hierzu sind viele Köpfe nöthig; nur um die Erhebungen des erforderlichen Materials zu veranlassen, auf dessen Vorlage doch allein nur eine systematische Arbeit ausgeführt werden kann, ist schon das Eingreifen der Regierungen absolut geboten.

Gewährleistung einer menschenwürdigen Existenz für alle Staatsbürger und die Verstaatlichung gewisser Productions- und Arbeitsgebiete. Die Ursachen dieser gegen die Einschränkung der Freiheit der Person, sowie der Produktions- und Handelsthätigkeit gerichteten Strömung liege in gewissen moralischen Erwägungen, welche die zu Anfang dieses Jahrhunderts beliebte Theorie des Laisser-faire, d. h der Nichteinmischung des Staates in die Privatwirthschaft vom Grund aus erschüttert haben. Die Erkenntniß brach sich Bahn, daß andere, als blos materielle Interessen berücksichtigt werden müssen, und daß die Interessen des Handels und der Industrie zurücktreten müssen, wenn es sich um die Abschaffung gesellschaftlicher Uebelstände und Förderung des Volkswohles handle. Das Vertrauen in die Laisser-faire-Theorie sei aber namentlich dadurch erschüttert worden, daß man bei der Anwendung ihrer Prinzipien wohl eine Vermehrung der Reichthümer (des Kapitals) wahrnahm, mit der jedoch eine äußerst ungleichmäßige Vertheilung des Besitzes Hand in Hand ging, welche die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer und unüberbrückbarer gestaltete. Der Schrei der kapitalistisch ausgebeuteten Menge nach der Einmischung und Hilfe des Staates werde darum immer lauter; man wende sich aber nicht an ihn und betrachte ihn nicht länger als einen wohlwollenden und väterlichen Meister, sondern man sehe im Staate nur den Diener und den Vollstrecker des Volkswillens. Der Erfolg staatlicher Unternehmungen, wie z. B. des Postwesens, begünstige die Ausdehnung desselben auf andere Arbeitsgebiete und liefere den Staatssocialisten eine Waffe für die Vertheidigung der von ihnen befürworteten Ideen. Die Verwirklichung derselben wäre jedoch als ein schweres Unglück zu betrachten."

Herr Göschen getraut sich in England nicht, die Vergrößerung der Reichthümer Einzelner als ein „überaus glückliches Ereigniß für die Nation" zu bezeichnen, wie es die deutschen Organe der „goldenen Internationale" mit echt jüdischer Unverschämtheit gethan haben. In England ist das Verständniß und sind die Interessen für die Volkswirthschaft zu sehr geweckt, als daß man es wagen dürfte, das Zurückgehen und die direkte Verarmung des Mittelstandes und überhaupt der Productivstände durch die beißende Ironie zu beschönigen: der Volksaufschwung schreite in ungeahnter

Weise vor, die Vermögen stiegen in rascher Folge, die „Tendenz" sei überall lebhaft, das deutsche Volk hätte alle Ursache zufrieden zu sein. — Wenn auf Kosten der harten und mühevollen Arbeit die „lucrativen" Erwerbsarten ganz unverhältnißmäßige Gewinne abwerfen, die Steuerkraft sich immer mehr auf einzelne Mittelpunkte concentrirt, somit viele Millionen von Menschen in ihren bisherigen Gewerben geschädigt werden und der Verarmung mit all ihren entsetzlichen Folgen entgegengehen, dafür aber eine verhältnißmäßig äußerst geringe Anzahl umso reicher wird, so sollen „diese Verhältnisse" den „Volksaufschwung" bedeuten.

Und wie lange ist es denn überhaupt her, daß sich gegen die systematischen Ausbeutungen der Volksarbeit eine Reaktion erhoben hat? Noch vor zehn Jahren hielt der größte Theil des deutschen Bürgerthums und mit ihm nicht gerade wenige National-Oekonomen und diverse Staats- und Geheimräthe die moderne liberale Aera für ein Glück; das Spiel der „freien Kräfte" imponirte und kitzelte ein großes Publikum, und daß das Manchesterthum dem „Racker von Staat" „bescheiden" machte, ihn auf die Rolle des Nachtwächters verwies, erschien ihm ungemein geistreich und ganz dem „gewaltigen Fortschritte" des modernen Bürgerthums entsprechend. Dem „Polizei-Staate" — und wie dehnbar wurde der Begriff — ein Schnippchen zu schlagen, galt sehr Vielen als Bürgerpflicht; man wollte an Nichts gemahnt sein, was an Aufsicht- und Uebersicht erinnerte; der moderne intelligente Bürger — und intelligent war Jeder, der „modern" war — könnte für sich selber sorgen; wollte er gewässerte Milch, schädlich gefälschte Weine trinken, „präparirte" Käse[1]) essen u. s. w., so war das einmal „sein Recht", an dem ihn die Polizei nicht hindern durfte. Man begeisterte sich für die völlig freie Entwickelung der „Genies" und für die Fructificirung der „freien Kräfte", es war eben einmal die Zeit des „Tingel-Tangel", überall tingel-tangelte es, und ganz besonders auf der Börse, die außerordentliche Leistungen ihrer freien Kräfte entwickelte.

[1]) Der Name des Käsejuden in Berlin, der sein Lager in einer Weise durch „Auffrischungen" in Stand hielt, die ihn vor den Strafrichter brachte, ist mir entfallen. Die Geschichte spielte vor circa vier Jahren.

Der Satz, daß die Interessen der Gesammtheit am besten gewahrt werden, wenn am wenigsten absichtlich für die Gesammtheit gesorgt wird, und die Individuen am „ungestörtesten ihre eignen Interessen verfolgen", erhielt die Kraft eines Glaubenssatzes der modernen intelligenten Gesellschaft. Man dachte in dieser „aufgeklärten" Zeit an Viel, nur nicht an ein gewisses Sprichwort, nämlich:

„Nur die allergrößten Kälber
Wählen ihre Metzger selber."

Aber in nicht gar zu langer Zeit fingen die Schleier an zu reißen, und wurde man auch durch das Zurückgehen der eignen Verhältnisse überrascht. Es wollte nicht mehr klappen und langen, und allmälig begann man zu begreifen, daß es doch irgendwo fehlen müsse. Noch einen Schritt weiter, und man erkannte in hellen Haufen die Schlingen, welche man selbst mitlegen half, man merkte die großartigen Bauernfängereien, — das freie Spiel der Intelligenzen — die das Manchesterthum im Verein mit den Kapitalgewaltigen auf Kosten des Volkes trieb. Von diesen Seiten schlug man nun erst recht auf die Lärmtrommel, um durch Betonung von noch weiteren politischen Concessionen, die aber, da wir bereits alle wirklichen praktischen und politischen Freiheiten besitzen, nur in der Ausbildung des Parlamentarismus und der Schwächung der monarchischen Institutionen bestehen könnten, die sociale Unfreiheit, die aus der Armuth entspringt, zu bemänteln. Was hat denn das Manchesterthum mit seiner „streitbaren" Fortschrittspartei für das „Wohlergehen" des Volkes je verlangt? Es hat hier nicht allein keine Verlangen gestellt, sondern sich allen widersetzt, welche die Ungleichheiten der socialen Verhältnisse vermeiden oder abstellen sollten. Bei genauer Analyse all der berühmten modernen Freiheiten ergab sich nur zu deutlich folgendes Facit: der ganze moderne Liberalismus ist Nichts, als eine systematische Bevortheilung der wirthschaftlich Starken zum Nachtheil wirthschaftlich Schwacher. Er hat sich zu einem System schlauer Berechnung entwickelt: wie es bestimmten Interessenkreisen auf Grund des Laisser-aller und der atomisirten Gesellschaft möglich werden kann, trotz der politischen Freiheit und Gleichheit, im socialen, somit im alltäglichen, praktischen Leben Unterschiede ent-

stehen zu lassen, welche an die des alten Roms erinnern. Und noch mehr! dem modernen liberalen Staat ist es geradezu eine Unmöglichkeit, die von ihm erzeugten Verhältnisse zu verbessern; denn was an ihnen schlecht und unhaltbar ist, daraus haben seine Vertreter ihren Nutzen gezogen. Die moderne liberale Gesellschaft würde sich selbst den Ast absägen, wenn sie in die Reformen willigte, welche zur Nothwendigkeit wurden. Wie sie entstanden ist, und was sie jetzt ist, das gehört alles zu den Gründen der Unhaltbarkeit des modernen liberalen Staates. So lange er über die nöthige Macht verfügt, kann er Gegenströmungen oder selbst gewaltsame Auflehnungen niederhalten; er ist aber völlig außer Stand, die Gründe zu beseitigen, welche jene veranlassen. Indem er gegen die Elemente vorgeht, von welchen er den Ausbruch der rohen Gewalt fürchtet, straft er an ihnen nur seine eignen Sünden. Das Gift, welches man jedoch nicht aus dem Organismus entfernen kann, frißt unaufhaltsam weiter und verlangt seine Opfer. Der Socialdemokratismus ist nicht gerade eine Sache der Laune, jedenfalls nicht im Allgemeinen, sondern er wurde durch die Aussaugungen, durch den Cynismus der Vertreter des Kapitals und durch die moderne Gesetzgebung erzeugt. So lange die Plutokratie drängt, das Volksleben beengt, alle Produktionsmittel für sich zu absorbiren trachtet, so lange wird und muß es eine Sozialdemokratie und neben ihr auch Socialisten anderer Observanzen geben, da eine Ebbe ohne Fluth nicht denkbar ist.

Drittes Kapitel.

Etwas über die landbautreibende Bevölkerung.

Die Landwirthe, als der an sich stets ruhigste und anspruchsloseste Volkstheil, dem noch bis vor einigen Jahren auch die bescheidenste Organisation fehlte, und der keine Adresse gefunden hat, an welche er auch nur mit Aussicht auf einigen Erfolg seine so wohlbegründeten Verlangen richten konnte, kämpfte durch erhöhten Fleiß, sowie durch größere Sparsamkeit gegen die ihm

feindlichen Verhältnisse an, aber umsonst; sie ließen sich durch Fleiß, Ausdauer und Sparsamkeit allein nicht besiegen. Die Landwirthe erlahmten, gingen in ihrer großen Mehrzahl zurück, und vielen war es ganz unmöglich, ihre Besitzungen, die schon viele Generationen hindurch Eigenthum der Familie waren, zu erhalten. Wer ein Auge auf die seit Jahren in den Blättern fort und fort angekündigten Subhastationen und zugleich Einsicht für ihre Folgen hat, der mußte sich klar werden, welchen Zuständen wir entgegentreiben. Trotz aller Anstrengung und alles Fleißes dennoch aus dem Hause seiner Väter vertrieben zu werden, gibt Bilder und Stimmungen, welche gerade so erbittern, als sie ein vernichtendes Urtheil über die moderne liberale Gesetzgebung involviren, der es gelang, den weitaus größten, sichersten und endlich auch nothwendigsten Stand an den Rand des Abgrunds zu bringen. Waren die Beamten und fix angestellten Personen in Folge der Vertheuerungen übel daran, so ist es der Landwirth gegenwärtig noch in einem weit höheren Maße. Es ist das leicht zu beweisen. Erstens mußte er Alles, was er nicht selbst erzeugte, um so viel höher einkaufen als früher, zweitens konnte er sich nicht wie der Gewerbetreibende, durch Preiserhöhungen seiner Erzeugnisse schadlos halten, indem durch die bis vor Kurzem freie Einfuhr aus Rußland, Oesterreich-Ungarn und Amerika der Markt vollständig überschwemmt wurde, und drittens stehen ihm auch jetzt noch die Differential-Tarife, welche die Eisenbahnverwaltungen der ausländischen Landwirthschaft als reine Einfuhrprämien zollen, entgegen. Viertens lastet auf dem Landwirthe weit peinlicher die Schuldform und auch das Concursverfahren, als wie bei allen anderen Ständen. Fünftens paßt ihm das römische Recht, das in erster Linie ein Städterecht ist, in keiner Weise. Sechstens ist es ihm auch unter den erst ganz in letzter Zeit etwas verbesserten, aber noch längst nicht genügenden Creditverhältnissen unmöglich, Geld in genügender Weise um Zinsen zu erhalten, die er bezwingen kann. Siebentens ist nicht zu übersehen, daß trotz Allem und Allem gerade die Landwirthe die am höchsten besteuerte Klasse aller Staatsbürger sind. Solche Verhältnisse sind allerdings unübersteiglich. Auf der einen Seite gezwungen zu sein, Alles theurer kaufen zu müssen, und zu derselben Zeit auf der

anderen eine Entwerthung der eignen Erzeugnisse zu erfahren, das hält selbst der deutsche Landwirth nicht aus.

Alle seine Klagen bleiben aber seitens der Vertreter des modernen Liberalismus und des Manchesterthums unberücksichtigt; man wies sie entweder einfach, ohne sich weiter mit ihnen zu befassen, ab, man schwieg sie todt, oder man versuchte durch sophistische Redewendungen sich aus der Schlinge zu ziehen und im Namen der Bauern Verhältnisse zu vertheidigen, die gerade zu ihrem Ruine beitragen. So ist dem gesammten Liberalismus ein Lieblingsthema: den Landwirthen über die persönlichen Schranken Vorlesungen zu halten, die ihnen aus den Reformen erwachsen würden, die man für ihre Sicherheit und Prosperität seitens der Conservativen verlangt. Die Ablösungen der bäuerlichen Hypotheken und ihre Uebernahme durch den Staat, die Begrenzung der Testirfreiheit, die Vorschläge in Betreff der Heimstätte — und Anerbengesetze, ganz besonders aber die Beschränkungen in Hinsicht auf das Schuldenmachen, kurz Alles, was der Kapitalisirung und deshalb der Mobilisirung des Grundbesitzes entgegenarbeiten kann, ist selbstverständlich den Vertretern der Kapital-Interessen ein Dorn im Auge. Wenn man die bäuerliche Statistik, so mangelhaft sie auch noch im großen Ganzen ist, seit den letzten zwanzig Jahren durchgeht und sieht, **wem** die sogenannte Befreiung der Bauern zu gut kam, **wer** sich heutzutage im Besitze vieler Tausende bäuerlicher Anwesen befindet, dem **muß** es völlig klar werden, warum sich die gesammte liberale und fortschrittliche Presse so warm gegen jener Freiheiten annimmt, welche für den Bauern nur **die** Bedeutung haben, ihn überhaupt von seinem Grundbesitze zu „befreien". In dem Grade, als die landbautreibende Bevölkerung in ihrer Bewirthschaftung unterstützt, auf ihrem Grund und Boden möglichst gesichert und der Eventualität ihrer Verarmung und Austreibung vorgebeugt wird, schwinden natürlich auch immer mehr die Gelegenheiten für die Spekulanten, sich in den Besitz unserer Landwirthe zu setzen. Es ist deshalb auch äußerst naiv, wenn gerade von **den** Seiten im Namen der landbautreibenden Bevölkerung gegen alle Einschränkungen des freien persönlichen Verfügungsrechtes Einspruch erhoben wird, die allein durch die Kapitalisirung des Grund und Bodens gewinnen. Es heißt,

unseren Bauern eine entsetzlich dumme Rolle zuweisen, wenn die Lieberalen[1]) und Fortschrittler von ihnen verlangen: sie sollten sich gegen die Reformen aussprechen, welche von den Conservativen und der Centrumspartei für die landbautreibende Bevölkerung gefordert werden. Man hat unseren Bauern von diesen Seiten schon sehr viel zugemuthet, aber endlich kommt auch hier der Wolf etwas gar zu deutlich unter dem Schafspelz hervor.

Man kann nachweisbar behaupten, daß Alle, welche die modernen liberalen Gesetze für die Landwirthschaft zuträglich halten und sie den Landwirthen zu conserviren rathen, entweder gar Nichts von deren Wirthschaftsverhältnissen verstehen, oder deren Rückgang direkt wünschen. In den Augen der Manchesterleute und der bekannten Güter-Spekulanten, sowie auch in denen der Kapital-Magnaten ist die ganze heutige Landwirthschaft längst ein Luxus. Sie speculiren förmlich auf ihren Ruin, der ihnen glänzende Aussichten gestattet. Um Spottpreise erwürben die Herren des Kapitals den Grund und Boden, die Bauern könnten auswandern oder durch das Angebot ihrer Arbeitskräfte den Lohn der industriellen Arbeiter noch mehr drücken und die Zahl der Lohnsclaven noch mehr vergrößern. Es bliebe den Besitzern der deutschen Latifundien anheimgestellt, soviel Menschen-Material auf ihren Gütern zu behalten, als ihnen entspräche. Sie verlegten sich vielleicht nicht auf den Körnerbau, sondern errichteten auf den durch die moderne liberale Herrschaft entstandenen Oedungen Weidwirthschaften, vielleicht griffen sie auch noch zu dem englischen Mittel des „Gangs";[2]) aber es ist auch noch eine ganz andere

[1]) Der liberale Bauerntag in Eisenach war denn auch weiter nichts Anderes, als der Versuch zu einer gewaltigen Bauernfängerei, die mit der Blamage ihrer Unternehmer endigte. Der Name des Hauptunternehmers ist uns wieder entfallen, und muß sich der Mann noch besser und öfter blamiren, wenn er haben will, daß man sich seinen Namen merkt.

[2]) Dr. Ratzinger sagt auf S. 361 seines Werkes: „Die Volkswirthschaft und ihre sittlichen Grundlagen": „Ein Pächter in Lincolnshire sagte vor der Untersuchungs-Commission aus: „Meine Pacht erstreckt sich über 320 Acres, alles Kornland. Sie hat keine Cottage. Ein Arbeiter wohnt jetzt bei mir, ich habe vier Pferdemänner, welche in der Umgegend logiren. Das leichte Werk, wozu zahlreiche Hände nöthig sind, wird durch Gänge vollbracht." — Diese „Gänge" sind die bezeichnendste Erscheinung für die Aus-

Wendung möglich. Wenn die Plutokratie die landbautreibende Bevölkerung genügend zu Grunde gerichtet hat, so fragt es sich sehr, ob sie dann nicht, wenn es ihr paßt, sofort andere nationalökonomische Grundsätze entwickelt und gebieterisch verlangt, was sie der heutigen Landbevölkerung entschieden verneint. Was weiter? „Halt Bauer, das ist eben etwas Anderes", würde es höchstens heißen. Dieses Verfahren wäre ihrer heutigen Praxis vollkommen adäquat. Die Leute haben Routine. So gut's ihnen gelingt, die Kapitalien[1]) anderer Menschen sich anzueignen, so gut wird ihnen auch dieser Plan gelingen, wenn man sie ruhig gewähren läßt. Sehr richtig bemerkt Ratzinger in seinem bereits genannten Werke auf S. 397: „Die ganze wirthschaftliche Gesetzgebung der Gegenwart basirt auf der Tendenz, die schrankenlose Herrschaft des Kapitals festzuhalten. Dem Privatkapitale wurde Grund und Boden geopfert und das Handwerk preisgegeben; dem Profite des Kapitals werden Millionen von Arbeitern und Sclaven ausgeliefert, welche auf dem Markte ihre Arbeitskraft anbieten und als „Hände", als lebendige Maschinen sich verkaufen müssen." — Der Wahnsinn, der diesen Ausbeutungen zu Grunde liegt, hat seinen

beutungsform der landwirthschaftlichen Arbeit, für die Hinopferung der Bevölkerung zu Gunsten hohen Reinertrags. Der Gang besteht aus 10—40 oder 50 Personen, nämlich Weibern, jungen Personen beiderlei Geschlechtes (15—18 Jahren), obwohl Jungen meist mit dem 13. Jahre ausscheiden, endlich Kindern beiderlei Geschlechts (6—13 Jahren). An der Spitze steht der Gangmaster (Gangmeister), immer ein gewöhnlicher Landarbeiter, meist ein sogenannter schlechter Kerl, Liederjahn, Luftät, versoffen, aber mit einem gewissen Unternehmergeiste und Savoir-faire. Er wirbt den Gang, der unter ihm arbeitet und nicht unter dem Pächter. Mit Letzterem accordirt er meist auf Stückwerk, und sein Einkommen, das im Durchschnitt nicht sehr hoch über das eines gewöhnlichen Landarbeiters steigt, hängt fast ganz vom Geschick ab, womit er in kürzester Frist möglichst viel Arbeit aus seiner Bande herauszuschlagen versteht. Die Pächter haben entdeckt, daß Frauenzimmer nur unter männlicher Dictatur ordentlich arbeiten, daß aber Frauenzimmer und Kinder, wenn einmal im Zuge, mit wahrem Ungestüm ihre Lebenskraft veranlagen. Der Gangmeister zieht von einem Gute zum anderen und beschäftigt so seine Bande 6—8 Monate im Jahre ꝛc."

[1]) „Das ausbeutende Kapital ändert nur die Eigenthumsverhältnisse; was der Ausbeutende erwirbt, wird dem Nächsten genommen." (Volkswirthschaft v. Ratzinger, S. 444.)

Höhepunkt noch nicht erreicht. Das Verlangen: immer noch reicher und reicher zu werden, ist entschieden eine Verrücktheit; denn sonst müßte eingesehen werden, daß man gleichsam an seinem eignen Untergange arbeitet.

Nachdem wir in flüchtiger Weise die allgemeinen Verhältnisse der landbautreibenden Bevölkerung berührt, wollen wir einen Blick auf die uns zugänglichen, statistischen Erhebungen werfen, denn Zahlen sprechen immer am deutlichsten. Diesen gegenüber muß das Gebahren der liberalen und fortschrittlichen Presse etwas tiefer gehängt werden; es ist geradezu komisch, aber auch mitleiderregend, wie diese Presse sich unter dem Eindruck der Erhebungen, die sie nach Möglichkeit zu hintertreiben suchte, nun windet und zu welchen Widersprüchen sie gelangt.

Zuvörderst wollen wir constatiren, daß auf der gesammten Linie des Liberalismus und sogenannten Fortschritts bis vor kurzer Zeit überhaupt jeder Nothstand seitens der Productivstände direkt geleugnet wurde. Wenn die Centrums-Presse und die der Conservativen, sowie Abgeordnete dieser Parteien im Reichs- und Landtage die Nothstände[1]) auf Grund von Thatsachen zur Sprache brachten, erwiderte man ihnen mit dem so wohlbekannten überlegenen Tone: „daß sie die große wirthschaftliche Entwickelung unserer Zeit einer kleinlichen, unzutreffenden Beurtheilung unterzögen; es handle sich lediglich nur um Uebergangsstadien, die allenthalben für Einzelne gewisse Uebelstände mit sich brächten, die aber in Hinsicht auf das große Ganze nicht berücksichtigt werden dürften." An diesen Abweisungen betheiligten sich auch

[1]) Ratzinger sagt in seinem Werke „Die Volkswirthschaft" auf Seite 185: „Es ist interessant, zu beobachten, wie die Vertreter der Doctrin der egoistischen Ausbeutung sich die Abhilfe denken. Schon vor fünf Jahren hat der preußische Finanzminister Camphausen das Receipt dieser Doctrin ausgekramt. Er erklärte vor aller Welt, daß es in Deutschland erst dann besser werden kann, wenn die — Löhne sinken. In diesem Jahre fand dieses famose Auskunftsmittel ein verständnißinniges Echo von Wien aus. Im Rechenschaftsberichte der Wiener Handelskammer wurden die Zeichen der Besserung besprochen und wurde dabei auf das Fallen der Löhne hingewiesen. So blind macht der Fanatismus der Doctrin! Alle Welt sagt sich, daß die Krise entstanden sei in Folge der Ueberproduction und in Folge der Abnahme der Consumtionsfähigkeit. Wie wollen nun diese

die beiden „berühmten“ manchesterlichen Minister Camphausen und Delbrück, und sind deren geflügelte Worte: „Die Dummen sind nicht zu schützen“, „der Grund und Boden bleibt doch dem Staate, wenn auch seine Besitzer wechseln“, und „das größte Geheimniß unserer Zeit ist, keine Zinsen zu verlieren“, — dafür aber die Kapitalien „ad vocem die vier invaliden Fonds“ — noch in gutem Gedächtniß. Erst nach und nach, und durch die Macht der Thatsachen gezwungen, räumten Liberalismus und Fortschritt Nothstände ein, aber nie ohne die Bemerkung beizufügen, daß die Besserungen der Verhältnisse nur auf den von ihnen betretenen Wegen, nur in der Verfolgung ihrer Principien zu erlangen seien. Auf diese Weise verhielten sich unsere Widersacher auch der landbautreibenden Bevölkerung gegenüber. Zuerst wurde mit dem ganzen Aplomb des liberalen Pathos der Nothstand geleugnet, und nun, nachdem die statistischen Erhebungen ihn nachgewiesen, sucht man à la Münchhausen sich am eigenen Zopfe aus der peinlichen Affaire durch einen wahrhaft blamablen Widerspruch herauszuziehen, indem man sagt: die Lage der landbautreibenden Bevölkerung sei zwar keine befriedigende, sie wäre aber noch lange nicht so schlimm, als man vermuthet habe. — Das heißt allerdings „bös hineingefallen“; zuerst zu behaupten: es existire kein Nothstand, und dann zu sagen: er wäre lange nicht so schlimm, als man geglaubt, — das ist fürwahr eine echt liberale Leistung. — Indem wir noch constatiren, daß die rühmlichst bekannten National-Oeconomen, die Herren Professoren v. Miaskowsky, Roscher, Schmoller, Wagner, Lorenz v. Stein, dann die Herren Freiherr v. Vogelsang, Dr. Ratzinger und

Weisen in Berlin und Wien diesem Uebel abhelfen? Durch neue Steigerung der Production und durch abermalige Minderung der Consumtionsfähigkeit der unteren Klassen. Haben denn diese Doctrinäre den Verstand verloren? Doch nein! Diese Politiker richten den Blick niemals auf die Gesammtheit, sondern immer nur auf das Kapital. Dieses gewinnt allerdings durch die Lohnminderung neue Chancen für momentanen Profit, und das ist ja nach kapitalistischer Doctrin der einzige Zweck der Production. Mag der Arbeiter am Hungertuche nagen, mag die Ausbeutung der Natur und der Arbeit für die Gesammtheit die schlimmsten Nachtheile bringen, alles das kümmert diese Doctrin nichts. Das Kapital streicht erhebliche Profite ein, und Alles ist gut“

Dr. Hitze, Dr. Eugen Jäger, sich alle auf die bestimmteste Weise aussprechen, daß die deutsche Landwirthschaft im Rückgange begriffen sei, lassen wir als Einleitung der nachstehenden statistischen Erhebungen eine Stelle aus der von Freiherrn v. Schorlemer-Alst jüngst gehaltenen Etatsrede folgen. Der Präsident des Westfälischen Bauern-Vereins sagte:

„Die statistischen Erhebungen, welche über die Verschuldung des Grundbesitzes gemacht worden sind, ergaben ein sehr trauriges Bild. Werden sie vervollständigt durch die Erhebungen bei den Gerichten über die Hypothekenverschuldungen, so wird das Bild ein noch viel traurigeres sein. Um Ihnen ein Bild zu geben, wie schwer die Belastung der Gemeinden und des Grundbesitzes ist, führe ich nur ein Beispiel aus dem Kreise Siegen an; da haben wir eine Gemeinde von 250 Einwohnern. Die Gemeinde hat 247 Hectar mit einem Reinertrage von 1831 Mk. und einer Hypothekenschuld von 85 660 Mk. mit 4282 Mk. Zins zu 5 %. In dieser Gemeinde werden erhoben 300 % Zuschlag zur Communalsteuer, 175 % für die Schule und 50 % Kirchensteuer, in Summa 525 % Zuschlag. Wenn Sie das zusammenrechnen mit dem, was die Gemeinde an Zinsenlast aufzubringen hat, so sind die einzelnen Leute wie die Gemeinde eigentlich bankerott; gehen Sie aber in die Industriebezirke, so finden Sie noch traurigere Zustände. Ich ziehe daraus den Schluß, daß es vor allen Dingen nothwendig ist, daß eine Erleichterung in der Communalbesteuerung eintritt, und daß die Doppelbesteuerung, welche ganz besonders schwer auf dem bäuerlichen Grundbesitz lastet, ein Ende nimmt. Ich sage als meine Meinung ganz offen, bevor nicht eine richtige und höhere Besteuerung des mobilen Kapitals eintritt und verwendet wird zur Beseitigung der schweren Lasten der Communalsteuer und Doppelbesteuerung, bevor das nicht geschieht, werde ich es mir sehr überlegen, ob ich auf eine andere Steuerreform eingehen kann.“

Werfen wir einen Blick auf Sachsen. Es sind in den Jahren 1877 bis 1879 durchschnittlich 222,09 % ländliche Grundstücke zwangsweise mehr versteigert worden, als durchschnittlich in jedem der sechs Jahre 1858 bis 1863. Bei den Bauerngütern ist in dieser Zeit die Zahl der zwangsweise versteigerten um 54,06 %,

bei den kleineren ländlichen Grundstücken um 437,19 % gewachsen. Welche enorme Summen bei dem bisherigen, im größten Theile von Deutschland übereinstimmenden Verfahren bei Zwangsverkäufen an Hypothekenkapitalien verloren worden sind, das läßt sich daraus erkennen, daß allein im Königreiche Sachsen bei den in den drei Jahren vom 1. Oktober 1879 bis Ende 1882 zur Zwangsversteigerung gekommenen Grundstücken (es fanden 4463 Subhastationen statt) nach den vom sächsischen Justizministerium angestellten Erhebungen gegen 30 Mill. von 123 Mill. Mk., mit welchen die versteigerten Grundstücke belastet waren, wirklich ungedeckt geblieben sind. —

Im Herzogthum Braunschweig nahmen die ländlichen Hypotheken in den 25 Jahren um rund 34 Mill. Mk. zu.

Im Königreiche Preußen fielen 1855 der gerichtlichen Subhastation anheim 678 Grundbesitzer, anno 1875 schon über 10 000, und im Jahre 1881 bereits 16 044. Allein vom Vermögen der Sparkassen waren in städtischen und ländlichen Hypotheken angelegt:

1869 = 259 Millionen Mark.
1874 = 520 „ „
1875 = 599 „ „
1876 = 675 „ „
1877 = 741 „ „
1878 = 800 „ „

Sehr interessant ist auch eine, dem Bericht über den Regierungsbezirk Arnsberg beigegebene Darstellung der Steuerverhältnisse.[1]) Ein Besitzer zu Langendreer (Kreis Bochum), der zu 60 Mk. Klassensteuer veranlagt ist, zahlt 164 Mk. Grundsteuer, 26 Mk. Gebäudesteuer, 580 Mk. Communal-, Kirchen- und Schulabgaben, im Ganzen, einschließlich der Klassensteuer, 830 Mk., also mehr als die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrages, der auf 1482 Mk. fixirt ist. Dabei hat der Mann 2250 Mk. Zinsen aufzubringen. — In Velmede (Kreis Meschede) im Sauerlande bezahlt ein Landwirth 246 Mk. Grundsteuer, 30 Mk. Gebäudesteuer, 741 Mk. Communalsteuer; er ist eingeschätzt zu 108 Mk. Einkommensteuer und zahlt nahezu die Hälfte seines

[1]) Kreuzzeitung, 1. Beilage zu Nr. 285, 1883

Grundsteuer-Reinertrages an Gesammtsteuern. Ein Beispiel aus dem Amt Eslohe (Kreis Meschede) ergibt: Grundsteuer 67 Mk., Gebäudesteuer 10 Mk., Communalsteuer 314 Mk., Klassensteuer 36 Mk., das macht $^{7}/_{8}$ des Grundsteuer-Reinertrages und 1089 % der Klassensteuer. Ein Steuerzahler ohne Grund- und Gebäudebesitz mit 36 Mk. Klassensteuer würde dort an Communalsteuern nur 70 Mk. zu entrichten haben, also noch nicht den fünften Theil soviel wie der Grundbesitzer. In Estinghausen (Kreis Arnsberg) zahlt ein Landwirth bei einem Besitz von 260 Morgen an Grundsteuer 59 Mk., Gebäudesteuer 5 Mk., Communalsteuer 236 Mk. oder 1258 % seiner Klassensteuer. In demselben Orte hat ein anderer Besitzer, der, weil er mehr verschuldet ist, nach Verhältniß weniger Klassensteuer zahlt, 1830 % seiner Klassensteuer aufzubringen. Es zeigt sich hier, wie in allen anderen Fällen, daß bei dem jetzigen Steuersystem der mehr verschuldete, also weniger bemittelte Grundbesitzer einen weit größeren Procentsatz seines Reinertrages für Steuern bezahlt, als der besser gestellte. Aus der Gemeinde Holzen (Arnsberg) wird dargethan, daß der am meisten verschuldete Besitzer daselbst 2059 % und der am besten gestellte nur 1028 % der Klassensteuer aufzubringen hat. Dabei betragen die Gesammt-Ausgaben des Letzteren immerhin Zweidrittel seines Grundsteuer-Reinertrages.

Wenden wir uns nun den bayrischen Verhältnissen zu. Im Jahre 1848 betrug die Zahl der Schuldner an die Hypotheken- und Wechsel-Bank in München 4822, die Schuldsumme belief sich auf 14 Mill. Gulden. Nach 1864 erreichten die Pfandbriefdarlehen der Hypotheken- und Wechselbank die Höhe von nicht ganz 16 Mill. Gulden. 1881 beliefen sich die Pfandbriefdarlehen desselben Instituts auf 324 Mill. Mk.; 1882 auf 383 Mill. in 50,825 Darlehnsposten. Die drei größten bayrischen Bankinstitute, nämlich die bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die beiden jüngeren Anstalten: Bayerische Vereinsbank und Süddeutsche Bodencreditbank, hatten 1881 an 80,000 Schuldner 502 Mill. Mk. Hypothekendarlehen gewährt. Die Zunahme der Bankschuldner hat sich seit 1848 nahezu versiebzehnfacht, während die der Bankschulden sich mehr als verzwanzigfacht hat, wobei kleinere Banken und Pfandbriefanstalten, wie die Nürnberger

Vereinsbank, die kgl. Bank in Nürnberg und die auswärtigen Banken, welche in Bayern Geschäfte machen, noch gar nicht mitgerechnet sind. Rechnet man diese letzteren Beträge, zieht man ferner die große Zahl der Schuldner in Betracht, welche von den Stiftungen und Privaten Gelddarlehen genommen haben, so ergibt sich seit dem Jahre 1848, somit seit der „Befreiung" des Grund und Bodens, eine derartige Verschuldung auch im Königreich Bayern, daß Mittel und Wege zur Einschränkung dieser Verhältnisse aufs dringendste geboten erscheinen, sonst werden in zehn bis zwanzig Jahren die Schuldenzinsen den gesammten Ertrag der Landwirthschaft verschlingen, wie das bereits in Oesterreich der Fall ist.

Den nämlichen Gegenstand behandelt ein Artikel in der Zeitung: „Deutscher Volksfreund" (1883 Nr. 31), welche zu Frankfurt a. M. erscheint. Wir citiren aus demselben folgenden Passus:

„So wird nach einem im Jahre 1869 erschienenen Buche von Mosher über „das deutsche Grundbuch- und Hypothekenwesen" der Werth der ländlichen Grundstücke in den von Preußen vor 1866 besessenen Provinzen auf 4½ Milliarden Thaler, die Höhe der Schuldenbelastungen derselben auf 2¼—2½ Milliarden — also die Verschuldung auf 50— 55,5 % — geschätzt. Bezüglich einzelner Provinzen liegen aus derselben Zeit folgende muthmaßliche Schätzungen der Verschuldung vor: in Ost- und Westpreußen 60–75 %, in Westfalen 25, in der Provinz Sachsen 20 % des Werthes. Ferner wird aus jener Zeit gemeldet, daß die mecklenburgischen Rittergüter durchschnittlich mit 45 % ihres Werthes, der Grundbesitz im Königreich Sachsen mit 40 % verschuldet seien. Diese Verhältnisse müssen sich wesentlich ungünstiger gestaltet haben; denn nach Schmoller „nimmt man gegenwärtig in Preußen eine Verschuldung von 80—90 % des Werthes an."

Aus dem zweiten Theil eines Artikels in Nr. 330 und 334 der Beilage der Münchener „Allgemeinen Zeitung", der sehr empfehlenswerth ist, entnehmen wir Folgendes:

„Daß die Wohlfahrt unserer Landwirthschaft nicht nur bedroht ist, sondern daß sie sogar schon bedenkliche Rückschritte gemacht hat, ist aus den in dem vorhergehenden Artikel besprochenen Zahlen schon klärlich zu ersehen. Es stehen aber noch andere Beweismittel dafür zu Gebote, und zwar in dem zweiten Hefte des nämlichen

Jahrgangs der oben erwähnten Zeitschrift unter dem Titel: „Die zwangsweise Veräußerung landwirthschaftlicher Anwesen in Bayern im Jahre 1882".

Unter Zuhülfenahme der gleichartigen Veröffentlichungen über die Statistik der landwirthschaftlichen Concurse in den Jahren 1880 und 1881, des statistischen Abrisses für das Königreich Bayern vom Jahre 1876 und der Berufzählung von 1882 berechnen sich nun folgende Ergebnisse:

Die Größe der im Privatbesitz befindlichen landwirthschaftlich benützten Fläche beträgt 4 364 577 Hektare.

Die Zahl der selbstständigen Landwirthe ist 458 142.

Die Zahl der zwangsweise veräußerten Hektare beträgt

im Jahre 1880 30 059
1881 21 252
1882 15 665, also in drei Jahren 66 976.

Die Zahl der Anwesen, also der vertriebenen Besitzer war

im Jahre 1880 3739
1881 2739
1882 2071, also in drei Jahren 8549.

Vergleicht man diese letzten Zahlen mit der Gesammtsumme der Hektare und Landwirthe, so ergibt sich, daß in diesen drei Jahren 1,53 Proc. des gesammten landwirthschaftlichen Grundbesitzes in Bayern zwangsweise verkauft worden ist, und daß 1,86 Proc. aller selbstständigen Landwirthe Schulden halber ausgetrieben worden sind.

Es kann und soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die von Jahr zu Jahr abnehmende Größe der mitgetheilten Zahlen einigermaßen beruhigen kann. Die Veranlassung zu dieser Besserung mag zum Theil in einer heilsamen Wirkung der neuen Richtung zu finden sein, welche die deutsche Wirthschaftspolitik eingeschlagen hat. Zum anderen Theil wird sie aber sicher daher rühren, daß eben alle Krankheiten, die socialen wie die leiblichen, nicht in gleichmäßiger Weise, sondern bald nachlassend, bald zunehmend mit scheinbarer Besserung und wiederkehrenden Anfällen verlaufen, bis Heilung oder der Tod eintritt.

Die nicht unerhebliche Besserung der letzten zwei Jahre darf daher durchaus keinen Vorwand für Sorglosigkeit und optimistisches

Gehenlassen abgeben. Es ist nur zu natürlich, daß, wenn eine Krisis, wie im Jahre 1880 — leider beginnt die Statistik nicht schon früher — unter den schwächeren Wirthschaftskräften aufgeräumt hat, ein Nachlassen der symptomatischen Concurse eintreten muß. Wenn man den Grund des Uebels nicht erforscht und hier Abhülfe schafft, wird dieses eine Weile mehr in der Stille, aber unaufhaltsam weiterfressen, und weitere Krisen werden nicht ausbleiben.

Betrachte man nur die Zahlen für sich; sie sind bedenklich genug. Aber sie werden verständlicher, wenn man sie zergliedert und die Ergebnisse der Statistik für die verschiedenen Kreise ins Auge faßt. Wir versuchen dies in dem Folgenden:

Die Zahl der unfreiwillig veräußerten Hektare war in

	Oberbayern	Schwaben	Oberfranken	Niederbayern	Oberpfalz	Unterfranken	Mittelfranken	Pfalz
1880	8577	4051	3771	3748	3638	3934	1774	566
1881	5590	3179	2998	2781	2712	2523	1075	394
1882	4003	2042	2443	2551	1861	1650	815	300
Total:	18 170	9272	9212	9080	8211	8107	3664	1260

Die Größe des landwirthschaftlichen Privatbesitzes dagegen ist nach dem statistischen Abriß von 1876 in Hektaren:

Oberbayern 939 382. Niederbayern 658 136. Schwaben 631 342. Oberpfalz 511 696. Unterfranken 455 421. Mittelfranken 447 751. Oberfranken 410 161. Pfalz 310 686.

Das Verhältniß zwischen dem unfreiwillig verkauften zu dem ganzen Grundbesitz ist also in:

Oberfranken 2,24 Proc. Oberbayern 1,92 Proc. Unterfranken 1,78 Proc. Oberpfalz 1,61 Proc. Schwaben 1,46 Proc. Niederbayern 1,38 Proc. Mittelfranken 0,82 Proc. Pfalz 0,45 Proc.

Das Bild, welches diese Procente gewähren, ist ein wesentlich anderes, als das der absoluten Zahlen der Zwangsverkäufe. Bei letzteren steht weit voran Oberbayern, dann folgen mit geringen Abständen Schwaben, Oberfranken und Niederbayern, erheblich hinter diesen steht als ziemlich gleich Unterfranken und Oberpfalz, endlich in großen Intervallen Mittelfranken und Pfalz. In Ansehung dieser letzten beiden Kreise ist das Ergebniß der Procentberechnung das nämliche, nur daß der Abstand zwischen denselben lange nicht mehr so groß ist, als bei den absoluten Zahlen, sowie auch jener zwischen den beiden vorletzten Kreisen Mittelfranken und Niederbayern hier viel geringer ist, als dort zwischen Mittel- und Unterfranken. Hier bei der Procentberechnung steht Oberfranken entschieden voran; es folgen in ziemlich gleichen Abständen Oberbayern, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben, dann mit verkleinertem Zwischenraum Niederbayern, endlich in großen Intervallen Mittelfranken und die Pfalz.

Gewonnen ist aber mit dieser veränderten Reihenfolge an sich sehr wenig. Um sie verwerthen zu können, müßte sie in Parallele gestellt werden mit der Verschiedenheit der Besitz-, Cultur- und anderer Verhältnisse, wofür aber die Statistik bis jetzt nur höchst ungenügende Anhaltspunkte bietet.

Man mag es daher bedauern, daß die statistischen Veröffentlichungen für 1881 und 1882 sich nicht mehr mit den Veranlassungen der Zwangsveräußerungen befassen, wie jene für 1880 gethan hat, allein die Begründung, „daß es sich dabei nicht um feststehende Thatsachen und ihre ziffermäßige Zusammenstellung, sondern um mehr oder weniger subjective Anschauungen und Combinationen handle“ ist einleuchtend richtig. Das Resultat dieser Statistik für 1880 scheint diese Begründung an und für sich vollständig zu rechtfertigen, denn es ist kaum glaublich, daß von den 3739 Zwangsveräußerungen des Jahres 1880 weit über die Hälfte (2133) wirklich durch Selbstverschulden der Besitzer entstanden sein sollte. Sollte denn wirklich die Landbevölkerung sittlich und geistig plötzlich so heruntergekommen sein, daß eine so auffallende Zunahme des wirthschaftlichen Verfalls damit zu begründen wäre? Wir glauben nicht annehmen zu dürfen, daß dies in solchem Maße der Fall gewesen sei, wenn schon nicht zu verkennen ist, daß der Schwindel der Jahre 1872/73 sich in den weitesten Kreisen ausgedehnt hat, und daß die sittlichen und wirthschaftlichen Folgen gerade bei der Landbevölkerung erst Jahre lang nachher zu Tage treten konnten. Die Zahlen der Criminalstatistik stehen in Einklang mit dieser Wahrnehmung, indem sie eine höchst bedenkliche Zunahme der Vergehen und Verbrechen für die siebziger Jahre nachweisen. Daß wirthschaftlicher und sittlicher Verfall im genauesten Zusammenhang stehen und sich wechselsweise steigern, ist ja eine zu ausgemachte Sache, als daß darüber noch etwas zu sagen wäre.“

Sehr richtig beginnt der rühmlichst bekannte Social-Politiker und National-Oeconom Dr. Eugen Jäger[1]) in seinem Werke: „Die Agrarfrage der Gegenwart" das VI. Kapitel: „Die Verschuldung der europäischen Landwirthschaft". Er schreibt: „Mit diesem Titel betreten wir einen Weg, welchen unsere moderne Volkswirthschaft und Staatsverwaltung nicht gerne wandelt, weil sie dabei auf Schritt und Tritt an ihre Sünden erinnert wird. Wer aber unsere Auseinandersetzungen aufmerksam verfolgt, wird sich bald überzeugen, daß hier der Kern der modernen Agrarfrage liegt, und daß von hier die Besserung ausgehen muß. Leider müssen wir hier sogleich den Vorwurf erheben, daß sich unsere kostspielige deutsche Statistik um eine der wichtigsten socialen Fragen, um die Verschuldung unseres Grundbesitzes und Bauernstandes, noch so gut wie gar nicht bekümmert hat. In Frankreich und Oesterreich hat man die Lage wenigstens zu erkennen gesucht. Die deutsche „Wissenschaft", welche doch so laut ihr eignes Lob singt, hat für diese ernste Angelegenheit keinen Sinn. Alles Uebrige hat die Statistik bereits herausgezählt, selbst die Haar- und Augenfarbe der Schulkinder wurde getreulich verzeichnet, fast jede Professorenschrulle findet Beachtung, dieser wichtige Theil der socialen Frage aber erfreut sich keiner Aufmerksamkeit. Und doch hat der deutsche landwirthschaftliche Congreß schon 1871 und wieder 1875 eine Untersuchung über die Verschuldung der Landwirthschaft beantragt. Aber sie kam nicht zu Stande, weil die maßgebende Stelle nicht wollte. Der Staat mischt sich, was nicht sein Beruf ist, in die religiösen Dinge ein, verwandelt die Parlamente in Concilien, ignorirte aber Jahre hindurch das, was ganz wesentlich zu seinem Beruf gehört, das wirthschaftliche Gebiet. Hier ließ man den Freihandel herrschen und huldigte dem falschen Grundsatz, durch den wir verarmt sind, daß der Staat sich nicht in die wirthschaftlichen Dinge einmischen dürfe, es sei denn zum Vortheil des Kapitals, was er durch seine Gesetzgebung trefflich gethan hat. Die Börsenmächte, welche mehr oder weniger unser Staatsleben beeinflussen, wollen keine Klarheit über die Verschuldung der Landwirthschaft hergestellt haben, und der

[1]) Besitzer und Redakteur der „Pfälzer Zeitung."

preußische Ackerbauminister Friedenthal stand schon durch seine Herkunft dem bezüglichen Interesse der Landwirthschaft fern. Zwar hat sich inzwischen ein Umschwung der Ansichten und Parteigruppirungen angebahnt, aber die verhältnißmäßig leicht herzustellende Statistik der landwirthschaftlichen Verschuldung haben wir immer noch nicht.[1])

[1]) Der große preußische Staatsminister von Stein, der wohl auch etwas Staatskunst verstand, dachte und handelte anders. Bevor Stein die Grundverhältnisse umgestaltete, suchte er sich Klarheit über die Lage zu verschaffen. Am 10. December 1804 wurde Stein Staatsminister, und am 28. Mai 1805 gründete er das preußische statistische Bureau, dessen Aufgabe war, ihm Klarheit über die wirthschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen. In seiner Verordnung hieß es: „Daß es für die allgemeine Uebersicht des Nationalvermögens und- Wohlstandes nöthig werde, alljährlich bestimmt zu erfahren, wieviel gerichtlich consentirte Schulden auf ländlichen Grundstücken eines jeden Bezirks, auf den adligen Gütern und auf den Grundstücken einer jeden Stadt eingetragen sind, und daß zu diesem Zweck zunächst die sämmtlichen, am 1. November 1805 eingetragenen Schulden aufgerechnet und bezirksweise nachgewiesen, für die späteren Jahre aber die Vermehrung oder Verminderung der Schulden notirt, bei den Obergerichten zu Hauptnachweisungen angesammelt und diese dem statistischen Bureau zur weiteren Bearbeitung zugefertigt werden sollten". — In unserer Zeit hat besonders Rodbertus und seine Schule auf genauere Untersuchung der Lage der verschiedenen Productionsstände und besonders des Grundstandes, der Landwirthschaft, gedrängt. Dem Minister Friedenthal gab Rodbertus darüber folgende Aufklärung: „Wenn Ew. Excellenz denn schließlich noch nach den Zielen der von uns beantragten Untersuchung fragen, so sind dieselben keine anderen, als ein treues, objectives Bild des Theilungsverhältnisses des Nationaleinkommens zwischen Arbeitern, Grundbesitzern und Kapitalisten und der Bewegung dieses Theilungsverhältnisses seit 30—40 Jahren zu gewinnen; denn nur erst, wenn davon ein wahres Bild vorliegt, wenn man zweifellos weiß, wie sich dies Verhältniß zur Zeit stellt, und ob und nach welcher Seite dieser drei Theilnehmer am Nationaleinkommen es sich seit 30—40 Jahren etwa verändert hat, ist ohne Gefahr eines Irrthums zu beurtheilen, ob, mit welchen Maßregeln und zu Gunsten welchen Theiles der Staat zu interveniren hat. Denn auf eine positive Staatsintervention, sei es in einzelnen Beziehungen, auch nur durch Erlaß anderer Gesetze — wie beim Grundbesitz durch Einführung des Rentenprincipes — wird zuletzt doch eine ehrliche und erfolgreiche Inangriffnahme der socialen Uebelstände hinauslaufen müssen."

Alle Vorstellungen aber waren vergeblich.

„Was deutsche Staatsmänner nicht konnten oder nicht wollten, das republikanische Frankreich hat es gethan Die Monarchie ließ sich, was nicht wohlgethan ist, von der Sorge für das Volkswohl durch die Republik übertreffen."

Auf Seite 184 heißt es: „Sprechende, wenn auch immer noch beschränkte Anhaltspunkte über die Verschuldung des deutschen Grundbesitzes bieten uns die Sparkassen. Im Jahre 1880, meldete damals die Zeitschrift des statistischen Bureaus in Berlin, waren von dem Vermögen der Sparkassen auf Hypotheken angelegt (städtische und ländliche Hypotheken):

im Jahre	1869	Mk.	259,038,231
„ „	1874	„	520 575,597
„ „	1875	„	599,838,084
„ „	1876	„	675,726,465
„ „	1877	„	741,625,923
„ „	1878	„	800,010,630

„Die jährliche Zunahme der Verschuldung unseres Grundbesitzes, soweit die Sparkassen die Gelder dazu vorstrecken, beträgt also zwischen 1869 und 1879 60—80 Mill. Mk. Rechnen wir dazu, daß jährlich die doppelte Summe an Privat- und Gesellschafts-Kapitalien neu auf Grundbesitz hypothekarisch geliehen wird, so ergibt dies eine jährliche Mehrverschuldung des deutschen Grundbesitzes von etwa 210 Mill. Mk. Es ist diese Summe kaum zu hoch gegriffen, da ja der jährliche hypothekarische Schuldenzuwachs in Oesterreich diesseits der Leitha 208 Mill. Mk. beträgt. Die Gesammthöhe[1]) des Schuldenbestandes der deutschen Landwirthschaft darf gewiß auf 5 Mill. Mk. geschätzt werden.

[1]) Die Rittergüter der Kurmark waren 1827 (wo die früheren wirthschaftlichen und politischen Unfälle noch nachwirkten) zu 27 Mill. Thlr. geschätzt, und mit 21 Mill. Thlr. hypothekarisch verschuldet; die Bauerngüter, zu 31 Mill. Thlr. geschätzt, hatten blos 6½ Mill. Thlr. Hypotheken-Schulden — weil der kleine Grundbesitz sich von den Schlägen rascher erholt wie der große. In ähnlicher Bedrängniß waren die Rittergüter Pommerns, der Provinz Preußen und Schlesiens, wie im Jahre 1806 fast der gesammte, besonders größere Grundbesitz Preußens, weshalb nach der

„Ueber die Ursachen dieser großartigen Verschuldung des Grundbesitzes gibt uns die österreichische Statistik (Oesterr. Stat. Monatsschrift, Nov. 1880) wenigstens einige Auskunft. Da die

Schlacht von Jena ein Moratorium bewilligt werden mußte, das von 1807—1811 währte. (S. Reichensperger, Agrarfrage. 1847. S. 98.)

An Zeichen, daß die Verschuldung der deutschen Landwirthschaft zunimmt, fehlt es auch ohne statistische Erhebungen durchaus nicht. So klagt z. B. die Direction der „Bayer. Hypotheken- und Wechselbank", eines der solidesten Creditinstitute Deutschlands, in ihrem Jahresberichte für 1879 über die Unlust und Abneigung, die gegen den Erwerb landwirthschaftlicher Grundstücke herrsche, die ihr in jährlich wachsendem Maße aufallen, weil die Eigenthümer die Hypothekenzinsen und Annuitäten nicht mehr aufbringen können. Die Direction klagt ferner über die Häufigkeit der Zwangsverkäufe, über die Schwierigkeit, die Kapital- und Zinszahlungen einzubringen und fährt dann wörtlich fort: „Die meisten Landwirthe haben ihre Besitzungen um allzu hohe Preise gekauft, die mit der Bodenrente in keinem richtigen Einklange stehen, und haben überdies mit einer immer mehr anwachsenden Concurrenz zu kämpfen. Die Klagen der Landwirthe sind also leider sehr berechtigt. Die Ansichten über die Mittel der Abhilfe gehen weit aus einander. Die Ueberzeugung, daß eines der wirksamsten Mittel darin bestände, wenn man zu der früheren Einfachheit und Anspruchslosigkeit des Landwirthes und seiner Arbeiter zurückkehren wollte, will in den betheiligten Kreisen selbst nur geringen Anklang finden."

Eine wesentliche Ursache der wachsenden Nothlage nennt die Direction, so nahe sie ihr liegt, nicht, was man ihr von ihrem geschäftlichen Standpunkt aus übrigens auch nicht zumuthen wird. Die Zinslast, welche diese Banken dem Bauer auferlegen, geht nämlich weit über die wahre Rente des Grundbesitzes hinaus, und amortisiren kann der Landwirth fast nur noch ausnahmsweise.

Ueber die Verschuldung des städtischen Grundbesitzes in Berlin machte auf der Versammlung conservativer Socialreformer in Berlin am 19. Mai 1881 Herr Nordmann folgende Angaben: Im Jahre 1871 betrug der Kauf- oder Grundwerth der Häuser 3000, die Verschuldung 1438 Mill. Mk., 1879 betrug der Grundwerth 2244, die Verschuldung 2100 Mill. Mk., der eingeschätzte Miethsertrag 159 Mill. Mk., was zu 7 % kapitalisirt, einen Werth der Grundstücke mit Häusern zu 2271 Mill. Mk. ergibt. Nach den damals stattgehabten Verkäufen darf der wahre Werth aber nur zu 2244 Mill. Mk. geschätzt werden. Der Werth in der Feuerkasse war nur 1900 Mill. Mk., sodaß man getrost behaupten kann, daß der Ertrag der Miethe fast ganz als Zins für die Kapitalschulden verschlungen wird, und die angeblichen Hauseigenthümer keine wirklichen Eigenthümer sind. Im Jahre 1879 wurden in Berlin 1019 Grundstücke freihändig, 637 zwangsweise verkauft. Früher ergaben solche

übrigen Regierungen einer Untersuchung dieser Verhältnisse bisher aus dem Wege gegangen sind, so müssen wir uns mit diesen wenigen Ziffern begnügen."

Verkäufe noch einen Ueberschuß über die Schulden, und zwar 1873 von 51,1 %, 1878 von 16,1 %, 1879 nur noch 7,3 %, was die obige Angabe bestätigt, daß der Berliner Hauseigenthümer in der Aera des Kapitalismus zum Vicewirth der Kapitalisten herabgesunken ist. Der durchschnittliche Erlös ist bei den freihändigen Verkäufen 142, bei den Subhastationen nur 81 % des in Feuerkasse versicherten Werthes. Bei jenen 637 Zwangsverkäufen, die in Berlin im Jahre 1879 stattfanden, berechnet sich somit gegenüber den freihändigen Besitzwechseln ein Verlust von 41 Mill. Mk. Das zehnte Haus wechselt jährlich in Berlin seinen Besitzer.

Die Anzahl der Zwangsverkäufe von Immobilien beträgt in Preußen jährlich 25,000, meist landwirthschaftliche Anwesen. Abgesehen davon, daß dabei fast jedesmal eine Familie ruinirt wird, kann man den Verlust an Volksvermögen, der auf diese Art jährlich entsteht, auf 400 Mill. Mk. schätzen.

Der Jahresbericht der „Landwirthschaftlichen Creditbank" zu Frankfurt a. M. („Frankfurter Zeitung" vom 21. März 1880) wirft gleichfalls ein trübes Licht auf die ländlichen Verhältnisse. Dieses Institut, das nach seinen Satzungen den Landwirthen den kaufmännischen Geschäftsbetrieb und die Beschaffung der nöthigen Betriebsmittel ermöglichen soll, aber nur mit einem Actienkapital von 750,000 Mk. arbeitet, und seine Actien und Obligationen an der Börse nicht eingeführt hat, sah sich nicht nur zu bedeutenden Abschreibungen (etwa 10 % des Schuldenstandes) genöthigt, sondern mußte, abgesehen von der Uebernahme verschiedener lästiger Immobilien, im Jahre 1880 von 116,972 Mk. Hypothekenzinsen, die eingehen sollten, nur 35,576 Mk. als thatsächlich eingegangen, und 84,396 Mark als rückständig geblieben, buchen. — Die „Nürnberger Vereinsbank" mußte im Jahre 1880 139 Anwesen zwangsweise verkaufen und 23 davon selbst übernehmen — Verwandlungen einst freier Eigenthümer in Pächter im Dienste des Kapitals.

Förmlich zum Hohn auf die Lage der Landwirthschaft hat sich zu Anfang 1881 in München eine „Immobilienbank" gebildet, welche sich die Speculation mit solchen bankerotten Landgütern zum Zwecke gesetzt hat. Da sie natürlich Geld verdienen will, so wird sie solche Grundstücke, Höfe ꝛc. billigst erwerben, „aufputzen" lassen und dann wieder möglichst theuer verkaufen oder ausschlachten oder durch eine Anzahl Proletarier, die an die Stelle der seßhaften Bauern getreten sind, im Großbetrieb bearbeiten lassen. — In Preußen und anderen deutschen Ländern besteht fast in jedem Städtchen und in der Nähe größerer Landgüter ein „Ring", der sich mit Zerschlagung von Bauernhöfen beschäftigt. Ein gewissenloser Kapitalist schafft das Geld, ein Schreiber, der sich einige juristische Bildung erwarb,

Dr. Jäger schließt das Kapitel mit folgenden Worten: „Es ist ein seltsam unnatürlicher, unheimlicher Vorgang, der sich hier vor unseren Augen vollzieht. Der landwirthschaftliche Besitz ist tief verschuldet und diese Verschuldung wächst. Mit anderen

ein verdorbener Bauer, endlich als stiller Theilnehmer, der nicht das schlechteste Geschäft dabei macht, ein Rechtsanwalt und Notar — das ist die saubere Brüderschaft. Sie hat ihre Schlepper und Zuträger und schreckt weder vor der Größe des Objects, noch vor juristischen Schwierigkeiten zurück, sie streift das Strafgesetz mit dem Ellenbogen, aber nie, oder fast nie erleidet sie einen Geldverlust. Sind einmal in einem Dorfe bereits mehrere Höfe parzellirt, so geht das Geschäft noch besser; denn es hat sich bereits ein Proletariat eingenistet, dessen Hunger nach Land in stetem Wachsen ist, und das die Hypothekenschulden, wenn auch noch so hoch, nicht scheut. Diese auf den Trümmern eines ausgeschlachteten Bauernhofes entstehenden Wirthschaften sind eine wahre Quelle zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Mit elendem, halbverhungertem Vieh ausgestattet, den Dung des baaren Geldes wegen verkaufend, schafft diese erbarmungwürdige Menschenklasse im Schweiße ihres Angesichtes, um die Ansprüche des Grundherrn zu befriedigen. Dieser preßt sie aus, und die Schweißtropfen der Armen werden bei ihm zu Gold und entschädigen ihn reichlich für das Kapital, das er nicht mehr zurückgezahlt erhält. Hat aber die Schuld sich genügend gehäuft, so wird die Familie auf die Straße geworfen, und hundert andere Proletarier drängen sich herbei, um die Rolle weiter zu spielen. Derartige Grundherren sind wahre Sweaters, wie der Engländer solche Industrieunternehmer nennt, die für Hungerlohn arbeiten lassen und sich dabei mühelos bereichern. Auch in Bayern, das sonst so glücklich, und dessen sociale Zustände so befestigt waren, wächst jährlich die Zahl der Bauern, welche nur mehr dem Namen nach Eigenthümer ihrer Heimstätten sind und von der Gnade des Gläubigers, der sie vortheilhafter noch für sich frohnen läßt, abhängen, aber ein Leben voll Sorge und Arbeit fristen. Dazu kommen die von weniger nachsichtigen Geldverleihern zu Hunderten und Tausenden von Haus und Hof vertriebenen Gütler, Söldner und Bauern. Sie ziehen in der Regel ab, ohne irgend einen namhaften Werthbetrag zu retten, denn sie sind nicht in der Kunst des Speculationsbankerottes bewandert, wie so manche ihrer Gläubiger. Daher sinken ansehends mehr Bauern zum Proletariat herab; wer sich aber noch retten kann, flieht aus dem stiefmütterlichen Vaterlande. Die verganteten Güter werden gewöhnlich weit unter ihrem Schätzungspreise und Verkehrswerthe von einem Großwucherer oder einer Hypothekenbank erstanden, dann zertrümmert und in Parzellen verpachtet, oft auch (von den Banken) im Ganzen durch Verwalter oder Pächter bewirthschaftet, bis sich ein annehmbarer Käufer findet, was immer seltener wird.

Worten: Der Werth unseres Grund und Bodens trennt sich mit wachsender Schnelligkeit vom Besitz und wandert immer mehr in kapitalistische Hände über, für welche der ehemalige Besitzer dann frohnen muß. Aeußerlich allerdings und formell ist der Besitzer noch Eigenthümer seines Grundstückes, die Grundrente aber, die er in dieser Eigenschaft früher bezogen, verwandelt sich immer mehr in Kapitalrente und fließt in die Taschen der Kapitalisten, welche unter sich wieder die kleineren auffangen, worauf die großen sich, in Banken organisirt, zu mächtigen, internationalen Ringen vereinigen und mit dem verschuldeten Grundbesitz dann nach Belieben verfahren. Der Grundherr sinkt zum Pächter — zum wahren tenant at will — seines ehemaligen Gutes herab, dessen Werth und Obereigenthum in die Hände einer Bank übergegangen ist. Der Bauer wird deklassirt und degradirt zum Tagelöhner im Frohndienste großer und kleiner Wucherer. Das Grundbesitzverhältniß wird entmenscht und entseelt! Einst waltete zwischen dem Grundbesitz und seinem Bebauer ein lebendiges sittliches Verhältniß, das sich auf dem Rittergute sowohl, wie auf dem Bauernhofe von Geschlecht zu Geschlecht vererbte und die unverwüstliche Kraft unseres Volkes bildete, mit der es alle Krisen überstand. Diese sittliche Beziehung zwischen Besitz und Besitzer löst sich auf und verwandelt sich vor unseren Augen in entmenschtes kapitalistisches Rechenverhältniß. Kommt ein Fehler vor, oder tritt, wie jetzt unter dem Druck hoher innerer Lasten und wachsender fremder Concurrenz ein Deficit ein, so wird auch die letzte formale Beziehung zwischen dem Besitzer und dem verschuldeten Besitz gelöst, an Stelle des früheren sittlichen Bandes ist das Interesse des Kapitalisten getreten, die scheinbaren Eigenthümer sind nur noch leere Hüllen ihrer früheren Existenz, sind Schatten einstiger, bänerlicher oder grundherrlicher Selbstständigkeit. Der Werth, den sie bebauen und der Erde mit ihrem Schweiße entringen, gehört nicht ihnen, sondern wandelt sich zum Kapital, das losgelöst von jeder sittlichen Beziehung und Verpflichtung herzlos plusmacherig über ihnen waltet und ihr Schicksal nur nach seinen mammonistischen Interessen bestimmt. Ein neuer Feudalismus ist entstanden und lastet schwer auf dem Grundbesitz, für dessen Bebauer

vielfach das frivole Wort des französischen aristokratischen Feudalismus: taillable et corvéable à merci et misericorde wieder volle Anwendung findet: Frohnpflichtig nach dem Willen und der Willkür des kapitalistischen Besitzers oder verstoßen von der heimischen Scholle, das ist die Lage, in welcher viele deutsche Bauern sich befinden und noch mehr täglich hineinsinken.

„Welche Gefahren diese Umwälzung der Grundbesitzverhältnisse, diese Umwandlung der ehemals felsartigen agrarischen in triebsandartige kapitalistische Zustände für das Staatswesen mit sich führt, wollen wir hier noch nicht näher erörtern. Vor Allem müssen wir noch die Frage beantworten, wie diese Zustände gekommen sind, und in welcher Lage der deutsche Grundbesitz sich früher befand."

Der „Augsburger Postzeitung" v. Jahre 1882, No. 64 entnehmen wir aus dem sehr beachtenswerthen Artikel: „Die Statistik über die Verschuldung des Grundbesitzes" Nachstehendes:

„Ehe jedoch an eine Entlastung des Grundbesitzes auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung gedacht werden kann, muß die Statistik das Material zur Beurtheilung der Frage liefern. In Frankreich wurde im Jahre 1876 die letzte Aufnahme der Hypothekenschulden gemacht. Darnach ergab sich eine Hypothekenverschuldung (ohne Wechsel-, Current- und sonstige Verpflichtungen) von rund 14½ Milliarden Francs. In Oesterreich (ohne Ungarn) betrugen die Hypothekenschulden Ende 1880 ungefähr 3500 Mill. Mk. Nehmen wir als Zinsfuß 6 Procent an — in Oesterreich ist er in der Regel viel höher — so ergibt sich eine Zinsensumme von 210 Mill. Mk. Dazu kommen ungefähr 140 Mill. Staats- und Gemeindesteuern, in Summa Grundlasten 350 Mill. Mk. Der jährliche Reinertrag des Bodens beträgt nach einer ziemlich hochgegriffenen Schätzung der Regierung 350 — 360 Mill. Mark. Rechnen wir zu den Ausgaben noch die Gebühren für den Besitzwechsel (ca. 33 Mill. M. per Jahr), die Erbschaftssteuer (ca. 8 Mill. Mk. per Jahr), die jährlichen Amortisationsquoten und die thatsächlich höheren Zinsen als von uns angenommen wurde, so finden wir, daß der Bauernstand in Oesterreich weit überschuldet und absolut nicht mehr im Stande ist, für die wachsenden Schulden, Zinsen und Steuern aufzukommen. Thatsächlich ist die große

Menge der ehemals so wohlhabenden Bauern Oesterreichs auf den Stand des Proletariats herabgedrückt, die Landwirthe sind großentheils nur mehr Tagelöhner im Dienste des Geldkapitals, der Grund und Boden gehört nicht mehr der Arbeit, sondern dem Kapital.

„So ist es in Oesterreich, in Deutschland wird es nicht viel besser stehen. Die Berichte der landwirthschaftlichen Vereine, der Hypothekenbanken und Concursgerichte legen Zeugniß ab von der fortschreitenden Verschuldung und Proletarisirung unserer Bauern. Auf 5 Milliarden Mark wird die Hypothekenschuld der deutschen Landwirthschaft geschätzt. Wie kann sie dabei noch länger bestehen? Das ist rein unmöglich, sie muß zu Grunde gehen. Der thatkräftige Bauer, der noch einiges Geld erübrigt, sagt dem Vaterlande Lebewohl und hinterläßt seine Leidensgenossen als Rekruten der künftigen Revolutionsarmee.

„Dieses Prognostikon stellt Dr. Eugen Jäger in seinem hier schon öfter citirten Buche „die Agrarfrage der Gegenwart". Wir stimmen ihm darin vollständig bei. Aber wir erwarten zugleich, daß die deutsche Regierung die Entwicklung der Dinge nicht bis zum Aeußersten treiben lassen wird. Sie wird, wie zu hoffen steht, mit mächtiger Hand eingreifen, um den modernen Feudalismus der Pluto- und Bankokratie zu brechen. Die Statistik der Verschuldung wird selbst den Blinden die Augen öffnen. Wir müssen uns wohl oder übel klar werden über die Zustände und die Mittel zur Abhilfe. Ein längeres Zögern vermehrt nur die Gefahren. Schon häufen sich die Anzeichen, daß die Bauern sich ihres „natürlichen Rechtes auf den Ertrag ihrer Arbeit und ihres Bodens" erinnern. Nirgends mehr als unter dem Landvolk finden die Bestrebungen der Regierung für die Besserung der socialen und wirthschaftlichen Mißstände ein geneigtes Ohr."

Aus der „Kreuz-Zeitung" v. Jahre 1882, No. 49 mag von dem Artikel: „Creditnoth oder Verschuldungsnoth" noch eine Citation von Lorenz v. Stein Platz finden:

„Auch Lorenz v. Stein spricht in seinen „Drei Fragen des Grundbesitzes und seine Zukunft" die Ansicht als eine mathematische Gewißheit aus, daß die Zeit nicht fern sei, wo der heutige sogenannte „freie" Bauer, der in die Dienstpflicht des

Kapitals gerathen und dadurch unfrei geworden sei, von seiner Hufe würde vertrieben werden, womit der Stamm des Grundbesitzes verschwinden werde. Das Geld-Kapital, so führt Lorenz v. Stein weiter aus, habe sich den ganzen Grundbesitz bereits vollständig unterworfen und stehe im Begriff, eine bürgerliche Rechtsordnung und Gesellschaftsordnung zu bilden, nach welcher aller Grundbesitz und im weiteren der Besitz überhaupt lediglich eine Form des Geldbesitzes anzunehmen drohe. Von anderer Seite ist dieser Zukunftszustand in drastischer Weise ausgemalt worden, indem man schilderte, wie die Kapitalsherren an der Börse, je nach dem Fallen oder Steigen des Getreidepreises, und um auf das eine oder andere einzuwirken, so und so viel Stück Rittergüter, oder Dutzende von Bauerngütern „auf den Markt werfen oder herausnehmen" würden; der Grundbesitz würde dann, wie heute gewisse Papiere, lediglich ein Spiel- und Speculationsobject der Börse sein. Diese Schilderung mag zu weit gehen, weil, bevor es soweit käme, es bereits um unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung geschehen sein müßte, vorher aber, freilich vielleicht zu spät für den heutigen Grundbesitzerstand, die Reaction gegen eine solche Entwicklung unserer socialen Verhältnisse sich geltend machen würde.

„In der That handelt es sich bei der schwebenden Frage nicht nur um die Erhaltung unseres Bauernstandes, so wie des Standes des Grundbesitzers überhaupt, sondern es steht hier die Aufrechterhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Frage.

„Lorenz v. Stein kommt in seiner Untersuchung der Verhältnisse des Grundbesitzes zu denselben Schlüssen wie Rodbertus, daß unter der Herrschaft der römisch-rechtlichen kapitalistischen Verschuldungsform die Grundrente durch das Recht auf den Zins nach und nach vollständig absorbirt werden müsse; er wird zu diesem zwingenden Schlusse noch durch das weitere Moment der ausländischen, namentlich der transatlantischen Concurrenz gedrängt, welche Rodbertus unbekannt geblieben ist.

„Unter der Zusammenwirkung aller dieser Umstände muß die Frage, wie dem Grundbesitz die Schleusen des Credits, der heute bereits ein Verhängniß für ihn geworden ist, weiter zu öffnen

wären, vollständig zurücktreten vor der anderen Frage, wie der Grundbesitz vor dem Schicksal, der römisch-rechtlichen kapitalistischen Verschuldung zum Opfer zu fallen, zu erretten sei."

Der „Reichsbote", welcher seit seinem Bestehen auf das wärmste auch für die landbautreibende Bevölkerung eintritt, und schon ganz vorzügliche Artikel über alle Fragen der landwirthschaftlichen Verhältnisse gebracht hat, schreibt: „Nur(?) die Unwissenheit kann heute noch leugnen, daß unser Bauernstand soeben eine Krisis durchmacht, so furchtbar, wie sie ihn in diesem Jahrhundert noch nicht betroffen hat. Ueber die Ursachen mag man streiten, man mag sie in der überseeischen Concurrenz oder nur in einer unglücklichen, den landwirthschaftlichen Verhältnissen widerstreitenden Creditgesetzgebung suchen: die Thatsache bleibt zweifellos, daß die ländlichen Subhastationen in beängstigender Weise zugenommen haben und bei ihren weiteren Fortschritten allmälig eine Enteignung unseres ganzen Bauernstandes herbeiführen werden." —

Obgleich wir im Allgemeinen von Seiten der Regierungen in Betreff der Behandlungen der landwirthschaftlichen Verhältnisse sicher nichts Erfreuliches zu melden haben und geradezu gezwungen sind zu constatiren: daß man in den maßgebenden Kreisen in Bezug auf Ursachen und Wirkungen unserer Zustände noch völlig im Unklaren ist, sie gar nicht wirklich kennt oder aus uns unbekannten Gründen, trotz der traurigen Erfahrungen und der erhaltenen Einsicht, nicht Willens ist, bessere und haltbare Zustände anzubahnen, so berühren natürlich Ausnahmen umso angenehmer, und ergreifen wir gern die Gelegenheit, solche dankbarst hervorzuheben.

Der erfreuliche Act geschah in Westfalen und zwar am 21. Dezember v. J. bei Gelegenheit der Generalversammlung des „Westfälischen Bauern-Vereins", der unter der Leitung seines geistvollen, wie energischen Präsidenten, Freiherrn v. Schorlemer-Alst, sich stets mehr erweitert, befestigt und productiver wird. Bevor wir auf den genannten Act näher eingehen, wollen wir die materielle, wie moralische Bedeutung dieses Muster-Vereins wenigstens nur mit einigen Worten erwähnen. Diese brauchen nicht erst gefunden zu werden, sondern wir haben sie bereits in

der Anrede des Herrn Regierungs-Präsidenten von Liebermann vor uns. Nachdem derselbe über Arbeiter-Colonien und deren Einführung auch in dem Münsterlande gesprochen, schloß er seine Rede mit folgenden Worten: „Wenn das bisher nicht veröffentlicht wurde, so geschah es deshalb, weil ich erst die Aeußerungen im westfälischen Bauernverein hören möchte. Ich weiß das genau, wenn Sie Etwas unternehmen, so wird es auch mit Energie verfolgt, und wenn Sie dies unternehmen, so kann man sicher sein, daß man mit den Anordnungen, die man Ihnen vorschlägt, Aussicht auf Erfolg hat; wenn aber der westfälische Bauernverein dagegen wäre, so wäre es weggeworfene Mühe, sich dafür zu interessiren." Die Worte des Herrn Regierungs-Präsidenten illustriren am besten die hohe Bedeutung, welcher sich der „Westfälische Bauern-Verein" seitens einer einsichtsvollen Regierung erfreut. Dieser Verein gibt den bestimmten Beweis für die Richtigkeit der Worte, die ich seit Jahren an die drei Productivstände richte, daß: „in der Sammlung und richtigen Benutzung der Kräfte das Geheimniß der Erfolge beruhe." —

Zu dem erfreulichen Acte kommend, der sich in der Generalversammlung des genannten Vereins vollzog, so ergab es sich, daß die angenommenen Anträge[1]) von den beiden hohen Regierungsbeamten, dem Herrn Oberpräsidenten von Hagemeister und Herrn Regierungspräsidenten von Liebermann nicht nur keinen Widerspruch, sondern eine rückhaltlose[2]) Zustimmung erfuhren. Der

[1]) Die drei angenommenen Anträge, welche in der Form von Eingaben an die Staatsregierung und an die beiden Häuser des Landtages gehen sollen, enthalten folgende Punkte: 1. daß durch eine richtigere und höhere Besteuerung des Kapitals, besonders auch der Börse, die Mittel gewonnen werden, die Grundsteuer ganz oder zum Theile den Gemeinden zur Deckung ihrer communalen Bedürfnisse zu überweisen; — 2. daß für die Erhebung der Gemeindeabgaben ferner nicht, wie bisher die Staatssteuer als Maßstab gelten solle, sondern daß vielmehr die den Grundbesitz zu schwer treffende Doppelbesteuerung durch einen richtigeren, gerechten Veranlagungsmodus für die Communalsteuer beseitigt werde; — 3. daß die Landwirthschaft gegen die stetig zunehmende Concurrenz des Auslandes durch angemessene Zölle, entsprechend den übrigen Gewerben und der Industrie, geschützt werde.

[2]) Das Auftreten der beiden hohen Regierungsbeamten der Provinz Westfalen sticht ausnehmend gegen das Verhalten des Herrn Oberpräsidenten

Herr Oberpräsident sagte nämlich: **„Ich meine, es ist die Aufgabe des Staates, es ist der Wille Sr. Majestät und die Pflicht der Behörden, dafür zu sorgen, daß der Landwirth, gleich den übrigen Ständen unseres Staates wieder leben kann und Aussicht hat auf Erfolg seiner Arbeit.“** — Solche Worte, von einem Oberpräsidenten vernommen, thun wohl, sie beruhigen und erfüllen das Volk mit Vertrauen auf seine Regierung; sie geben Zeugniß von dem Verständniß und dem guten Willen, das Richtige und Beste zur Wohlfahrt der Bevölkerung einzuleiten und weiterzuführen. Solche Auffassungen contrastiren grell gegenüber einer selbstgefälligen, gelinde gesagt, höchst befangenen und thatsächlich unrichtigen Behandlungsweise der wichtigsten Fragen für den Staat und die Gesellschaft. Wir können das Kapitel über die Verhältnisse der landbautreibenden Bevölkerung, welche bereits schon sehr bedenklich „mobil“ geworden ist und in nicht geringen Ziffern den „fünften“ Stand vermehrt, nicht besser schließen, als wenn wir uns auf eine Rede des Herrn Reichskanzler, Fürsten Bismarck, berufen. Der betreffende Theil wird uns in einer Erwiderung gegeben, die ein hervorragender, rühmlichst bekannter bayerischer Landwirth dem bayerischen Finanzminister Herrn von Riedel in Nr. 248 der „Augsburger Postzeitung“ (1883) zu

der Provinz Hannover, Herrn Dr. von Leipziger, ab, welches von ihm auf dem „Allgemeinen Deutschen Handwerkertage“ vom vorigen Mai in Hannover beobachtet wurde. Seine Ansprache an die Vertreter von 65 000 selbstständigen Handwerksmeistern war durchaus nicht geeignet, zu erfreuen und mit Vertrauen auf die Verfolgung der Interessen des deutschen Handwerkerstandes seitens der Reichsregierung zu erfüllen. In des Herrn Oberpräsidenten Ansprache schimmerte eine reservatio mentalis so bedenklich durch, daß das Gesagte, kalt und praktisch erwogen, einer direkten Ablehnung des Hauptverlangens der deutschen Handwerker vollständig gleichkam. Des Herrn Oberpräsidenten Leipziger Inspirationen waren offenbar schon im Mai 1883 so gestärkt, daß er im Stande gewesen wäre, den vielgenannten Artikel: „Corporative Bestrebungen im deutschen Gewerbeleben“, mit dem die „Provinzial-Correspondenz“ im Oktober dem deutschen Handwerkerstande die Thüre wies, sofort zu redigiren. Eine entsprechende Abweisung der genannten „Correspondenz“ und die volle Aufrechthaltung der berechtigten Ansprüche unserer Handwerker faßte ich in einem Artikel zusammen, den die „Augsburger Postzeitung“ in ihren Nummern 260, 261 und 262 vom vorigen Jahre brachte.

Theil werden ließ. Der Herr Minister äußerte nämlich in seiner Budgetrede vom 29. September v. J.: „Ich erachte mich für verpflichtet, dem ebenso unbegründeten wie gefährlichen Vorwurf, daß Gesetzgebung und Verwaltung dem landwirthschaftlichen Interesse nicht die genügende Beachtung schenken, wenigstens einigermaßen entgegen zu treten. Ich war bei meiner ganzen Finanzpolitik bestrebt, auf das Ernsteste bestrebt, die Landwirthschaft zu berücksichtigen und zu schonen, und ich werde dies auch ferner thun, soweit es die Gerechtigkeit mir gestattet.“ — Nachdem nun der oben erwähnte Landwirth dem Herrn Finanzminister in streng sachlicher Weise auseinandergesetzt, was Alles nicht geschah, um die Interessen der Landwirthschaft zu fördern und die Berufung auf die Gerechtigkeit begründet erscheinen zu lassen, fährt er weiter fort:

„Wir wollen gern annehmen, daß der Herr Minister das, was er der Landwirthschaft und dem Grundbesitz Uebles zugefügt hat, das übrigens auch nur einen kleinen Theil dessen bildet, was die gesammte manchesterlich-liberale Gesetzgebung und Verwaltung früherer Jahre verbrochen hat, nicht wissentlich und absichtlich gethan hat, und daß es in der That seine ernste Absicht gewesen ist, diese Grundsäule der staatlichen Ordnung zu schonen und zu berücksichtigen; allein die von ihm eingeschlagenen Wege waren jedenfalls nicht die richtigen, und wenn er in Zukunft Schädigungen derselben vermeiden will, dann möge er *vorher* den Rath erfahrener, aber *wirklicher*, nicht *sogenannter* Landwirthe oder „*Freunde der Landwirthschaft*“ einholen und ihren Wünschen ein geneigtes Ohr leihen, es werden alle Theile besser dabei fahren.

„Zum Schluß wollen wir in Bezug auf die Bedrückung der Landwirthschaft durch die moderne Gesetzgebung und Verwaltung einen classischen Zeugen anführen, dessen Autorität wohl auch der Herr Finanzminister gelten lassen wird, nämlich den *Reichskanzler Fürsten Bismarck*. Derselbe sagt in seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1879:

„„Ich kann bei der Erwägung dieser Fragen die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesammten Gesetzgebung der letzten zwanzig Jahre und aus anderen Gründen auch in

der weiter zurückliegenden Zeit die landwirthschaftliche Production, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen ist und stiefmütterlich behandelt worden ist;"" u. a. a. Stelle: „„Sie trägt das Alles geduldig, die landwirthschaftliche Bevölkerung, vielleicht weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und der Uebel, unter denen sie leidet, nicht vollkommen zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu thun kann, es zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation wegen, sondern der **Gerechtigkeit** wegen. Wir wollen Alle mit gleichen Schultern tragen, und die Gerechtigkeit in Vertheilung der Lasten soll sein für Alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirthschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie **Gerechtigkeit** erlangt haben.""

(Der stenographische Bericht verzeichnet hier: Bravo! rechts. Zischen links.)

Viertes Kapitel.

Die Regierungen.

Wenn wir uns aber gegen die Ursachen wenden, aus welchen der hoch verehrte greise von Kleist-Retzow bei Gelegenheit der Innungsdebatten den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung prophezeite, indem er die Folgen schilderte, die aus einer Gesetzgebung entstünden: die fortfahre, das große Kapital mit immer neuen Privilegien zu versehen, mittels deren es auch die letzte wirthschaftliche Kraft der kleinen Producenten auffauge und zuletzt noch pointirte, eine conservative Regierung habe danach zu streben, die Arbeit von dem Joche des Kapitals zu befreien, wenn wir, wie ich sagte, uns gegen die Ursachen wenden, welche die im höchsten Grade destruktiven Wirkungen äußern, so nennt man uns auf der ganzen liberalen Linie, von der Gruppe Bennigsen bis

zu Herrn Richter, und von diesem inclusive der Socialdemokratie: Reaktionäre. Selbst verschiedene Regierungen beobachten mißtrauisch unsere Politik, und ist es mir sehr wohl bekannt, in welcher Weise sie uns entgegenzuwirken suchen, und welche „vertrauliche" Verhaltungsmaßregeln[1]) gegen uns getroffen sind. —

Wir können hierauf nur erwidern: wollen Staatsmänner auf die nothwendigen wirthschaftlichen Gleichgewichtsverhältnisse verzichten, negiren sie ferner die von uns verlangten socialen Reformen, welche allein im Stande sind, der socialen Revolution vorzubeugen, die sich vermöge der ihr äußerst günstigen Bedingungen ebenso rasch als sicher vorbereitet, und deren Wetterleuchten ganz Europa durchzuckt, so mögen sie auch voll und ganz die furchtbare Verantwortung für die Folgen tragen, welche aus den unorganischen, wahrhaft derouten Verhältnissen mit absoluter Nothwendigkeit hervorgehen müssen. Wenn dann die Consequenzen anfangen sich zu erfüllen, und wir vor der akuten Anarchie stehen, so haben wir nur einen ganz natürlichen Verlauf von Umständen vor uns. Indem man der schleichenden Anarchie und den successiven aber systematischen Entäußerungen[2]) der Massen nicht die absolut

[1]) Die selbst öfter bei untergeordneten und wenig begabten oder der gesellschaftlichen Bildung wenig zugänglichen Beamten bis zur Verleugnung der gebräuchlichen Umgangsformen fruktificirt werden. Die Töne der officiellen Aeolsharfen sind zu leicht zu unterscheiden, als daß man sich über ihre Stimmung je täuschen könnte.

[2]) Wir greifen hier auf die Deduction eines Altmeisters in der Politik zurück, dessen tiefer Wissensschatz auch noch nicht annähernd gehoben und fruktificirt wurde. Wir meinen den langjährigen Patriotenführer, Landtags- und Reichstags-Abgeordneten a. D. Dr. Edmund Jörg, Herausgeber der „Historisch-politischen Blätter." Er schreibt in seiner „Geschichte der socialpolitischen Parteien in Deutschland" (Herder'sche Verlagsbuchhandlung in Freiburg. 1867.) im fünften Kapitel: „Wo immer die negativen Freiheiten des liberalen Oeconomismus ins Leben treten, da ist der ehrenfeste alte Mittelstand früher oder später verloren. Die Gewerbefreiheit ist, wie gesagt, nicht das System selbst, aber sie ist der erste Schritt desselben, um die Corporationen des Bürgerthums zu pulverisiren und die chemische Auflösung des ganzen Menschengeschlechts, wie der Bischof von Mainz sich ausdrückt, in flottirende Individuen einzuleiten. Die Freizügigkeit beseitigt sodann das Hinderniß, welches die geschlossene Gemeinde noch dem Strom staatsbürgerlicher Atomisirung bereiten würde. Treten noch entsprechende

nöthigen Cautelen entgegensetzt, fördert man bewußt oder unbewußt den Ausbruch der akuten Anarchie. Es gibt sehr verschiedene Wege, die zu demselben Ziele führen, und wer in der Mitte politischer Realitäten nicht gerade an Wunder glaubt, der muß auch mit sich über die unausbleiblichen Folgen einer total verkehrten und direct destruktiven Wirthschaftspolitik im Klaren sein.

Unseren nicht uniformirten noch besternten Widersachern, von den Freiconservativen[1]) und Herrn von Bennigsen angefangen bis

Gesetze über den bäuerlichen Besitz in Kraft, wie das Erbrecht im Napoleonischen Code, so geht auch der ländliche Mittelstand umso rascher denselben Weg wie der bürgerliche. Aus der Auflösung des Mittelstandes entsteht dann jener schroffe Gegensatz im Schooße der Nationen, welchem immer mehr jeder vermittelnde Uebergang der Vermögensverhältnisse abhanden kommt, und der bereits zur eigentlichen Signatur der modernen Gesellschaft geworden ist: steinreich und blutarm.

Gewiß ist der Unterschied von reich und arm eine Anordnung Gottes; wo aber der mittlere Vermögensstand sich auflöst, damit eine kleine Minderheit im Gelde schwimme, während die große Masse im äußersten Elend verkommt: da ist an die Stelle der göttlichen Ordnung die öconomische Todsünde an der Menschheit, der Weltwucher, getreten.

Wie das System überhaupt alle corporativen Bildungen, die in sein Bereich fallen, auflösen mußte, so hat es vor Allem die Verbindung der Meister unter sich und mit den Gesellen aufgelöst. Aus den genossenschaftlichen Gehülfen ist der isolirte Arbeiter geworden, und dieses isolirte Individuum ist in eine mitleidslose Abhängigkeit verfallen, wie eine solche nie zuvor vorhanden gewesen war. Mit der ganzen Existenz für Mann, Frau und Kinder allen Schwankungen des Marktes und des Waarenpreises ausgesetzt sein, das ist der Sclavenmarkt unseres liberalen Europas, wie der Bischof von Mainz sehr richtig bemerkt. Auch ein volkswirthschaftlicher Professor in Berlin erklärt diese neue Art von Sclaverei als das nothwendige Resultat des liberalen Oeconomismus. Kein wirklicher Kenner der Lehren der National-Oeconomie wird behaupten, daß unter den heutigen Productionsverhältnissen in den europäischen Staaten der Arbeiterstand als Stand durch eine Kraft sich aus seiner Stellung emporheben könne, da vielmehr das ganze System darauf beruht, daß ein besitzloser Arbeiterstand vorhanden ist."

[1]) Insofern die freiconservative Partei ihre politische Bedeutung nicht völlig in der Eigenschaft einer Regierungspartei sans phrase finden will, so fehlen ihr in jedem anderen Falle bestimmte Prinzipien. Sie befindet sich namentlich in Hinsicht auf ihre social-politischen und national-öconomischen Doctrinen in der gewiß verhängnißvollen Lage, daß sie durch ihre

zu Herrn von Vollmar, möchte ich hingegen Nachstehendes unterbreiten: alle die angeblichen Freiheiten, welche man uns während der modernen liberalen Aera angepriesen hat, sind nichts Anderes, als die Gelegenheit für einen äußerst kleinen Bruchtheil der Gesellschaft, auf Kosten der großen Mehrzahl immer noch reicher und mächtiger zu werden. Diese „Freiheiten" bedeuten nichts Anderes, als die Schrankenlosigkeit des Kapitals; sie sind die „Privilegien" der wirthschaftlich Starken, der bekannten „Kapitalherren", oder oder wie sie der selige Niendorf nannte, der geheimen Oberlands- oder Lehnsherren. Diese Freiheiten sind Raubthierfreiheiten: je größer oder stärker das Raubthier ist, je mehr Freiheiten hat es in seinem Thun und Lassen. Für die kommende Zeit ist der Staatsmänner erste und wichtigste Aufgabe, durch Beschränkung dieser Freiheiten und durch Herstellung der nöthigen Gleichgewichtsverhältnisse die großen Massen des Volkes zu schützen und **ihnen jene Freiheit erringen zu helfen, die für sie jedenfalls den höchsten Werth besitzt, nämlich die Freiheit: sich wieder ein Eigenthum verschaffen zu können. —**

Die ganze Staatskunst muß in der Lösung dieses Problems ihre wichtigste Aufgabe erkennen, denn ohne daß **hier** geholfen wird, gehen die heutigen Staaten mit mathematischer Sicherheit zu Grunde, und erweist sich die sonst größte diplomatische Routine als reiner Luxus. In der Weise, als die Regierungen sich dieser Aufgabe unterziehen und sie lösen, wird es ihnen auch gelingen, die Grundursachen der social-revolutionären Bewegung zu heben. Von jeher haben die Besitzverhältnisse den Hauptanschlag bei allen Revolutionen[1]) und gewaltsamen Aenderungen gegeben; was Aristoteles schon ausführt, gilt heute noch bis auf sein letztes

außerhalb der Sache liegenden Motive sich gezwungen sieht, den Consequenzen der von ihr beifällig aufgenommenen oder wenigstens doch nicht bekämpften Entwickelungen entgegenzutreten. Sie will und vertritt kein Ding an sich, weil sie ebenso einen Ausgangspunkt meidet, als sie die Verfolgung der Consequenzen aus den erkannten Ursachen nicht zuläßt. Ihr Agens besteht in dem politischen und öconomischen Relativismus, demgemäß sie die Fortsetzungen ihrer eigenen Folgerungen negiren muß.

[1]) Mögen sie von unten oder von oben kommen.

Wort. Das römische Reich[1]) ging zum größten Theil an der Ungeheuerlichkeit seiner Latifundienverhältnisse zu Grund, und der sogenannte moderne „Musterstaat", den wir den Liberalen und Fortschrittlern zu danken haben, würde zweifelsohne an seinen ungesunden, unnatürlichen, staats- und gesellschaftsgefährlichen Kapitalanhäufungen zu Grunde gehen, welche gleich einem Polyp alle wirthschaftlichen und socialen Kräfte an sich ziehen, sie vollständig dienstbar machen und die Geldcirkulation, indem sie ihr **nur** die Canäle gestattet, welche alle in und durch ihre eigenen Reservoirs laufen, vollständig beherrschen. Schon vor Jahren sprach ich mit vollster Ueberzeugung aus, daß die Verhältnisse, die ich hier nur flüchtig berühre, in nicht gar langer Zeit die öffentlichen Interessen vollständig beherrschen und auch, so Gott will, die Hauptarbeitsthemas der verschiedenen Regierungen werden, wenn man von gewissen Seiten auch jetzt noch in einer nichts weniger als freundlichen oder gar anerkennenden Weise unsere Arbeiten betrachtet. Die Weiterentwickelung des modernen Staates, welche von manchen „Staatsmämern" so eifrig betrieben wird, als gelte es mehr der Befestigung und der Erhaltung der Staatswesen, als der Sicherstellung und Erweiterung der Privilegien derjenigen, die doch allein nur Nutzen durch die traurigen und gefährlichen Staats- und Gesellschafts-Verhältnisse erhalten, dürfte aber immer mehr und mehr gerade durch die Negationen aller nothwendigen Verlangen unseren Standpunkt stärken, und die Consequenzen der von uns beklagten Politik werden, wenn auch nicht die uns sehr deutlich gezeigte Mißgunst, so doch jedenfalls den Widerstand brechen, der sich in großer und oft auch höchst kleinlicher Weise gegen uns erhebt. Den Appell, den wir conservative Social-Reformer an Alle richten, welchen die Wohlfahrt des

[1]) So ist es also die sociale Ungleichheit, welche den Untergang der Demokratien Griechenlands verursacht hat. Rom bietet uns dasselbe Bild. Seit der Einführung der Republik sind die beiden Klassen: Plebejer und Patricier im Kampfe. Die Plebs erlangt nach und nach die politischen Rechte, aber sie ist allmälig des Eigenthums beraubt worden; zur selben Zeit, wo sich die Gleichheit der Rechte herausbildet, tritt so die äußerste Ungleichheit der Vermögen ein. („Das Ureigenthum" von Emile de Laveleye.)

Reiches und die des deutschen Volkes am Herzen liegt, die ferner den Ruf: Mit Gott für Kaiser, Reich und Recht! als den ihrigen betrachten, schließe ich mit einer Anführung des verstorbenen General von Radowitz, der bekanntermaßen mit König Friedrich Wilhelm IV. eng befreundet war. Dieser hochgeistreiche Vorkämpfer für die staatlichen und gesellschaftlichen Gleichgewichtsverhältnisse predigte schon 1846 zur Lösung der socialen Frage das directe Eingreifen des Monarchen zu Gunsten der Besitzlosen. Nachdem er in seinen „Gesprächen aus der Gegenwart" die in dem wachsenden Proletariate steckenden Gefahren geschildert, erhebt er die Frage: Wie sind die Gefahren zu beschwören? — „In den vorhandenen ausgetretenen Bahnen" — antwortet er — „ist gewiß Nichts zu erreichen, denn die Aufgabe ist eine neue! Mit kleinen Hilfen und Maßregeln ist gewiß Nichts auszurichten, denn die Aufgabe ist eine große! So lange nicht ein höheres Gesetz aufgestellt wird, als der Eigennutz, so lange nicht der Gesammtheit ein Recht gegeben wird über alle Rechte, also auch über die Eigenthumsrechte des Einzelnen, kann an keine Heilung gedacht werden. Hat der wahre Staat den Schutz des bloßen Rechtes als einen zu beschränkten, ja als einen hinderlichen Beruf hinter sich gelassen, hat er die Glückseligkeit seiner Angehörigen sich zum alleinigen Zweck und Ziele gesteckt, so liegt ihm auch ob, die übernommene Pflicht auch wirklich zu erfüllen. Keine Regierung, wie auch ihre Form sei, kann entgegenhalten, daß es ihr hierzu an Kräften gebräche; denn das ist eben die Aeußerung des modernen Bewußtseins im Staate, daß sämmtliche Kräfte seiner Bürger ihm zur Erreichung des allgemeinen Zweckes gehören. Wenn ich eine Donnerstimme hätte, um meine Warnungen und Bitten in die Ohren der Mächtigen zu schreien, so würde ich mich sicher nicht an die Volksvertreter, an diese Solone und Lykurge von 10 000 Gulden wenden, sondern eher an die absolutesten Herrscher. Toussenel hat Recht, daß die fürstlichen Tyrannen immer noch den Volksinteressen unendlich näher stehen, als die Plutokraten aller Art, die er mit dem summarischen Namen „Juden" bezeichnet. Noch gebe ich den Kampf nicht auf, noch sind auch für unsere Fürsten die Hilfen nicht erschöpft, um im Streite gegen die triumphirende Mittelmäßigkeit zu bestehen. Sie mögen

den Muth haben, sich an die Massen zu wenden. Dort in den unteren und zahlreichsten Volksschichten sind noch ihre natürlichen Verbündeten, sind noch ungebrauchte[1]) Kräfte, sind noch Statuten, die der Dankbarkeit, der Ehrerbietung, der Belehrung fähig sind, die vor Allem der Rückkehr zur Gottesfurcht zugänglicher sind, als das in der schlechten Zeitbildung verkommene, um Treue und Glauben gebrachte Publikum[2]) der Zeitungen, Bürgerversammlungen und Deputirtenkammern! Können Sie leugnen — fährt General von Radowitz fort — daß die Gesetzgebung bisher fast ausschließlich die Interessen des Mittelstandes zum Zwecke und Ziele gehabt, daß die Regierung überwiegend in deren Sinn geführt worden ist. Sie wissen, welchen Dank die Landesherren geerntet, welcher Gebrauch[3]) von dem erlangten Alleinbesitze der

[1]) Haben allerdings seit 1846 ganz bedeutend abgenommen und wurden durch die über sie ungehindert hereinbrechenden Aussaugungen und durch die Tyrannei der Kapitalgewaltigen in die Arme der Socialdemokratie und selbst in die der Anarchisten geworfen, welche nun praktische Reaktions-Politik gegen die plutokratische Herrschaft treiben.

[2]) Man übersehe nicht, daß diese Warnungen anno 1846 erlassen wurden.

[3]) Was soll man aber erst heutzutage zu dem Gebrauche sagen, den z. B. das Haus Rothschild von seinen Milliarden macht? Kann man noch auf die Selbstständigkeit der Staaten oder gar auf die der Regierungen ein Vertrauen haben, wenn man die Wirkungen der modernen Geldmächte nur einigermaßen aufmerksam verfolgt? Wie wirkte die Alliance Israelite auf dem Berliner Congreß durch ihren Vertreter Disraeli für Rumänien? Wie wirkt sie in Ungarn? und wie das Haus Rothschild in Frankreich? Da man aus höchst naheliegenden Gründen äußerst selten etwas Näheres über die Manipulationen dieses gelderlauchten Hauses hört, indem es gegenwärtig mit der ganzen Presse, natürlich die der Conservativen und des Centrums ausgenommen, sehr intime Beziehungen pflegt, so sind Einblicke um so interessanter. In dem Buche: „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwickelung der Socialdemokratie" lesen wir auf Seite 162: „Sehr interessant sind die Verhandlungen der französischen Kammer über die Renteneonversion: sie lassen genau erkennen, welcher Art die Speculationen des Hauses Rothschild sind. Rothschild empfängt den Syndikus der Wechselagenten, der ihm die Ansichten des Gouvernements über die Conversion verräth, und darauf hin inscenirt der größte Financier den denkbar größten Jobberstreich: er läßt unter der Hand mehrere Tage hindurch Rente kaufen, die stark gefallen war, weil kleine Sparer und Rentiers aus Furcht vor der Conversion ihren Rentenbesitz auf den Markt gebracht hatten. Und nicht

Geldmacht vor unseren Augen gemacht wird! Wenn eine Regierung ihr, Gott Lob, noch immer beträchtliches Gewicht[1]) in die andere Wagschale würfe, wenn sie sich die Interessen der besitzlosen Stände zum Hauptziel[2]) nähme, wenn sie in diesem Sinne regierte, verwaltete! Versteht sich, immer auf rein gesetzlichem Wege, aber dieser ist oft sehr breit. Selbst den liberalsten Kammern kann man Gesetze abfordern, die noch liberaler, wenn auch nach einer andern Richtung, als die hergebrachten sind! Glauben Sie nicht, daß die große Mehrzahl des Volkes im Stande wäre, sich von dem trugvollen Leitseile loszumachen, an welchem sie jetzt von der Aristokratie des Geldes, der Industrie, des Spießbürgerthums gegängelt wird? Daß sie einzusehen vermöchte, wo ihre eigentlichen Gegner und wo ihre wahren Verbündeten zu suchen sind? Glauben, Sie nicht, daß, wenn auch eine Tagesliteratur exportauchen würde die ihnen diese Lehre ebenso eindringlich vorhielte, als jetzt die umgekehrte, daß sich auch hieraus eine öffentliche Meinung bilden könnte in entgegengesetzter Richtung wie die heutige? Daß diese

auf eigenem Nachdenken basirt die Speculation des Millionärs, sondern die Gewissenlosigkeit des Syndikus benutzt er zur Ausplünderung seiner Mitbürger. Man entsinnt sich auch noch eines der berühmtesten speculativen Coups des Hauses Rothschild. Nach der Schlacht von Solferino wurde vom Pariser Rothschild an den Wiener Rothschild eine Eilbotschaft übermittelt, welche die Worte enthielt: „Morgen kommt Scholem." Diese Depesche war im Voraus verabredet. Mit „Scholem", auf Hebräisch „Scholom" (Friede) war angezeigt, daß ein Friedensschluß zu Stande gekommen war, und brachte Villafranca den Frieden nicht, so wurde „Scholems" Nichterscheinen gemeldet. Damals war die österreichische National-Anleihe auf 40 gefallen, und das Speculationshaus Rothschild, das einen vollen Tag Zeit hatte, um in Wien, Berlin, Hamburg, Breslau und Frankfurt National-Anleihe zum niedrigsten Course zu kaufen, konnte nach acht Tagen seinen angekauften Besitz zu 60 schon wieder fortgeben. Es ist lehrreich und interessant, sich zu vergegenwärtigen, wie die Rothschild'schen Millionen immer neue Millionen hervorbringen; durch Arbeit und Nachsinnen weniger, als durch Jobberkünste."

[1]) Was selbstverständlich in dem Grade ab-, als das der Geldmacherzunft zunimmt.

[2]) In der großen Kaiserlichen Botschaft kommt die hier ausgesprochene Idee zur vollen Geltung, aber wir warten noch immer vergeblich, daß sie auch ihrem hohen Werthe nach entsprechend fructificirt wird.

die gerechte Sache der Könige besser stützen würde, als alle Palliative der heutigen Regierungskunst? Daß das Verhältniß der Kräfte in beiden Lagern sich gewaltsam umgestalten, bei einem etwaigen Zusammenstoß ganz andere Resultate liefern würde, als die Katastrophe, die wir seit 1789 gesehen haben etc.[1])

Welche tiefe Wahrheit liegt in diesen Worten! und dennoch vermochte sie noch nicht die Ringe zu sprengen, welche bereits seht bedenklich in den socialen Körper einschneiden und den natürlichen Kreisumlauf seiner Säfte bis zum Ausbruch chronischer Krankheitserscheinungen gehemmt haben. Allerdings helfen die „ausgetretenen Wege" hier gerade so wenig, als die Kurpfuschereien mit den bekannten Palliativmitteln, die für jeden Sachkundigen weit mehr den Eindruck machen: die Uebel zu conserviren, statt zu heilen. So begegnen wir bei den Maßnahmen, zu welchen man sich dann und wann entschließt, eine Schüchternheit und Aengstlichkeit! als wenn wirklich die Beseitigung der Uebel schwerer zu tragen und mehr zu fürchten sei, als ihre continuirlichen Wirkungen und deren unausbleibliche Folgen. Es ist einmal nicht zu leugnen, daß wir dunklen, höchst dunklen Punkten gegenüberstehen und man noch nicht weiß, ob es sich um ein wirkliches Verkennen der ganzen Lage, also um Kurzsichtigkeit und partielle Unfähigkeit oder um eine Abhängigkeit und Gebundenheit — eine dritte Annahme liegt uns selbstverständlich weit entfernt — handelt. Ist Letzteres der Fall, — und lange kann es nicht mehr dauern, daß man auch hier vollkommen klar sehen muß — so haben die Zustände erst recht einen Höhepunkt erreicht, durch den sie ihre Schranken erhalten müssen, wenn man auch jetzt noch unmöglich den Charakter der kommenden Correctiven bestimmen kann. —

Soviel steht sicher: das Drama des modernen liberalen Staates mit seinen eigenthümlichen treibenden Kräften ist bis zum letzten Akte abgespielt; die Knoten der Geschichte sind bis zum Zerreißen geschürzt, und die Handlungen, die wir gegenwärtig auf der Weltbühne sehen, haben offenbar nur den Zweck, dieses große

[1]) Entnommen aus der „Pommerschen Reichspost", redigirt von dem rühmlichst bekannten Gelehrten und National-Oeconomen Professor Dr. Contzen in Stettin.

historische Stück in seinen Effecten noch zu erhöhen und seine Moral eindringlicher zu machen, indem die Größe der Fehler und Sünden die Höhe der Strafen zu rechtfertigen hat. —

Was jedoch an uns Allen liegt, die Tragödie noch in ihrem letzten Akte in ein Schauspiel zu verwandeln, daran soll es nicht mangeln; wir empfehlen fort und fort, und werden darin trotz der Harthörigkeit oft sehr kräftiger Ohren nicht ermüden, die Mittel, welche allein im Stande sind, die Ursachen der socialen Zerrüttungen und der revolutionären Stimmungen zu beseitigen. Leidet der moderne Staat an der Proletarisirung der Massen, somit an der nöthigen Circulation des Geldes und der Concentration der Werthe, so ist nicht nur Allem vorzubeugen, was diese Erscheinungen befördert, sondern es müssen auch directe Mittel zur Umwandlung der gegebenen Verhältnisse in Anwendung gebracht werden. Die Zeit, in welcher man durch Präventiv-Maßregeln die Uebel hätte bannen können, ist längst vorüber, und geht es ohne positive Maßnahmen nicht mehr ab. Je länger mit ihnen gezaudert wird, je weiter und tiefer müssen sie gesteckt werden, und am Ende versagen alle Mittel den Dienst, denn ein zersetzter Organismus kann nur noch verfallen. In großen Zügen ist der Zweck und sind die Motive des Umwandlungs-Prozesses in nachstehenden Thesen[1]) enthalten, mit welchen sich die Staatsrechtslehrer noch sehr eingehend, jedenfalls weit mehr, als es jetzt geschieht, werden befassen müssen. Sie lauten:

1. In der Bildung von kleinen und mittleren Vermögen und deren Schutz vor den Ausbeutungen der „lucrativen" Erwerbsarten liegt allein das Mittel zur Lösung der socialen Frage. —
2.[2]) Die Resultate der heutigen Arbeit der Völker kommen vermöge der unzulänglichen Gesetze fast nur den Vertretern der „lucrativen" Erwerbsarten zu gut, wenn auch nicht immer schon in der ersten und zweiten, so doch stets in der dritten

[1]) Kamen in Hannover auf dem „Allgemeinen deutschen Handwerkertage", Mai 1883, zur Verlesung und Annahme.

[2]) „Damals war nur die Arbeit productiv nicht das Geld." „Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland" von Jos. Edmund Jörg, S. 166.

und vierten Hand. — Deshalb auch das rapide, furchtbare Anwachsen des Großkapitals.

3. Die wenigen Vertreter der Geldaristokratie — Plutokratie — beherrschen die Arbeitskräfte, sie usurpiren deren Rechte und annectiren ihren Gewinn.
4. Der Wendepunkt ist eingetreten, entweder Reorganisation der Erwerbsarten behufs Ermöglichung von kleineren und mittleren Vermögensbildungen, „Neubegründung und Sicherung des Mittelstandes," oder Revolution gegen die Ausbeutungen an den schaffenden und erwerbenden Kräften. Die Formel könnte auch heißen: Arbeit gegen Schmarotzerthum. —

Dem öfter genannten, sehr werthvollen Werke des Herrn Dr. Edmund Jörg, dessen Bedeutung durch die Zeit seiner Veröffentlichung — 1867 — noch wesentlich erhöht wird, entnehmen wir nachfolgende Stelle:

„Soll aber nun dem industriellen Wucher mit dem Ertrag fremder Arbeitskraft Einhalt gethan werden, so gibt es hierzu nur Ein Mittel. Es muß nämlich ein Weg gefunden werden zu anderer und besserer Vertheilung des Productionsertrages. Auch darin stimmen alle unsere Socialpolitiker mit Ausnahme derer von der Bourgeoisie überein. Besonders nachdrücklich hat dies in neuester Zeit Professor Huber in Wernigerode gethan. Er sagt nur mit anderen Worten dasselbe, was Lassalle als einen der Grundwidersprüche der heutigen Gesellschaft bezeichnet hat. Die große Production ist schon heute eine gemeinsame und corporative, die Distribution aber, die Vertheilung der erzeugten Producte, ist keine gemeinsame, sondern eine individuelle. Das heißt: das Product geht nicht nur als Gegenstand, sondern auch seinem Werthe nach in das individuelle Eigenthum des Unternehmers über, der es für seinen eigenen Gewinn verwerthet, sämmtliche Arbeiter aber, die zu dem Zustandekommen des Productes cooperirt haben, blos nach dem Lohngesetz abfindet, wie es sich für Leute bilden muß, die ohne diesen Lohn überhaupt keine Arbeit zu einem Erwerbszweck beginnen zu können, und also nur die Wahl haben, sich zu gebotenem Preis zu verkaufen oder aber zu verhungern. Sie erhalten nicht mehr als den nach dem Durchschnitt der Lebensnothdurft bemessenen Taglohn, während der Unternehmer nicht blos die Zinsen des im Geschäfte steckenden Kapitals und seinen Lohnantheil für die geistige Leitung, sondern auch den noch erübrigenden eigentlichen Geschäftsgewinn für sich allein behält."

Als praktische Unterlage obiger Thesen dient das socialconservative Programm, das seit 1881 vielfach in der Presse ventilirt, durch die Denkschrift[1]) nebst den Referaten für die erste Generalversammlung der social-conservativen Vereinigung zu Berlin am 18. und 19. Mai 1881 näher beleuchtet, und durch die Beschlüsse des „Allgem. deutschen Handwerkertages" vom Jahre 1883 in Hannover — in Betreff des Handwerks — sowie durch die vertrauliche Versammlung von Führern der Bauernbewegung am 15. März desselben Jahres in Kassel — in Hinsicht auf die agrarischen Forderungen — genauer präcisirt wurde.

Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Heilung der Uebel und überhaupt die Besserung bestimmter Verhältnisse dann am sichersten geschieht, wenn die Ursachen der Leiden gehoben werden können, so richten sich unsere Bestrebungen in erster Linie auf alle Reformen, welche geeignet erscheinen: 1. die noch vorhandenen kleineren und mittleren Vermögen vor den Attractionskräften des großen Kapitals zu schützen, und 2. durch eine weise, energische Gesetzgebung die Neubildung solcher Vermögen zu erleichtern, respective zu ermöglichen. Die Brennpunkte der socialen Frage, und aus ihr resultirend, die revolutionären, communistisch-anarchischen Aspirationen entspringen — wie wohl nirgends mehr geleugnet werden kann — aus der bereits sehr stark zugenommenen Verminderung des Mittelstandes, wodurch nicht allein die Widerstandskraft des Staates gegen revolutionäre Bestrebungen geschwächt wird, sondern die treibenden Kräfte der Letzteren in dem Grade vermehrt werden, als sie Succurs aus dem ruinirten Mittelstande

[1]) Verlagshandlung von M. Schulze. Berlin, Schloßplatz 4.

Die Denkschrift, von einem alten, allbekannten Staatsmann verfaßt, von dem ebenfalls Referate für die General-Versammlung erstellt wurden, ist von hohem Interesse, indem sie in präciser Form die ganze sociale Frage im großen Ganzen — der Werdeprozeß einer neuen Weltordnung — und in ihren Theilen behandelt, die Uebel nicht allein nennt, sondern zugleich die Mittel zu ihrer Beseitigung angibt.

erhalten. Was der Staat durch die fortschreitende Proletarisirung[1]) an conservativen Potenzen verliert, ist somit nicht blos einfach verloren, sondern der sich hierbei ergebende Umwandlungsprozeß erzeugt sofort auch Kräfte, die nun gegen ihn zu wirken anfangen.

Wenn sich demnach die social-conservative Bewegung in erster Linie in der angedeuteten Weise mit den Vermögensverhältnissen des deutschen Volkes befaßt, so steht sie auf dem Fundament des Conservatismus; denn 1. kann man nur „erhalten", was vorhanden ist, und 2. kann man nur dann mit Erfolg „erhalten", wenn das zu Erhaltende nach Möglichkeit auch gesichert wird und man ihm neue Kräfte zuführt.

Es ist überall völlig klar, daß eine Politik, die nicht mit allem Ernste und Nachdruck für Erhaltung und Befestigung derjenigen socialen Kräfte wirkt, welche für den Fortbestand des Staates interessirt und vermöge ihrer Verzweigung seine natürlichen Fundamente sind, niemals eine „conservative" genannt werden kann, wenn auch ihre Träger nach unten und oben versichern; sie seien conservativ und huldigten in keiner Weise destructiven[2]) Velleitäten. Mehr als irgendwo anders kommt es hier nicht auf die Worte, sondern auf die Thaten und deren Wirkungen an. Der moderne Liberalismus zersetzt die Volkskraft, atomisirt die Gesellschaft, entäußert also proletarisirt die Massen, erzeugt den Kampf Aller gegen Alle, demoralisirt und zerstört das Autoritätsgefühl und führt die Staaten in Schuldverhältnisse[3]), durch welche

[1]) Außer den Geldspenden, welche notorisch die Juden der socialdemokratischen Propaganda entrichten, wird diese noch weit mehr durch den Zersetzungs- und Enteignungsprozeß, der vom Judenthum im echten Sinn des Wortes Tag und Nacht betrieben wird, veranlaßt, nicht gegen die Juden aufzutreten. Socialdemokraten, welche in dieser Frage interpellirt wurden, gaben die einfache Antwort: wir brauchen die Juden, denn sie arbeiten für unsere Zwecke in der rationellsten Weise. „Die Juden decomponiren." Mommsens „Römische Geschichte."

[2]) Es gibt eben verschiedene Wege, die zu einem und demselben Ziele führen.

[3]) Schon Montesquieu bemerkte in seinem Werke: „Der Geist der Gesetze", daß die europäischen Regierungen die Hülfsquellen des Credits unsinnlich mißbrauchten, daß fast alle in dieser Beziehung nicht vor Mitteln zurückschrecken, worüber der liederlichste Verschwender erröthen würde.

sie an ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit die größte Einbuße erleiden. Die Ueberzeugung, daß wir uns auf den gefährlichsten Abwegen befinden, und ihre Weiterverfolgung zu gewaltsamen Umwälzungen führt, muß doch endlich auch bei den Regierungen durchschlagen, die ja längst gefühlt haben müssen, daß sie auf den betretenen Pfaden am Ende ihrer Künste angelangt sind, indem sie buchstäblich den Liberalismus verbraucht haben, und er ihnen keine Stütze mehr zu bieten vermag. Die furchtbar ernste Lage der materiellen Verhältnisse hat die Macht des modernen Liberalismus gebrochen, weil er nicht zu Gunsten des arbeitenden Volkes, sondern nur zur Machtvermehrung und Bereicherung der „Bourgeoisie" beigetragen hat, die unter einem falschen Panier allherrschend wurde. Sie ist es, welche sich als dritte Macht zwischen Fürst und Volk erhebt, beide nur als Mittel ihres Gewinnes und ihrer Herrschsucht betrachtet. Mögen unsere Sentenzen in bestimmten Kreisen auch noch so unangenehm berühren, sie bleiben deswegen nicht weniger unangreifbar. Die Regierungen, die sich nicht allen Ernstes mit der Erhaltung und beziehungsweise Neubildung des Mittelstandes befassen, welche somit nicht für die Entstehung von kleineren und mittleren Vermögen ihre Kräfte einsetzen, verdienen ebenso wenig das Adjectiv: „conservativ", als daß sie behaupten können: für ihre Staatswesen Alles zu beobachten, was für deren Prosperität und Befestigung erforderlich ist. Wer nicht die Axiome leugnet: daß ein gut fundirter Mittelstand die beste Garantie gegen sociale Umwälzungen ist, und daß zweitens in allen Staaten, in welchen das Geldinteresse alle anderen überwiegt, und in welchen ein Massenproletariat einem verhältnißmäßig äußerst kleinen Kreise Ueberreicher gegenübersteht, die Bedingungen für Ruhe, Gesetzlichkeit und Sicherheit auf das Tiefste erschüttert sind — wer dies Alles anerkennt, in der Praxis aber dagegen handelt, der muß die von uns ausgesprochenen Sentenzen über sich ergehen lassen.

Ein großer Fehler nicht weniger Regierungen besteht darin, daß sie mit einem sichtbaren Behagen laviren und Opportunitätspolitik treiben. Weit entfernt, diese absolut zu verwerfen, indem in der concreten Politik genugsam Fälle vorkommen, bei welchen Opportunitäts-Reflexionen nicht blos gestattet, sondern direct ge-

boten sind, so besteht doch zwischen ihrer, aus bestimmten Gründen gerechtfertigten Anwendung und dem Verfahren: ohne maßgebende Gründe sich ihnen zu überlassen, gleichsam aus Mangel eigner Prinzipien, ein gewaltiger Unterschied. Schwankungen, wie wir schon öfter sehen mußten, entspringen nicht der Weisheit, sondern der Schwäche und der Rathlosigkeit. Indem manche Regierungen soviel als nur immer möglich es mit keiner Partei ganz verderben wollen, gerathen sie nicht selten in sehr verfängliche Widersprüche, die ihnen dann von Seiten der Parteien, die sich hierdurch plantirt sehen, in einem mehr oder weniger gereizten Tone vorgehalten werden, ohne daß jene von denjenigen Parteien, zu deren Gunsten sie die betreffende Schwenkung gemacht, genügende Unterstützung finden können.

Bei unseren Regierungen entbehren wir einmal vor Allem ein bestimmtes social-politisches Programm, wir begegnen in auffallender Weise einer Scheu, sich durch klare Positionen in Hinsicht auf die nöthigen socialen und wirthschaftlichen Reformen auch nur im geringsten zu binden. Und doch ist die Eröffnung weiter Gesichtspunkte und die Präcisirung der verschiedenen Mittel, durch welche man die Reformen zur Ausführung zu bringen gedenkt, absolut geboten. **Es ist gar nicht einzusehen, warum man sich der großen Vortheile, welche aus klaren, umfassenden Positionen erwachsen, entschlagen will, wenn man anderseits doch gesonnen ist, in Anbetracht der anerkannten und selbst zugestandenen Nothlagen zu Reformen zu greifen.** Solange die Vorlagen der Regierungen den Charakter der Impromptus tragen, nur stoßweise und unzusammenhängend, dann selbst als unausgearbeitete, vollständig lückenhafte Elaborate vorgelegt werden, kann man sich auch nicht über den Mangel an Vertrauen beklagen, der sich den betreffenden Regierungen gegenüber zu erkennen giebt. Was kann auch eine solche Zurückhaltung, der man doch vollständig vergeblich eine staatsmännische Bedeutung beizulegen sucht, für einen Eindruck äußern? Will man helfen, und ist man in seinem Wollen klar, warum dann zögern mit einem bestimmten Programm hervorzutreten? Durch die Taktik (?) der beständigen Zurückhaltung und solcher, die zunächst zu ergreifenden Positionen zu verschleiern, gewinnt man weder auf den Seiten, von welchen die Reformen

gewünscht werden, noch auf denen, die gegen sie sind, Vertrauen. Diese Praxis führt zur vollständigen Isolirung der Regierung; denn gerade mit die besten und conservativsten Elemente bringen es nicht über sich, ihre Ueberzeugung und ihr Urtheil überflüssig zu finden, was doch geschehen müßte, wenn sie unter *diesen Umständen* eine Regierungspartei sans phrase bilden wollten. Auf völlig beliebige „Ueberraschungen" und discretionäre Behandlung kann keine Partei eingehen, die Selbstachtung besitzt. In der kaiserlichen Botschaft sind mit echt kaiserlichen Worten die Grundzüge für ein Programm enthalten, und konnte es sicher keine leichtfertige Hoffnung genannt werden, als man nun auf die Vorlage eines Regierungs-Programms wartete. Auf diese Weise vergeht aber eine Zeit, die man gerade so sehnlich als vergeblich zurückwünschen wird.

Wenn es wahr ist, daß heutzutage eine politische Partei nur dann noch praktischen Werth und politische Bedeutung besitzt, wenn sie ihrem Programme Raum für die social-politischen und wirthschaftlichen Fragen gewährt, d. h. wenn es ihr von ihrem Standpunkt aus überhaupt möglich ist, diese Fragen zu ventiliren, ohne nicht sofort ihre totale Unfähigkeit in der Behandlung derselben zu erweisen, was bei der freiconservativen, nationalliberalen[1]) und Fortschritts-Partei stets deutlicher zu Tage tritt, und wenn es sich weiter herausstellt, daß sogar gegenwärtig und voraussichtlich noch viele Jahre eine Partei in dem Maße ihren Einfluß vergrößert und an Bedeutung gewinnt, als sie im Stande ist, *gerade* die socialen und wirthschaftlichen Fragen zu klären und für die zunächst Betheiligten, wie auch in Hinsicht auf die Gesammtheit zu fructificiren, kurz gesagt, es versteht: die genannten Fragen in der Weise zu beherrschen, daß sie es wagen darf, mit positiven Reformvorschlägen hervorzutreten, deren Ausführbarkeit von keinem Verständigen und Wohlwollenden geleugnet wird, so dürfte auch nicht minder unter ganz denselben Prämissen die Anforderung an die Regierungen gestellt werden: mit einem social-politischen und

[1]) Das hat sich in dem Wahlkreise des Herrn von Bennigsen, als dieser sein Mandat niederlegte, eclatant erwiesen. Die Nationalliberalen mußten bei den Agrariern eine Anleihe contrahiren, weil sie mit ihren eignen Mitteln nicht langten.

wirthschaftlichen Programm baldmöglichst hervorzutreten. Was würde es uns helfen, Dinge zu sagen, die nicht geglaubt werden, oder Umstände zu verheimlichen, die sich doch einmal nicht verheimlichen lassen! Wir würden aber in dieser oder jener Beziehung ähnliche Fehler begehen, wenn wir nicht nachdrücklichst betonten, daß Regierungen, welche der genannten Anforderung nicht entsprechen, auch von keiner Partei ein unbedingtes Vertrauen erwarten dürfen. Indem ihre vorzügliche Weisheit ganz besonders in der Lavirungs-Politik zur Kenntniß des Publicums kommt, und sie sich durch ein geschmeidiges Anpassen an die jeweilige Majorität ihrer gesetzgebenden Körper zu halten suchen, so mag zwar dieses Verfahren sehr parlamentarisch sein, ob aber diese parlamentarische Usance auch Anspruch auf eine höhere und providentielle Regierungsweise hat, scheint uns auf Grund der Geschichte denn doch sehr zweifelhaft zu sein. Uns wäre es entschieden lieber, wenn wir bei den Regierungen in dieser Beziehung etwas weniger Bescheidenheit bemerkten, und sie ihren Beruf, sowie auch den Schwerpunkt ihrer Thätigkeiten nicht fast ausschließlich in der Administration erblickten.

„Regieren" hat einen höheren Sinn als „verwalten", und wir wünschen sehr, daß die Bedeutung des Ersteren nicht durch eine allzugroße „Selbstverleugnung" verdunkelt wird. Vertreten die Regierungen die vitalen Interessen des Volkes, so werden sie auch sicher durch die gegebenen Constitutionen im „Regieren" nicht gehindert werden. Wer sich den Nothwendigkeiten accommodirt, der wird leicht zu herrschen und stets auf eine große Majorität zu rechnen haben. Um diese Vortheile zu erreichen, ist es aber allerdings auch geboten, ganz bestimmte Standpunkte in bestimmten Fragen einzunehmen, und Zweideutigkeiten, wie Verschleierungen entschieden zu vermeiden.

Namentlich in der heutigen Zeit, in welcher die socialen Verhältnisse entschieden Brennpunkte aufweisen, deren hohe Bedeutung für Staat und Gesellschaft nicht mehr geleugnet werden, müssen bestimmte Positionen nicht nur gewonnen, sondern auch mit aller Entschiedenheit vertreten werden.

Regieren im höheren, ja selbst nur im einfachen concreten Sinne besteht nicht darin, daß man den Entwickelungen großer

und verhängnißvoller Veränderungen ruhig zusieht und höchstens entschlossen ist, ihre theilweisen Consequenzen, insofern sie die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden, mit Waffengewalt zu unterdrücken, sondern „regieren" heißt. darauf hinzuwirken und Verhältnisse zu schaffen, daß keine gewaltsamen Störungen entstehen. —

Auf die Ausrede, daß die Regierungen auf keine Unterstützungen im Volke zu rechnen haben, wenn sie mit entschiedenen, durchgreifenden socialen und wirthschaftlichen Reformen hervortreten würden, und daß, um solches zu können, die Initiative vom Volke ausgehen müsse, diese aber gegenwärtig noch nicht genug Intensivität besäße, ist zu erwidern: daß zwischen Vor- und Eingehen oder Nachfolgen und directer Unterdrückung[1]) oder Abweisung der betreffenden Ideen ein gewaltiger Unterschied ist, und zweitens, daß selbst dann, wenn eine Regierung für bestimmte Reformen noch nicht die Empfänglichkeit im Volke spürt, welche zur Realisirung derselben nöthig oder wünschenswerth wäre, sie gerade in Hinsicht auf die ihr zukommende providentielle Bedeutung die Aufgabe hat, jene Reformen vorzubereiten, zu erklären und aufrecht zu erhalten. —

Es gehört zu den vornehmsten Pflichten der Regierungen,

[1]) Wir haben Beweise in Händen, wie süddeutsche Regierungen ihre Apparate gegen die sociale Reform-Bewegung spielen lassen und deren Anhängern, namentlich wenn sie abhängig sind, ihre Unzufriedenheit sehr merklich zu erkennen geben. Wie indessen das Vorgehen einer solchen Bureaucratie auch von Leuten beurtheilt wird, über die man nicht mit dem „tiefsinnigen" Achselzucken hinweggehen kann, mag ein Schreiben beweisen, das wir in dem neuesten Werke des Geheimraths Wagener („Memoiren des Geheimraths Herrn Wagener." R. Pohl, Berlin.) gefunden. Aus diesem Briefe, den Otto von Bismarck-Schönhausen am 30. Juni 1850 an den damaligen Chef-Redacteur der Kreuzzeitung, Herrn Wagener geschrieben, entnehmen wir nachstehende Stelle: „Das Preßgesetz habe ich nicht gelesen, dazu wird bei der Discussion noch Zeit sein; ich weiß daher nicht, ob ich Ihren Tadel theile. . . . Der Fehler liegt meines Erachtens weniger in dem zu starken Einfluß der Beamten, als in ihrer Beschaffenheit; ein Staat, der sich von einer Bureaucratie wie die unsere nicht durch einen heilsamen Gewittersturm losreißen kann, ist und bleibt dem Untergange geweiht, denn ihm fehlen die geeigneten Werkzeuge zu allen Functionen, die einem Staate obliegen, nicht blos zur Ueberwachung der Presse ꝛc."

daß sie in Fällen, durch welche ganz offenkundig große, nachtheilige, ja selbst höchst gefährliche Veränderungen sich anbahnen, oder bestimmte Gefahren sich zu erkennen geben, mögen sie nun den Staatshaushalt, die Wehrkraft, die öffentliche Gesundheitspflege oder überhaupt innere oder äußere Angelegenheiten betreffen, nicht zusehen und abwarten, bis die Verhältnisse sich in verderblicher Weise entwickelt und befestigt haben, und ihnen dann weit schwerer oder gar nicht mehr zu begegnen ist; sondern sie sind „verpflichtet," durch prohibitive und präventive Verordnungen oder Gesetze dahin zu wirken, daß jene Veränderungen oder Gefahren nicht störend für den Staat und die Gesellschaft werden. Daß wir nun zu diesen die sich immer mehr bemerkbar machende Massenverarmung zu rechnen haben, dürfte kaum bestritten werden.

Es wäre deshalb Sache aller gesetzgebenden Körper, an ihre Regierungen folgende Interpellation zu richten, und diese bei jedem neuen Zusammentritt solange zu wiederholen, bis die Regierungen befriedigende Antwort ertheilt und die nöthigen Vorlagen den Körpern unterbreitet hätten.

Interpellation.

„Die p. p. Regierung wird ersucht, dem Hause Mittheilung zu machen, a. ob sie die nöthigen Untersuchungen in Betreff der zunehmenden Verarmung ganzer Volksschichten angestellt, und b. welche Abhilfe sie gegen diese socialen und wirthschaftlichen Verschiebungen zu ergreifen gedenkt." —

Man muß den Uebeln auf den Grund gehen, mit einem Worte: energisch und rationell verfahren, wie es die Umstände zur Pflicht machen. Wir haben weder Zeit zu verlieren, noch dürfen, um mit dem verstorbenen Herrn Thiers zu sprechen: neue Fehler begangen werden.

Wenn die Regierungen der Massenverarmung und dem successiven Verschwinden des Mittelstandes die nöthige Aufmerksamkeit schenkten, und mit entsprechenden Vorlagen sich an die gesetzgebenden Körper wenden würden, dürften sie der größten Anerkennung sicher sein; sie gewännen ein fast ungetheiltes Vertrauen, aufrichtige Liebe und könnten auf die Mitwirkung des ganzen

Volkes, mit Ausnahme verschwindend kleiner Bruchtheile, die eben aus der Verarmung der Massen ihre Vortheile ziehen, vollständig rechnen. Es kommt sehr viel auf die Art und Weise an, wie man Fragen behandelt, wie man sie einleitet, **„vertieft"** und praktisch verfolgt. Würden die Regierungen sich jetzt auf den Standpunkt unserer Thesen stellen, was für sie den außerordentlichen Vortheil hätte, daß es gegenwärtig noch ganz freiwillig geschehen könnte, während sie in einiger Zeit durch die Macht der Umstände einfach dazu gezwungen werden, so befänden sie sich in der Lage, die ganze sociale und wirthschaftliche Situation zu beherrschen, und es wäre ihnen die Möglichkeit geboten, die revolutionäre-anarchische Bewegung in ihren Keimen zu ersticken und ihr selbst die allergeringsten Anhaltspunkte zu nehmen. **Ein solches Vorgehen würde man mit Recht ein „Vorsehen" und „Regieren"** nennen. —

Der Wirkungskreis der Regierungen ist noch keineswegs der Art beengt, um ihre praktische, wie moralische Bedeutung durch die liberalen, fortschrittlichen und anarchischen Unterwühlungen noch nicht soweit abgeschwächt, und ferner ihre Initiative durch die Kapitalmächte noch nicht der Art lahm gelegt, daß sie nicht mehr die Macht hätten, im echten Sinn des Wortes zum Wohle der Gesammtheit zu **„regieren"**. —

Alle Einwürfe dagegen sind nicht stichhaltig; sind schlecht gemeint. Regierungen, die zum Vortheil der großen Mehrzahl ihrer Staatsangehörigen mit Reformvorschlägen hervortreten, werden stets die erforderliche Kraft finden, sie auch durchzusetzen.

Fünftes Kapitel.

Mittel zur Gründung von kleineren und mittleren Vermögen.

Der von mir auf der Generalversammlung der social-conservativen Vereinigung in Berlin gestellte und einstimmig angenommene Antrag lautet:

Antrag

des Freiherrn von Fechenbach-Laudenbach

an die Versammlung der deutschen Social-Conservativen

in Berlin.

(Im Wintergarten des Central-Hotels.)

Betreff.

Die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes zur Regelung und Vertretung der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Der Unterzeichnete ersucht die Versammlung, den nachstehenden Antrag annehmen und vertreten zu wollen:

Antrag.

„Die Reichsregierung wird von der Generalversammlung der social-conservativen freien Vereinigung ersucht, dem Reichstage ein Gesetz in Betreff der Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes vorzulegen."

Motive.

Um das Material zu sammeln und zu sichten, welches nothwendig ist,

a. um über die jeweilige Lage der Arbeitsverhältnisse, den Stand der Löhne, die Zahl der beschäftigten Arbeiter ꝛc. die nöthige Information zu gewähren,

b. für die nothwendige gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die erforderlichen Unterlagen zu gewinnen,

c. um die Productionsverhältnisse und den aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit entstehenden Ertrag statistisch beurtheilen und die Vertheilung dieses Ertrages nach gerechten Grundsätzen regeln zu können,

ist ein besonderes Reichs-Arbeitsamt, welches mit entsprechenden Befugnissen auszustatten ist, dringend geboten.

Die vorhandenen Reichsinstitutionen erweisen sich den angedeuteten Aufgaben gegenüber als unzureichend, und erachten wir

es daher als unsere Pflicht, bei der Reichsregierung die Schaffung einer besonderen Behörde zu beantragen, welche sich speciell der Förderung obiger Aufgabe zu widmen hat.

Laudenbach, den 12. Mai 1881.

Freiherr von Fechenbach-Laudenbach.

Am 18. Mai 1881 war bereits in der General-Versammlung der deutschen Social-Conservativen im Wintergarten des Central-Hotels zu Berlin ein Antrag vertheilt worden, den ich jedoch zu Gunsten eines anderen Antrages, welcher die Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes verlangte, zurückgezogen habe. Die Gründe, welche mich veranlaßten, den ersten Antrag mit dem Betreff: „Gerechtere Vertheilung des aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit entstehenden Reingewinnes in allen Zweigen der Großindustrie", zurückzuziehen, sind vielleicht heute für Viele verständlicher, als sie es damals waren. Fast zu derselben Hoffnung bin ich aber auch berechtigt in Hinsicht auf das bessere Verständniß der Motive des damals zurückgezogenen Antrags.

Der Antrag lautet:

„In Anbetracht der steigenden Nothwendigkeit, durch gerechte Reformen das Gleichgewicht in den Ertrags-Verhältnissen zwischen Kapital und Arbeit möglichst herzustellen, und dadurch der Arbeit jene Rechte zuzuerkennen, durch welche allein die feindlichen Gegensätze, die sich zwischen ihr und dem Kapital von Jahr zu Jahr in der bedenklichsten Weise verschärfen, zu heben sind, unterbreitet der ergebenst Unterzeichnete der Versammlung nachstehenden Antrag.

Antrag.

Die Versammlung wird ersucht, an die Reichsregierung die Bitte zu richten, daß ungesäumt Enqueten angeordnet werden zum Zweck der nöthigen Vorarbeiten, auf deren Grund dem Reichstage Gesetzentwürfe in Betreff einer gerechteren Vertheilung des Reingewinnes in allen Zweigen der Großindustrie, insofern derselbe aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit entsteht, vorzulegen sind.

Motive.

1. Es wird nicht geleugnet werden können, daß Verhältnisse, bei welchen der Arbeitgeber einen Nettogewinn von 12, ja selbst bis zu 20, 30 und noch mehr Procenten erübrigt, aber dennoch seinen Arbeitern, durch deren Arbeitsleistungen er doch in den Stand gesetzt wird, diese Gewinne zu erzielen, nur den Lohn zahlt, der durch Angebot und Nachfrage regulirt wird, im höchsten Grade revisionsbedürftig sind.
2. Stellen die heutigen Lohnentrichtungen durchaus keine **Vergütung der Arbeitsleistung** dar, sondern nur den Preis, für welchen die menschliche Arbeitskraft gekauft wird. Man bezahlt somit nicht **das, was gearbeitet** wird, sondern die Lohnung betrifft allein die Zeitdauer der Arbeit oder das Arbeiten an sich.
3. Was der Arbeiter an Lohn erhält, stellt nur den Ersatz an Kräften dar, den er voll und ganz zur Verrichtung seiner Arbeit bedarf. Deshalb erhält er auch für das Product seiner Arbeit keine Vergütung; denn was er in der Gestalt seines Lohnes erhält, braucht er zur Conservirung seiner Kräfte. **Es wird somit nur gezahlt, um arbeiten zu können, nicht aber für das, was er erarbeitet.**
4. Der Fabrikant oder Unternehmer erhält hingegen den ganzen Werth der Arbeitsleistung. Er befindet sich gegenüber seinen Arbeitern in einem weit günstigeren Verhältniß, als in Hinsicht der Maschinen, die er zu seinem Betriebe nöthig hat.

   Diese muß er unter Umständen um theures Geld erwerben, er muß sie unterhalten, repariren, und wenn sie ausgearbeitet sind, durch neue ersetzen, während er die Menschen, die ihm arbeiten, umsonst erhält, und wenn sie ausgearbeitet sind, durch neue ersetzt, ohne daß ihm hierdurch eine Ausgabe erwächst.

   Seinen Arbeitern braucht er nur den Lebensunterhalt zu gewähren; das ist aber nicht mehr, als die Kraft zu unterhalten, welche für ihn arbeitet, und fällt bei dieser Entlohnung vollständig der Lohn für das Arbeitsproduct hinweg, der dem Fabrikanten oder Unternehmer allein zu gut kommt.

   Wie ich bereits oben zu sagen die Ehre hatte, wird bei der heutigen Lohnentrichtung **nicht das Arbeitsproduct,** sondern nur die Zeit oder die Kraft bezahlt, welche zu seiner Herstellung nöthig ist.
5. Durch eine procentuale Vertheilung des Reingewinnes, die unter voller Berücksichtigung der Betriebskraft jedes einzelnen Unternehmers und aller sonstigen in Rechnung kommenden Conjuncturen zu erstellen ist, würde der Arbeitgeber die bisher nicht entlohnte Arbeit seinen Arbeitern vergüten.
6. Der bisherige Nettogewinn des Fabrikanten oder Unternehmers besteht, wenn man die Eventualitäten günstiger Geschäfts- und Zeitumstände in Abrechnung bringt, zum guten Theil durch die Verwerthung, d. h. Monetisirung aufgespeicherter, aber nicht entlohnter Arbeit.
7. Wenn ich daher den Antrag stelle, dahin zu wirken, daß diese nicht entlohnte Arbeit durch eine gesetzlich geregelte procentuale Vertheilung des Nettogewinnes dem Arbeiter rückvergütet wird, so glaube ich, um mich der Worte des Fürsten Bismarck zu bedienen, Ihnen auch nur ein Postulat des „praktischen Christenthums" zu empfehlen.

Freiherr von Fechenbach-Laudenbach."

In sehr ausführlicher, wie anschaulicher Weise bespricht auch Dr. Georg Ratzinger in seinem Werke: „Die Volkswirthschaft in ihren sittlichen Grundlagen" dieses Thema. Er schreibt Seite 399: „Solange das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch den Markt, durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, stehen sich beide feindselig gegenüber. Jeder will möglichsten Profit, der Eine durch Gewährung möglichst niedrigen, der Andere durch Erlangung möglichst hohen Lohnes erkämpfen. Kein gemeinsames Interesse verbindet sie, ihre Interessen widerstreiten sich vielmehr, und damit ist der Klassengegensatz, die sogen. „sociale Frage" zu

einer Institution in der heutigen kapitalistischen Production erhoben. Ganz anders würde das Verhältniß sich gestalten, falls Arbeitgeber und Arbeiter durch gemeinsames Interesse näher gebracht würden dadurch, daß dem Arbeiter nicht blos Lohn, sondern auch Geschäftsgewinnantheil zugesichert und letzterer auf diese Weise ins Interesse gezogen würde. Der Gewinnantheil würde den Arbeiter nicht blos materiell, sondern auch moralisch heben, würde das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit, den Geist der Sparsamkeit und Sorgfalt in ihm hervorrufen und das gemeinsame solidarische Interesse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Bewußtsein bringen. Wenn der Arbeiter nicht blos mehr, aus bitterer Noth gezwungen, für fremden Profit arbeitet, sondern sein eigenes Interesse sieht, wird er viel intensiver thätig sein, wird er Maschinen und Werkzeuge viel sorgsamer behandeln, mit dem Materiale viel sparsamer umgehen.

„Mit dem Antheile am Reingewinne wäre der erste Schritt gethan, um ein solidarisches Verhältniß anzubahnen und dem Arbeiter die Möglichkeit zu bieten, ein kleines Kapital sich zu sammeln. Dieses Kapital müßte weiter benutzt werden, um den Arbeiter zum Miteigenthümer zu erheben, indem ein Theil des Gewinnes des Arbeiters als profitbringendes Kapital in das Unternehmen gesteckt würde. „Auf diesem Wege wird der Arbeiter zu einem wirklichen Theilhaber. Vorher erhielt er einen Gewinnantheil, ohne daß er auch als Kapitalist bei dem Unternehmen betheiligt gewesen wäre; nun wird der Arbeiter wirklich Kapitalist. Durch diese, in der Stellung des Arbeiters vorhergehende Veränderung vollzieht sich aber eine Wandlung in seinem Sinnen und Trachten, Streben und Thun, eine Wandlung in seinem moralischen Charakter und in seiner wirthschaftlichen Auffassung der Dinge. Seine Seele öffnet sich nun für einen mächtigen Kreis wirthschaftlicher Einflüsse. Viele neue Fäden vereinigen jetzt die Seele des Arbeiters mit jener des Unternehmens. Jetzt erst gelangen die Arbeiter zu dem Verständnisse dessen, worin die intellectuelle und noch mehr die moralische Thätigkeit besteht, welche den Unternehmer macht. Vorher waren Arbeiterseele und Unternehmungsseele zwei einander ungleichartige und feindliche Welten. Jetzt ist der Bann gebrochen; zwei einander gleichsam feindliche

Rassen beginnen einander verständlich zu werden.“ (Neurath S. 155. 158.)

„Auf diesem Wege, durch das Antheilssystem, ist es möglich, das heutige unhaltbare Lohnsystem zu überwinden, eine höhere Art des Productionsprozesses anzubahnen, allen Arbeitern möglichste Theilnahme an den Productionsmitteln zu verschaffen und eine stetige Reform anzubahnen, ohne das Privateigenthum anzugreifen, ohne zur socialistischen Expropriation Zuflucht zu nehmen und ohne die Vortheile der kapitalistischen Production preisgeben zu müssen.“

Ferner sagt Dr. Natzinger sehr treffend in demselben Werke, Seite 406:

„Man braucht von den ‚Errungenschaften‘ nichts zu opfern. Erst wenn die von uns geforderten Reformen durchgeführt sein werden, kann von wirklich „freier Concurrenz“ die Rede sein, während heute diese Concurrenz ein Monopol des Kapitals ist. Die ‚Freiheit der Person‘ wird sich erst bethätigen können, wenn sie in der Theilhaberschaft eine materielle Unterlage und einen Boden hat, während gegenwärtig diese Freiheit meistens nichts Anderes bedeutet, als ‚frei‘ sein von Productionsmitteln.“

In rascher Folge müssen wir hier Dr. Natzinger zum dritten Mal citiren und angelegentlichst sein hoch interessantes Werk empfehlen, in dem es in der That schwer fällt, Ausscheidungen zu treffen. — Auf Seite 442 wird gesagt: „Kein Volk kann von aufgehäuften Fonds leben, sondern das tägliche Brod muß in alltäglicher Production erarbeitet werden. Niemals und nirgends wird die Production von angeblichen Lohn- Kapital-Fonds bedingt, sondern von einer gerechten Vertheilung des täglichen Arbeitsertrages, wodurch die Consumtionsfähigkeit geweckt und gesteigert wird. Man gebe Milliarden und Milliarden nach Konstantinopel, Tunis, Marokko u. s. w. Wird dadurch Production hervorgerufen? Gewiß nicht, im Gegentheile, nur die Preisverhältnisse werden sich ändern, und die Verarmung wird in noch viel rascherer Zeit zunehmen und sich steigern! Umgekehrt braucht die englische Regierung den Irländern mit keinerlei Lohnkapital zu Hilfe zu kommen, sondern nur eine angemessene, rationelle und gerechte Theilnahme der Irländer an Grund und Boden ermöglichen. Durch die tägliche

Arbeitsleistung werden in wenigen Jahren die Armuth und das Gespenst der Uebervölkerung verscheucht sein, Wohlstand und Reichthum werden erarbeitet werden. Gerechte Vertheilung des Arbeitsertrages bedingt die Consumtionskraft, und diese hinwiederum bedingt die Ausdehnung der Production. Jede Schwächung der Consumtionskraft durch Ausbeutung und Auswucherung der Massen muß sofort eine Einschränkung der Production im Gefolge haben oder Ueberproduction hervorrufen.

„Das Kapital hat nur insoweit Einfluß auf die Production, als es die gefährliche Macht besitzt, die Vertheilung des Arbeitsproductes zu bestimmen. In welcher Weise hiervon Gebrauch gemacht wurde, ist in vorstehenden Abhandlungen zur Genüge erörtert. Unterstützt wurde dieser Prozeß der Ausbeutung durch die falsche Theorie, daß die Production von vorhandenen Kapitalfonds abhängig sei. Niedriger und hoher Kapitalgewinn galten daher immer als anzustrebendes Ziel. Einzelne werden auf diesem Wege allerdings rasch reich, aber der allgemeine Wohlstand und damit die Consumtionsfähigkeit schwindet, die Production findet immer weniger Absatz, Ueberproduction und Elend (die relative Uebervölkerung) sind die nothwendigen Resultate. Nicht kapitalistische Ausbeutung zu Gunsten Einzelner, sondern der möglichste Antheil Aller am Productionsertrage muß das Ziel der Volkswirthschaft sein, weil nur auf diesem Wege die Consumtion gesteigert und die Production erweitert werden kann. Wo das Product der Arbeit nur den Kapitalgewinn schwellt und der Arbeitsertrag nur in geringem Antheile den Arbeitern zufällt, stellt sich die Verarmung mit unerbittlicher Consequenz ein."

Hören wir gleich darauf noch Friedrich Albert Lange in seiner „Geschichte des Materialismus". Auf Seite 520 sagt er: „Man kann hundertmal zeigen, daß sich mit dem Erfolg der Speculanten und großen Unternehmer auch die Lage aller Uebrigen schrittweise bessert: so lange es wahr bleibt, daß doch mit jedem Schritt dieser Besserung der Unterschied in der Lage der Individuen und in den Mitteln zu weiterem Aufschwung ebenfalls wächst, so lange wird auch jeder Schritt dieser Bewegung einem Wendepunkt entgegenführen, wo der Reichthum und die Macht Einzelner alle Schranken der Gesetze und der Sitten durchbricht, wo die Staatsform zum wesenlosen Schein herabsinkt und ein entwürdigtes Proletariat den Leidenschaften der Vornehmen als Spielball dient, bis es sich endlich im socialen Erdbeben rührt und den künstlichen Bau der einseitigen Interessen-Wirthschaft verschlingt. Die Zeiten vor diesem Zusammenbruch sind in der Geschichte schon so oft dagewesen, und stets mit demselben Charakter, daß man sich über ihre Natur nicht mehr täuschen kann. Der Staat wird käuflich. „Der hoffnungslose Arme wird das Gesetz ebenso leicht hassen, wie der Ueberreiche verachten. (Roscher)."

Die hier aufgeworfene Frage ist von solch eminenter Wichtigkeit, und drängt mit einer Macht ihrer „Lösung à tous prix" entgegen, daß wir noch andern Gewährsmännern das Wort ertheilen müssen. Aus Dr. Edmund Jörg's „Geschichte der socialpolitischen Parteien Deutschlands" entnehmen wir folgende Stellen: „Sofort trat ein preußischer Minister von 1848, Herr Rodbertus, auf. Er fragt den Leipziger Arbeiterverein geradezu: „Wie können Sie sich in Ihren socialen Bestrebungen einer Partei hingeben, die sich mit einer Schule identificirt hat, die diesen diametral entgegenwirkt?" Er meint die Fortschrittspartei und den liberalen Oeconomismus der Manchester-Schule. Die letztere beschuldigt er, daß sie nur immer durch Handelsreformen und dergleichen „die ernstliche Inangriffnahme der socialen Frage von Zeit zu Zeit mit Glück vertage." In England bestehe das Associationsrecht der Arbeiter seit 40 Jahren und habe alle seine Vortheile erprobt; aber der englische Arbeiter würde bitter lächeln, wenn man ihm anmuthete, durch Freihandel und Associationsrecht die sociale Frage für gelöst zu halten. Nur ein allgemeines Gesetz der Staatsgewalt könne den Arbeitern helfen, sagt er in Uebereinstimmung mit Lassalle, dem er namentlich auch über die furchtbaren Folgen der Lohnregulirung nach dem knappen Lebensbedarf vollkommen beistimmt: „Wenn die Arbeiter immerdar bei ungefähr demselben Einkommen festgehalten werden, muß natürlich der steigende Nationalreichthum das der Andern, der besitzenden Klassen allein erhöhen; hieraus geht einleuchtender Weise hervor, daß der materielle Abstand zwischen unseren gesellschaftlichen Klassen immer größer werden muß." Dies aber sei die große Gefahr im Leben der Nationen!" — Auch an Lothar Bucher hatte sich das

Leipziger Comité gewendet, und er nennt das Kind am deutlichsten beim Namen. Während seines langen Aufenthaltes in England (als Flüchtling) habe er sich viel mit der Frage beschäftigt, wie die sogenannte Manchester-Schule zu dem Wesen jedes Staates sich verhalte, vorerst wolle er nur kurz seine Ueberzeugung aussprechen: „daß die Lehre der Manchester-Schule, der Staat habe nur für die persönliche Sicherheit zu sorgen und alles Andere gehen zu lassen, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht besteht."

Die Frage über die Theilnahme der Arbeiter am Nettogewinn ist durchaus keine neue und führt Dr. Ratzinger[1]) eine ganze Reihe von Fällen an.

„Unter den berühmt gewordenen Beispielen steht das von dem Pariser Stubenmaler Leclaire im Jahre 1838 in Paris begründete und noch heute florirende Unternehmen in erster Linie. Das Leclaire'sche Geschäft, jetzt Redouly u. Co., ist noch bei Lebzeiten des Gründers in ein Gesellschafts-Unternehmen der Arbeiter umgewandelt worden, welches die charakteristischen Vorzüge der einheitlichen festen Privatleitung durch Patrone mit den Vortheilen des genossenschaftlichen Betriebes und einer Betheiligung der Arbeiter am Gewinn und theilweise am Geschäftseigenthum verbindet. Leclaire selbst war mit Hilfe des Antheilsystems aus einem armen Arbeiter ein Millionär geworden, hatte aber zugleich dafür gesorgt, seine früheren freiwilligen Leistungen zu statutarischen Verpflichtungen des Geschäftes zu machen. Der feste Stamm der Arbeiter ist jetzt durch förmlichen Gesellschaftsvertrag mit dem ganzen Geschäfte enger verbunden. Die Arbeiter des Hauses Leclaire wählen selbst ihre Chefs und haben seit dem Tode Leclaires ihr Wahlrecht bereits zweimal auf die verständigste Art ausgeübt. Im Jahre 1880 wurden wieder 240,000 Fr. Gewinn vertheilt und zwar 160,000 Fr. baar und 80,000 Fr. an die Versicherungskasse. Die Gesammtheit der von 1842—1880 von dem Leclaire'schen Geschäft an die Arbeiter gewährten Reingewinne hat 2,367,017 Fr. betragen.

In der industriellen Schweiz hat die Musikdosenfabrik von Billon u. Isaak in Genf seit dem Jahre 1871 einen der gelungensten und durchdachtesten Versuche gemacht, die Gewinnbetheiligung bis zur förmlichen Theilhaberschaft der Arbeiter am Geschäfte selbst (industrial partnership) auszudehnen. Die Fabrik gewährt den Arbeitern 50 pCt. des Reinertrags, der sich beim Abschluß der jährlichen Inventur nach Abrechnung der üblichen Zinsen des Kapitals, sowie nach Abschreibung eines Betrags für die Amortisation des Inventars und für die Reserve in Fällen des Verlustes ergiebt. Im letzten Jahr 1881 wurden 21,432 Fr. Reingewinn an 101 Arbeiter, an jeden durchschnittlich 212 Fr. 19 Ct., gewährt. Die in den letzten 10 Jahren den Arbeitern zugeflossenen Reingewinne betrugen 194,259 Fr. 49 Ct., welche den Arbeitern zur Hälfte baar ausgezahlt worden und zur andern Hälfte als Aktien oder obligatorische Einlagen im Geschäft stehen geblieben sind. Das Geschäft hat unter dem Antheilsystem gute

[1]) Zuerst in umfassender Weise angewandt von der englischen Firma Henry Briggs und Compagnie, welche ein Drittel des Geschäftskapitals den Beamten und Arbeitern des Geschäftes vorbehielt und außerdem den über 10 Procent steigenden Gewinn zur Hälfte dem Arbeiterpersonale nach der Höhe des Lohnverdienstes zutheilte. Dieses Beispiel fand in England bald Nachahmung, und 1868 hatten 20 Firmen das System adoptirt. 1867 wurde eine eigene Zeitschrift Industrial partnership's Record, ins Leben gerufen. In Deutschland wurde das System von dem Berliner Messingfabrikanten Borchert erfolglos versucht. In Frankreich existirt das Patronagesystem schon länger, doch trägt es dort mehr patriarchalischen und familiären Charakter, als das Antheilssystem mit den streng ausgeschiedenen Befugnissen. Das Patronagesystem berücksichtigt nicht blos die materielle, sondern ebenso die moralische Hebung der Arbeiter. Reybaud (Etudes sur la condition des ouvriers en soie) hat verschiedene Fabriken nach dieser Richtung geschildert, darunter Bonnet's berühmte Anstalt in Injurieux, wo alle Arbeitszweige der Seide, vom Cocon bis zum fertigen Stoffe, vereinigt waren, und wo nur Frauenzimmer beschäftigt wurden. Die Arbeiterinnen waren Pensionärinnen, welche vollständigen Unterhalt, Wohnung und Nahrung und statt des Lohnes eine jährliche Gage erhielten. Letztere wurde zu Ersparnissen verwendet; nach Reybaud's Angaben betrugen seiner Zeit diese Ersparnisse die Summe von 165 000 Francs, welche Bonnet verwaltete, verzinste und den Arbeiterinnen einhändigte. Hemtienne in Gent, hatte in seiner Fabrik das Antheilssystem und außerdem eine Assecuranzkasse eingeführt u. s. w. Das Patronagesystem berücksichtigt mehr die individuellen Verhältnisse, während das Antheilssystem objective Normen schafft und daher für die Ausbildung eines socialen Arbeitsrechtes mehr sich eignet."

und schlechte Jahre durchgemacht. In den ungünstigen Jahren 1876 und 1877, als sich die Arbeiterzahl von 140 auf 80 vermindert hatte, wurden 17,768 Fr. 85 Ct. an Actien und obligatorischen Einlagen zurückgezahlt. Die Betheiligten erblicken die größte Wohlthat des Systems darin, daß ihnen in schlechten Jahren ein bedeutendes Kapital aus den für sie aufbewahrten Gewinnantheilen zu Gebote steht. Der Chef der Fabrik Herr Billon bemerkt über die Einrichtung Folgendes: Seit 10 Jahren hat das von uns angewendete System der Gewinnbetheiligung keine von den Schwierigkeiten veranlaßt, welche viele Personen vorhersehen wollten. Keine Indiscretion, keine Begehrlichkeit hat sich auf Seiten der Arbeiter gezeigt, im Gegentheil haben vollständige Uebereinstimmung und gute Harmonie nie aufgehört unter uns zu herrschen. . . — Das Princip der Theilhaberschaft ist uns so zur Gewohnheit geworden, Unternehmer und Arbeiter befinden sich so wohl dabei, daß Niemand auf den Gedanken kommen würde, etwas daran zu ändern. . . . Das Princip schreitet langsam vorwärts wie alle guten Dinge, aber es drängt sich nach und nach der Ueberzeugung aller Derer auf, die keinen Vorwand suchen, um sich ihren Pflichten zu entziehen." — In Genf haben noch 7 andere Geschäfte, darunter die Tramway-Gesellschaft und die Druckerei von Schuchardt, wo das Journal de Genève gedruckt wird, die Gewinnbetheiligung eingeführt."

(„Frankfurter Volkszeitung", 1882. Nr. 215.)

Die „Deutsche Reichspost" in Stuttgart bespricht in ihrer Nr. 158 (1883) die Spiritus- und Hefen-Fabrik in Delft; sie sagt:

Eine Musterfabrik.

Zu Delft in den Niederlanden besteht seit dem Jahre 1869 die Actiengesellschaft „Niederländische Hefen- und Spiritusfabrik". Die zur Wohlfahrt der Arbeiter in dieser Fabrik getroffenen Einrichtungen — wie sie zahlreicher selten oder nie ein industrielles Etablissement gleicher Größe (150 Arbeiter) aufzuweisen haben wird — dürften auch in Deutschland Interesse und Beachtung verdienen. Die nach und nach geschaffenen Einrichtungen bezwecken theils die Herbeiführung und Erhaltung einer Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit und die Förderung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Direction, theils die Sicherung der Arbeiter und ihrer Familien gegen Krankheit, Alter, Todesfälle u. s. w., sowie Hebung ihres materiellen, intellectuellen und sittlichen Zustandes.

Die Verwaltung sämmtlicher Wohlfahrtseinrichtungen ist in einem bei der Fabrikdirection bestehenden besonderen „Bureau für Personalinteressen", dem ein ausschließlich für den Zweck der Verwaltung sämmtlicher Einrichtungen angestellter Beamter vorsteht, concentrirt. Eine Vereinigung, „Der Kern", bestehend aus Director, Beamten, Werkmeistern und drei Arbeitern, ist dazu berufen, die Interessen des Personals und des Unternehmens zu besprechen und einen Meinungsaustausch bezüglich aller auf die Wohlfahrt des Personals bezüglichen Fragen herbeizuführen.

Am bedeutungsvollsten von allen Einrichtungen ist die im Jahre 1880 eingeführte Betheiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn (ohne Antheil am Geschäft) und die dadurch ermöglichte Alters- und Lebensversicherung. Die Einrichtung ist hauptsächlich dazu berufen, die Arbeiter mit dem Etablissement enger zu verbinden und sie für die Rentabilität desselben zu interessiren. Nach Abzug des zur Verzinsung der Actien nöthigen Betrags vom Geschäftsgewinn werden 10 Prozent des noch verbleibenden Ueberschusses den Arbeitern überwiesen. Aus den Gewinnantheilen, welche 1880 5100 Mk, 1881 11,900 Mk., 1882 15,640 Mk. betrugen, würden am Ende jeden Jahres für jeden Arbeiter 7 Proz. des in dem betreffenden Jahre verdienten Lohnes bei einer Versicherungsgesellschaft zum Ankauf einer kleinen Altersrente eingezahlt. Jedes Jahr kommt eine neue kleine Pension hinzu. Die Höhe der Pension ist so bemessen, daß wenn ein Arbeiter vom 21.—50. Lebensjahre in der Fabrik thätig ist und immer ein und denselben Lohn genießt, die 40 kleinen Pensionen zusammen die Höhe seines Jahresverdienstes erreichen. Mit der Altersrentenversicherung ist eine Lebensversicherung derart verbunden, daß durch Zahlung einer Zusatzprämie die Versicherungsgesellschaft beim Tode eines mit Altersrente Versicherten die eingezahlten Prämien ohne Zinsen zurückzahlt. Außer dieser Gewinnbetheiligung ohne Antheil am Geschäft hat der Director der Fabrik, van Marken, noch eine

Gewinnbetheiligung mit Antheil am Geschäft eingerichtet. Unter Garantie von 10 Actien der Fabrik sind 1000 Antheilscheine angefertigt und den Arbeitern zum Ankauf überlassen worden, welche großen Anklang fanden. Ende 1882 waren an 62 Personen 370 Antheilscheine ausgegeben.

Um die Gewissenhaftigkeit und Geschicklichkeit der Arbeiter anzuregen und zu belohnen, gewährt die Fabrik seit 1874 Prämien für den Ueberschuß über den nach früheren Erfahrungen festgestellten, aus einer bestimmten Quantität Rohstoff zu erzielenden Durchschnittsertrag. Diese Einrichtung hatte zur Folge, daß die Ausnützung des Rohmaterials eine außerordentliche Höhe erreichte und alles in dieser Branche Geleistete hinter sich ließ. Die Löhne erfuhren durch die Prämie eine ebenso außerordentliche Steigerung, durchschnittlich 25 pCt. In 9 Jahren sind 157,041 Mark für Prämien verausgabt worden! Die Auszahlung der Prämien ist seit 1879 höchst sinnreich und zweckmäßig geregelt: Personen unter 18 Jahren erhalten 10 pCt., 18- bis 23jährige Ledige 25 pCt., über 23 Jahre alte Ledige 50 pCt, Verheirathete ohne Kinder, mit 1, 2, 3 Kindern erhalten 60, 70, 80, 90 pCt. der Prämie und nur Verheirathete mit 4 Kindern erhalten die Prämie voll ausgezahlt. Der zurückbehaltene Theil der Prämie bleibt Eigenthum der Betreffenden, wird aber in die (Zwangs-) Prämiensparkasse eingelegt. Zweck der Zurückbehaltung ist, die jungen ledigen Arbeiter vor unnützen und schädlichen Ausgaben zu bewahren, den Arbeitern bei Verheirathungen, Entbindungen, Krankheiten einen Zuschuß zu gewähren und sie in den Besitz eines Kapitals zu setzen. Ende 1882 waren für 150 Personen 14,497 Mark gutgeschrieben. — Auch für freiwilliges Sparen ist durch eine originell und praktisch organisirte Fabriksparkasse gesorgt. Für jeden Arbeiter ist in der Werkstatt eine besondere Sparbüchse aufgestellt, welche wöchentlich einmal entleert wird Ende 1882 waren von 146 Einlegern 8272 Mark gespart worden. — Außer den Prämien gewährt die Fabrik noch Gratifikation für Ersparung von Arbeitslöhnen. Das Quantum der wöchentlichen Arbeitsleistung ist festgesetzt; was darüber gearbeitet wird, wird in Form von Gratifikationen bezahlt. Die Einrichtung hat sich trefflich bewährt. Die

Arbeiter haben ihren Fleiß verdoppelt, sie arbeiten mehr und schneller und sind geschickter geworden. Jede Erweiterung der Geschäfte begrüßen sie mit Freuden, suchen aber die vermehrten Arbeiten ohne Vermehrung des Personals selbst zu bewältigen. In Folge der Gratifikationen wird doppelt soviel Rohmaterial wie früher verarbeitet, und die Löhne haben sich durch dieselbe um 45 pCt. erhöht. Die Lohnerhöhung des einzelnen Arbeiters beträgt wöchentlich 4—7 Mk. Ueber 10,000 Mk. werden jährlich für Gratifikationen verausgabt.

In Krankheitsfällen zahlt die Fabrik 12 Wochen lang die Hälfte und weitere 6 Wochen ¼ des Lohnes. Auch ist in der Fabrik ein Zimmer eingerichtet in welchem bei Unfällen den Verunglückten die erste Hilfe zu Theil wird. Dasselbe ist mit allen dazu nöthigen Gegenständen ausgestattet. Gewiß eine recht nachahmenswerthe Einrichtung! — Eine Fabrik-Krankenkasse gewährt den Arbeitern mit ihren Frauen und Kindern gute ärztliche Hilfe und Krankengelder. Zum Unterschied von anderen Krankenkassen ist hier die Einrichtung getroffen worden, daß sich jedes Mitglied seinen Arzt selbst wählen kann. — Auch die Feuerversicherung hat die Fabrik in die Hand genommen. Das Bureau für die Wohlfahrtseinrichtungen schließt mit einer Versicherungsgesellschaft jedes Quartal eine Collectivversicherung ab. Die Zahl der Theilnehmer war Ende 1882 68, die Versicherungssumme 98,940 Mk.

Von sonstigen Einrichtungen erwähnen wir den Verkauf von Steinkohlen, Mehl, Hefen und Kartoffeln Seitens der Fabrik zum Einkaufspreise. Ferner ist eine Bäckerei eingerichtet, welche den Gewinn unter die Consumenten vertheilt. Die Fabrik hat weiter einige Arbeiterhäuser und ein Gesellschaftshaus mit Volksbibliothek — aus der wöchentlich 80—120 Bände entliehen werden — eingerichtet. Ferner ist für wissenschaftliche, literarische, musikalische Vorträge, Schulprämien, Kinderfeste, Lehrlingsausbildung und schließlich noch für Lectüre durch Herausgabe einer Fabrikzeitung gesorgt.

Die im Vorstehenden erwähnten Einrichtungen haben nicht nur die Zufriedenheit der Arbeiter, sondern auch eine seltene Rentabilität des ganzen Unternehmens bewirkt. Die Dividende

betrug — nach einigen dividendenlosen Jahren — 1874 $5_{,2}$, 1877 13, 1879 $24_{,4}$, 1880 36 und 1881 $25_{,8}$ pCt. „In demselben Maße", schreibt der Director der Fabrik, „wie sich die Wohlfahrtseinrichtungen vermehrt haben, ist auch die Dividende gewachsen.

Wer sich über die obengenannten Einrichtungen genauer unterrichten will, sei auf den „Arbeiterfreund", Zeitschrift für die Arbeiterfrage, Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, verwiesen. Heft 1 von 1883 enthält einen Aufsatz von Alban Förster „Die Lösung der Arbeiterfrage in der niederländischen Hefen- und Spiritusfabrik," in welchem sämmtliche Einrichtungen der Fabrik detaillirt beschrieben sind."

Mitten in der Bearbeitung vorliegenden Thema's, kommen wir zufällig in den Besitz eines höchst interessanten Werkes, das ausschließlich die Frage über die Gewinnbetheiligung der Arbeiter für und gegen dieselbe ventilirt. Es führt den Titel: „Die Gewinnbetheiligung. Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn" von Victor Böhmert, Dr. jur., Director des königl. sächs. statistischen Bureau und Professor der National-Oeconomie am Polytechnicum zu Dresden (1878. Brockhaus). Leider sind wir nicht mehr im Stande, die Besprechung des gegebenen Themas durch das genannte Werk wesentlich zu bereichern und beschränken uns, indem wir Alle, welche sich für die Gewinnbetheiligung der Arbeiter interessiren, auf dieses höchst werthvolle Elaborat verweisen, auf nachstehende kurze Notizen. Aus dem Vorwort geht hervor, daß bereits im Jahre 1868 bei Gelegenheit einer Enquete über die Lage der Fabrikarbeiter im Canton Zürich mit Untersuchungen über Arbeitslohn und Unternehmergewinn begonnen wurde. Von der Schweiz aus verbreiteten sich diese Untersuchungen und haben nach und nach Eingang in fast allen europäischen Ländern, wie auch in Amerika gefunden. Herr Dr. Böhmert behandelt in seinem Werke bereits 120 abgeschlossene Fälle, die sich auf folgende Länder vertheilen: Deutschland 54, Schweiz 25, Frankreich 17, England 10, Belgien 3, Nordamerika 3, Oesterreich 2, Dänemark 2 und je 1 Fall für Italien, Schweden, Norwegen und Rußland. In der uebenstehenden Tabelle ist die Vertheilung nach Ländern und Erwerbszweigen ersichtlich.

Vertheilung

der behandelten 120 Fälle auf die einzelnen Länder und Erwerbszweige.

Gruppe.	Erwerbszweig.	Deutschland.	Schweiz.	Frankreich.	England.	Belgien.	Oesterreich.	Dänemark.	Norwegen.	Schweden.	Rußland.	Italien.	Amerika.	Summa.
I.	Land- und Forstwirthschaft . .	8	1	—	3	—	—	1	—	—	—	—	—	13
II.	Fischerei und Schifffahrt . . .	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
III.	Bergbau und Hüttenwesen. Industrie der Steine und Erden	8	1	—	4	1	—	—	—	—	—	—	—	14
IV.	Metallverarbeitung, Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	4	4	1	1	1	—	—	1	—	—	—	1	13
V.	Chemische Industrie. Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe . . .	4	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	6
VI.	Textilindustrie. Papier und Leder	16	14	2	1	—	1	1	—	—	—	1	1	37
VII.	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	2
VIII.	Baugewerke	2	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
IX.	Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	5	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	7
X.	Bekleidung und Reinigung . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1
IX.	Polygraphische Gewerbe . . .	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
XII.	Handel und Verkehr	5	2	5	—	1	1	—	—	—	—	—	—	14
	Summa	54	25	17	10	3	2	2	1	1	1	1	3	120

Das Werk des Herrn Dr. Böhmert ist bereits 1878 erschienen, somit darf angenommen werden, daß diese 120 angeführten Fälle nicht mehr die einzigen sind. Dies läßt sich bereits dadurch feststellen, daß die berühmte holländische Fabrik in Delft nicht mit angeführt ist. Von einigem Interesse dürfte der Standpunkt sein, den der Graf von Paris zu dieser Frage einnimmt, und lassen wir aus dem genannten Werke einen Brief desselben folgen. Er ist als vierte Person[1]) aufgeführt, die sich zu Gunsten des Antheilssystemes ausspricht. Er schreibt:

„Meine persönliche Ansicht hat wenig Bedeutung in Fragen, wo die Thatsachen allein interessant sind und die Mühe der Beobachtung lohnen. Die Theorie ist in solchen Dingen wenig, die Praxis und Erfahrung alles. Ich will mich daher darauf be-

[1]) Als neunte wird John Stuart Will genannt.

schränken, Ihnen in wenigen Worten zu sagen, daß ich die Gewinnbetheiligung nicht als eine Panacee, als ein universelles Heilmittel betrachte, sondern als ein mächtiges Besänftigungsmittel (comme un puissant moyen d'apaisement?) und als das wirksamste Werkzeug zur Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen. Die Prämien u. s. w. sind ein erster Schritt: nützlich, aber wenig entscheidend. Die Betheiligung am Gewinn, ohne Betheiligung am Geschäft, ist in unserer gegenwärtigen socialen Lage das einzige wahrhaft anwendbare und daher auch das nützlichste System. Die Betheiligung der Arbeiter am Eigenthum des Etablissements ist im großen Maßstabe sehr schwer durchzuführen und ist fast unmöglich aufrecht zu erhalten, wenn das Etablissement sich weiter entwickelt, weil das Eigenthum immer strebt, sich in den Händen einer kleinen Zahl von Einzelnen, welche arbeitsamer und namentlich sparsamer als die übrigen sind, zu sammeln. Trotzdem wendet man dies System mit Erfolg an in der Gesellschaft der Steinkohlengruben von Whitwood (Briggs), in welche ich eingetreten bin, um die Anwendung des Princips der Gewinnbetheiligung in seinen Einzelheiten verfolgen zu können, und wo wir durch die Vertheilung von Gewinnantheilen und Actien dazu gelangt sind, eine ziemlich große Anzahl von Actien in die Hände guter Arbeiter zu bringen."

Ueber den nämlichen Gegenstand spricht sich der rühmlichst bekannte Socialpolitiker Dr. Wilhelm Neurath in seinem Werke: „Volkswirthschaftliche und socialphilosophische Essays"[1]), Seite 153 ff. mit folgenden Worten aus: „Eine andere Entwickelungsrichtung des Associationswesens dürfte jedoch weit früher zu bedeutenden Erfolgen führen. Der Unternehmerstand hat einen Weg betreten, auf welchem eine gewisse Sicherheit erlangt wird, daß jene Opfer, welche gebracht werden, um die Arbeiterschaft materiell zu heben, auch in eine moralische und wirthschaftliche Hebung derselben und in eine Steigerung ihrer productiven Leistungen ausschlagen müssen. Der Unternehmer behandelt in diesem Falle die Lohnerhöhungen, Assecuranzbeiträge und andere Vortheile, welche er den Lohnarbeitern gewährt, als eine Art Kapital-Anlage, aus welcher er,

[1]) Wien 1880. Verlag von Fäsy u. Frick, K. K. Hofbuchhandlung.

wenn auch nicht directen Profit, so doch gewisse Vortheile, halb moralischer, halb öconomischer Natur für seine Unternehmerstellung erzielt.

„Dieser Weg ist gefunden und wird betreten im Systeme einer gewissen Theilnahme der Arbeiter an den Functionen des Unternehmers und an den Vortheilen, die ihm für die Besorgung jener Functionen zufallen. Wenn auch in geringerem Grade und Maße, soll ein jeder Arbeiter, durch ähnliche Bande des Gemüthes und wirthschaftlicher Sympathien, mit dem Unternehmen verknüpft werden und mit dem Unternehmen gleichsam seelisch verwachsen, wie dies auf Seiten des Unternehmers der Fall ist. Nicht blos als Arbeiter, sondern auch als Kapitalist und Unternehmer, soll jeder Arbeiter mit dem Geschäft verbunden sein. Er soll darum nicht blos Lohn, sondern auch Kapitalprofit als Prämie, als Preis für seine Leistung erhalten.

„Der Arbeiter besitzt aber kein Kapital, um es in das Unternehmen zu stecken, bei welchem er in Lohn steht. Er ist nicht im Stande, nicht moralisch, oder nicht öconomisch im Stande, sich ein Kapital zusammenzusparen. Es finden sich nun Unternehmer, welche in doppelter Art Hilfe bringen. Sie helfen den Arbeitern zu einem Kapital; sie erheben die Arbeiter zu jener moralischen und öconomischen Kraft, welche ein Sparen und Kapitalisiren möglich macht. Vorerst macht der Unternehmer den Arbeiter zum Kapitalisten, damit der Arbeiter sich nun selbst, moralisch, wie öconomisch zum Kapitalisten erheben, sich nach und nach in den moralischen, wie öconomischen Sinn des sparenden, sorgenden, profitschaffenden Kapitalisten einleben könne.

Der Arbeiter erhält zu Anfang einen gewissen, vom Unternehmer bestimmten Antheil an dem reinen Geschäftsgewinn. Dieser Antheil gibt der Seele des Arbeiters eine ähnliche Stimmung, wie die Stimmung eines kleinen Geschäftsmannes. Die Lage des Arbeiters hängt nun nicht ganz und gar blos von Angebot und Nachfrage der Arbeit ab. Wie es dem bestimmten Geschäfte geht, dem er angehört, hat einen erheblichen Einfluß auf sein Loos. Soweit der Markt über den Preis der Arbeit entscheidet, stehen einander Unternehmer und Arbeiter auch als Kämpfer gegenüber. Der Eine will hohen Lohn erhalten; der Andere nur geringen

Lohn gewähren. Durch das System der Antheilnahme am Gewinn sind Unternehmer und Arbeiter in ein ganz neues Verhältniß zu einander gebracht. Ihre Interessen sind in enger und harmonischer Weise verflochten. Der Arbeiter arbeitet nun auch für sich, wenn er intensiver thätig ist; er spart auch für sich, wenn er beim Materiale spart, wenn er die aus Nachlässigkeit und Gleichgiltigkeit stammende Verschwendung von Heizmaterial u. dergl. aufgibt, wenn er die Maschine und Werkzeuge mit mehr Sorgfalt behandelt.

„Einen zweiten Schritt auf dieser Bahn macht der Unternehmer, wenn er die Arbeiter dazu anhält und ihnen ermöglicht, die ihnen zufallenden Gewinn-Antheile in Kapital zu umwandeln, sei es in renten- oder profitbringendes Kapital, sei es — wenn es angeht — zum Theil in Renten-, zum Theil in Geschäftskapital. Die Gewinn-Antheile fließen beispielsweise zum Theil als Prämie in eine Versicherungskasse, zum Theil als profitbringendes Kapital in das Unternehmen des Chefs. Auf diesem Wege wird der Arbeiter aus einem blos fingirten Kapitaltheilhaber zu einem wirklichen Theilhaber. Vorher erhielt er einen Gewinn-Antheil, ohne daß er auch als Kapitalist bei dem Unternehmen betheiligt gewesen wäre; nun wird der Arbeiter wirklich Kapitalist.

„Durch diese in der Stellung des Arbeiters vorgehende Veränderung vollzieht sich aber auch eine Wandlung in seinem Sinnen, Streben und Thun, eine Wandlung in seinem moralischen Charakter und in seiner wirthschaftlichen Auffassung der Dinge Seine Seele öffnet sich nun für einen mächtigen Kreis wirthschaftlicher Einflüsse. Viele neue Fäden, psychischer Art, vereinigen jetzt die Seele des Arbeiters mit jener des Unternehmers. Jetzt erst gelangen die Arbeiter zu dem Verständniß dessen, worin die intellectuelle und noch mehr die moralische Thätigkeit besteht, welche den Unternehmer macht. Vorher waren Arbeiterseele und Unternehmerseele zwei einander ungleichartige und feindliche Welten. Jetzt ist der Bann gebrochen; zwei einander gleichsam fremde Rassen beginnen einander verständlich zu werden.

„Das System der Antheilswirthschaft als Ergänzung des Lohnsystems macht einen Uebergang aus dem heutigen in ein höheres System der Arbeitsbewirthschaftung in der stetigsten Weise

möglich. Durch eine mäßig vorschreitende Reform werden die Gefahren beseitigt, welche mit nothwendig werdenden plötzlichen Wandlungen verbunden sind. Die großen Schwierigkeiten, welche einer Ausbreitung des Genossenschafts-Princips im Kreise der Lohnarbeiter entgegenstehen, werden, durch das Antheils-System — industrial partnership — in ungemein hohem Grade gemildert. Die Genossenschaftswirthschaft soll die Arbeiterklasse auf eine vollkommenere Stufe intellectueller, sittlicher Bildung und — was für die Lösung der socialen Frage in erster Linie steht — auf eine höhere Stufe wirthschaftlicher Geistes- und Charakter-Entwickelung heben."

Wir sehen, daß die Frage über die Betheiligung der Arbeiter am Nettogewinn schon längst keine abstracte mehr ist. Außerdem dürfte doch mit der Zeit sich die Erkenntniß genügend Bahn brechen, daß in der Vertiefung und Laucirung dieser Frage man zugleich einen Hauptabschnitt in der socialen Reformbewegung erreicht. In welcher Weise die Betheiligung der Arbeiter am Nettogewinn auf die ganze Arbeiterbewegung in materieller, wie moralischer Beziehung wirken müßte, ist in unserer Broschüre: „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeitsfrage[1]) näher ausgeführt. Geholfen muß werden; die Regierungen, wie die an dieser Frage zunächst mitbetheiligten Kreise werden immer mehr den Druck fühlen, der aus den gegebenen Verhältnissen hervorgeht. Sehr treffend sagt der Generalsecretär des „Arbeiterwohl", Herr Dr. Franz Hitze: „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft"[2]) auf Seite 547: „Der Despotismus und Absolutismus der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist auf die Dauer unhaltbar und wird derselbe ebenso gut eine mehr demokratische, constitutionelle Gestaltung nehmen, als der politische Absolutismus des vorigen Jahrhunderts durch den Liberalismus. Die demokratische Bewegung ist einmal da, ist von den herrschenden Klassen selbst großgezogen, sie wird auch vor der wirthschaftlich-socialen Ordnung keinen Halt machen. Auch hier ist die einzig mögliche Bekämpfung: die einmal gegebene Entwickelung in gesunde Bahnen zu lenken. Das kann

[1]) Berlin 1881. Puttkammer und Mühlbrecht.
[2]) Paderborn 1880. Druck und Verlag der Bonifacius-Druckerei.

man wirklich als „Naturgesetz“, als „Gesetz der Weltgeschichte“ hinstellen: die Fortbildung der Aristokratie zur Demokratie, die Berufung immer breiterer Schichten der Gesellschaft zur politischen und socialen Herrschaft, und jeder Versuch, sich diesem Gesetze zu verschließen, hat sich gerächt — endete in Revolution und Despotismus, in dem Untergang der Nation. Diese Bewegung wird umso wuchtiger sich Durchbruch verschaffen, als sie der „Massen“ sich bemächtigt hat und die Verkehrs- und Bildungsmittel des neunzehnten Jahrhunderts ihr zu Diensten stehen. — Und wer an die Gesetze der Weltgeschichte nicht glaubt, dem muß wenigstens die gesunde Vernunft sagen, daß politische Demokratie und sociale Oligarchie sich auf die Dauer nicht vereinigen lassen.“ —

Es muß von allen Seiten und mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß die großen Massen wenigstens wieder die Möglichkeit erhalten, sich im großen Ganzen ein Vermögen zu erarbeiten, was sie am ersten und sichersten mit den Verhältnissen aussöhnen wird, die sie gegenwärtig auf Tod und Leben bekämpfen. **Unsere Verlangen sind allerdings „socialistisch“, aber nicht „communistisch“; um den Communismus und seinen unausbleiblichen nächsten Folgen: der Anarchie, und dieser wiederum unmittelbar folgend, der Despotie zu entgehen, muß bei Zeiten dem Socialismus entsprochen werden. Diesen in gesetzlicher, geordneter und praktischer Weise zur Geltung zu bringen, darin culminirt das Bestreben der „Social-Conservativen“, vor welchen unklare Staatsmänner so nachdrücklich warnen.** —

Was nun die Betheiligung der Arbeiter am Nettogewinn oder die Einrichtung der Productivassociationen für den sogenannten „vierten“ Stand bedeuten, so gehen dieselben socialen und materiellen Wirkungen, die sich aus diesen Einrichtungen für die Arbeiter der Großindustrie ergeben würden, aus den Reformverlangen[1]) hervor, die wir für die landbautreibende Bevölkerung und für die Handwerker stellen.

Durch unsere ganze Bewegung geht als rother Faden die Tendenz hindurch: Verhältnisse entstehen zu lassen, unter welchen es für die Productivstände wieder möglich wird, sich kleinere und

[1]) Im Anhang befindet sich das Handwerker- und Bauern-Programm.

mittlere Vermögen zu erwerben. Die starke Verminderung des Mittelstandes und die Unmöglichkeit aller dem Arbeiterstande angehörenden Elemente: sich aus eigner Arbeit ein Vermögen zu erwerben, ließ die gegenwärtige sociale Frage entstehen; sie kann nur gelöst werden, indem man die Gründe ihrer Entstehung beseitigt, wie das in den Thesen deutlichst ausgedrückt wird. Lassalle hat mit wenigen Worten den ganzen Zweck und Sinn des heutigen, nicht politisch-revolutionären Socialismus gekennzeichnet, indem er sagt: „Was der Socialismus will, ist nicht das Eigenthum aufheben, sondern im Gegentheil individuelles Eigenthum, auf die Arbeit gegründetes Eigenthum erst einführen. Und wenn wir nun auch von dem einmal entstandenen Kapitaleigenthum, als in rechtlicher Uebereinstimmung mit den — wie wenig rechtlich auch diese selbst sein mochten — bestehenden Zuständen entstanden, absehen wollen, so haben wir doch jedenfalls das unbestreitbare Recht, das noch ungewordene Eigenthum der Zukunft durch eine andere Gestaltung der Production zum Arbeitseigenthum zu gestalten.“ —

Wir haben in Hinsicht auf die großen Güter, die auf dem Spiele stehen, und endlich doch auch wegen unserer eigenen Existenz ein zweifelloses Recht, von den Regierungen zu verlangen, daß sie, eingedenk ihrer heiligen Pflichten, mit einem Ernste den socialen und wirthschaftlichen Erscheinungen, in welchen offenkundig die Keime verhängnißvoller Umwälzungen liegen, näher treten, der dem Umfange und der Bedeutung der Lage[1]) auch entspricht. Wir

[1]) Wir werden in Laufe der Schrift noch auf die jetzigen preußischen Minister zurückkommen, deren Geschäftsleitung im Allgemeinen wenigstens zu einigen Hoffnungen berechtigt. Hier sei nur der Herr Finanzminister von Scholz wegen eines Passus einer seiner letzten Reden im Abgeordneten-Hause erwähnt, der angenehm auffallen mußte. Der Herr Minister sagte: „Die Sache ist umso zwingender, als wir ja im Begriff sind, auf dem socialen Gebiete mit großen Schritten eine neue Zeit anzubahnen.“ — „Große Schritte“ lassen sich allerdings in dem Gesetzentwurf über die Kapitalrentensteuer nicht wahrnehmen; im Gegentheil, gerade an der Stelle, wo „große Schritte“ sehr angezeigt sind, und man wenigstens „Schritte“ erwarten durfte, blieb der Herr Minister plötzlich, wie von einem „bösen Blick“, fascinirt, stehen. In dem Kapitel über die beiden neuesten preußischen Steuergesetzentwürfe kommen wir auf dieses „Gebanntsein“ noch zurück.

sind jedoch zu unserem größten Bedauern nicht in der Lage, jenen Ernst und die nöthige Höhe der Beurtheilungen bei Allen angetroffen zu haben, die ihren Wirkungskreisen gemäß in erster Linie berufen sind, die Initiative zu ergreifen. Wir haben vielmehr nicht gerade selten Gelegenheit erhalten, bei ihnen eine erstaunliche Befangenheit in der Beurtheilung der socialen und wirthschaftlichen Fragen zu bemerken, oder wahrzunehmen, wie sie dieselben gewissermaßen cavalierement behandeln, was einmal ganz sicher nicht mit dem Ernste der Lage in Einklang zu bringen ist. Die doch mehr als genügend geklärte Situation der socialen Verhältnisse rechtfertigt auch das beliebte, wie bequeme „akademische" Verfahren in keiner Weise, bei dem man Alles zugestehen und selbst versprechen kann, um es dann doch beim Alten zu lassen. Derartige bekannte Reden verfangen heutzutage nicht mehr, denn man versteht sehr wohl, sie auf ihren wahren Werth und die bei ihnen unterlaufenen Absichten zu prüfen. Mit theoretischen Concessionen und Affirmationen in Hinsicht auf die Verbesserungsbedürftigkeit der socialen Verhältnisse werden diese noch nicht im entferntesten tangirt, und bleiben alle Ursachen der Klagen: über die fortschreitende Verarmung, Demoralisation und Zersetzung aller erhaltenden Factoren auf das wärmste conservirt. Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit gegen die politischen Spiegelfechtereien oder sattsam bekannten Velleitäten und ziehen auch hier bei weitem den offenen, ehrlichen Gegner vor, der von seinem Standpunkte aus Gründe gegen Gründe ins Feld führt, wodurch der Kampf die nöthigen Klärungen erhält und die möglichst richtige Entscheidung für die stets uneingeweihte große Masse erleichtert wird. Es sind uns deshalb entschieden liberale oder fortschrittliche Minister auch lieber, als solche, die heute liberale und morgen conservative Anwandlungen besitzen. Durch derlei Praktiken wird die Wandelbarkeit systematisirt, Verschleppungen aller Art stellen sich ein, bestimmte principielle Fragen werden kaum ausgedacht und noch weit weniger gelöst, Corruptionen wuchern empor, und das Einzige, was bei der Art Regierungen einen bestimmten, sicheren Fortgang hat, ist die allgemeine Unzufriedenheit und Vertrauenslosigkeit. Mit conservativen Allüren den Liberalen spielen oder als Liberaler durch Concessionen im conservativen Sinn

zu überraschen, nebenbei aber auch die oft so nöthige Balance wieder zu gewinnen, das nennt man Alles, zu sehr „persönliche" Politik treiben, als daß bei ihr noch Zeit und Kräfte für wirkliche Staatsactionen übrig bleiben konnten. „Eine" Voraussetzung ausgenommen, ist es nicht ohne psychologisches Interesse, daß jene Herren nicht einzusehen vermögen oder es direct nicht einsehen wollen, wie sie gegen ihr Vorgehen die Negation herausfordern, wenn sie sich durch Widersprüche fangen oder mit der rechten Hand nehmen, was sie mit der linken gegeben haben. Eine solche Politik halten wir für die Interessen eines jeden Landes geradezu gefährlich; denn ihre ganze Aufgabe culminirt in der Offenhaltung bestimmter und selbst brennender Fragen, wodurch die Uebelstände einen chronischen Charakter erhalten, gleichsam „conservirt" werden. Eine solche Staatskunst enthält nichts Anderes, als die Disciplinen der „Mittelmäßigkeit"; je länger und kühner die Balancirungskünste getrieben werden, umso größer die Verdienste der Meister in den Augen der „Mittelmäßigen" und aller unentschiedenen, unklaren Köpfe. Die Stagnation der Verhältnisse zu conserviren, nicht zu beseitigen, darin erblicken leider nicht wenige Herren in der alten und neuen Welt den Preis ihrer Aufgaben. Unter diesen gibt es dann wieder Leute, welche von ihrer Bedeutung und ihren providentiellen Potenzen so tief innerlich überzeugt sind, daß sie kein öffentliches Uebel für größer und ernster halten, als ihren Rücktritt. Vor **diesem** Unglück den Staat zu bewahren, gilt ihnen als vornehmste Aufgabe, der nachzukommen sie die größte Selbstverleugnung üben, die schwersten Opfer bringen. Es geht doch Nichts über den **richtigen** Patriotismus! Aber die Zeiten, in welchen die Politik der „Mittelmäßigkeit" Triumphe errang, sind namentlich in größeren Staaten so ziemlich vorüber, und kann sie nur noch in kleinen oder mittlern ihre Leute ernähren. Wie die Verhältnisse da und dort liegen, müßten wir eigentlich, wenn wir ganz strenge Realpolitiker sein wollten, nach Kräften die Fortschrittspartei unterstützen, denn diese könnte uns am sichersten und vielleicht auch am raschesten helfen, auf die Weise nämlich, wie die Juden den Socialdemokraten. Die Entwickelung der socialen und wirthschaftlichen Conjuncturen würde unter einem fortschrittlichen Ministe-

rium in gar manchen Ländern einen äußerst glatten, selbst eleganten Verlauf nehmen. Wir hätten in allem Ernste einen Fortschritt zu verzeichnen, einen Fortschritt: zum Ende, der jedenfalls dem Steckenbleiben in einem Wege, welcher doch einmal unter allen Verhältnissen „ausgegangen" werden muß, entschieden vorzuziehen ist.

Sechstes Kapitel.

Minister von Puttkamer und die Socialdemokratie.

Ganz im Ernste der großen Zeitfragen hat sich schon „manchmal" der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck, und haben sich überhaupt im Allgemeinen die jetzigen preußischen Minister ausgesprochen; unter ihnen aber in hervorragender Weise der Vicepräsident des Staatsministeriums, Minister von Puttkamer, und zwar ganz besonders in seiner größeren Rede vom 14. December 1883. Die betreffende Stelle lautet: „Der Vorredner" — natürlich der biedere Herr Richter — „hat dann wieder den Fürsten Bismarck als den Nährvater der Socialdemokratie bezeichnet. Wie klein denkt Herr Richter über die Entwickelung dieser Verhältnisse! Das Entstehen der Socialdemokratie ist ein welthistorisches Ereigniß; dieselbe wird mit seinem kümmerlichen Fortschrittswiderstande nicht zu überwinden sein; dazu gehört die Entfesselung anderer Kräfte. Der Fortschritt spricht von der freien Bewegung aller wirthschaftlichen Elemente in einem Augenblicke, wo nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen europäischen Staaten von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß eine Versöhnung der hier in Frage kommenden Interessen des vierten Standes mit der bestehenden Ordnung herbeigeführt werden muß. Da kommt der Fortschritt mit seinen abgestandenen Redensarten! In dieser Beziehung befindet er sich auf einem Irrwege. In wirthschaftlicher Beziehung ist allerdings die Fortschrittspartei eine Gegnerin der Socialdemokratie; aber sie wirft Richtiges und Falsches durcheinander. Ich möchte nicht alle Forderungen der Socialdemokratie

annehmen, aber sie enthält einen gesunden Kern. Daß die Fortschrittspartei auch diesen gesunden Kern unterdrücken will, wissen wir längst. Aber damit kommen wir keinen Schritt vorwärts. An dem Gesundheitsproceß nimmt die Fortschrittspartei keinen Antheil."

Allein schon in Folge dieser Sätze ist die Rede des Herrn Minister von Puttkamer eine der wichtigsten, die überhaupt je von Ministertischen aus gehalten wurden. Sie ist der concrete Ausdruck von wahren staatsmännischen Conceptionen, die wohlthuend und beruhigend durch die Sicherheit wirken, mit welcher sie die brennendste Frage der Zeit beherrschen. Wenn der Herr Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums von der „Entfesselung anderer Kräfte" zur Ueberwindung der Socialdemokratie spricht, so ist er dem klaren Sinn seiner Rede nach dabei sicher nicht von der ultima ratio so mancher „außerordentlichen Staatsmänner" und „Schwärmer" ausgegangen, welche von allen liberalen Gruppen und auch zum Theil von einer glücklicher Weise stark abnehmenden conservativen Cotterie[1]) als die ihrige accep-

[1]) Alle, welche die Bedingungen für eine concrete conservative Politik nicht einzusehen vermögen und sich deshalb gegen die von mir seit 1880 eingeleitete social-conservative Bewegung gewandt haben, während sie mich als einen Revolutionär zu verdächtigen suchten. Diese Herren befinden sich aber in der nicht beneidenswerthen Lage, daß Alles, was sie nicht verstehen — und das ist immer noch ziemlich viel — ihnen entsetzlich unheimlich vorkommt und ihre Nerven oft in einer bedenklichen Weise erregt. Es hatte selbst schon öfter den Anschein, als wollten sie uns für ihr Nichtverstehenkönnen geradezu verantwortlich machen. Wir begreifen ihre Lage, aber leider können wir ihnen hier unmöglich helfen.

Ein phantasiebegabter Herr nennt uns in seiner „Neujahrsphantasie", die er in Nr. 363 der Münchener „Allgemeinen Zeitung" veröffentlichen zu müssen glaubte, „neumodische" Conservative und bezweifelt unsere und der „Staatssocialisten" unbedingte Anhänglichkeit für die Politik des Herrn Reichskanzlers oder — für dessen Person; ob der geehrte Herr der ersteren oder letzteren oder beiden Annahmen zuneigt, können wir nicht angeben, da hier seine Phantasie sich zu keinem klaren Ausdruck emporzuheben vermochte. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, jedenfalls erlauben wir uns, an den geehrten Phantasie-Politiker, und noch dazu natürlich nur in seinem Interesse, die Bitte zu richten, sich vor Allem mit den Begriffen: „conservativ" und „gouvernemental" vertraut zu machen, denn selbst die süßeste

tirt wird. Der Herr Minister hat sicher nicht daran gedacht, die Opfer eines „welthistorischen Ereignisses“ mit „Knütteln“ todtzuschlagen oder die Bajonette gegen sie aufzurufen. Wenn der hochverehrte Redner von der „Entfesselung anderer Kräfte“ und dann weiter in seiner Rede von „Versöhnung“ sprach und schließlich zugestand, daß in der Socialdemokratie ein „guter Kern“ enthalten sei, so sind das Aussprüche, die an Deutlichkeit Nichts zu wünschen übrig lassen, und aus welchen hervorgeht, daß Seine Excellenz die Ursachen erkennt und die Wirkungen richtig taxirt. Von einem Verwechseln Beider ist bei ihm keine Rede, und sein Standpunkt frei von der ebenso unangenehm berührenden, als verhängnißvoll wirkenden Befangenheit, mit welcher die social-demokratische Frage so oft ventilirt wird. Der Herr Minister ist ferner auch weit entfernt, die social-demokratische Bewegung für eigne Zwecke zu fructificiren, und durch sie gewisse Effecte auf höchste Personen hervorzurufen, die in Hinsicht auf nicht minder hohe Interessen sehr zu beklagen sind. —

Wir wollen nur hoffen, daß die vorzüglichen Theorien, welche Herr von Puttkamer in seiner Rede entwickelte, auch zu praktischen Resultaten führen, indem die „positive“ Bekämpfung der

Phantasie ist nicht im Stande, für Mängel des politischen Wissens zu entschädigen. — Schließlich noch folgende Bemerkung über den „Unbekannten“. Dieser scheint der „Freiconservativen Partei“ anzugehören, die ihm aber noch nicht „frei“ genug ist, denn er möchte aus ihr und anderen Kräften eine eigne Partei entstehen sehen, zu welcher auch eigens die „praktischen“ Adeligen apostrophirt werden. Was diese „Partei“ eigentlich neben den bereits bestehenden leisten, was sie in Hinsicht auf die socialen, wirthschaftlichen und allgemeinen politischen Verhältnisse bezwecken soll, das wurde uns leider nicht mitgetheilt; denn unser Neujahrs-Phantast sprach nur deutlich von der Nothwendigkeit der Errichtung eines Dammes „gegen die immer mehr überhandnehmende Leidenschaftlichkeit und Rohheit im täglichen Leben“. So sehr wir uns hier seinen Klagen anschließen, und er auf unsern Beitritt rechnen kann, so scheint der geehrte Herr in concreto denn doch mehr eine „Erziehungs- oder Versicherungsgesellschaft“, als eine „politische Partei“ auf dem Herzen gehabt zu haben. Jedenfalls wünschen wir ihm vor Allem Ruhe, damit auch seine Phantasie ruhiger, klarer und, wenn möglich, auch „politisch“ werden kann. Vielleicht erhalten wir beim nächsten Jahreswechsel wieder Gelegenheit, uns von seinem Befinden zu überzeugen, aber über die Phantasie des letzten! — — — „Schwamm drüber“.

Socialdemokratie durch Realisirung der nöthigen Reformen zur Ausführung gelangt.

Einem Gegner gegenüber, den man doch einmal nicht von der Welt schaffen kann noch will, ist die beste Bekämpfung: die Versöhnung. Die Socialdemokratie kann aber nur versöhnt werden, wenn man ihren Gliedern die Möglichkeit eröffnet und Voraussetzungen gewährt, durch welche sie in den Stand gesetzt werden, die Ursachen der sie herabdrückenden Lage zu beseitigen. Die socialdemokratische Frage ist ihrem Ursprung nach und auch heute noch im großen Ganzen eine vollständig materielle, welche aber durch die ertheilte politische Freiheit und Gleichheit erst zum vollen Bewußtsein derjenigen kam, welche durch sie leiden. Durch die Vergleiche der in socialer Hinsicht immer peinlicher werdenden Abhängigkeit, ja selbst Sclaverei, mit der auf der anderen Seite decretirten politischen Freiheit gelangten die arbeitenden Massen ganz von selbst zum Socialismus. Daß nun ein nicht kleiner Bruchtheil dieser Bewegung theils durch eine sehr wenig glückliche Behandlung der socialen und wirthschaftlichen Fragen, theils durch das Socialistengesetz und nicht minder durch den fortdauernden und stärker werdenden materiellen Druck, sowie endlich durch das Bemühen der communistisch-anarchischen Propaganda wirklich in das Lager der „politischen“ Revolution gedrängt wurde, ist ja nicht zu leugnen; wenn man aber in unbefangener Weise die hier angeführten Gründe betrachtet, so ist man auch zu der Hoffnung berechtigt, daß theils durch allmälige, theils durch sofortige Beseitigung der Ursachen eine Reaction herbeigeführt und ein Boden für Verhandlungen geschaffen werden kann, welche beide gerade sowohl im Interesse der Arbeiter, als in dem einer **wirklich** conservativen Regierung liegen. **Diese dringend nöthige Reaction dürfte nun in dem Maße sicher und rasch erfolgen, als es den Regierungen gelingt, die von mir aufgestellten Thesen praktisch zu verwerthen. Wie man andrerseits noch mit Berechtigung oder gar mit Erfolg von „der Entfesselung anderer Kräfte“, von „Versöhnung“ und von einem „gesunden Kern“ sprechen will, der in der Socialdemokratie stecke, wäre wenigstens nicht ersichtlich.**

Nur indem die Regierungen Mittel[1]) und Wege schaffen: daß sich wieder kleinere und mittlere Vermögen seitens der arbeitenden Massen bilden können, und daß diese dann auch den nöthigen Schutz erhalten, kann von der „positiven" Bekämpfung der Socialdemokratie die Rede sein.

Wird dieses keineswegs unübersteigliche Problem nicht gelöst, so bleiben auch die Ursachen der revolutionären Bewegung mit all ihren zersetzenden Wirkungen in Kraft, bis sich die letzten Consequenzen, die Karl Marx prognosticirte, zur Geltung bringen. Am Schlusse der Besprechung der hochwichtigen Rede des Herrn Minister muß ich mir noch eine kurze, rein persönliche Bemerkung erlauben, und rechne hierbei umsomehr auf die Nachsicht der Leser, als sie es naheliegend finden werden, wenn ich die oft schwerwiegenden Beschuldigungen, welche im Laufe der Jahre gegen mich offen, aber noch weit mehr auf dem wohlbekannten „vertraulichen" Wege erhoben wurden, nun auch durch Aussprüche des Herrn Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums zu rectificiren suche. Somit erlaube ich mir zu constatiren, daß der social-politische Standpunkt, den ich seit 1878 öffentlich vertrete, vollkommen conform demjenigen ist, den Herr von Puttkamer **durch seine Rede** vom 14. December v. J. in Hinsicht auf die Apostrophirung der Socialdemokratie eingenommen hat.

Wie von einem ernsthaften, ununterbrochenen Zusammenwirken aller staatserhaltenden Kräfte nur dann die Rede sein kann, wenn der Culturkampf thatsächlich beseitigt ist, so kann eine praktische, folgerichtige und nutzbringende Ventilirung der socialen Fragen auch nur dann stattfinden, wenn man in Regierungskreisen nicht à la Vogel Strauß den Kopf versteckt, so oft die berechtigten Ansprüche der Socialdemokratie erwähnt werden, durch welche allerdings eine ganze Reihe von nationalöconomischen und staatsrechtlichen Fragen eine Tangirung erfahren und in concreto eine Verurtheilung der manchesterlichen Doctrinen und der rein egoistischen, kapitalistischen Productionsweise möglichst nahe gerückt wird. Aber daß die Verhältnisse einmal so liegen, dafür können doch

[1]) Wurden schon zur genüge angegeben, und finden sich auch in den Reform-Verlangen für die drei Productivstände genannt.

alle **Die** nichts, welche sich mit ihnen beschäftigen und bestrebt sind, sie zum Wohle der Gesammtheit zu ändern. Und doch ladet man Vielen gegenüber fast immer ein Odium auf sich und erregt in Kreisen, zu deren Ressorts social-politische Fragen gehören, Mißtrauen und Aergerniß, wenn man in bestimmter, unbefangener Weise sich an ihnen betheiligt. Hierher gehört vor Allem auch die Behauptung: daß man in politischer, wirksamer Weise nur dann die Socialdemokratie bekämpfen kann, wenn eine genaue Prüfung ihrer Postulate vorhergegangen ist, man sie deshalb nicht en bloc verurtheilt, sondern ihre berechtigten möglichen Verlangen von allen Beigaben trennt, die nur allmälig[1]) von einer Propaganda angereiht und mit den berechtigten Forderungen vermischt wurden, um die Arbeiter irre zu führen und die ganze Frage möglichst zu verdunkeln und zerfahren.

Ferner dürfte ebensowenig beanstandet werden, daß ein strenges, nachsichtsloses Vorgehen gegen die socialdemokratische Bewegung auch nur dann gerechtfertigt erscheint, und die bisher vermißten Wirkungen nur dann eintreten werden, wenn man an maßgebenden Orten unseren Vordersätzen entspricht. Kann man sich hierzu nicht entschließen, so wird man stets Gefahr laufen, eine große Masse von Unschuldigen, die unbedingt den weitaus größten Bruchtheil der socialdemokratischen Bewegung ausmachen, mitzutreffen. Die Folgen sind selbstredend: man stößt hierdurch alle besseren, zugänglichen Elemente, an die man doch gerade sein Appelle richtet, und auf die bei der Lösung der Frage besonders gerechnet werden muß, ab, und gibt sie einer wüsten, gewissenlosen Agitation preis. Alle Repressiv-Maßregeln, welche gegen die genannte Bewegung erlassen werden, vermehren dann nur deren Halt und fordern vielleicht erst gerade recht die besseren Elemente zu einem hartnäckigen Kampfe heraus, zum Frohlocken der internationalen Umsturzpartei. Den Emissären der communistisch-anarchischen Gesellschaft, deren Aufgabe wir bereits erwähnt, und welche nicht darin besteht, den Arbeitern zu helfen, und ihre materielle Lage zu verbessern, sondern lediglich ihre gedrückten und eminent verbesserungsfähigen Verhältnisse als Ausgangspunkt für

[1]) Siehe den Schluß des Vorworts.

eine systematische Aufreizung zu benützen, um eine revolutionäre Erhebung der Bethörten und überhaupt aller mißvergnügten Elemente zu ermöglichen, kann somit nicht wirksamer entgegengetreten werden, als wenn man volle Klarheit in die social-politischen Fragen bringt und durch Ausführung der berechtigten Reformen das Material für fernere Aufreizungen entzieht. —

Dieser Aufgabe entspringt meine Betheiligung an der Social-Politik; mich ihr unterziehend, trat ich im Mai 1880 bei Gelegenheit einer Versammlung süddeutscher Conservativen zu Ansbach mit einem motivirten Antrage[1]) auf Vertiefung und Fructificirung des „deutsch"-conservativen Programms vom Jahre 1876 zum ersten Mal wieder an die Oeffentlichkeit. Diesem Antrage folgte fast unmittelbar mein „Promemoria[2]) zur Sammlung aller christlich-conservativen Partei-Gruppen auf der Basis eines gemeinschaftlichen social-politischen Programms". —

Die sich nun rasch entwickelnde social-conservative Bewegung mit ihren verschiedenen Stadien ist wenigstens in politischen Kreisen bekannt und braucht nirgends eine eingehende, wahrheitsgetreue Kritik zu scheuen. Diese Thatsache, die leicht immer wieder bewiesen werden kann, wenn man ehrlich genug ist, überhaupt Beweise zu verlangen, schützte jedoch bisher keineswegs vor den bereits genannten, geheimen und offenen, Angriffen wie Verdächtigungen, weshalb ich hier noch einmal die Gelegenheit ergreife, dieses Gebahren tiefer zu hängen und dem größeren Publicum die nöthigen Erklärungen zu unterbreiten. Fährt man nun dennoch fort, mich auf der einen Seite als einen Spion des Centrums zu nehmen, auf der anderen, als Feind desselben zu kennzeichnen, und auf einer dritten und vierten mich als einen Socialdemokraten und Revolutionär oder als einen „Stockreactionär" hinzustellen, so mögen die betreffenden Leute ihre Denunciationen und falschen Anschuldigungen mit ihrem Gewissen und ihrer Ehre zu vereinbaren suchen.

Für jeden klarsehenden Menschen wird aber gerade durch die grundverschiedenen Anschuldigungen, die man gegen mich er-

[1]) Siehe Anhang! —

[2]) München 1880. Literarisches Institut von Dr. M. Huttler.

hebt, ihre völlige Grundlosigkeit ohne besondere Rechtfertigung ersichtlich sein. Indem die Socialconservativen einen besonderen social-politischen Standpunkt insofern einnehmen, als sie mit positivem Verlangen hervortreten und eine dilatorische oder rein akademische Behandlung der socialen und wirthschaftlichen Fragen auf das entschiedenste verhorresciren, mußten sie in concreten Fällen bald da, bald dort mit den Vertretern der Parteien, insbesondere aber mit den Führern der verschiedenen Fractionen in Folge ihrer noch besonderen „Fractionspolitik" collidiren. —

Da die Social-Conservativen aus gläubigen Protestanten und Katholiken bestehen, somit unbedingt auf dem positiven Christenthum verharren, trägt ihre freie Vereinigung keinen „confessionellen" Charakter an sich. Die Kräftigung des Christenthums erblicken sie in der Freiheit ihrer Kirchen, in der freien ungehinderten Bethätigung ihres Glaubens, und deshalb wurde auch auf der constituirenden Versammlung am 10. November 1880 in Frankfurt a. M. von 79 Protestanten und 14 Katholiken folgender Beschluß gefaßt:

> „Wir verlangen und erstreben die möglichst schleunige Beendigung des Culturkampfes und zu diesem Zwecke die Wiederherstellung der aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der Preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850, resp. deren Aufnahme in die Deutsche Reichs-Verfassung, unter Beseitigung der Maigesetzgebung, soweit sie mit jenen Artikeln in Widerspruch steht; eine grundsätzliche Regelung des Verhältnisses der Staatsbehörden zu den anerkannten Kirchen in einer den Eigenthümlichkeiten derselben entsprechenden Weise. Es schließt dies ein die Pflicht der Regierungen, der evangelischen Kirche durch Verleihung größerer Selbstständigkeit als bisher volle Entwickelung der ihr innewohnenden Kräfte zu ermöglichen."

Bei diesem Beschluß handelt es sich jedoch nur um den Kern der Sache, sodaß die wörtliche Formulirung je nach den verschiedenen Voraussetzungen und Verfassungs-Bedingungen der einzelnen Länder vorbehalten und respective freigegeben bleibt. Von den allgemeinen Grundsätzen, zu welchen sich alle Social-Conser-

vative bekennen, will ich hier nur die beiden ersten erwähnen; sie lauten:

1. Wir stehen ein für Kaiser und Reich und für das verfassungsmäßige Recht der einzelnen deutschen Staaten und Fürsten, und
2. wir erstreben die sittliche Durchdringung des gesammten Volks- und Rechtslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums.

Diesen Grundsätzen getreu gingen wir an die Arbeit; und wie uns jetzt durch die Rede des Herrn Minister von Puttkamer eine Satisfaction in Hinsicht auf unsere Behandlungsweise der socialdemokratischen Frage zu Theil geworden ist, so hatten wir seit Jahren schon öfter Gelegenheit erhalten, unsere Verlangen seitens anderer Parteien acceptirt und verwerthet[1]) zu finden. Wenn dies auch immer geschah, ohne sich auf die Quellen oder Impulse zu berufen, und man ganz besonders vor den Wahlen sich auf den social-politischen Standpunkt der Agrarier und Social-Conservativen stellte, so haben wir dagegen gar nichts einzuwenden; denn für uns ist und bleibt die praktische Durchführung unserer Verlangen die Hauptsache.

Im großen Ganzen haben wir Ursache, mit Freuden zu bemerken, wie sich in dem großen Kreise der staatserhaltenden Kräfte die bisherigen Mißverständnisse[2]) vermindern, die socialen

[1]) Selbst unsere verschiedenen Feinde werden nicht leugnen können, daß die social-conservative Bewegung vielfach anregend und befruchtend gewirkt hat. Die neuere Bewegung der Productivstände, besonders der Handwerker und Bauern datirt erst vom Jahre 1881 an.

[2]) Durch die wahrhaft unglückseligen confessionellen Gegensätze im Reiche, entstehen zwar leider immer von Zeit zu Zeit acute Zerwürfnisse und Kämpfe, die aber öfter sehr leicht bei einem gegenseitigen guten Willen theils ganz zu vermeiden, oder wenigstens in einer weit milderen Weise zu behandeln wären. Doch die Art der Behandlung fällt auf die Behandler zurück, und besteht kein Zweifel, daß öfter die subjectiven Auffassungen auf den beiden betreffenden Seiten sich schwer durch eine rein objective decken können. Es genügt oft nur ein Wort, ja oft nur der Ton des Wortes, um Aufregung und Erbitterung zu erzeugen, und von Neuem eine Kluft entstehen zu lassen. Die große und leider so vielseitige Schwäche der Menschen kommt bei diesem unglücklichsten der Streite zur vollen Geltung.

und wirthschaftlichen Fragen mehr concret gestellt und in ähnlicher Weise auch beantwortet werden, wie sich ferner allmälig ein offenes und bestimmtes Zusammengehen in allen wichtigen Punkten anbahnt. Mit dem Zunehmen des Ernstes der Situation muß denn doch für Alle, welche an den christlichen Axiomen unverbrüchlich festhalten, und für Kaiser und Reich unter allen Verhältnissen eintreten, mit nur einigem guten Willen ein Weg gefunden werden, auf dem in unzweideutiger Weise die Verlangen vereinbart und zum Heile des deutschen Volkes auch wirksam werden können. —

Siebentes Kapitel.

Geheime oder öffentliche, directe oder indirecte Wahl.

Da dieses Thema voraussichtlich bei den nächsten Wahlen eine ganz besondere Rolle spielt und Herr Richter und Genossen sich jetzt schon räuspern, um bei guter Stimme zu sein, so wollen wir nicht säumen, unsern Standpunkt jetzt schon zu präcisiren.

Wie für uns der Werth oder Nichtwerth der Handelsfreiheit und des Schutzzolles durchaus nicht abgeschlossen ist, und wir die Bedeutung der beiden Systeme keineswegs abstract, sondern in relativer Weise beurtheilen, indem weder das eine noch das andere System einen absoluten Werth oder Unwerth besitzt, diese sich vielmehr nur auf Grund ganz bestimmter Conjuncturen bestimmen lassen, so enthält für uns auch die Frage: „Geheime oder öffentliche, directe oder indirecte Wahl“ nur eine secundäre Bedeutung. —

Welche Wahlen zur Zeit die besten sind, wird von uns nur nach den Umständen entschieden, die sich aus der materiellen, politischen und socialen Lage der großen Schichten des Volks ergeben; auch die Wahlsysteme haben durchaus keine absolute, sondern nur eine relative Bedeutung. Der politische Sinn und der moralische Werth der Wahlen kommen nur dann zur Geltung und scheinen gesichert, wenn sie die wahre, unbeeinflußte Willensmeinung der Wähler zum Ausdruck bringen. Dieser

möglichst freie, unbeeinflußte Ausdruck ist somit der Zweck der Wahlen, und in dem Grade, als diesem entsprochen wird, ergibt sich auch der Wert der jeweiligen Wahlgesetze. Destutt de Tracy bemerkt in seinen Commentaren zum elften Buche[1]) von Montesquieu's Werk: „Der Geist der Gesetze" sehr richtig: „man müsse annehmen, daß die Institutionen nur im Verhältniß zum Wachsthum der Einsicht in der Masse des Volkes besser werden können, und daß die absolut besten nicht allemal die relativ besten sind; denn je besser sie sind, je mehr laufen sie den falschen Begriffen zuwider, und verletzen sie zuviele derselben, so können sie sich nur mittelst übertriebener Anwendung der Macht behaupten". —

Wir ergänzen den Commentar Destutts noch durch die Bemerkung: daß zum Besserwerden der Institutionen neben dem „Wachsthum der Einsicht der Masse des Volkes" nicht minder erforderlich ist, daß sich diese auch in der socialen Lage befindet, die „absolutbesten" Institutionen gebrauchen zu können. Sind die hier in Betracht kommenden Umstände verneinend, und wird die absolut beste Institution dennoch gewählt, so ist sie relativ schlecht. Nach dieser kurzen Erläuterung ergibt sich der aufgeworfenen Frage gegenüber unser Standpunkt ganz von selbst. In einer Zeit, in welcher der Mittelstand den höchsten Gefahren preisgegeben ist und immer mehr schwindet, sowie überhaupt die selbstständigen Existenzen von Jahr zu Jahr den Consequenzen der kapitalistischen Productionsweise und den allseitigen Ueberwucherungen des großen mobilen Kapitals erliegen, — in einer Zeit, in welcher die Prinzipien des modernen liberalen Staates noch fructificirt werden und sich hierdurch die sociale und wirthschaftliche Ungleichheit in der gefahrvollsten Weise quantitativ und qualitativ noch steigert, soweit die Macht und der Einfluß der Kapitalgewaltigen stets mehr erhört wird, scheinen uns die öffentlichen Wahlen nicht geeignet, die wahre Willensmeinung des in seiner Existenzfreiheit so sehr beeinträchtigten Volkes zum wahren Ausdruck zu bringen. Indem wir die praktischen Umstände und die unerbittlichen Consequenzen der bereits stattgefundenen und

[1]) „Von den Gesetzen, welche die politische Freiheit in ihrer Beziehung zur Verfassung ausmachen".

progressiv weiterschreitenden Besitzverschiebungen, sowie die ganze Bedeutung der Existenzunfreiheit des größten Bruchtheiles der Staatsangehörigen erwägen, kommen wir selbst zu dem Resultate, daß unter den gegebenen socialen und wirthschaftlichen Verhältnissen die öffentlichen Wahlen einen entschieden unmoralischen Charakter besitzen und die sittliche, wie politische Corruption bedingen und fördern müssen. —

Der materielle Zwang, der bereits schwer genug auf den Millionen social und wirthschaftlich Unfreier liegt, erweitert sich bei den öffentlichen Wahlen auch noch zu einem moralischen. Betrachtet man selbst nur flüchtig die Wahlvorgänge und überlegt, was[1]) von den Wählern gefordert wird, und welche Geltung und praktische Folge diese Forderung besitzt, so muß man auch die un-

[1]) Constantin Frantz schreibt in seinem bekannten Werke: „Der Untergang der alten Parteien und die Parteien der Zukunft" (Berlin 1878. Verlagsbuchhandlung v. M. Ant. Niendorf [jetzt Graf Behr-Bandelin]) auf Seite 48, wie folgt: „Ist denn ein größerer Widerspruch denkbar, als wenn heute der Fabrikarbeiter als *Staatsbürger* zur Wahlurne geht, um durch seine Abstimmung an der Entscheidung der wichtigsten Angelegenheiten seines Landes mitzuwirken, und damit für einen Moment ein Partikelchen des souveränen Volkes war — dieser Moment aber verschwunden, so befindet sich dieses Souveränitätspartikelchen einigermaßen in der Lage eines *Arbeitsthieres*, durch die ehernen Fesseln der leiblichen Nothdurft an die Tretmühle gebunden, durch die Peitsche des Hungers zur Arbeit getrieben. Ja noch schlimmer, denn das Arbeitsthier pflegt der Herr zu füttern, auch wenn zeitweilig die Arbeit ruht; stellt aber der Fabrikherr seinen Betrieb ein, so sieht der Arbeiter sich ganz einfach auf die Straße gesetzt und mag die Pferde und Ochsen beneiden, die immer noch ihren Stall mit einer gefüllten Krippe finden, oder auf die Weide gehen. Für ihn gibt es keinen Stall, keine Krippe und keine Weide. Hol' der Geier solche Freiheit und Gleichheit und das ganze Staatsbürgerthum noch obendrein.

Mit einem Worte, es ist der Widerspruch zwischen der rechtlichen Freiheit und Gleichheit und der thatsächlichen Unfreiheit und Ungleichheit. Dazu ein Gegensatz, der sich nicht etwa fortwährend mildert, sondern nach dem dermaligen Zug der industriellen Entwickelung sich unvermeidlich verschärft, sodaß den besitzlosen Klassen, im Ganzen und Großen, schon alle Aussicht verschwindet, jemals zu einer gesicherten und selbstständigen Lebensstellung zu gelangen. Muß nicht dieser Gegensatz in unserer Gesellschaft am Ende zu einer Katastrophe führen, vielleicht furchtbarer und gewaltsamer, als je eine gewesen?"

erträgliche Tyrannei einsehen, welche unter den gegebenen Verhältnissen bei den öffentlichen Wahlacten auftritt. **Der Wähler wird vermöge seiner Existenzunfreiheit gezwungen, im Sinne dieser Unfreiheit zu stimmen;** seine politische Freiheit wird zur eclatanten Unwahrheit, und die vermeintliche Freiheit muß er benutzen, um seine sociale und wirthschaftliche Unfreiheit zu befestigen und auch noch zu vertiefen; er unterzeichnet auf diese Weise einen Wechsel auf sein Elend. — Welche Gefühle von Haß und Verachtung werden da nicht gegen den Staat und die Gesellschaft nahe gelegt und groß gezogen?! — — —

So sehr wir auch in abstracto für die öffentlichen Wahlen sind, und in concreto für sie sein werden, wenn die Voraussetzungen für sie zutreffen, so entschieden sind wir unter den gegenwärtigen Umständen gegen sie. Wenn die von uns verlangten socialen und wirthschaftlichen Reformen durchgedrungen sind, deren Quintessenz die aufgestellten Thesen enthalten, wenn also der Mittelstand gesichert ist, und ihm durch eine weise Gesetzgebung immer neue Kräfte zugeführt werden, somit die Glieder der drei großen Productivstände an Existenzfreiheit gewinnen, und ihre politische Freiheit sich nicht mehr im grellen Widerspruch zu ihren socialen und wirthschaftlichen Verhältnissen befindet, **dann ist die richtige, glückliche Zeit angebrochen, in welcher öffentliche Wahlen auch den wahren Ausdruck der freien Willensmeinung des Volkes zu erkennen geben.** —

Man sieht, wie die von uns verlangten Reformen das ganze sociale, politische und wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes auf das engste berühren, wie sie gleichsam die unerläßlichen Vorbedingungen für alle ferneren Aenderungen und Reformen bedeuten, welche im Interesse des Staates und der Gesellschaft empfohlen und verlangt werden. Erst wenn die nöthigen gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Potenzen wieder hergestellt sind, kann man mit ihnen auch rechnen und kann bestimmte Acte von ihnen verlangen, während jetzt die Vorbedingungen fehlen, und man sich öfter an ein Publicum wendet, das nur noch in einer kleinen Minorität vorhanden und nicht stark genug ist, um den Anforderungen zu entsprechen, welche ihm seitens der Regierungen werden. Sollen Organe lebenskräftig fungiren, so müssen sie auch

in einer normalen Verfassung sein, und Niemand wird behaupten können, daß wir gegenwärtig noch einen gesunden kräftigen Mittelstand besitzen, in dem die Stärke des Volkes ruht, und von dem gleichsam die Pulse der Volkskraft ausgehen. In der Beilage 358 der Münchener „Allgem. Zeitung" stoßen wir in dem Schlußartikel: „Zur landwirthschaftlichen Frage" auf Zugeständnisse, welche zu schön und werthvoll sind, um sie hier nicht zu benutzen. In dem bekannten „Zweiseelenblatt" kommt endlich nach langem Irrlichtern der Hauptseele auch wieder die seit bestimmter Zeit sehr unterdrückte zweite Seele zum Vorschein, und begrüßen wir sie mit Freuden als eine lang entbehrte. Nachdem der Autor über die irischen Zustände gesprochen, fährt er weiter fort:

„Bei uns dagegen ist die Entwickelung schon so weit gediehen, daß wir anfangen, uns dem andern Ende zu nähern, auf welchem man wieder beim Ausgangspunkte, bei der Unterdrückung und dem Elend der Bevölkerung und bei der Herrschaft weniger Reicher, ankommt, wenn nicht dem Verfall der Landwirthschaft und insbesondere des Kleinbesitzes und Mittelstandes ernstlich gewehrt wird.

Oder sehen wir zu schwarz? Nun, was bedeuten denn die Tausende von Zwangsverkäufen Hand in Hand mit dem Rückgang des Viehstandes? Wie ging es denn im römischen Italien zu, daß der Bauernstand verschwand und die Latifundienwirthschaft sich breit machte, an der das Reich wirthschaftlich zu Grunde ging? Der Klein- und Mittelbesitz wurde durch keine Gesetzgebung gegen den beweglichen Reichthum geschützt, wurde ausgesogen, ausgekauft, und die Bauern wurden römischer Pöbel.

In Irland fanden, wie wir in des englischen Schatzkanzlers erster Rede lesen, zwischen 1854 und 1868 durchschnittlich 932 Austreibungen von Pächtern statt, zwischen 1870 und 1878 durchschnittlich 467.

Sind aber unsere Zwangsveräußerungen wirthschaftlich besser als diese Austreibungen? Ich denke, der Ruin eines Eigenthümers ist noch schlimmer als die Austreibung eines Pächters. Dabei betragen die Zwangsverkäufe in Bayern im Durchschnitt der drei Jahre 1880/82 nicht weniger als 2846, also das Drei- bis Sechsfache der irischen Austreibungen; dazu ist Irland an Volkszahl und Fläche größer als Bayern.

Soll man da „Friede“ rufen, da doch kein Friede ist? Nein, diese Zahlen sind geradezu erschreckend, und wenn auch im übrigen unsere Landbevölkerung der irischen, Gott sei Dank, noch lange nicht gleichsteht, auf dem Wege dahin sind wir, das dürfen wir uns nicht verhehlen.

Die landwirthschaftliche Frage in Deutschland ist, ebenso wie die irische, nicht bloß eine wirthschaftliche, sondern auch eine eminent sociale Frage, bei welcher es sich um Gesundheit und Leben, um Sein oder Nichtsein der Nation handelt.

Aus jahrhundertelanger Knechtung und Bedrückung hat sich der ursprünglich freie deutsche Bauernstand mit Hülfe des Königthums emporgearbeitet, und der Humanismus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts hat das Verdienst, ihn auch von der übriggebliebenen Ueberlastung theilweise erlöst und ihm das Eigenthum seines Bodens großentheils wiedergegeben zu haben. Aber dieselbe politische und volkswirthschaftliche Richtung entfesselte auch andere Kräfte, deren überwucherndes Wachsthum nun von anderer Seite Gefahr droht, nämlich die Macht des sogenannten Geldkapitals und die Concurrenz des Auslandes, in Verbindung mit der römischen Anschauung von der Unbeschränktheit des Eigenthums, an welcher Rom selbst zu Grunde gegangen ist, und von der unbedingten Gleichheit der Ansprüche der Erben.

Man hat dem freien Spiel der Naturkräfte, d. h. des Egoismus, die Thüre vollständig geöffnet und vergessen, daß der Mensch seinen Verstand dazu hat, die Naturgesetze zu beherrschen und zu bändigen, denn „die Elemente hassen das Gebild der Menschenhand“. Was die Natur geschaffen hat, zerstört sie wieder, um Neues zu bilden; der Mensch aber kann und soll erhalten, was er erworben oder geschaffen hat, bis er mit Bewußtsein etwas Besseres daraus zu bilden und zu entwickeln vermag.

Vorläufig ist wohl alles darüber einig, daß ein bäuerlicher Mittelstand für das Staats- und Volksleben von unschätzbarem Werth ist. Ihn zu erhalten, ist also die große Aufgabe.“

Wir können im großen Ganzen mit diesen Ausführungen zufrieden sein und betrachten sie als ein interessantes Zugeständniß für die herrschende Nothlage. Bevor unsere Regierungen nicht Alles aufbieten, sich durch die Stärkung und Vermehrung des

Mittelstandes wieder ein freies, selbstständiges Publicum zu schaffen, so lange werden ihre Recepte die Erfolge verweigern, so lange werden sie von dem Volke nicht verstanden und werden immer mehr in die verhängnißvolle Abhängigkeit einer Klasse gerathen, welche den Wohlstand der breiten Schichten des Volkes untergräbt, ihre Autorität in der **bedenklichsten** Weise schwächt und durch die furchtbare Vermehrung der Staatsschulden und steigenden Concentrationen des Geldkapitals auf die Actionsfreiheit der Staaten in einer Weise reagirt, die in praktischer Beziehung einer Machtverschiebung bereits sehr ähnlich ist.

Achtes Kapitel.

Die neuesten preußischen Steuergesetz-Vorlagen.

Diese Materie tangirt zu sehr das oben Gesagte, um nicht auch sie in möglichster Kürze zu besprechen, umsomehr als diese Vorlagen ein neues Prinzip anzudeuten scheinen. Im innigen Rapport zu allen Aenderungen, welche die gegebenen Verhältnisse bessern sollen, stehen die Steuergesetze.

Wenn auch gern zugestanden wird, daß die preußische Regierung durch die beiden Steuergesetzentwürfe ein gerechtes, sehr weises „Prinzip“ zu inauguriren scheint, so ist andrerseits doch nicht zu verkennen, daß ihre Tendenz: ihm auch folgerichtig zu entsprechen, in den Entwürfen nur höchst schwach, nur „ein bischen“ hervortrat. Den Vorlagen mangelt besonders die Consequenz der ihnen doch scheinbar zu Grunde liegenden Ideen. Wenn wir auch mit Freuden die Erleichterungen für die ärmeren und geringer bemittelten Staatsangehörigen betrachten, so werden sie doch empfindlich durch die Rücksichten und Bevorzugungen gemindert, welche man gerade wieder den Großkapitalisten „schuldig“ zu sein glaubt. Wir finden für diese „Aufmerksamkeiten“ in den beigegebenen Motiven keine Erklärung und werden deshalb schmerzlichst an ein Verhältniß auch dieser Regierung mit der Kapitalsmacht erinnert,

das wir in ihrem, wie im Interesse des Staates auf das entschiedenste gelöst zu sehen wünschen. — —

Der „Reichsbote" brachte in seiner Nummer 8 vom 10. Januar wieder einen vorzüglichen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Progression in den Steuergesetz-Entwürfen," dem wir nachstehende Stelle entnehmen:

„Kühnere Socialpolitiker haben schon ausgesprochen, daß man es vielleicht in kurzer Zeit schon für Pflicht der Selbsterhaltung des Staats erkennen werde, einschneidende Maßnahmen ebensowohl gegen die Häufung des Kapitals als gegen die Vaterlandslosigkeit und die Leistungsunlust der Besitzer zu ergreifen.

Alle diese Anschauungen bewegen gegenwärtig die öffentliche Debatte, soweit sie die wirthschaftlichen Verhältnisse und Leistungen betreffen, und man hat vielfach allerdings erwartet, daß die neuen Steuergesetz-Entwürfe einigermaßen von denselben beeinflußt sein würden, wenn man auch schwerlich auf irgend einer Seite erwartet hat, daß diese Beeinflussung sehr tief gehen werde. Allerdings ist denn auch eine solche Beeinflussung bemerklich; aber diese ist nicht über die Oberfläche hinabgekommen, und sie hat wieder einmal die Form für die Sache genommen. Die Beeinflussung zeigt sich in dem Versuch einer Uebernahme der von verschiedenen Seiten empfohlenen Progression der Steuer, die sowohl bei dem Einkommen- als bei dem Kapitalrentensteuergesetzentwurf Anwendung gefunden hat. Wenn wir aber dies an sich als einen Fortschritt gern anerkennen, so ändert es nichts daran, daß der Fortschritt nur ein oberflächlicher ist.

Die Progression ist nämlich auf die mittleren und kleinen Einkommen beschränkt geblieben — also gerade auf die Einkommen, welche nicht nur an sich noch der Schonung bedürfen, sondern auch aus schwerwiegenden socialpolitischen Gründen zum Theil eher gesteigert als gemindert, zum Theil aber jedenfalls nicht verhältnißmäßig stärker als die großen Einkommen belastet werden dürfen. Und außerdem ist die beliebte Progression eine solche, welche gerade die schonungsbedürftigsten Einkommen am stärksten trifft und je milder wird, je leichter die Progression getragen wird und je gerechter dieselbe in Ansehung des gesteigerten

Vortheils von den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen erscheint.

Die Einkommensteuer beginnt mit dem Satze von 1200 Mark, bei welchem eine Steuer von 1 pCt. jährlich auferlegt ist. Mindere Einkommen sind frei. Man wird sich nun nicht verhehlen dürfen, daß in großen Städten ein Einkommen von 1200 Mark schon zu den sehr nothdürftigen gehört, wobei eine jährliche Steuer von 12 Mark, die sich durch Communalzuschläge leicht auf 24 und 36 Mark erhöhen kann, immerhin nicht allzuleicht getragen werden dürfte. Allein wir wollen gegen den vorgeschlagenen Satz zunächst nichts einwenden. Aber gegen die in den untersten Stufen beliebte Progression können wir ernstliche Bedenken nicht unterdrücken. Die Progression schreitet da mit 0,1 pCt. von hundert zu hundert und erreicht bereits bei 1500 M. Einkommen den Satz von 1,3 pCt. Dagegen läßt man bei einem Einkommen von 6—10,000 M. die Progression ebenfalls mit 0,1 pCt. erst von 1000 zu 1000 M. zu. Man muß hier fragen, warum bei diesem doch schon ganz auskömmlichen Einkommen eine zehnmal günstigere Behandlung als bei dem Notheinkommen von 12 bis 1500 Mark? Ueberhaupt ist die Progression derart, daß sie von 1200—3000 Mark um 1 pCt. steigt, während die Einkommen von 3—10,000 Mark auch nur eine Gesammtprogression von 1 pCt. aufweisen. Vielleicht walten hier fiskalische Erwägungen vor; aber, da es sich hier wesentlich auch um eine socialpolitische Reform handelt, so dürfen fiskalische Erwägungen doch erst in zweiter Linie kommen.

Es ist in der That zwar viel Grund vorhanden, die nothdürftigen Einkommen milder, die überflüssigen dagegen schärfer zu behandeln; dagegen nicht der mindeste, das umgekehrte Verfahren einzuschlagen. Auch gibt es gar keinen Grund, den Maximalsatz der Einkommensteuer auf 3, den der Kapitalrentensteuer auf 2 pCt. zu setzen und die Progression bei 10,000 Mark zu beendigen. Einen Maximalsatz halten auch wir für entsprechend; derselbe braucht sich aber nicht schon bei einem Einkommen bez. einer Rente von 10,000 Mark zu befinden. Man denke nur daran, wie leicht sich ein großes Vermögen der Besteuerung zu entziehen vermag. Die größten Einkommen in Preußen werden,

wie man weiß, seit einigen Jahren veröffentlicht. Nun haben wir uns aber bei jeder Veröffentlichung verwundern müssen, wie merkwürdig stabil seit Jahren diese großen Einkommen bleiben. Es handelt sich da um Einkommen von 2—3 Millionen. Daß die Betreffenden diese Summen nicht verbrauchen, steht fest; sie werden also zum Stammkapital geschlagen und tragen somit zur Erhöhung des Einkommens bei; diese Erhöhung aber suchen wir seit Jahren in der Versteuerung vergeblich.

Das ist die eine Seite. Die andere Seite liegt aber im staatlichen Aufwand für die Einrichtungen, welche zum Schutz der großen Besitzungen dienen. Wie groß dieser Aufwand ist, läßt sich freilich nicht feststellen; indeß können sich die Socialpolitiker seiner Inbetrachtnahme bei Beurtheilung des socialen Aufwandes und dessen Vertheilung — sei es selbst auf der Basis der Doctrin vom „Dienst und Gegendienst" — nicht mehr entziehen.

So sehr wir also der Aufnahme des progressiven Systems in die Besteuerung unseren Beifall zuwenden, um so weniger können wir uns mit der Durchführung desselben einverstanden erklären. Dieselbe muß der Gerechtigkeit jedenfalls mehr angepaßt werden. Absolute Gerechtigkeit läßt sich da freilich gar nicht erreichen, aber schreiende Ungerechtigkeit läßt sich doch auch vermeiden. Jedenfalls darf man die untersten Stufen nicht von 100 zu 100 steigern, wenn man die obersten Stufen von jeder Steigerung freiläßt."

Unter den übrigen trefflichen Artikeln der conservativen und Centrums-Presse fiel uns einer der „Germania" in Nr. 294 (zweites Blatt) des vorigen Jahrgangs besonders auf, und lassen wir ihn wegen seiner bedeutenden Prägnanz in den Sätzen folgen, die uns hier am wichtigsten scheinen. Nachdem der Artikel die verschiedenen Anlagen von Kapitalien zu 100,000 Mark besprochen und verglichen, fährt er fort: „Neben der Einkommensteuer (resp. Classensteuer) auf alle Arten des Einkommens werden von der Boden- oder Grundrente, von der Hausrente und von der Gewerberente noch besondere zweite Steuern erhoben, die Ertragssteuer, während einzig und allein die Zinsrente, die Kapitalrente keine zweite, keine Ertragssteuer trägt. Der preußische Staat erhebt von der Grundrente allein jährlich rund 40 Millionen Mark Steuer, von

der Hausrente rund 28¾ Millionen Mark und von der Gewerberente beinahe 19 Millionen; nur die Zinsrente, die Kapitalrente ist frei von einer besondern Steuer, das Kapitalvermögen bezahlt nur Steuer mit zu den 35 Mill. M. Einkommensteuer und zu dem noch geringern Betrage der Classensteuer; zu dieser Steuer müssen aber jene, mit rund 88 Mill. Mark Ertragsteuer bereits belasteten Grund- und Hausbesitzer und Gewerbetreibenden noch einmal beitragen, genau in derselben Weise und mit demselben Procentsatze der Steuer, wie die Kapitalbesitzer, und dann noch mit dem Unterschiede zu ihrem Nachtheile, daß sich besonders der höhere und höchste Kapitalbesitz sehr schwer controliren läßt, daher große Beträge der Einschätzung sich entziehen, während das Einkommen aus Gewerbebetrieb, und mehr noch aus Grund- und Hausbesitz, viel offener vor Augen liegt, und daher viel vollständiger und schärfer bei der Einschätzung gefaßt werden kann.

Ist das nicht eine ungeheuere Begünstigung des Zinsrenteneinkommens, einmal keine besondere Ertragssteuer zu zahlen, und dann auch noch bei der allgemeinen Einkommensteuer sich einer richtigen Einschätzung in großen Beträgen zu entziehen? Und liegt nicht in diesem Zustande des jetzigen preußischen Steuersystems eine crasse Bevorzugung einer bestimmten Erwerbsart? Und bedeutet diese Bevorzugung nicht, die Antriebe noch verstärken, welche in unsern Tagen ohnehin schon so sehr das Kapital von der mühsameren und riskantern eignen productiven Anlage abschrecken, und immer mehr es bloß in Form von Hypotheken, Obligationen, Werthpapieren aller Art „arbeiten" lassen? Ist es nicht z. B. eine bekannte Thatsache, daß in gar vielen Fällen der Kapitalist heute einem gewerblichen Unternehmen nur als Gläubiger gegen volle Sicherheit das Geld gewährt, was er früher unverhältnißmäßig häufiger in Form der Theilnehmerschaft einzuschießen pflegte? Und haben wir nicht ähnliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen Kapital und Production vielfach in den letzten Jahrzehnten erlebt? Ist es nicht auch zum Beispiel eine unendlich häufige Erscheinung, daß die Börsenberichte Ueberfluß an Kapitalanlage suchendem Gelde melden, während die verschiedenen Productionsarten Mangel an Betriebsmitteln haben und daran kranken? Warum nun also diesen

Hang der Zeit und diese Entwickelung der Erwerbsbewegung dadurch noch verstärken, daß man der Zinsrente auch noch ein Steuerprivilegium gewährt vor allen anderen Erwerbsarten?

Wie stellen sich ferner die verschiedenen Erwerbsarten in ihrer Entwickelung? Jüngst wurde darüber u. A. eine specielle statistische Darlegung veröffentlicht aus dem Großherzogthum Sachsen-Weimar. In einem solchen kleinen Ländchen lassen sich die Verhältnisse besonders genau übersehen und die Angaben haben höhern Werth. Hier wurde nun aber ziffermäßig die Thatsache constatirt, daß in den letzten Jahrzehnten die Vermögenszunahme im Großherzogthum weitaus am stärksten sei beim Geldgeschäft, danach bei den Gewerben, und erst dann kam im weiten Abstande die Landwirthschaft. Auch in der letzten Thronrede des Königreichs Sachsen, welche die Erwerbs-Verhältnisse möglichst günstig schilderte, wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß speciell die Landwirthschaft an dem Aufschwunge des Erwerbslebens gerade in letzter Zeit nicht theilgenommen habe. Wer wollte überhaupt leugnen, daß die eben erwähnte Entwickelung in Deutschland eine fast allgemeine sei? In immer größerer Verhältnißzahl bringen gerade die Geldmänner in die höheren und höchsten Stufen der Einkommensteuer vor, aber die Gewerbetreibenden und Grundbesitzer treten verhältnißmäßig zurück. Und da sollen gerade die Geldmänner, das Geldgeschäft, auch noch ein Steuerprivilegium genießen?

Der gesunde Menschenverstand sieht sofort ein, und die nationalöconomische Wissenschaft lehrt es positiv, daß Ertragssteuern auf alle Erwerbszeuge gelegt werden müssen, wenn sie nicht unnatürliche Verschiebungen im Zudrange zu den einzelnen Erwerbsarten und in der Lage der einzelnen Erwerbsarten schaffen sollen. Das liegt geradezu auf der Hand, und da die Liberalen trotzdem die endliche Erreichung des Zieles, durch die Kapitalrentensteuer unser bisheriges Ertragssteuersystem zu vervollständigen, bekämpfen, so machen wir darauf aufmerksam, daß z. B. Cunninghaus, der seit Jahrzehnten ein eifriges Mitglied des manchesterlichen volkswirthschaftlichen Congresses ist, daß ferner Mill u. A. diese Lehre vertreten. Von diesem Standpunkte aus erklären wir in unserer Ueberschrift die endliche Ein-

führung der Kapitalrentensteuer für eine volkswirthschaftliche Nothwendigkeit, um dem ohnehin zu sehr überwuchernden Geldgeschäft wenigstens den künstlichen Hebel des Privilegs der Ertragsteuerfreiheit zu nehmen, obgleich wir gleich zufügen wollen, daß das wirksamste Mittel der Besteuerung gerade desjenigen Kapitals, welches in erster Linie getroffen werden muß, in einer kräftigen Börsensteuer liegt, an der wir nach wie vor festhalten."

Die Erleichterung der sogenannten „Arbeiten" des von der Production getrennten Kapitals, somit dasjenige, dessen Besitzer es vorziehen, bei industriellen Unternehmungen oder bei solchen, die den Bodenwerth vermehren und hierdurch die Grundrente erhöhen, Gläubiger statt Theilnehmer zu sein, wird durch das Fallenlassen des progressiven Steuersatzes von 10,000 Mark an, wesentlich erhöht. Unter der Masse von Einwendungen, welche, durch die unglaubliche Lücke dieses Gesetzentwurfes nahegelegt, förmlich Sturm laufen, wollen wir hier nur die nennen, die sich auf das neue Privilegium dieser jedenfalls mehr „wuchernden," als „arbeitenden" Kapitalien beziehen. — Mit welchem Recht und aus welchen Gründen werden diese nur bis zu der relativ bescheidenen Höhe des Ertrags von 10,000 Mark in progressiver Weise herangezogen, während die Erträge über diese Summe hinaus keine Steigerung erfahren, obgleich gerade hier eine progressive Steigerung in Hinsicht auf die Finanzen erst ergiebig wäre, und vom Gesichtspunkte der Gerechtigkeit aus direct gefordert werden muß. Liegt es etwa im Interesse der Regierung, Kapitalien bis zu der genannten Höhe mehr zu belasten, ihre Existenz somit zu erschweren, hingegen höhere Ertragssummen zu befreien und hierdurch ihren Bestand zu erleichtern? Was für ein Aequivalent erhält die Regierung durch diese beziehungsweisen Härten einer- und Rücksichten andrerseits?

Geräth sie nicht gerade durch diese doppelt ungleiche Vertheilung von Licht und Schatten in einen ziemlich grellen Widerspruch zu dem eingangs erwähnten Prinzip? Das „bischen" Tendenz erleidet bei seiner praktischen Entwickelung im Handumdrehen einen derartigen Wechsel, daß der Standpunkt seines Ausgangs sich diametral zu dem verhält, der es abschließt. Man zog doch scheinbar aus, um die Bevorzugungen des großen mobilen

Kapitals zu vermindern, und kehrt heim, indem man ihm abermals Concessionen gestattet; man blieb nach einer ziemlich bekannten und immer viel Heiterkeit erregenden Manier mitten im Laufe vor einem zunehmenden Hinderniß stehen und umging es mit einer vielsagenden Miene. Wir könnten uns auf eine ganze Reihe von Aussprüchen des Fürsten Bismarck berufen, um durch sie unsern Standpunkt zu decken; den Gesetzentwürfen gegenüber springt förmlich die Frage auf die Lippen: welche Erfahrungen mußte der „eiserne", „schneidige" Kanzler wieder in Hinsicht auf die Großmacht der Geldsäcke gemacht haben, um ihr solche Concessionen zu gewähren? —

Um den Gesetzvorlagen auch noch einen ironischen Beigeschmack geben zu können, setzt uns die „Nationalliberale Correspondenz" in die erfreuliche Lage, sie von unserm Standpunkt aus citiren zu dürfen. Der „Kölnischen Volkszeitung" vom v. J. Nr: 353, zweites Blatt, entnehmen wir folgende Stelle: „Auch die „Nationalliberale Correspondenz" schlägt eine Fortsetzung der Progression für die Tarifscala in dem neuen Einkommensteuer-Entwurf nach oben vor. Sie sagt: „Bei dem Entwurf drängt sich die Frage auf, aus welchem Grunde bei Einkommen von 1200 bis 10,000 Mark eine progressive Besteuerung von 1 bis 3 pCt. vorgeschlagen wird, bei Einkommen von 10,000 Mark aufwärts aber eine Progression nicht mehr in Anwendung kommen, sondern ein feststehender Steuersatz von 3 pCt. gleichmäßig für alle Einkommen beibehalten werden soll. Ein durchschlagender Grund, die Progression nur bis zu dieser Grenze auszudehnen, läßt sich nicht erkennen, und mit dem sonstigen anerkennungswerthen Streben des Gesetzentwurfes, die unteren Einkommen zu entlasten und die höheren stärker heranziehen, steht dieser Vorschlag nicht im Einklang." — —

Es wird Sache der beiden conservativen Parteien sein, diesen Gesetzentwürfen die Sanction pure nicht zu ertheilen, und insbesondere mit aller Entschiedenheit darauf zu beharren, daß bei dem Kapitalrenten-Einkommen über 10,000 Mark nicht, wie angesetzt, 2 pCt. als Steuer erhoben werden, sondern daß die Erhöhung im Verhältniß zur Grundsteuer erfolgt. 5 pCt. des Einkommens aus der Kapitalrente dürfte unbedingt festgehalten werden. Wir hingegen halten nach wie vor eine directe progressive Einkommensteuer, deren Scala keineswegs das Kapital „aufzehren," ihm aber die nöthigen Schranken anweisen und es den staatlichen Interessen weit mehr als jetzt tributär stellen soll, als die gerechteste, wie rationellste Steuer. Was von ihr erfaßt wird, das ist bereits erworben und wird nicht dem Staate als „Vorschuß" oder Vorausbezahlung für erst zu erwerbende Werthe gegeben, welche öfter garnicht zu realisiren sind oder so kärglich erzeugt werden, daß hier factisch als von einer „Aufzehrung"[1]) oder mindestens von peinlichen Alterationen durch die Steuer gesprochen werden muß, die Fälle alle aufzuzählen, wo dieser Umstand eingetroffen ist und fernerhin eintreffen kann und wird, ginge über die Grenze der vorliegenden Arbeit weithinaus. Hier sollen nur die nöthigen Anhaltspunkte für weitere Behandlungen dieser Frage gegeben werden. Die directe progressive Einkommen-Steuer ist aber auch, wie bereits gesagt, die rationellste, indem sie ganz in dem Verhältniß nimmt, als steuerbare Werthe vorhanden sind. Sie hat auch noch den Vorzug, daß sie ganz besonders die leichten und lucrativen Erwerbsarten trifft, während die jetzigen Steuergesetze diese gegenüber der harten und schweren Arbeit direct bevorzugen. Sind die Arbeiten der großen und kleinen Händler, der Schacherer, Makler, Geldausleiher und die verschiedenen Banquier-Branchen etwa schwer und hart? Ich kann nicht leugnen, daß ich bei den Steuergesetzen auch weit mehr als jetzt das „sittliche Moment" berücksichtigt sehen möchte, **indem man der Art und Weise, der Arbeit, sowie ihren Zwecken, ebenfalls Aufmerksamkeit schenkt.** Alle, welche zum gemeinsamen Wohle arbeiten und schwere, harte Arbeiten verrichten, sollen in ihren Arbeitsverrichtungen erleichtert und bei ihrem Erwerb im Verhältniß zu allen Anderen, welche lucrative „Arbeiten" betreiben und sich in erster Linie von fremden Arbeiten „ernähren", geringer besteuert werden. Am Schlusse dieser Abhandlung möchten wir noch flüchtig zwei Punkte berühren.

Der eine betrifft die „patriotische" Drohung, — die zwar

[1]) Was bedeuten denn die massenhaften Subhastationen anders, als die stattgehabte Aufzehrung? Die Besitzer waren einfach nicht mehr im Stande, die Zinsen der auf ihrem Objecte ruhenden Kapitalien durch die Erträgnisse des Bodenwerthes oder durch ihre Arbeit zu decken.

in Hinsicht auf die Seiten, von welchen sie vornehmlich und stets mit feierlichem Pathos erlassen wird, kein besonderes Erstaunen erregen dürfte — daß das „heilige“ Kapital bei einer höheren Besteuerung „auswandern“ würde. — Diese Drohung ist geradezu lächerlich; denn abgesehen davon, daß das Kapital noch wesentlich besser im deutschen Reiche herangezogen werden kann, bis es bei uns mehr als in anderen Staaten belastet ist, so hängt es auch gar nicht von seinen „patriotischen“ Besitzern, die ohnehin ihrem weitaus größten Bruchtheile nach nicht zu den „Eingeborenen“ gehören — was immerhin einigermaßen ihre Auswanderungslust entschuldigt, ab, ihre Reichthümer an jeder Stelle beliebig „arbeiten“ zu lassen. Die Species dieser Herrn Proprietärs versteht es erst ganz besonders, — wann, wie und wo Geschäfte zu machen sind und wird ihren „Kränkungen“ niemals soweit nachgeben, daß sie Orte verläßt, wo sich für sie ein ergiebiges „Arbeitsfeld“ findet. Ferner würden die betreffenden „Patrioten“ allerorts, wo sie sich hinwenden wollten, schon Leute ihres Blutes finden und müßten mit diesen in einen Concurrenzkampf treten, der vorweg erhebliche Opfer kosten würden. Dann darf hier auch nicht übersehen werden, daß das gute Beispiel, das Deutschland gäbe, aus verschiedenen Gründen sehr bald in allen anderen Ländern nachgeahmt werden dürfte, wodurch unsere honorablen Vertreter der Großmacht von Mammons Gnaden aus der Charybdis in die Scylla geriethen, eine Perspective! welche nicht ohne Wirkung sein wird. Abgesehen von all diesem, befindet sich aber der Staat stets in der Lage, **nöthigenfalls durch sein Gesetzgebungsrecht gewisse Cautelen zu schaffen, welche ganz sicher ihren Zweck erfüllten.** Also „bange machen gilt nicht,“ und wir können vollständig beruhigt wegen der „patriotischen“ Drohung zur Tagesordnung übergehen. — — —

Wir glauben nicht, daß es im Interesse der genannten „Großmacht“ liegen kann, wenn sie die Regierungen und die Productivstände zu näheren Enquirungen über ihre Zwecke und ihre Bedeutung für den Staat und die Gesellschaft provocirt. — — —

Es dürfte aus den zu diesen Erhebungen berufenen Enqueten kaum der Nachweis für ihre Unentbehrlichkeit erbracht werden, und ebensowenig hat man zu erwarten, daß ihre Manipulationen

und überhaupt ihr Vorhandensein sich als gemeinnützig erweisen. — — —

Dem Zwecke auf Kosten des gesammten productiven Erwerbs für eine verschwindend kleine Zahl von Geldmännern die Centralisation aller Werthe zu erleichtern und ihnen das Recht der Monopolisirung der Werthzeichen zu überlassen, werden unabhängige und volksthümliche Regierungen sehr kühl gegenüberstehen. — — —

Es wird sich auch bei dieser Frage nicht anders verhalten, als wie es sich bei vielen bereits gelösten verhalten hat, nämlich: daß, wie sie für die Entwickelungen des Staates und der Gesellschaft in bestimmter Weise störend wirken und deren Grundlagen und bisherige Existenzbedingungen erschüttern, — ferner, wie sie in einem unerträglichen Grade auf das allgemeine Empfinden wirken, man sich auch eingehend mit den Ursachen und Wirkungen der die staatlichen und socialen Verhältnisse thatsächlich verschiebenden und alterirenden Erscheinungen befassen wird, wodurch es sich dann sehr rasch, wie in peremptorischer Weise, herausstellen dürfte, wie wenig innere Berechtigung und gemeinnützige Bedeutung die Substanzen der betreffenden Frage besitzen, durch welche man sich so lange hinhalten ließ, den Gesellschaftskörper den verderblichsten Einwirkungen aussetzte und die erheblichsten Beschwerden, wie Unzukömmlichkeiten ertrug. — —

Dem Zwecke: des „Geldmachens“ für einen verschwindend kleinen Bruchtheil der Staatsgesellschaft wird man mit mathematischer Sicherheit nicht bis an das Ende aller Tage das Recht zuerkennen, tausenden von anderen Rechten nicht allein zu nahe zu treten, sondern sie stricte zu expropriiren. Diesem höchst einseitigen, direct gemeinschädlichen Zwecke wird man, **wenn die Frage etwas mehr in das Stadium ihrer praktischen Behandlung eingetreten ist, die Zwecke der einzelnen Berufs- und Erwerbsstände, vor Allem aber den Staatszweck nach seiner sittlichen, socialen und politischen Bedeutung gegenüber stellen.** Die Zeit liegt nicht mehr so fern, wo man in der praktischen Ventilirung dieser Frage eine eminent conservative That erblicken wird.

— — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — —

Zum zweiten Punkte kommend haben wir statt der bekannten Drohung ein sehr beliebtes Schlagwort mit einigen Worten zu berühren. Wer hat nicht schon von dem schreckenerregenden Umstande der „Aufzehrung" des Kapitals gehört? Dieses wurde aber von der Presse der „goldenen Internationale" bei verschiedenen Gelegenheiten gebraucht und wird stets dann mit besonderem Nachdruck wiederholt, wenn es sich um eine rationelle Börsensteuer oder um die directe, progressive Einkommensteuer handelt. In diesen Fällen treten ganze Chöre auf, welche mit ihren Klageliedern die Luft erfüllen, während schon im voraus Andere das „Corps der Rache" bilden. Was man thatsächlich, und deshalb vernünftiger Weise unter Aufzehrung des Kapitals zu verstehen hat, braucht hier gerade so wenig auseinandergesetzt zu werden, als es nothwendig ist, daß wir uns besonders gegen die Absicht verwahren: als wollten wir das Kapital aufgezehrt sehen. Was wir vertreten, — und unser Kreis wird mit jedem Jahre größer — das ist eine progressive Einkommensteuer, bei welcher auch die Letifundienbesitzer mitgetroffen werden. Was nun speciell das Kapital betrifft, von dem hier die Rede ist, so erblicken wir in der steigenden Höhe der Steuer nichts Anderes, als eine Retablirungs[1]) — Maßregel,[2]) die im Interesse der Gesammtheit wirksam wird, wie sich Vermögen über ein noch zubestimmendes Maß gebildet haben. Diese Maßregel verliert bei dem ernsten, eingehenden Prüfer sehr bald ihre Schreckniss. Selbst abgesehen von den vornehmsten staatlichen und socialen Interessen, die wir ein für allemal über solche der Einzelnen stellen, basirt die progressive Besteuerung auf den gerechtesten Erwägungen, und würden durch sie die großen Ungleichheiten in den Erwerbs-Conjuncturen wenigstens einigermaßen gemildert. Es wird nicht mit Erfolg geleugnet werden können, daß mit der Größe des Kapitals auch die Sicherheit und die Gelegenheiten für seine Fructificirung wachsen, das Risiko abnimmt, und daß somit für eine bestimmte Kapital-Größe nicht allein eine *besondere* fiscalische, sondern aus sehr bestimmten Gründen auch eine besondere staatsrechtliche

[1]) In gewissem Sinne könnte man sie auch eine „Restitutions-Maßregel" nennen.

[2]) Ist nicht einmal neu, denn die alten Juden wandten sie schon an.

Beurtheilung und Behandlung erforderlich ist. Von einer gewissen Höhe an kann das Kapital Unternehmungen wagen, die für geringere Kapitalien unmöglich oder doch sehr riskant sind. In der Weise also, als das Kapital Zuwachs erfährt und die Sicherheit, sowie die Gelegenheiten für seine Unternehmungen wachsen, haben seine Besitzer für diese ihnen besonders günstigen Umstände auch dem Staate ihre besonderm Tribute zu zollen. Sie befinden sich in ganz bestimmten Ausnahms-Verhältnissen, welche bis jetzt keinerlei praktische Erwägungen erfuhren. Es müssen hier die nöthigen Aequivalente geschaffen werden, wenn unsere gegenwärtigen staatlichen und socialen Ordnungen nicht vollständig verändert[1]) oder gesprengt werden sollen.

[1]) Dr. Franz Hitze schreibt auf Seite 173—175 seines Werkes: „Kapital und Arbeit": „Diese Expropriation der Gesellschaft durch das mobile Kapital vollzieht sich mit der Regelmäßigkeit eines „Naturgesetzes", und wenn dieser „naturgesetzlichen" Entwickelung kein Einhalt gethan wird, so würde es gar nicht schwer sein, die Punkte dieser Entwickelung ziemlich genau im Voraus zu bestimmen. Und der Endpunkt dieser Entwickelung möchte näher sein, als wir ahnen — fünfzig bis hundert Jahre würden genügen, bis die ganze europäische Gesellschaft der Herrschaft einiger hundert Banquier-Familien unterworfen wäre.

„Nehmen wir z. B. nur folgende Berechnungen von R. Meyer:

„„Der Pariser Rothschild starb, wenn wir nicht irren, 1875 und hinterließ 1000 Millionen Francs. Man darf das Vermögen des Gesammthauses also auf 5000 Millionen Francs schätzen. Die Rothschilds machen viel mehr als 5 Procent jährlich mit ihrem Gelde. Rechnen wir indeß, daß dieses Mehr für ihren nicht eben luxuriös eingerichteten Unterhalt darauf gehe und sich ihr Kapital alle 15 Jahre nur verdopple. Wir sind zu dieser Annahme berechtigt, denn es hat sich vom Entstehen des Hauses bis jetzt *schneller* verdoppelt. Hätte es sich bisher nur alle 15 Jahre verdoppelt, so würde es betragen haben: 1875 = 5000 Millionen Francs; 1860 = 2500; 1845 = 1250; 1830 = 625; 1815 = 312; 1800 = 156 Millionen Francs. Aber im Jahre 1800 hatte der alte Rothschild noch so gut wie nichts. Wir sind also berechtigt zu behaupten, daß — wenn dem nicht durch Gesetze, durch Einschlagen einer anderen Wirthschaftspolitik in Europa Einhalt gethan wird — das Rothschild'sche Vermögen sich alle 15 Jahre mindestens verdoppeln wird.

„„Wie verhält sich dazu das Einkommen der übrigen Menschheit?

„„Das Königreich Sachsen ist eines der reichsten und wohlhabendsten Länder Deutschlands. Bei 2,700,586 Einwohnern ult. 1875 betrug das zur Einkommensteuer eingeschätzte schuldenfreie Einkommen für das Jahr

Wir hatten schon früher einmal bemerkt, daß es bei der richtigen Behandlung von „Fragen“ vor allem auf ihre Vertiefung und auf die richtigen Fragestellungen ankommt. So auch hier; denn in dem Augenblick, als man die ganze sociale und politische Bedeutung der Riesenkapitalien zu begreifen anfängt, wird man auch darüber klar werden, daß abnorme Verhältnisse nicht nach normalen Maßen zu betrachten und zu behandeln sind. — —

Die Gesetzgebung hat sich auf die gegebenen, auf die concreten Verhältnisse zu beziehen, und indem neue entstehen oder bereits bestehende Aenderungen und Wandelungen erfahren; welche bestimmte Wirkungen auf den Staat und die Gesellschaft äußern, hat sie Stellung zu nehmen und alle jene Neuerungen oder Ver-

459 Francs per Kopf; für 1877 nur noch 430 Francs. Das fünfprocentige Einkommen aus dem gegenwärtigen Vermögen der Rothschilds ist also so groß, wie das von 581,400 Sachsen 1877 war. Stiege das Rothschild'sche Vermögen nicht so schnell, wie es bisher gestiegen ist, sondern verdoppelte es sich nur alle 15 Jahre, und betrüge das europäische Durchschnittseinkommen constant soviel, wie das der Sachsen 1877, was natürlich auch nicht der Fall ist, da es niedriger ist, so ergäbe sich folgendes Resultat:

„„Das Rothschild'sche Vermögen beträgt im Jahre 1875 = 5000 Millionen Francs, das Einkommen daraus soviel, wie das von 580,000 Menschen, 1890 beträgt das Rothschild'sche Vermögen 10,000 Millionen Francs; das Einkommen daraus soviel wie das von 1,160,000 Menschen; jenes Vermögen beträgt 1905 = 20,000 Millionen Francs mit einem Einkommen wovon 2,320,005 Menschen — fast die Bevölkerung des Königreichs Sachsen — leben müssen; im Jahre 1920 beträgt es 40,000 Millionen Francs, 1935 schon 320,000 Millionen Francs mit einem Einkommen, wovon 37,120,000 Menschen leben müssen, d. h. etwa die ganze Bevölkerung des österreichischen Kaiserstaates müßte nach hundert Jahren für diese eine Familie arbeiten! Nun ist diese wohl die reichste Bankiersfamilie, indeß gibt es doch noch eine ganze Anzahl von zumeist jüdischen Banquiers, die auch schon ein so großes Vermögen besitzen, daß deren Einkünfte nur zum geringsten Theil consumirt, zum größeren Theile accumulirt werden.““

„Der Kapitalismus beherrscht die Gesellschaft und — die Staaten. Auch die politischen Körperschaften, Staat und Gemeinde, „verschulden sich immer mehr dem Kapital, kommen dadurch in steigende Abhängigkeit von denselben. Das ist die politische Seite dieser Entwickelung. So lüirt sich Kapitalismus und Politik, und die factischen Herrscher sind die Banquiers. So wird die „goldene Internationale“ eine Herrschaft begründen, wie sie umfassender und intensiver und auch tyrannischer die Welt nie gesehen hat.“

änderungen in Hinsicht auf ihre Einflüsse und Wirkungen zu prüfen. Sind diese nun der Art, daß sie die gegebenen Gleichgewichtsverhältnisse der Gesellschaft in gefährlicher Weise alteriren oder die Selbstständigkeit und Freiheit des Staates beeinträchtigen, involviren sie mit einem Worte Zustände, welche auf den Organismus des Staates verändernd wirken, ohne daß diese Veränderung gewollt werden, noch im Interesse der Staatsgesellschaft liegen, so müssen Gesetze[1]) in Kraft treten, welche diesen Veränderungen in heilsamer Weise begegnen. Nur auf diese Weise kann man durch die sociale Reformen der socialen Revolution[2]) zuvorkommen.

Von diesen Gesichtspunkten aus wird man Retablirungs-Maßregeln nicht allein für thunlich, sondern direct für nothwendig halten müssen, und ziehen sie eine „Aufzehrung“ des Kapitals noch keineswegs nach, selbst dann nicht, wenn die Steuer z. B. die Höhe von 50 Procent oder noch mehr betragen sollte.

[1]) Kann man entsprechende Cautelen gegen die Latifundien-Bildungen finden, so sind erstere auch gegen das staats- und gesellschaftsgefährliche Anwachsen des Großkapitals zu fordern.

Ich spreche es mit voller Ueberzeugung aus, daß die Verhältnisse, die ich hier nur flüchtig berühre, in nicht gar langer Zeit die öffentlichen Interessen vollständig beherrschen und die Hauptarbeits-Themas der verschiedenen Regierungen und gesetzgebenden Körper werden.

Diese Geldverhältnisse enthalten nicht etwa nur Theile der großen socialen Frage, sondern ich sage mit aller Bestimmtheit: sie ist lediglich aus ihnen entstanden.

[2]) Aus Nr. 25 des „Reichsboten“ entnehmen wir dem Leitartikel: „Die sociale Frage von der Kammer und von der Internatiale“ (Correspondenz aus Paris) folgende sehr bemerkenswerthe Stelle:

„Es bleibt nun zu erwägen, wie die Frage der socialen Reform, auf die es doch schließlich eigentlich ankommt, vor dem Forum der auf deutsche Initiative zurückzuführenden Internationale betrachtet wird. Ein einziger Satz der Antwort, die der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei auf das Rundschreiben des schweizerischen Actionscomités für eine internationale Arbeitsgesetzgebung ertheilt hat („Cri du peuple“ Nr. 76) illustrirt die socialistische Auffassung über die in der Kammer discutirten Reformen. Es heißt dort: „„Jede an der Unfähigkeit, dem Egoismus oder der Gleichgiltigkeit der Bourgeoisie gescheiterte Reform bringt der Arbeitersache dadurch Nutzen, daß sie aus den ihrer Klasseninteressen bewußten Arbeitern ergebene Parteigänger und Soldaten der socialen Revolution macht.““

Einzuwenden: daß auf diese Weise dem Unternehmungsgeiste und den Kapitalbildungen unerträgliche Schranken auferlegt würden, ist eine pure Thorheit, denn bei den großen Vermögen, bei welchen sich die Steuer z. B. auf 50 Procent des Ertrages belieſe, repräsentiren auch die übrigen 50 Procent Summen, die Jeder gern noch „mitnimmt“ und auch jedenfalls erworben würden. Hier sind noch zwei Punkte zu berücksichtigen, der eine betrifft den Umstand, daß das Kapital „arbeiten muß“, ob es hoch oder niedrig besteuert ist; der andere bezieht sich auf die Habsucht, auf die Unersättlichkeit, die einmal ganz besonders gerade bei derjenigen Kategorie der Großkapitalisten incarnirt sind, welche am ergiebigsten von der Retablirungs-Maßregel getroffen werden müßten. — —

Wie die harte, mühevolle und „gemeinnützige“ Arbeit in jeder Weise erleichtert und möglichst niedrig besteuert werden soll, so ist der mühelose Erwerb schon **an sich** und dann in der Weise als er steigt, einer höheren Steuer zu unterziehen, die allerdings einmal eine Höhe erreichen kann, auf welcher sich das Kapital aufzehren würde. In diesem Falle, der jedoch wahrscheinlich nie eintreten wird, wäre eine Selbstaufzehrung des Kapitals nur am Platze, und würde die Höhe der Steuer in praktischer Weise nichts Anderes bedeuten, als das Verbot: über die bestimmte Grenze hinaus noch reicher zu werden; **diese Steuer bildete die nöthigen Cautelen gegen einen gesellschafts- und staatsgefährlichen Reichthum.** — —

Die progressive Steuer an sich betrachtet, gewinnt von einer gewissen Höhe an einen eignen Charakter, sie wird nämlich zur Luxussteuer. — —

Wer bis zu der bestimmten Höhe reich und über sie hinweg noch reicher werden will, der bezahlt eben ganz einfach für diese „Liebhaberei“ um so und so viele Procente mehr. — —

Sehr richtig bemerkt Friedrich Albert Lange in seiner „Geschichte des Materialismus“: „Die Volkswirthschaft[1]) hat sich

[1]) Die Verhältnisse, welche durch die Besitzverschiebungen und durch die Consequenzen der plutokratischen Herrschaft seit den letzten zwanzig Jahren entstanden sind, verlangen außer der volkswirthschaftlichen Behandlung noch im erhöhten Gerade die staatsrechtliche. Nur in großer Verblendung und mit einer unglaublichen Kurzsichtigkeit kann man die Nothwendigkeit der staatlichen Initiative übersehen.

bisher noch nicht zur Aufgabe gemacht, die Vertheilung der Güter auf richtige Grundsätze zurückzuführen; vielmehr nahm sie in dieser Beziehung das aus dem Verhältniß von Kapital und Arbeit hervorgehende Resultat als gegeben an und beschäftigte sich nur mit der Frage, wie überhaupt die größtmögliche Masse von Gütern erzeugt wird. Diese materialistische Auffassung des Gegenstandes harmonirt vollständig mit der Anerkennung des Egoismus und mit der Vertheidigung oder Beschönigung der Pleonexie.“ — —

Wir schließen dieses Kapitel mit einer weiteren Stelle aus denselben Werke und empfehlen sie angelegentlichst der vollen Aufmerksamkeit des Lesers. Auf Seite 526 sagt der leider viel zu früh gestorbene Autor:

„Diese Ungleichheit, wir wiederholen es, ist ursprünglich nicht beabsichtigt; sonst müßten die Völker schon in ihrer frühesten Jugend mit Bewußtsein der Dogmatik des Egoismus gehuldigt haben. Ihr Sinn aber ist in jenen Perioden ein anderer.

„„Privatus illis census erat brevis,
Commune magnum““

sagt Horaz mit Beziehung auf die alten Römer, und selten ist der Gegensatz zwischen den Perioden lebendigen Gemeinsinns und überwuchernder Eigensucht so scharf und wahr gezeichnet worden, wie von diesem Dichter. Und doch waren es jene alten Römer, welche die Grundlage zu den Rechtsordnungen schufen, die Europa noch bewundert und benutzt. Wenn daher der Rechtsschutz und die Heiligung des Eigenthums mit dem Weizen zugleich das Unkraut hegen und aufwachsen lassen, so muß es Umstände geben, welche dies wider den Willen der Gesetzgeber hervorbringen, Umstände, welche entweder ursprünglich nicht beachtet wurden, oder welche vielleicht überhaupt gar nicht zu beseitigen sind. Bedenkt man, daß der geordnete, gesetzmäßige Zustand zwar nur durch das Erwachen des sympathischen Gemeinsinns und durch Abnahme der roheren egoistischen Triebe entstehen kann, daß aber der Egoismus in einem solchen Gemeinwesen, wie z. B. das der alten Römer, immer noch eine sehr bedeutende Rolle spielt und nur gleichsam in Schranken gebracht ist, innerhalb deren er als berechtigt anerkannt wird: dann wird man auf die Frage geführt,

warum nicht in ähnlicher Weise Schranken gegen die überwuchernde Besitz-Ungleichheit aufgestellt wurden, um das heilsame Gleichgewicht zwischen Egoismus und Gemeinsinn aufrecht zu erhalten. Wir finden dann, daß gerade im alten Rom die edelsten und besten Männer sich an der Lösung dieses Problems vergeblich versucht haben. Es ist auch ganz natürlich, daß diejenigen Besitzenden, welche sich nicht gerade durch Gedankenschärfe und Opferfreudigkeit auszeichnen — ohne übrigens schon Dogmatiker des Egoismus zu sein — zunächst in allen Versuchen einer solchen Erwerbs-Beschränkung nur den Angriff auf das Eigenthum sehen, und daß ihnen die Erschütterung der Grundlagen der Gesellschaft in einem übertriebenen Lichte erscheint, weil ihr Interesse mit dem Bestehenden gar zu eng verknüpft ist. Hätte man den römischen Optimaten zur Zeit der agrarischen Kämpfe die Geschichte der folgenden Jahrhunderte im Spiegel zeigen und den ursprünglichen Zusammenhang zwischen dem Verfall und der Accumulation der Reichthümer nachweisen können; vielleicht würden nicht Tiberius und Cajus Gracchus ihre Einsicht mit ihrem Blut und ihrem guten Ruf bezahlt haben."

Schluß.

Unsere socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse und durch diese in weit höherem Grade als gemeinhin angenommen wird und genügend ersichtlich ist, auch die politischen, gehen Abschlüssen entgegen, die, so mannigfach sie auch gedacht werden mögen, sicher nicht als glückliche oder solche betrachtet werden, auf welche die liberalen, modernen Staatsmänner mit und ohne Portefeuille stolz zu sein hätten. Aus den Werken selbst ergibt sich das reinste, objective Urtheil, aber nicht alle loben ihre Meister. Unsere Lage hat sich in einer Weise zugespitzt, daß bereits in den verschiedensten Lagern die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit gründlicher Aenderungen entstand und sich immer mehr befestigt. Nicht darüber besteht der Hauptstreit, daß Einige unsere gegen-

wärtigen Zustände aufrecht erhalten, die Anderen sie aber beseitigen wollen, sondern die Controversen sind durch die äußerst verschiedenen Standpunkte bedungen, von welchen man zu besseren, haltbaren Zuständen gelangen will. Was man von den verschiedenen Seiten unter: „bessere, haltbare Zustände" versteht, ist gerade so verschieden, als die Begriffe über Freiheit, wenn sie nicht dem Boden des Christenthums entwachsen sind, auf dem allein nur die concrete Freiheit zu blühen vermag, indem die wahre Freiheit ohne eine werkthätige Liebe, ohne Selbstbeherrschung und Anerkennung der Rechte Anderer nicht richtig gedacht werden kann. Was die Einen oder Anderen meistens unter Freiheit verstehen, wenn von ihnen die christlichen Principien verleugnet werden, ist nichts Anderes, als ihre Unumschränktheit, der zu Gefallen sich Andere in Allem einzuschränken oder auf Alles zu verzichten haben, was eben die specielle Freiheit der Ersteren ausmacht. So fühlt man sich denn von gewissen Standpunkten aus und in bestimmten Verhältnissen erst dann als frei, wenn diese für Andere ausgeschlossen und unerreichbar sind. Kurz: die absolute oder relative Unfreiheit der Einen erscheint erst den Anderen als **ihre** Freiheit. — Die außerordentlich weite Nutzanwendung, welche aus diesem unwiderlegbaren Satze zu ziehen ist, dürfen wir hier dem Rahm der Schrift gemäß nicht weiter verfolgen, und mag nur eine Hinweisung zur Erläuterung des Gesagten gestattet sein. Wenn die Vertreter der Kapitalmacht und des Manchesterthums von früh bis Nachts unter allen möglichen Anrufungen nach „Freiheit" verlangen, so verstehen sie unter derselben nichts Anderes, als die unumschränkten Aeußerungen der Gewaltmittel des mobilen Kapitals, dessen Freiheit in der Beherrschung aller wirthschaftlichen und gewerblichen Gebiete, somit in der Unterjochung oder absoluten Vernichtung aller kleinen wirthschaftlichen Potenzen beruht. Die Freiheit der Kapitalgewaltigen macht somit nicht blos bei der Unfreiheit aller ihnen entgegenstehenden Factoren Halt, sondern deren Vernichtung gehört zu der Entwickelung der „Freiheit", die sie verlangen. Von diesem Gesichtspunkte aus wird man auch am besten den Werth und die Wahrheit aller jener modernen, liberalen Freiheiten beurtheilen können; man wird die wahre Bedeutung der Gewerbe-, Wucher-,

Wechsel-, Actien- und Handelsfreiheit, sowie diejenige der schrankenlosen Freizügigkeit und Verehelichungsfreiheit bemessen können. Alle diese „Freiheiten“ dienen in der gegebenen und zügellos wie unvernünftig genossenen Weise durch ihre traurigen, destruktiven Folgen nur der Freiheit der kapitalistischen „Weltordnung“; sie bilden das Fundament, die Vorbedingungen zu ihrer unumschränkten Herrschaft, welche ihre Vertreter und Nutznießer als die ihnen zukommende „Freiheit“ betrachten. Auf diese Weise, deutsches Volk! hat man mit Deiner Freiheit und Wohlfahrt gespielt und Dich hintergangen. — Was der große Republikaner Cicero in seinen Büchern vom Staate sagt, trifft hier wahrhaft ergreifend ein. Er sagt: „Allzugroße Freiheit stürzt die Völker wie die Einzelnen in eine nur allzutiefe Knechtschaft“. — Und leben wir nicht bereits unter der Knechtschaft des Kapitals? Spricht man nicht allerorts von dem modernen Sclaventhum? Und leben wir nicht in der Reaction gegen die Ausbeutungen der menschlichen Kräfte und den „Mißbrauch“ von Freiheiten, welcher zur Verarmung und zum Verderben des Volkes führt, aus denen stets seine allergrößte, allerpeinlichste Unfreiheit hervorgeht? —

Hermann Lotze sagt im achten Buch, Kap. 2 seines „Mikrokosmus“: „Ueberblicken wir nun zusammenfassend diese geschichtlichen Wandelungen, so scheint uns das menschliche Leben sich mehr und mehr in einen Kampf um das Dasein zu verwandeln; die Vervielfachung kleiner Bedürfnisse und die nicht in gleichem Maß zunehmende Leichtigkeit ihrer Befriedigung verzehrt einen großen Theil der Kraft, die unbedingteren Zwecken hätte gewidmet werden können, ohne daß die Art der Anstrengung ihren Lohn oder doch einen Theil ihres Lohnes in sich selbst trüge. An die Stelle der Arbeit, die einst allerdings eine sich selbst erquickende Uebung der Thätigkeit war, tritt mehr und mehr das Geschäft, jenes wunderbare Geschöpf der Gesellschaft, das mit seinem vielverzweigten Zusammenhange, seiner von unserer Willkür unabhängigen Naturgesetzlichkeit gewissermaßen sein eigenes Leben führt und den Einzelnen zu seinem kenchenden Diener macht. Große Fortschritte der Einsicht, Erfindungen, gesellschaftliche Neubildungen aller Art dienen dazu, theils diesem Ungeheuer neue Kräfte zu geben, theils gegen die unerbittliche Folgerichtigkeit

seiner Entwickelung die Menschheit, die es geschaffen hat, einigermaßen sicher zu stellen, und wir pflegen das eine wie das andere zu bewundern. Wir stannen nicht ohne Zufriedenheit über den Anwachs der Riesenstädte, in welche die Natur des Geschäfts allmälig die Bevölkerung zusammendrängt, und vergessen oft, unter welche freudlosen und abscheulichen Bedingungen des Daseins hierdurch ein großer Theil der Menschheit versetzt wird; wir halten es für einen Fortschritt, wenn die zarte Kraft der Kinder zu nutzbarer Arbeit verwerthet oder dem weiblichen Geschlecht Arbeitskreise geöffnet werden, die der zunehmenden Anzahl der Ehelosen die Möglichkeit des Bestehens gewähren, und wir bedenken nicht genug, daß im besten Falle diese Einrichtungen doch nur erzwungene und völlig naturwidrige Bestrebungen zur Ausgleichung schwerer Uebelstände sind, welche die fortschreitende Verwicklung aller Lebensverhältnisse erst geschaffen hat.

„Daß dies nothwendig so der Welt Lauf ist, wenn sie sich selbst überlassen läuft, leugnen wir nicht und geben denen Recht, die es für unpraktische Weichherzigkeit halten, Zustände zurückzuwünschen, die nicht zurückzuführen sind. Aber auch der andere Theil der Wahrheit muß dann gesagt werden, der nämlich, daß dieser Lauf der Dinge an sich keine Vervollkommnung ist. Die zahllosen Einzelfortschritte des Wissens und Könnens, die ohne Zweifel in dieser Erzeugung und Verwaltung der äußeren Güter gemacht worden sind, haben sich noch keineswegs zu einem Gesammtfortschritte des Lebensglückes verbunden. Denn das Wachsthum dieses Glückes kann weder in der bloßen Vervielfachung und Verbesserung der Erzeugnisse oder in dem zunehmenden Lärmen der Industrie, noch in dem Kunststück gesucht werden, dasselbe erträgliche Gleichgewicht zwischen Arbeit und Lohn unter immer künstlicheren und verwickelteren Verhältnissen zu unterhalten. Nun ist höchstens das Letztere der Fall. Jeder Fortschritt brachte mit der Zunahme an Kraft, die er gewährte, auch eine entsprechende Zunahme des Druckes mit sich; je mannigfacher die einzelnen Elemente, die das System der Gesellschaft bilden, jetzt in ihren straffer angezogenen Verbindungen einander berühren, umsomehr gewinnen sie nicht nur durch die Vereinigung ihrer Kräfte, sondern leiden auch umsomehr von den Störungen anderer und

von den inneren Gegenstrebungen aller. Nie ist daher so lebhaft wie jetzt der Widerspruch aufgetreten, das ganze Leben, das man beeifert und emsig mitlebt, doch im Grunde nicht für das wahre zu halten und von einem anderen schöneren zu träumen, das man leben möchte und leben wird, sobald nur jenes Zeit lassen und einen Zugang zu ihm öffnen wird."

Der immer mehr hervortretende und peinlicher werdende Kampf ums Dasein wäre also die Quintessenz der Logik[1]) des „modernen liberalen Staates"?!"

Daß somit Aenderungen nothwendig sind und erfolgen müssen, darüber besteht keine Frage mehr. Soweit wären wir endlich alle zusammen gekommen; denn die Leute, die noch vor sieben Jahren bei sehr guter Stimme waren, als sie uns zuriefen: „wir sollten sie doch gewähren lassen, es handle sich nur um eine „Uebergangsperiode", die allenthalben schwierig sei, Geduld und auch Opfer verlange", müssen ihre Stimme verloren haben, sie schweigen wenigstens schon seit geraumer Zeit. Es handelt sich gegenwärtig also nicht mehr um die so viel besungene „Krönung des liberalen Staates", sondern um weit gehende Reformen auf den socialen wie wirthschaftlichen Gebieten, welche weit über die „Ideale" der modernen Liberalen hinausgehen. Wir glauben fast, daß die nationalliberale Partei gar nicht böse darüber ist, sich gegenwärtig außer Stand zu sehen, die Krönung dieses Gebäudes zu vollziehen; es bleibt ihr durch den raschen Verfall ihrer Aera Gelegenheit: sich mit „Würde" zurückzuziehen, indem sie, ähnlich wie in der ziemlich bekannten Dragonergeschichte, erzählt wird, replicirt: es wäre ihr doch noch gelungen, wenn sie nur noch 24 Stunden im Städtchen – nein! — am Ruder geblieben wäre. Das Bewußtsein, daß tiefgehende Veränderungen auf die eine oder andere Weise kommen werden, besitzen auch die Kreise, denen wir im vorigen Winter den Collectiv-Namen die „Geldmacherzunft" verliehen, vielleicht noch weit bestimmter, als es in anderen der Fall ist. Mit dem ihr eigenen Instinkte ist sie denn auch bestrebt, Fühlungen auf der Seite zu suchen, der zu trauen

[1]) Wer ein Ding nicht sehen will,
Dem helfen weder Aug' noch Brill'.

sie am wenigsten Ursache hat, und die ihr in materieller Beziehung auch am heterogensten gegenübersteht. Diese keineswegs mehr verborgenen Alliance-Bemühungen der Geldmacherzunft nach der angedeuteten Seite geben am besten zu verstehen, daß ihre Zuversicht auf die Haltbarkeit der gegenwärtigen Zustände keine feste ist. Und gehen wir alle Parteien durch, so glaubt keine einzige das Gegentheil. — — —

Ist ein bestimmter Glaube nun durch alle Schichten des Volkes gedrungen, so entwickelt er sich allmälig zu einer Macht, mit welcher gerechnet werden muß, und von welcher Graf Cavour sagte, daß sie der Welt eine andere Gestalt gäbe, wenn man ihr nicht zu begegnen verstünde. Es liegt daher im Interesse des Staates, daß man diese Macht zu leiten versteht, ihr die nöthigen Ventile gibt und durch ein richtiges Erkennen der ihr zu Grunde liegenden treibenden Kräfte diesen Bahnen anweist, wo sie, ohne zu verderben, wirken und sich hierdurch selbst des immanenten Druckes entäußern können, der sie erzeugte und treibt.

Haben sich Verschiebungen im socialen Leben ergeben, welche große Volksmassen in Gährung und Bewegung bringen, so hat man nur die Wahl: die betreffenden Verschiebungen durch entsprechende Reformen wieder auszugleichen oder es auf gewaltsame Aenderungsversuche der genannten Massen ankommen zu lassen, denen man alsdann die Gewalt des Staates entgegensetzt. Ein Drittes ist absolut ausgeschlossen und kann vernünftig nicht gedacht werden. Ancillon sagt in seinem Werke: „Zur Vermittelung der Extreme in den Meinungen" im Kapitel über die „Perfectibilität der bürgerlichen Gesellschaft": „das Beharren und das Festhalten des Erworbenen bildet den Stützpunkt der Thätigkeit des einzelnen Menschen und des Menschengeschlechts; die Vervollkommnung alles Bestehenden durch zweckmäßige, wohlangebrachte Veränderungen ist der andere Endpunkt und das immer vorrückende Ziel seines Laufes.

„Ueberwiegt bei weitem das Beharrungs-Princip das der Veränderung, so bleibt Alles im Stillstand. Die Kräfte werden durch Unbeweglichkeit gelähmt, es werden keine Verbesserungen angebracht, keine Entdeckungen gemacht, keine neuen Erfindungen versucht, der Schatz der Erfahrungen wird nicht vermehrt oder

nicht benutzt, der geistige und der materielle Reichthum nehmen ab, weil sie nicht zunehmen, und der Stillstand bringt unvermeidlich ein Zurückgehen mit sich.

„Geschieht das Gegentheil und gewinnt das Veränderungsprincip entschieden die Oberhand über das Beharrungsprincip, so tritt eine wilde Bewegung statt eines planmäßigen Fortgehens ein; durch eine unruhige Thätigkeit verzehren sich die Kräfte selbst. Man macht Alles anders als die Vorzeit, ohne Alles besser zu machen; unreife und unzweckmäßige Versuche trotzen und widersprechen den erprobten Erfahrungen: man verläßt die Bahn der Vergangenheit, um sich ohne Noth neue Bahnen zu brechen, oder man wechselt beständig den Weg, ohne eine bestimmte Richtung vor Augen zu haben. — Die Gesellschaft wird von dem Strudel ergriffen, die gesellschaftliche Ordnung läuft Gefahr, aus ihren Angeln gerissen zu werden, und das anscheinende Fortschreiten kann sehr leicht zu einem wirklichen Rückgange führen."

Wir enthalten uns hier aller noch so naheliegenden Nutzanwendungen auf unsere Verhältnisse und fahren fort: Offenbar kann es aber aus doppelten Gründen nicht im Interesse der Regierungen liegen, es auf die Entscheidung durch den Kampf ankommen zu lassen, bei dem sie nicht allein auch ihre Existenzen auf das Spiel setzen müssen, sondern ebenso diejenigen aller ihrer Staatsangehörigen, für welche sie doch die Verantwortung tragen. Hierbei drängt sich mächtig die Frage hervor: aus welchen Gründen wollten denn überhaupt die Regierungen gegen die nothwendigen Ausgleichungen sein, durch welche allein wieder die absolut nöthigen Gleichgewichtsverhältnisse in der Gesellschaft und dem Staate hergestellt werden können?

Was haben sie durch die Besitzverschiebungen, die zu Entäußerungen ganzer, ja der größten Volksschichten geworden sind, gewonnen?

Fühlen sie sich hierdurch etwa gestärkt? finden sie, daß ihr Ansehen beim Volke hierdurch gewachsen ist, seine Anhänglichkeit, Treue, Opferwilligkeit und „Leistungsfähigkeit" zugenommen haben?

Glauben sie endlich, daß sie genau den Pflichten entsprechen, die ihnen obliegen? und merken sie nicht, wie eine

dritte Macht allmälig immer bestimmter, eingreifender und selbst gebieterisch sich zwischen ihnen und dem Volke erhebt und sie beide nur als Mittel ihres Gewinnes und ihrer zukünftigen Allgewalt betrachtet? Können vernünftige, oder können überhaupt hier freie Gründe vorhanden sein, welche die Regierungen veranlassen, so furchtbare sociale, materielle, politische und moralische Opfer einem Systeme zu bringen, das sich in der stärksten Negative zum Wohlbefinden von neunzig Procent aller Staatsangehörigen befindet und ihren eigenen Bestand in dem Verhältnisse erschüttert, als ihre providentielle Bedeutung alterirt wird? — Und sprechen wir jetzt speciell von Deutschland, so liegt nachstehende Reflexion am nächsten. Wären im deutschen Volke nicht seine Anhänglichkeit, Treue und Liebe für seine angestammten Fürsten, sowie für Kaiser und Reich so tief begründet, und verdienten sie alle diese Gefühle nicht auch im hohen und höchsten Grade, es hätten sich bereits schon weit mehr[1]) Symptome als jetzt, und diese dann noch mit einem weit gefährlicheren Charakter gezeigt. Wenn wir aber das stetige Wachsen der Socialdemokratie trotz Socialistengesetz betrachten, so wird man doch einsehen müssen, was selbst bei dem bestangelegten Volke und bei aufopferungsvollen, pflichtgetreuen Fürsten die socialen, wie wirthschaftlichen Gleichgewichtsstörungen und Besitzverschiebungen, veranlaßt durch verkehrte Regierungssysteme, zu Wege bringen können. — —

Die **„Noth"**, wenn sie nicht durch äußere, sondern durch innere Verhältnisse erzeugt und weitergebildet wird, steht dem **„Patriotismus"**[2]) hinderlich, ja selbst feindlich gegenüber. — — —

[1]) Gerade in letzter Zeit haben sie sich wieder stark vermehrt und treten sehr bestimmt auf. Eine Organisation der Umsturzpartei ist abgeschlossen und zeugt sie von praktischer Einsicht und großer Entschiedenheit. — — —

[2]) Die Beilage der leider durch verschiedene Intriguen eingegangenen „Deutschen Landeszeitung", Nr. 133, Jahrgang 1880, enthält einen Artikel von uns mit der Ueberschrift: „Die Noth und der Patriotismus." Demselben entnehmen wir folgende Stelle: „In dem Grade, wie die volkswirthschaftlichen und socialen Verhältnisse die Nation drücken, der allgemeine Wohlstand jährlich zurückgeht, die Noth an die Thüren pocht, die blassen Wangen sich mehren, alljährlich viele Tausende den ererbten Boden

Wenn man daher dem Werdeprozeß der communistisch-anarchischen „Weltordnung" (?) mit Erfolg entgegenwirken **will**, so muß man ihm Kräfte entgegensetzen, welche die seinigen nicht blos sehr mangelhaft und fast ausschließlich nur äußerlich paralysiren, sondern direct neutralisiren. Ist der tiefe Grund der socialistisch-communistischen Bewegung der empfindliche Mangel

und das so liebe Heim verlassen müssen, die dann in den allermeisten Fällen von den Angehörigen einer „fremden" Nationalität in Beschlag genommen oder wieder an Andere veräußert werden, schwindet die Liebe für den heimatlichen Boden, der Glaube an eine weise und gerechte Fürsorge und das Vertrauen in die Zukunft.

„Diese drei gewaltigen Motoren des Patriotismus werden unter Erfüllung der angeführten Voraussetzungen in doppelter Beziehung vernichtet.

„Das Object, das den Einzelnen mit dem Ganzen verbindet, das ihm die Interessen und auch das Verständniß für dieselben verleiht, fehlt; kalt und scheinbar theilnahmlos sieht er die Subhastationen und sonstigen Entäußerungen an Anderen vollziehen, die sich nun gleich ihm „fremd" im eigenen Lande fühlen.

„Der materielle Verlust an sich und die Reflexionen über die Zustände, welche dieses Fremdwerden im eigenen Lande in den grellsten Farben illustriren, entwurzeln die Liebe zum Vaterlande und untergraben mit einer zwingenden Logik auch das Verständniß für den Besitz und die Besitzrechte.

„In derselben destructiven Weise, wie der Verlust des Heims wirkt, zehrt an der allgemeinen Flamme des Patriotismus die Vertrauenslosigkeit der noch Hartbedrängten.

„Der Glaube an ein Besserwerden erhält keine Nahrung, und mit dem Schwinden der Möglichkeit, sich auf seinem Besitze zu halten, oder seinen Arbeitsverrichtungen in der bisher harten, aber doch noch immer selbstständigen Weise nachzukommen, entflieht auch die Hoffnung, diese tröstende Fee aller Bedrängten und Leidenden.

„Wird dem Zersetzungsprozesse auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete, das im engsten Connex mit den Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung steht, nicht in praktischer, und wenn es sein muß, auch in rücksichtslosester Weise gesteuert, so ist es eine arithmetische Aufgabe der leichtesten Art, heraus zu rechnen, wie viele Volkstheile im Verlaufe eines Jahres die Liebe, den Glauben und die Hoffnung in Bezug auf ihr Vaterland und in Hinsicht besserer Verhältnisse verlieren müssen. Diese Entäußerten und dem eigenen Vaterlande Fremdgewordenen lassen sich denn auch weder in socialer, noch in materieller Beziehung ignoriren. Die Zeiten, in welchen die nationalliberalen Führer mit Emphase den Nothstand leugneten und sich somit einer officiellen Lüge schuldig machten, sind vorüber.

„Nach einem unerschütterlichen Naturgesetz drängt das Gleichartige zu-

des persönlichen Eigenthums und die Aussichtslosigkeit, sich unter den herrschenden Verhältnissen[1]) ein solches zu erwerben, so werden auch die Mittel ersichtlich sein, die man dem kapitalistischen „Enteignungs-Proceß" einerseits, und dem communistisch-anarchischen „Werdeproceß" andrerseits entgegenzusetzen hat. Nur weil die Besitzlosen im modernen „liberalen" Staate zu keinem persönlichen Eigenthum gelangen können, und die Angehörigen des Kleinbesitzerstandes immer weiter in die Reihen der Proletarier gestoßen werden, verlangen sie zusammen die Gemeinschaft der Güter und aller Productionsmittel; den Mangel des persönlichen Eigenthums wollen sie durch Erreichung des collectivistischen ersetzen; indem sie nichts für ihre Person haben, soll Alles der Gemeinschaft gehören. Sind das nicht sehr deutliche Winke für unsere Herren Staatsmänner? — — —

In diesem Bestreben liegt bei streng objectiver Betrachtung selbst eine gewisse Resignation; der Einzelne verzichtet zum Nutzen der Gesammtheit auf den ausschließlichen persönlichen Besitz und participirt nur als ein Theil des Ganzen an dem Staatseigenthum. In diesem Bestreben liegt der Drang, sich einen Ausweg[2])

sammen; es liegt in den Bedingungen von allem Werden, daß sich aufgelöste Theile sammeln. Nicht allein die verbinden sich, welche durch ihren Besitz oder ihren Beruf gleiche Interessen zu wahren und zu vertreten haben, sondern dasselbe Verlangen emanirt auch bei denjenigen, die nicht mehr zu vertreten haben, als ihren Magen und denjenigen ihrer Angehörigen.

„Allen anderen Interessen des Staates und der Gesellschaft stehen sie aber kühl, ja selbst erbittert gegenüber; sie stützen sich in einer meist noch unbewußten Weise auf das Naturrecht, welches man das Recht der Selbsterhaltung nennt."

[1]) Diese erhalten eine intensive Verschärfung dadurch, daß wir es nicht blos mit den Leuten zu thun haben, die bereits als „Enterbte" geboren wurden, sondern daß zu ihnen auch alle jene Schaaren mit den frischen bitteren Gefühlen stoßen, welche auf Grund der modernen liberalen Gesetzgebung in dem ungleichen Kampfe ums Dasein, den sie gegen die Allgewalt der Kapitalkräfte geführt, ihr Eigenthum verloren haben. Diese Schaaren wachsen rapid und bilden die Elitetruppen der Umsturzpartei.

[2]) Der Drang, einen Ausweg aus den herrschenden, rein kapitalistischen Werthserzeugungs-Verhältnissen zu suchen, wäre nicht entstanden, wenn der Preis der Arbeit in einem annähernden gerechten Verhältniß zum Preise des Kapitals stünde, mit anderen Worten: wenn der Preis der Arbeit

Wenn man daher dem Werdeprozeß der communistisch-anarchischen „Weltordnung" (?) mit Erfolg entgegenwirken **will**, so muß man ihm Kräfte entgegensetzen, welche die seinigen nicht blos sehr mangelhaft und fast ausschließlich nur äußerlich paralysiren, sondern direct **neutralisiren**. Ist der tiefe Grund der socialistisch-communistischen Bewegung der empfindliche Mangel

und das so liebe Heim verlassen müssen, die dann in den allermeisten Fällen von den Angehörigen einer „fremden" Nationalität in Beschlag genommen oder wieder an Andere veräußert werden, **schwindet die Liebe für den heimatlichen Boden**, der Glaube an eine weise und gerechte Fürsorge und das Vertrauen in die Zukunft.

„Diese drei gewaltigen Motoren des Patriotismus werden unter Erfüllung der angeführten Voraussetzungen in doppelter Beziehung vernichtet.

„Das Object, das den Einzelnen mit dem Ganzen verbindet, das ihm die Interessen und auch das Verständniß für dieselben verleiht, fehlt; kalt und scheinbar theilnahmlos sieht er die Subhastationen und sonstigen Entäußerungen an Anderen vollziehen, die sich nun gleich ihm „fremd" im **eigenen Lande fühlen**.

„Der materielle Verlust an sich und die Reflexionen über die Zustände, welche dieses Fremdwerden im eigenen Lande in den grellsten Farben illustriren, entwurzeln die Liebe zum Vaterlande und untergraben mit einer zwingenden Logik auch das Verständniß für den Besitz und die Besitzrechte.

„In derselben destructiven Weise, wie der Verlust des Heims wirkt, zehrt an der allgemeinen Flamme des Patriotismus die Vertrauenslosigkeit der noch Hartbedrängten.

„Der Glaube an ein Besserwerden erhält keine Nahrung, und mit dem Schwinden der Möglichkeit, sich auf seinem Besitze zu halten, oder seinen Arbeitsverrichtungen in der bisher harten, aber doch noch immer selbstständigen Weise nachzukommen, entflieht auch die Hoffnung, diese tröstende Fee aller Bedrängten und Leidenden.

„Wird dem Zersetzungsprozesse auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete, das im engsten Connex mit den Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung steht, nicht in praktischer, und wenn es sein muß, auch in rücksichtslosester Weise gesteuert, so ist es eine arithmetische Aufgabe der leichtesten Art, heraus zu rechnen, wie viele Volkstheile im Verlaufe eines Jahres die Liebe, den Glauben und die Hoffnung in Bezug auf ihr Vaterland und in Hinsicht besserer Verhältnisse verlieren müssen. Diese Entäußerten und dem eigenen Vaterlande Fremdgewordenen lassen sich denn auch weder in socialer, noch in materieller Beziehung ignoriren. Die Zeiten, in welchen die nationalliberalen Führer mit Emphase den Nothstand leugneten und sich somit einer officiellen Lüge schuldig machten, sind vorüber.

„Nach einem unerschütterlichen Naturgesetz drängt das Gleichartige zu-

des persönlichen Eigenthums und die Aussichtslosigkeit, sich unter den herrschenden Verhältnissen[1]) ein solches zu erwerben, so werden auch die Mittel ersichtlich sein, die man dem kapitalistischen „Enteignungs-Proceß" einerseits, und dem communistisch-anarchischen „Werdeproceß" andrerseits entgegenzusetzen hat. Nur weil die Besitzlosen im modernen „liberalen" Staate zu keinem persönlichen Eigenthum gelangen können, und die Angehörigen des Kleinbesitzerstandes immer weiter in die Reihen der Proletarier gestoßen werden, verlangen sie zusammen die Gemeinschaft der Güter und aller Productionsmittel; den Mangel des persönlichen Eigenthums wollen sie durch Erreichung des collectivistischen ersetzen; indem sie nichts für ihre Person haben, soll Alles der Gemeinschaft gehören. Sind das nicht sehr deutliche Winke für unsere Herren Staatsmänner? — — —

In diesem Bestreben liegt bei streng objectiver Betrachtung selbst eine gewisse Resignation; der Einzelne verzichtet zum Nutzen der Gesammtheit auf den ausschließlichen persönlichen Besitz und participirt nur als ein Theil des Ganzen an dem Staatseigenthum. In diesem Bestreben liegt der Drang, sich einen Ausweg[2])

sammen; es liegt in den Bedingungen von allem Werden, daß sich aufgelöste Theile sammeln. Nicht allein **die** verbinden sich, welche durch ihren Besitz oder ihren Beruf gleiche Interessen zu wahren und zu vertreten haben, sondern dasselbe Verlangen emanirt auch bei denjenigen, die nicht mehr zu vertreten haben, als ihren Magen und denjenigen ihrer Angehörigen.

„Allen anderen Interessen des Staates und der Gesellschaft stehen sie aber kühl, ja selbst erbittert gegenüber; sie stützen sich in einer meist noch unbewußten Weise auf das Naturrecht, welches man das Recht der Selbsterhaltung nennt."

[1]) Diese erhalten eine intensive Verschärfung dadurch, daß wir es nicht blos mit den Leuten zu thun haben, die bereits als „Enterbte" geboren wurden, sondern daß zu ihnen auch alle jene Schaaren mit den frischen bitteren Gefühlen stoßen, welche auf Grund der modernen liberalen Gesetzgebung in dem **ungleichen** Kampfe ums Dasein, den sie gegen die Allgewalt der Kapitalkräfte geführt, ihr Eigenthum verloren haben. Diese Schaaren wachsen rapid und bilden die Elitetruppen der Umsturzpartei.

[2]) Der Drang, einen Ausweg aus den herrschenden, rein kapitalistischen Wertherzeugungs-Verhältnissen zu suchen, wäre nicht entstanden, wenn der Preis der Arbeit in einem annähernden gerechten Verhältniß zum Preise des Kapitals stünde, mit anderen Worten: wenn der Preis der Arbeit

aus unerträglichen Zuständen zu verschaffen? Wie fast in allen anderen Verhältnissen erzeugen Uebertreibungen und unnatürliche Spannungen Reactionen; das „zu viel" der Einen fordert das „Nichts" der Anderen zu stark heraus, während es auf den kapitalistischen Productions-Gebieten für Besitzlose eine Unmöglichkeit ist, sich empor in die Klasse der Besitzenden zu arbeiten. Es hat sich daher in dem modernen liberalen Staate ganz allmälig ein sociales „Kasten-Wesen" entwickelt, nur mit dem Unterschiede, daß in ihm die Kaste der Groß-Kapitalisten und Groß-Industriellen nicht durch Jahrtausend alte Sitten, Gebräuche und durch staatliche, wie religiöse Gesetze als „höher" Geborne zu betrachten sind. Sie besitzen nichts, das ihre bevorzugte sociale Stellung in sittlicher, religiöser, geschichtlicher und staatlicher Beziehung er-

auch nur einigermaßen kleine Kapitalbildungen ermöglichte und hierdurch die Arbeiter in den Stand setzte, an den Gewinnen der Arbeitgeber zu participiren. Um den von der Socialdemokratie gewählten Ausweg überflüssig zu machen, sammelten sich aus den Reihen der practischen Conservativen und aus den anderen politischen Gruppen Männer, welche, wie verschieden auch ihre politischen und religiösen Standpunkte waren, in Hinsicht auf die Erhaltung der Gesellschaft und des Staates die conservativsten Principien vertreten. Aus den Reihen der Ersteren und der Centrumspartei bildete sich vorzugsweise die „freie" Vereinigung der „Social-Conservativen" (siehe Anhang Nr. 2.), aus den Reihen der Zweiten die gemäßigten Staatssocialisten. Der ganze Unterschied zwischen Beiden ergibt sich aus der Verschiedenheit ihrer kirchenrechtlichen Standpunkte. Während die Social-Conservativen auf das entschiedenste für die thatsächliche Beendigung des Culturkampfes eintreten und für die **beiden** christlichen Confessionen die ungetrübte Ausübung ihrer durch die Verfassung vom 31. Januar 1850 garantirten Rechte verlangen, legen die „Staatssocialisten" auf diese Forderung nicht den nöthigen Nachdruck und zeigen sich, ihrer Mehrzahl nach, der Regierungspolitik geneigt, welche immer noch die discretionäre Behandlung der kirchenrechtlichen Fragen gegenüber dem Ausgleiche durch eine staatsgesetzliche Regelung vorzieht.

In Betreff der gemäßigten Staatssocialisten und überhaupt in Hinsicht auf die social-conservative Politik äußerte sich die „Kreuz-Zeitung" in dem Artikel: „Individualismus und Socialismus", der in Nr. 29 beginnt, in derselben Nummer, wie folgt:

„In der That gibt es aber nichts Heterogeneres als eine wahrhaft social-conservative Politik und eine solche, welche auf Verstaatlichung des gesammten productiven Besitzes gerichtet ist, und nichts Homogeneres, als

klären oder rechtfertigen könnte. Alle höheren Stände, welche eine höhere oder bevorzugte Stellung besaßen, hatten außer ihren Vorrechten auch ganz bestimmte Pflichten, das heißt: die Vorrechte gründeten sich auf diese Pflichten und wurden durch dieselben erst concret. „Keine Würde ohne Bürde", sagt ein altes deutsches Sprüchwort. Bei der modernen Aristokratie, der „Geldmacherzunft", ist aber eben so wenig von einer „Würde", als von einer „Bürde" etwas wahrzunehmen; **sie hat Nichts als ihr Geld**, von einer **eignen** Pflicht, welche ihrer bevorzugten socialen Stellung obläge, ist keine Spur vorhanden, und ihre große Mehrzahl entzieht sich selbst den einfachen bürgerlichen, christlichen und patriotischen Pflichten. **Es ist noch in Aller Gedächtniß, wie unsere haute**

die auf individualistische Ausprägung des Eigenthums-Begriffes gerichtete Tendenz und die Bestrebung einer social-conservativen Politik.

„Ja, dieser Individualismus des Eigenthums ist so recht eigentlich ein conservativer Gedanke, wie wir sogleich in wenigen Worten klar legen werden, während der liberalistische Individualismus, welcher das Individuum in Hinsicht auf seine Dispositionsbefugnisse schrankenlos macht, wie eben so leicht nachzuweisen ist, die Individualität des Eigenthums aufhebt und es hierdurch dem Communismus entgegenführt.

„Denn kann es ein individuelleres, weniger communistisches Eigenthum geben, als den in der Familie befestigten Grundbesitz? Und ist es nicht stets das Ziel einer wahrhaft social-conservativen Politik gewesen, die Wiederbefestigung des Grundbesitzes — selbstverständlich auf moderner Grundlage — die Erhaltung dieses Besitzes in der Familie, als den Trägern des historisch gewordenen Staates, durch Einschränkung der zur Verschuldung und Veräußerung desselben drängenden Anreize, sowie durch Organisation des Grundbesitzerstandes zu ermöglichen? Freilich erscheint das Individuum im befestigten Grundbesitz nicht mit schrankenloser Dispositionsbefugniß begabt, sondern als sociales Glied, nämlich einerseits als Glied der Familie, welcher das Obereigenthum über den Grundbesitz zusteht, während das Individuum nur Genuß und Nutzung desselben auf Lebenszeit hat, andererseits als Glied einer Körperschaft, der zur Verfolgung gemeinsamer cultureller Zwecke und zur Ordnung der Creditverhältnisse sich bildenden Organisation der Grundbesitzer eines Kreises. Das Grundeigenthum selbst aber ist, je mehr es der Verschuldbarkeit und Veräußerlichkeit entzogen ist, je dauernder es im Besitz der Familie ist, ein um so individuelleres geworden. Es trägt dann das individuelle Gepräge der Individuen, der Familie, welche auf demselben sitzt, an sich."

finance anno 1870 kein Geld für Deutschland hatte, wohl aber sofort bereit war, die französische Anleihe zu unterstützen. Aus diesen Kreisen wird auch mit einer klassischen Unverfrorenheit behauptet, das Kapital sei international, es suche seine Chancen, wo es sie finde. Die practische Nutzanwendung dieser These führte auch jedenfalls zu dem bekannten Sprüchworte: Geld .... nicht. Der bekannte Ausspruch des Stammvaters der Rothschilde: „Mein Geld ist meine Ehre" ist für die große Mehrzahl der Mitglieder der „Geldmacher-Zunft" — goldenen Internationale — stereotyp geworden. —

Das Geld der Großkapitalisten, die wir im Auge haben, hat keinen anderen Zweck, als wieder Geld zu erzeugen; dieser Prozeß entbehrt jede sittliche, gemeinnützige Grundlage, und dennoch soll er entscheidend für das sociale Wohl von vielen hundert Millionen Menschen werden, dennoch sollen seinetwegen alle Gleichgewichtsverhältnisse zerrissen, der Bestand unserer heutigen Staaten erschüttert und die Gesellschaft in einer fortwährenden Gährung erhalten werden. Für **was**, für **wen** opfert man solche Güter? Den letzten Consequenzen **dieses** Processes gegenüber ist die Appellation an die Bajonette geradezu eine Thorheit; denn ist der von uns gedachte Moment eingetroffen, dann macht die bekannte ultima ratio der nicht minder bekannten Staatsweisen ein Fiasco der bedenklichsten Art. Wir sitzen in ganz Europa auf Pulver- und Petroleum-Fässern, unsere Füße ruhen auf Dynamit-Bänken, und trotzdem häufen sich die Zündstoffe fortwährend. Die „Staatsweisen"[1]) aber zucken höchstens mit einem verschmitzten Lächeln die Achseln oder zeigen sich blasirter denn je. In Wien[2])

[1]) „Ein Fürst, der eurem Rathe glaubt,
Dem steht die Krone schief zu Haupt." (Wolfram von Eschenbach.)

[2]) Die „Germania" schreibt im ersten Blatte ihrer Nummer 27 wie folgt: „Wer kann leugnen, daß die Lage in Oesterreich, diesem friedlichen Lande, allmälig an Sicherheit einzubüßen beginnt! Wo vor einem Jahre noch keine Ahnung einer tiefgehenden Agitation vorhanden war, mehren sich die Anzeichen einer solchen bereits von Tag zu Tag. Revolutionäre Druckschriften werden verbreitet oder entdeckt, an die Polizei gelangen Drohbriefe, und der Ermordung der beiden Polizeibeamten Holuk und Blöch liegt zweifellos eine gleiche agitatorische Führung zu Grunde. Nicht von Innen findet diese statt, und wenn sie auch innerhalb Unterstützung findet,

ist die Unsicherheit in dem Grade vorgeschritten, daß der Belagerungszustand erklärt werden mußte; nicht einmal die Gotteshäuser sind vor dem „fünften" Stande mehr sicher, und wird der Priester auf der Kanzel nicht geschont. Das sind wahrlich **Zeichen der Zeit**, „Mene, Tekel!", so deutlich und furchtbar, wie sie nur aus dem Inneren gänzlich verderbter und zur Anarchie bereiter Volksmassen möglich sind. Immer deutlicher zeigen sich die „Arbeiten" der internationalen Umsturzpartei, der man noch fortwährend schaarenweise die Opfer des modernen Wertherzeugungs-Processes in die Arme treibt. Unter solcher Auspicien ist die sociale Revolution unvermeidlich und unsere „Staatsweisen" erwerben sich um dieselbe ganz unleugbare Verdienste.[1]) Der communistisch-anarchischen Bewegung ist nur dann Herr zu werden, wenn man, wie es von unserer Seite fort und fort verlangt wird, und wie es auch unsere Thesen aussprechen, die nöthigen Mittel und Wege zur Bildung von kleineren und mittleren Vermögen schafft. In diesen Bildungen liegt allein das Arcanum gegen alle communistischen und anarchischen Tendenzen. Nicht minder klar ist, daß in dem Grade, als die Agitatoren der Umsturzpartei keine berechtigten Verlangen mehr stellen können, und in der Bewegung nach dem Ausspruche des Herrn Vice-Präsidenten des

so ist doch der eigentliche Herd außerhalb der Grenzen zu suchen. Also auch Wien wird sich nach der neuesten Nachricht durch Ausnahmsmaßregeln schützen. Atheismus geht mit Socialrevolution Hand in Hand. Religion ist die beste Schutzmauer gegen letztere. Wo Religion ist, braucht man keine Ausnahmsmaßregel; hat man die Religion aus dem Herzen des Volkes gerissen, und damit das Bollwerk gegen Unzufriedenheit und Leidenschaft zerstört, so werden auch polizeiliche Gewaltmaßregeln nicht mehr im Stande sein, dem entfesselten Elemente Einhalt zu gebieten. Und an Niederreißung dieses schützenden Dammes arbeiten die Liberalen blindlings, und merken nicht, daß sie die ersten sein werden, welche das von ihnen verlockte und verblendete Volk vor seinen Richterstuhl zur Rechenschaft fordern wird."

[1]) Was soll man sagen, wenn Minister den Conservativen widersprechen, sobald von diesen Gesetzänderungen vorgeschlagen werden, die dem Ueberhandnehmen des Proletariats steuern sollen? wenn Minister Gesetze vertheidigen, die notorisch destructive Wirkungen äußern? Würde eine communistische Regierung Orden zu vergeben haben, — was ja auch noch kommen kann — so hätten solche Herren sie jedenfalls verdient.

preußischen Staatsministeriums kein „gesunder Kern“ mehr steckt, man auch um so strenger gegen sie und all die Unverbesserlichen vorgehen kann. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die noch gesunden und unverdorbenen Elemente der Socialdemokratie von dem revolutionären internationalen Streberthum getrennt werden, das unter falschem Vorgeben: die Verhältnisse der Arbeiter zu verbessern, den verrücktesten Ideen Ausdruck verleiht und die Massen bethört. Nicht gerade wenige socialistisch-communistische Führer sind von dem brennenden, verzehrenden Ehrgeiz getrieben: die Aristokraten und, wenn es sich thun läßt, auch die strengsten Autokraten in ihrer neuen Welt zu spielen. Sie würden diesen Rollentausch ganz angemessen finden, wenn sie die Machthaber wären; dann hieße es auch hier: „Halt, Bauer! das ist etwas Anderes.“ Solche Leute feinden Alles am stärksten an, was sie selbst nicht haben[1]) oder nicht sind, was sie aber haben oder sein möchten. Ihre „gerechte“ Entrüstung entspringt dem Bewußtsein ihrer Nichtigkeit, der sie um jeden Preis, und gelte es ihr und das Unglück ihrer eigenen Genossen, ein Ende bereiten wollen. Das „Na! Na!“ des seligen Vater Wrangel ist diesen Herren gegenüber sehr am Platze. Darum vor Allem den Weizen von der Spreu getrennt, und durch weise Gesetze den „guten Kern“ aus der schlechten Schaale losgelöst!

Wir wissen zwar sehr wohl, daß verschiedene Staatsmänner in und außer Dienst unsere Thesen sehr „ungnädig“ betrachten; aber solange sie nichts Besseres wissen und ihre schaffenden Kräfte ganz der Erhaltung der Umstände widmen, die uns mit mathematischer Sicherheit den Katastrophen immer näher bringen, will uns dünken, daß ihre „Verschmitztheit“ gerade kein besonderes Vertrauen einflößt und ihre manierirten staatsmännischen Allüren am allerwenigsten zu Hoffnungen berechtigen. Sie mögen ihre Ohren verschließen und fortfahren, gegen uns zu intriguiren, so lange sie wollen, es hilft ihnen doch nichts; denn was ich in dieser Broschüre ausspreche und verlange, wird nicht allein in den Kreisen

[1]) Das trifft auch bei den meisten Atheisten ein, die wahrhaft fanatisch in ihrem Unglauben sind. Sie vertragen es nicht, daß die Gläubigen ihrem Glauben einen Ausdruck geben; in diesem liegt für sie ein Vorwurf, der sie peinigt, sie sind stets die Unduldsamsten gewesen.

der Bauern, Handwerker und Arbeiter gewünscht, somit von den drei großen Productivständen durch bereits starke Bruchtheile vertreten, sondern mit unbedeutenden Abweichungen werden die socialen und wirthschaftlichen Reformen noch von folgenden Parteien und Gruppen verlangt:

Als der ältesten der social-politischen Vereinigungen gehört den Agrariern oder Steuer- und Wirthschafts-Reformern der erste Platz; denn sie bilden den Stamm, der weit durch das ganze Reich seine Aeste zog. Die Namen: Wedemeyer †, Niendorf †, Perrot, Wilmans, Watzdorff †, Schulenburg-Beetzendorff, Stolberg, Thüngen-Roßbach, Mirbach, Hammerstein-Schwartow, Daël von Köth †, Elsner von Gronow, Schütze-Heinsdorf, bleiben unvergessen; denn diese Männer[1]) mit vielen Anderen, welche zuerst

[1]) Wir finden es sehr angezeigt, hier der Männer zu gedenken, welche, den verschiedensten Berufsständen und Lebensstellungen angehörend, sich mit der socialen und wirthschaftlichen Reformbewegung innerhalb des deutschen Reiches befaßten und sich mehr oder weniger große Verdienste um dieselbe erwarben. Ihr Andenken wird ein gesegnetes sein. — — —

Fürst Isenburg-Birstein, Graf zu Solms-Laubach, Fürst Hatzfeld-Wildenburg, Graf Arco-Zinnenberg †, Graf Schulenburg-Beetzendorf, Freiherr von Schorlemer-Alst, evang. Pfarrer A. Todt, Hofprediger Dr. Stöcker, Freiherr von Ungern-Sternberg, Dr. Edmund Jörg, Geheimrath Wagener, Professor Wagner, Dr. Alberts, Freiherr Felix von Loë, Dr. Bongartz †, Martin von Nathusius, von Nathusius-Lndom, evang. Pfarrer Engel, evang. Pfarrer Dietz, Dr. Hitze, Dr. Ratzinger, Kaplan Kurtz, kath. Pfarrer Wassermann, Dr. Eugen Jäger, Prof. Schmoller, Prof. Roscher, Dr. M. Rieger, Otto von Baar, Freiherr von Roëll, Freiherr von Huene Otto Glagau, Dr. Calberla, Dr. Petermann, evang. Pfarrer Diselkamp, Dr. Frege, Domkapitular Dr. Haffner, v. Thielmann, evang. Pfarrer von Seidewitz, evang. Pfarrer Schlosser, Freiherr Franz von Wambolt, Freiherr von Hornstein-Binningen, Freiherr von Düraut-Baranowitz, Hermann Lange, Dr. Beck-Rathsberg, Lieutenant a. D. Beck, Professor Pfaff, Langerichtsdirector v. Kirschbaum, Landgerichtsrath von Haas, Landgerichtsrath Glaser, Meyer von Schauensee, Fabrikant Konrad Ott, evang. Pfarrer Böhmländer, evang. Pfarrer Blendinger, die Freiherren v. Buddenbrock, Director Warth, Dr. Klett, Fabrikant Vorwinkel, Stiftungspfleger Schittenhelm, Buchhändler Scheuerlen, Bankier Zimmermann, Eduard Elben, evang. Pfarrer Frauer, Dr. Bernhard Förster, Liebermann von Sonnenberg, Dr. Ernst Henrici, Pickenbach, Professor Dr. Contzen, Professor von Miaskowsky, Fabrikant Georg Karl Zimmer, Dr. Prieger, Fritz Spiethoff, W. Marr,

und unter den schwierigsten Verhältnissen die Vereinigung gründeten, werden in den Annalen der deutschen Reformbewegung immer fortleben; sie brachen den Bann und zerrissen die Schleier, mit welchen der falsche Liberalismus im Bunde mit dem Manchesterthum seine eigensüchtigen, verderblichen Pläne verhüllt hatte. Den Agrariern am meisten verwandt ist der Verein der deutschen Landwirthe, welcher seine Congresse ebenfalls in Berlin fast regelmäßig nach den Generalversammlungen der Ersteren abhält. Einige Jahre später gründete Hofprediger Dr. Stöcker den christlich-socialen Verein in Berlin, und kurze Zeit darauf entstand unter dem früheren Kaufmann Herrn Alexander Pinkert der deutsche Reform-Verein in Dresden und, wie schon erwähnt, die social-

evang. Pfarrer Surmus, Geheimsekretär Schröder, Major a. D. Scheibert, von Wedell-Lindau, Freiherr von Puttlitz †, Gontard-Mockau, Knauer von Gröbers, von Debschitz, Inspector August Seehagel, Lehrer Raschke, Lehrer Vogt, Lehrer Foyuth, Lehrer Sebus, Conrector Heyse, Dr. Stolp, Sievert, kath. Pfarrer Grebe, Kaplan Ludwig, kath. Pfarrer Sturm, von Viereck †, Geheimsecretär Pflug, Fabrikant R. Herzog, die Hofbesitzer Steinborn, Baring, Laubinger, Krüger, Fritsche, Domänenpächter Oldenburg, Fabrikant Billing, Fabrikant Holz, evang. Pfarrer Zippelius, Behrens, Albert Treiber, Secretär Steinhäuser, Secretär Lenz, Biehl, Regierungsrath Wichmann, Kaufmann Baumann, Pleß, Spitzer, die Oeconomen: Herbert Kambeck, W. Ulbrich, Herbart Schneider, Krüger, Nüske, Säuser, Peter Odenwald, evang. Pfarrer Kraus, evang. Pfarrer Elwert, Knobel. An diese Männer reihen sich folgende Handwerker an: Brandenburg †, Köppen, Todt, Faßbauer, Weiß, Meyer, Fasten, Scheffer, Mertens, Uhemann, Cremer, Beck, Pohl, Metzner, Jacobs, Möller, Rübhausen, Ohlenschlager, Emmerich, Hahn, Salge, Heinze, Bernhard, Lütke, Lüdke, Gasedow, Gogg, Girge, Euler, Schulze, Braun-Berlin, Zwingauer, Menzenbach, van der Smissen, Mühlbach, Reich, Wirth, Stoll, Breuder, Grömling, Glöggler, Schild, Schnitger, Pilzecker, Voß, Altmann, Schedel, Grundel, Kropf, Haager, Krauß, Rieleder, Mettmann, Ralph, Zitzmann, Braun-Frankfurt, Leinceberger, Hahn-Sachsenhausen, Hofmann, Schönfeld, Rebmann, Gähr, Stühle, Kampka, Pfeiffer, T. Werner, Moldrix, Krautwald, Grös, Herrmann, Töpfer, Rudzick, Lehner Nottebrock, Rüdiger, Recke, Häcker.

Außerhalb des deutschen Reiches befassen sich in der umfassendsten und hervorragendsten Weise nachstehende Herren mit den socialen und wirthschaftlichen Reformen: der Prinz Alois von Lichtenstein, Freiherr von Vogelsang, Lorenz von Stein, Graf Apponyi, Graf Belcredi, Geistlicher Rath Knab, Pater Weiß — alle in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich: Graf de Mun.

conservative Vereinigung. Im Frühjahr 1881 wurde von Dr. Bernhard Förster der deutsche Volksverein gegründet, dem Herr von Liebermann-Sonnenberg, der schneidige Chef-Redacteur der „Deutschen Volkszeitung“ beitrat, und Dr. Ernst Henrici schuf den deutschen Reichsverein. Da man schon über Jahr und Tag von beiden Vereinen nichts mehr vernommen, werden sie wohl von dem christlich-socialen Verein des Herrn Hofprediger Dr. Stöcker absorbirt worden sein. Nicht zu übersehen ist, daß ein Theil der Centrums- und deutsch-conservativen Fractionen im Reichs- und Landtage mit großer Entschiedenheit, wenn auch öfter in Hinsicht auf die zu wählenden Mittel und die Grenzen der Verlangen, als von einander abweichend, die socialen und wirthschaftlichen Reformen vertreten. Als die Haupt-Wortführer der socialen Reform-Politik nennen wir nur folgende Namen: Kleist-Retzow, Schorlemer-Alst, Professor Wagner, Dr. Hitze, Hammerstein, Rauchhaupt, Minnigerode, Ludwig †, Dr. Stöcker, Stroßer, Hertling, Metzner. Was die oben genannten Parteien und freien Vereinigungen betrifft, so weichen sie in Hinsicht auf die socialen und wirthschaftlichen Reformen in principiellen Punkten durchaus nicht von einander ab, sondern nur bei Verlangen, die auf weiter gesteckte Ziele gerichtet sind, tritt eine scheinbare Abweichung ein, indem sie diese Verlangen bald mehr, bald weniger accentuirt, sowie in mehr oder weniger bestimmten Sätzen ausdrücken oder berühren.

Worüber aber auch nirgends nur die kleinsten Abweichungen stattfinden, das ist die höchste Verehrung und Liebe für unsern Kaiser und das unerschütterliche Festhalten am deutschen Reiche, das sind die Verlangen: durch weise, energische Reformen Licht und Schatten richtig zu vertheilen, die absolut nöthigen socialen und wirthschaftlichen Gleichgewichtsverhältnisse wieder anzubahnen, die ehrliche und mühevolle Arbeit zu schützen und ihr die Möglichkeiten wieder zu gewähren: ein Arbeitseinkommen zu gewinnen, das unter Beobachtung der Sparsamkeit und Wirthschaftlichkeit nicht allein den absolut nöthigen Lebensunterhalt deckt, sondern auch völlig hinreichend ist, um kleine und mittlere Vermögen entstehen zu lassen; das sind ferner die Verlangen: den Charakter des christlichen Staates durch alle Emanationen der Regierungen klar und außer Zweifel zu stellen; es sind die Verlangen: durch einen

Causalzusammenhang aller zu ergreifenden Mittel eben **dem** Staatszweck gerecht zu werden, den Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 9. Januar 1881 in anerkennenswerther Weise durch die Worte pointirte: daß auch die Herstellung eines höheren Maßes von Zufriedenheit aller Staatsangehörigen als solcher zu betrachten sei. Wenn meine Broschüre zur Anregung dieser Verlangen beiträgt, sie bestärkt, und wenn es meinen ununterbrochenen Bemühungen auch nur einigermaßen gelingen sollte, alle wahrhaft staatserhaltenden Kräfte zu einem gemeinsamen, zielbewußten Wirken zu vereinigen[1]), so ist in erster Linie mein Zweck erreicht, denn die Resultate eines **solchen** Zusammenwirkens werden in dem Abnehmen der socialen Gefahren und im Zunehmen des Vertrauens und der Zufriedenheit des deutschen Volkes zu erkennen sein, wodurch auch in der concretesten Weise den heißen Wünschen unseres Kaisers am besten entsprochen wird, die in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 enthalten sind und lauten:

„Wir würden mit umso größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." —

Auch diese Arbeit soll mit den Worten geschlossen werden: **Mit Gott für Kaiser, Reich und Recht!**

Laudenbach, den 31. December 1883.

[1]) „In der Sammlung und richtigen Benutzung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge."

Anhang.

Antrag des Freiherrn von Fechenbach-Laudenbach

an die

Versammlung süddeutscher Conservativer in Ansbach.

In Anbetracht der Nothwendigkeit, den conservativen Postulaten ein steigendes Interesse im deutschen Volke zu sichern, wodurch allein jene praktische Theilnahme zu erzielen ist, ohne welche unsere Wahlresultate nie zu den gewünschten Erfolgen führen werden, erlaubt sich der ergebenst Unterzeichnete der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten.

Antrag.

„Die Versammlung wird ersucht, eine Commission zu wählen, welche sich mit der Aufgabe befaßt, ein möglichst detaillirtes socialpolitisches Programm zu entwerfen."

Motive.

1) Ein social-politisches Programm in dem hier angedeuteten Sinn besteht nicht, und ist ein solches sowohl zur Klärung der Ansichten und Wünsche innerhalb der conservativen Partei, als nicht minder aus denselben Gründen für alle noch außerhalb derselben Stehenden dringend geboten.
2) Die social-politischen Verhältnisse und Bedürfnisse haben sich seit dem Jahre 1871 in einer Weise entwickelt und zur Geltung gebracht, daß jede Partei, welche bestimmte Ziele anstreben will, ferner Anspruch auf Prosperität und Regierungsfähigkeit erhebt, ihnen gegenüber feste Standpunkte einnehmen muß.

3) Dieselben sind jedoch nur durch die Feststellung eines Programms zu erzielen, welches in seiner detaillirten und doch prägnanten Fassung die Politik der Partei auch in Hinsicht der social-politischen Fragen vollkommen klarstellt.
4) Will die conservative Partei bei dem Gewerbe- und Arbeiterstande, sowie bei der landbautreibenden Bevölkerung auf rege Theilnahme rechnen, soll der conservative Geist im deutschen Volke wachsen und sich stärken, so ist es unerläßlich, daß sie ihre Postulate mehr präcisirt und durch ein Programm veröffentlicht.

Ausführungsentwurf.

1) Die Versammlung wählt eine Commission, welche unter sich die einzelnen Referate vertheilt.
2) Als solche wären in erster Linie zu nennen:
   a. Actien- und Börsenwesen. Zinsfuß.
   b Arbeiter-Versicherungs- und Vorschußkassen. Creditwesen.
   c. Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Unterstützungswohnsitz. Innungen. Heirathsrecht.
   d. Wucher- und Wechselfreiheit.
   e. Religion und Schule. Christliche Erziehung. Heiligung der Sonn- und Feiertage.
   f. Römisches Recht. Hypotheken und Rentenschulden.
   g. Das Verhältniß der Arbeit zum Kapital.
   h. Die neuen Justizgesetze und die eingeschmuggelten Privilegien.
   i. Allgemein politischer Standpunkt.
3) Sind die Materien von den Referenten ausgearbeitet, senden sie ihre Elaborate an den Ausschuß.
4) Sind alle Referate eingelaufen, so ist eine Versammlung des Ausschusses unter Beiziehung der Referenten anzuberaumen, und unterliegen die Referate und deren allenfalls beantragte Abänderungen den Majoritätsbeschlüssen.
5) Auf Grund der erzielten Resultate hat sich der Ausschuß mit dem der norddeutschen Conservativen ins Benehmen zu setzen.

6) Es wäre darauf hinzuwirken, daß auf einer allgemeinen Versammlung der deutschen Conservativen das Programm discutirt und endgiltig festgestellt würde.
7) Es ist keine Gelegenheit zu versäumen, den christlichen Standpunkt zu betonen, um alle christlichen Bürger zu einer großen conservativen Vereinigung zu vereinigen, welche allein im Stande ist, die nothwendigen social-politischen Reformen durchzuführen, und gerade hierdurch den destructiven Tendenzen in Beziehung der Religion, der Moralität, der Gesellschaft und des Staates, in praktischer Weise entgegenzutreten.

In der Klarheit der Postulate und dem Nachdruck des geeinigten Willens, liegt allein die Aussicht auf Erfolg.

Laudenbach, 15. Mai 1880.

Freiherr v. Fechenbach zu Laudenbach.

Eine socialconservative Vereinigung.

(Aus Süddeutschland.)

(Separat-Abdruck aus der „Deutschen Landes-Zeitung", 1881.)

In letzter Zeit war in Zeitungen und Zeitschriften vielfach die Rede von der durch die Bemühungen des Reichsfreiherrn v. Fechenbach in's Leben gerufenen neuen socialconservativen Vereinigung. Man würde sich nun sehr täuschen, wenn man diese Bestrebungen nur als einen Versuch betrachten wollte, unseren heutigen „conservativen Parteigruppirungen mit und ohne Zunamen" in den Parlamenten durch Aufstellung eines socialen Programms eine festere Grundlage im Volke zu schaffen, oder etwa blos eine Verständigung zwischen diesen mit der Fraction des Centrums als solchen herbeizuführen. Zur Realisirung solcher Bestrebungen fehlen leider heutzutage die Vorbedingungen. Es handelt sich hingegen bei den socialconservativen Bestrebungen von vornherein um nichts mehr und nichts weniger, als um die Sammlung aller Elemente des ganzen Vaterlandes, welche die göttlichen Lehren des Christenthums als nothwendige Basis für Staat und Gesellschaft in allen Verhältnissen anerkannt und vertreten wissen wollen zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Grundsätze des Liberalismus auf allen Gebieten, in welchen Nuancen dieselben auch immer zu Tage treten; um die Rechristianisirung des durch den Liberalismus entchristlichten Deutschen Volkes, um eine aus den Grundsätzen des Christenthums hervorwachsende gesunde und nachhaltige Reform insbesondere der in allweg gestörten socialen Ordnung.

Es ist demnach ebenso ungerecht wie ungerechtfertigt, wenn man, sei es aus Mißverständniß oder aus Parteiinteresse, auf der einen Seite die Bestrebungen des Herrn v. Fechenbach und seiner Gesinnungsgenossen beargwöhnt als bloße Machinationen zu Gunsten des Centrums, auf der anderen Seite dagegen dieselbe betrachtete als ein Manöver zu Gunsten der „Conservativen" der heutigen Parlamente, dem man von vornherein nur mit Mißtrauen begegnen dürfe. Keine von beiden Befürchtungen ist begründet.

Die Bestrebungen zur Bildung einer socialconservativen Vereinigung haben ihren Ursprung und ihre Berechtigung in der bodenlos traurigen Zerrüttung aller Verhältnisse innerhalb unseres Volkes und Volkslebens, mit denen ein jeder sattsam bekannt ist. Es dürfte sich dann aber auch kein vernünftig Denkender der Einsicht verschließen, daß die Heilung all dieser Uebel nicht zu erwarten ist von irgend einer der heutigen Parteigruppirungen an und für sich allein. Wer das behaupten wollte, müßte eben blind sein für die unzähligen „Wenn's", für das absolute Fehlen aller Vorbedingungen, die einer einzelnen Fraction die Möglichkeit gäben, mit oder ohne Regierung für das ganze Land den Rückweg zu finden aus dem traurigen Elende, in das es durch die liberale Wirthschaft gestürzt worden. Die einzelnen Fractionen sind nun aber im Allgemeinen einfach die parlamentarischen Organe der einzelnen Stimmungsströmungen des Landes.

Es richtet sich demnach der Aufruf des Herrn v. Fechenbach nicht an eine bestimmte Fraction als solche oder an ihre Anhänger im Volke, sondern an einen jeden positiv christlich gläubigen Bürger des Vaterlandes, evangelischer wie katholischer Confession, sowohl innerhalb als außerhalb der Parlamente, um Angesichts der Nothlage eine Vereinigung zu bilden, die auf christlichen Grundsätzen beruhend in einträchtigem Zusammenwirken ihrer Mitglieder aus beiden christlichen Confessionen dem Liberalismus entgegen einen echten und wahren Conservativismus vertritt durch die practische Anerkennung der göttlichen Berechtigung des Christenthums als Grundlage des Staates, als Quelle und Fundament der Anerkennung jedes Rechtes, als unumstößliche Norm für die Gesetzgebung und das Rechtsleben der Nation. Eine solche Ver-

einigung aller heute noch christgläubigen Staatsbürger würde allein im Stande sein, die sociale und wirthschaftliche Ordnung in den Verhältnissen der einzelnen Bevölkerungsklassen unter sich, im Geschäfts- und Verkehrsleben, im allgemeinen gesellschaftlichen Leben der Nation, wie in den Beziehungen der Staatsgewalt zum Volke resp. zu einzelnen Bevölkerungsklassen in, wenn auch langsamer, dann doch gesunder, steter und nachhaltiger Weise wieder herzustellen. Das und nichts anderes bezwecken die Bestrebungen zur Bildung einer großen socialconservativen Vereinigung, in deren Rahmen die einzelnen politischen Parteien der heutigen Parlamente, insoweit sie mit den christlichen Grundsätzen der Vereinigung harmoniren — zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben völlig intakt fortbestehend — mitberufen wären zur gemeinsamen Arbeit der Wiederherbeiführung geordneter socialer Zustände. Demnach besteht auch nicht die Absicht, dieser Vereinigung durch Bildung einer neuen parlamentarischen Fraction ein besonderes officielles Organ zu geben, wenn gleich die Weiterentwickelung der Dinge in unabsehbarer Zukunft eine solche Constellation in den Parlamenten möglicherweise ergeben könnte, daß aus Centrum und Theilen der heutigen „conservativen" Fraction eine neue socialconservative Fraction sich bildete, welche der socialconservativen Vereinigung im Volke entspräche. Indeß, diese Eventualität ist nicht beabsichtigt; es handelt sich vor der Hand nur um Aufstellung eines socialen und wirthschaftlichen Programms, auf Grund dessen durch Bildung einer großen socialconservativen Vereinigung eine thatkräftige christlich-conservative Action gegen den Liberalismus zum Heile des Landes zu betreiben ist.

Wie bekannt, fand nun am 10. November v. J. zu Frankfurt a. M. eine Versammlung statt, die besucht war von einer großen Anzahl von Vertrauensmännern aus beiden christlichen Confessionen, aus allen Gauen und allen Ständen des Vaterlandes. Dieselbe war vom Reichsfreiherrn v. Fechenbach einberufen behufs Vorbesprechungen über die Aufstellung eines den oben kurz fixirten und unten weiter entwickelten Grundsätzen entsprechenden socialpolitischen Programms, und diente zur Grundlage der Verhandlungen ein früher schon von Herrn v. Fechenbach

aufgestelltes Programm für christliche Socialreform. Das Präsidium führte Se. Durchlaucht der Fürst Karl zu Isenburg-Birstein. Die aus über 100 Mitgliedern bestehende Versammlung war durchdrungen von der Nothwendigkeit des gemeinschaftlichen und vorurtheilslosen Vorgehens gegen die, die gesammte christliche Cultur unseres Vaterlandes in Frage stellende materialistische widerchristliche Bewegung, getragen von dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit dem gemeinsamen Feinde gegenüber und athmete durchgehends den Geist der Friedlichkeit, Einmüthigkeit und Versöhnlichkeit. Dieser Geist zeigte sich in seinem schönsten Lichte, als man bei Berathung der „Allgemeinen Grundsätze für christliche Socialreform" zu der Frage kam, welche das Grundübel unserer Tage bildet, die wie ein Alp auf uns lastet und jedwede Möglichkeit der Heilung anderer Schäden des Volks- und Staatslebens ausschließt, wir meinen den sogenannten Culturkampf. Die Versammlung, einberufen zur Aufstellung eines „socialpolitischen Programms", hatte es sich nicht zur Aufgabe gemacht, ein neues Recept zur Beendigung dieses Culturkampfes aufzustellen; wenn sie sich indeß mit der Frage nach der Stellung der Staatsgewalt zu den anerkannten Kirchen, deshalb also mit der Beendigung des Culturkampfes beschäftigte, so war sie dazu berechtigt und verpflichtet auf Grund ihres christlich-conservativen Charakters und durch den von den Jahrhunderten geführten Beweis, daß es ohne das Christenthum in seiner praktischen Bethätigung keine sociale Ordnung gibt, sondern nur das Recht des Stärkeren, und daß eine gründliche, allseitige und dauerhafte Wiederherstellung der durch den Abfall der Gesellschaft vom Christenthum gestörten und zerfahrenen socialen Ordnung unmöglich ist ohne die freie und unbehinderte Mitwirkung der christlichen Kirchen. Sie faßte deshalb nach langer und eingehender Debatte, in welcher die Mitglieder beider christlicher Kirchen einander ein wahres und aufrichtiges Wohlwollen und brüderliches Entgegenkommen bewiesen, folgende Resolution:

„Wir verlangen und erstreben die möglichst schleunige Beendigung des Culturkampfes und zu diesem Zwecke die Wiederherstellung der aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850

resp. deren Aufnahme in die deutsche Reichsverfassung unter Beseitigung der Maigesetzgebung, soweit sie mit jenen Artikeln in Widerspruch steht; eine grundsätzliche Regelung des Verhältnisses der Staatsbehörden zu den anerkannten Kirchen in einer den Eigenthümlichkeiten derselben entsprechenden Weise. Es schließt dies ein die Pflicht der Regierungen, der evangelischen Kirche durch Verleihung größerer Selbstständigkeit, als bisher, volle Entwickelung der ihr inne wohnenden Kräfte zu ermöglichen."

Die Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß Ende Januar 1873 „zur Beseitigung jeglicher Bedenken an der Verfassungsmäßigkeit einzelner Bestimmungen der eingegangenen (Mai-) Gesetzentwürfe" den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Artikel 15 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde (publicirt am 5. April 1873). Um dem Culturkampfe völlig freie Bahn zu schaffen und alle Vorwürfe von Verfassungswidrigkeit, welche gegen Culturkampfvorlagen auch nach diesem „Declarations- (Abänderungs-) Gesetz zur Verfassungsurkunde vom 5. April 1873" erhoben werden könnten, zu beseitigen, wurde am 12. April 1875 ein „Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850", eingebracht, der am 30. Juni 1875 als Gesetz publicirt wurde. So verfuhr der Liberalismus mit dem durch Staatsverträge anerkannten verfassungsmäßigen Recht der Gewissens-Freiheit nicht blos der Katholiken, wenn es diese auch am meisten traf, sondern auch der Mitglieder der evangelischen Kirche im Staate Friedrichs des Großen.

Wenn nun die Frankfurter Versammlung beschloß, die Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 als Forderung in ihr sociales Programm aufzunehmen, so bewies sie sich dadurch als eine christliche, die sich nicht scheute, auch die Consequenzen ihrer christlichen Glaubenssätze zu ziehen, und sie qualificirte sich als wahrhaft conservativ in der Widerherstellung, Vertheidigung und Heilighaltung des natürlichen und historischen Rechts.

Wenn die Versammlung ferner beschloß, die Aufnahme der betreffenden Artikel in die Reichsverfassung zu verlangen, so hat sie damit den durch die Wandelbarkeit der parlamentarischen Majoritäten beeinflußten Regierungsmaximen gegenüber dem unzerstörbaren und unveräußerlichen Rechte der Gewissensfreiheit des deutschen Volkes die größtmöglichsten und gesichertsten Garantieen geben wollen.

Es gibt ein Gebiet, in welchem die Rechte und Pflichten des Staates und der Kirche sich gegenseitig berühren und in einander greifen. Bei gegenseitigem Wohlwollen und Aufrichtigkeit der Absichten wird auch hierin jede Collision der beiden von Gott gesetzten Gewalten zu vermeiden sein. Indeß war es von jeher das Bestreben der Träger der Ideen des Liberalismus, deren letzte nachweisbare Consequenzen zum Umsturz der Throne und Altäre geführt haben und noch führen, die augenblicklich wahrlich wahrnehmbar genug auch im Reiche einen weit ausgebreiteten Heerd gefunden haben, auf diesem Grenzgebiete Kirche und Staat in Conflict zu setzen. Das will die Frankfurter Resolution vom 10. November verhindert wissen durch „die grundsätzliche Regelung des Verhältnisses der Staatsbehörden zu den anerkannten Kirchen in einer den Eigenthümlichkeiten derselben entsprechenden Weise."

Diese grundsätzliche Regelung würde also der katholischen Kirche gegenüber zu erfolgen haben eventuell durch gegenseitige Uebereinkunft auf dem Wege des Vertrages in seiner Rechtskraft.

Für die evangelische Kirche verlangt die Versammlung von den Regierungen noch die Verleihung größerer Selbstständigkeit als bisher. Es ist nicht zu leugnen, daß nicht mehr der Landesherr, sondern der jeweilige Cultusminister in seiner Abhängigkeit von zufälligen Majoritäten heutzutage der Vertreter des Summepiskopats in der evangelischen Kirche geworden, und was dies Verhältniß für Früchte zeitigt und zeitigen kann, davon ist der Culturkampf Zeuge. Die Frankfurter Versammlung will also die evangelische Kirche von dieser Bevormundung und dem Summepiskopat des Cultusministers resp. der parlamentarischen Majoritäten gerettet wissen, damit sie so befreit von den sie beengenden Fesseln, sich gesund entwickeln könne im Rahmen der

Selbstständigkeit, die ihr durch die grundsätzliche Neuregelung ihres Verhältnisses zu den Staatsbehörden gegeben werden soll.

Soweit lassen sich die Forderungen der Frankfurter Resolution vom 10. November kurz zusammenfassen als: Beendigung des Culturkampfes, Freiheit beider christlichen Kirchen von jeder staatlichen Bevormundung und Fessel, resp. parlamentarischen Majorisirung, Regelung des Grenzgebietes eventuell in friedlicher Uebereinkunft. Die Veranlassung dieser Forderung einer sozialpolitischen Versammlung und ihre Berechtigung dazu liegt einfach in der Unentbehrlichkeit des Christenthums zur Lösung der sozialen Frage, und in der heute vorliegenden Unmöglichkeit für die beiden christlichen Kirchen — wir sprechen selbstverständlich blos von positiv gläubigen evangelischen Christen und nicht von Protestantenvereinlern — in genügender Weise den socialen Uebeln entgegentreten zu können.

Mit der im Vorstehenden behandelten Frage sind eng verknüpft die Eheschließung- und Schulfrage. Die Versammlung erwog hinsichtlich beider nicht so sehr die theoretische Principienfrage als die Nothwendigkeit der Abänderung und Heilung der augenblicklichen Schäden. Was die obligatorische Civilehe angeht, so ist angesichts der bekannten Rescripte des preußischen Cultusministeriums und der Umstände, die den Erlaß derselben verursachten, nicht zu leugnen, daß Zustände zu Tage getreten sind, die allem Christenthum Hohn sprechen und die Würde des Ehebundes als Band der Familie und Grundlage der gesellschaftschaftlichen Ordnung in den Staub getreten haben. Die Versammlung beschloß deshalb mit allen — über 100 — Stimmen gegen drei eine Resolution, wonach die facultative Civilehe an Stelle der obligatorischen gefordert wird. Ebenso wurde der Antrag auf Beseitigung des Simultanprincips in Schule und Schulverwaltung ohne Debatte einstimmig angenommen.

Aus allem Vorhergehenden geht hervor, daß die Versammelten ihre Resolutionen nicht nur gefaßt haben als treue Söhne ihrer respectiven Kirchen, sondern insbesondere als wahrhaft conservative Socialreformer, die da überzeugt sind, daß auch in den socialen Verhältnissen kein Heil ist außer in Christo.

Unter den allgemeinen Grundsätzen für christliche Social-Reform befanden sich an erster Stelle folgende zwei Paragraphen:

1) „Wir stehen ein für Kaiser und Reich und das verfassungsmäßige Recht der einzelnen Deutschen Staaten und Fürsten."
2) „Wir wünschen die sittliche Durchdringung des gesammten Volks- und Rechtslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums."

Dieselben wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Paragraph 3 behandelte die Culturkampffrage, zu welcher durch die vorgehend erörterte Resolution die Versammlung definitiv Stellung nahm.

Zu Paragraph 4:

> „Wir erkennen als den Kern der socialen Frage den Streit zwischen Kapital und Arbeit und fordern eine gerechtere Vertheilung ihres Ertrages durch Beseitigung der Vorrechte des großen Geld-Kapitals und Bruch mit dem Princip der schrankenlosen Concurrenz und des Gehenlassens von Seiten der Staaten."

wurde folgendes Amendement eingebracht:

> „Wir erkennen als den Kern der socialen Frage den Mangel des Christenthums in allen Schichten der Bevölkerung. In Bezug auf die brennende Frage des Verhätnisses zwischen Kapital und Arbeit fordern wir eine gerechtere Vertheilung ihres Ertrages, insbesondere durch Beseitigung der Vorrechte" . . . . . (wie oben).

Die große Bedeutung dieser Frage läßt es gewiß als berechtigt erscheinen, daß die Versammlung, welcher beide sich gegenseitig ergänzende Fassungen dem Sinne nach gleich sympathisch waren, sich nicht definitiv schlüssig machen zu dürfen glaubte, sondern beschloß, diesen Absatz der Redactions-Commission zur anderweiten Formulirung dem Sinne des dazu gestellten Antrags nach zu überweisen, und die Frage auf der demnächst in Berlin stattfindenden großen öffentlichen Versammlung definitiv zu erledigen. Dagegen nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Paragraph 6. „Wir verlangen möglichste Sparsamkeit in Reichs-, Staats- und Communalhaushalt und thunlichste Beseitigung der systematischen Vorgwirthschaft."

Eine nicht unansehnliche Rolle spielte in den Verhandlungen auch die Juden-Frage, die damals wegen der parlamentarischen Verhandlungen in besonderem Grade die Gemüther in Spannung hielt. Unleugbar hat diese Frage einen berechtigten Kern, und ist so mit der socialen Frage verwachsen, daß sie, von dieser getrennt, für sich allein nicht vollständig wird gelöst werden können. Dies konnte die Versammlung sich nicht verhehlen, weshalb sie denn nach längerer Debatte Referenten ernannte, um nochmals ohne Leidenschaft auf der Berliner Versammlung der Juden-Frage diejenige gewissenhafte Aufmerksamkeit zu schenken, welche sie wegen ihres weit und tief in alle socialen Verhältnisse eingreifenden Charakters verdient.

Damit waren die Verhandlungen über die allgemeinen Grundsätze für christliche Social-Reform erschöpft, und trat man jetzt ein in die Berathung der im Programm enthaltenen speciellen Forderungen für einzelne Erwerbszweige, nämlich für den Grundbesitz, das Handwerk, die Großindustrie, die Arbeiter im Groß- und Kleinbetrieb und die ländlichen Arbeiter. Die große Reihe dieser Fragen, ihre Bedeutung, die Unmöglichkeit, dieselben bei den vielen provinziell verschiedenen Verhältnissen unseres Vaterlandes in allgemein bindender Weise zu lösen, sowie der Umstand, daß viele derselben sich nur vom Opportunitäts-Standpunkte betrachten lassen, machte es zur Pflicht, Referenten über die einzelnen Fragen zu ernennen, eine definitive Beschlußfassung und Aufstellung eines detaillirten Programms über die einzelnen Fragen aber vorläufig zu suspendiren, um auf der nach Berlin einzuberufenden Versammlung die Vorschläge competenter Beurtheiler entgegen zu nehmen und zu berathen. Wegen der großen Schäden indeß, welche besonders das Handwerk erlitt, glaubte die Versammlung eine Ausnahme machen zu müssen und sprach sich schon jetzt für obligatorische, auf christlichen Grundsätzen beruhende, den Verhältnissen der Zeit entsprechende Innungen mit corporativen Rechten und Pflichten aus.

Schließlich wurde dann noch eine Commission von fünf Herren mit der Aufgabe betraut, auf Grund der definitiv beschlossenen Resolutionen über § 1, 2, 3 (Resolution über die Beendigung des Culturkampfes, facultative Civilehe und confessionelle Schule) und 6, die als durchaus bindend zu betrachten sind, sowie auf Grund der eingehenden Referate ein neues Programm über den speciellen Theil auszuarbeiten und der Versammlung vorzulegen.

Zum Schlusse unserer Ausführungen möchten wir das am 10. November in Frankfurt Erreichte, die Grundsätze, auf welchem die socialconservative Vereinigung sich aufbaut, kurz zusammenstellen.

Angesichts der socialen und wirthschaftlichen Zustände im Reiche ist es nachgerade die höchste Zeit, mit der „positiven Bekämpfung der Socialdemokratie" zu beginnen, d. h. vollständigst und allseitig zu brechen mit den Grundsätzen, deren Herrschaft uns die Socialdemokratie groß gezogen und die gesammte sociale und wirthschaftliche Calamität herbeigeführt hat. Die Heilung der augenblicklichen Calamitäten ist ja, wie jeder weitere Tag immer mehr beweist, nicht möglich durch die Rückkehr zu gesunden Grundsätzen in einzelnen Fragen resp. durch die von der Noth gebotene Lösung derselben, sondern kann nur dann in der nothwendigen vollständigen und darum auch nachhaltigen Weise erfolgen, wenn vom Fundamente herauf das ganze Gebäude in richtiger Weise restaurirt wird; alles bloße Flickwerk ist haltlos. Zur Durchführung einer solchen nothwendigen allseitigen Reform der socialen Ordnung genügt aber nicht die Kraft eines einzelnen der dazu berufenen Factoren, sondern, wie alle in Mitleidenschaft gezogen sind, zieht's allen gemeinsam Hand ans Werk zu legen: es ist Sache des Staates der beiden christlichen Kirchen und der ganzen Gesellschaft. Der Grund und Eckstein einer gesunden und lebenskräftigen socialen Ordnung, in welcher alle Theile organisch ineinandergreifen, und, sich gegenseitig unterstützend, zusammenwirken zum Heile des Vaterlandes, nicht zu dessen bloßer äußerer Glorificirung, das sind nur einzig und allein die christlichen Grundsätze in ihrer allseitigen praktischen Bethätigung. Der Abfall von denselben

hat sich stets furchtbar gerächt, auch wahrlich genug bei uns. Deshalb zurück zu den Grundsätzen, aus denen allein des deutschen Volkes Größe und Stellung in der Geschichte erwachsen ist, die auch allein uns jetzt noch retten können.

Die socialconservative Vereinigung wird sich also, in der festen Ueberzeugung, daß im deutschen Volke sich noch in ausreichender Zahl christlich gläubig gesinnte Männer finden, die ihr beistehen werden, mit Muth und Gottesvertrauen an die Aufgabe wagen, das nach Außen gefestigte Vaterland auch wieder im Innern groß und stark zu machen und lebenskräftig, indem sie es wieder christlich macht.

Im Vertrauen darauf, daß der christlich gesinnte Kern der Nation sich zu praktischer Thätigkeit als Sauerteig zur Regenerirung unseres gesammten Volks- und Rechtslebens aufraffen wird, hält sie fest „an Kaiser und Reich und dem verfassungsmäßigen Recht der einzelnen deutschen Staaten und Fürsten (§ 1)."

Indem die socialconservatiae Vereinigung „die sittliche Durchdringung des gesammten Volks- und Rechtslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums (§ 2)" erstrebt, hält sie fest an dem Grundrechte der Gewissensfreiheit und perhorrescirt jeden Eingriff in dieselbe, in welcher Weise und von welcher Seite auch immer derselbe kommt.

Sie bekennt sich zum positiven Christenthume, fordert Achtung vor demselben in seiner göttlichen Berechtigung und welthistorischen Bedeutung, erkennt dasselbe an als eine sociale Macht von segensreichster Wirksamkeit, betont die Nothwendigkeit der unbehinderten Mithilfe desselben an der socialen Reform, perhorrescirt jede Negation desselben, und steht auf dem Boden der auf dem historischen Rechte beruhenden unantastbaren Gleichberechtigung der christlichen Kirchen.

Indem sie jeden Angriff auf das göttliche und historische Recht der Freiheit der einen christlichen Kirche als einen Angriff auf beide in ihrer solidarischen Gleichberechtigung betrachtet, fordert sie die Mitglieder beider christlichen Kirchen auf zum Beitritt und zur Mithilfe an der Rechristianisirung

des ganzen deutschen Volkes und der Reform der socialen und wirthschaftlichen Ordnung.

Völlig auf dem Boden der Verfassung stehend, verurtheilt sie jede parlamentarische Majorisirung der beiden christlichen Kirchen und will eine solche Gefahr für alle Zeit abgewendet wissen. Zu dem Zwecke verlangt sie die „Wiederherstellung der aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 resp. deren Aufnahme (dem Wortlaute oder Sinne nach) in die deutsche Reichs-Verfassung" als möglichst größte Garantie für beide christlichen Kirchen. Sie erstrebt demnach auch „die Beseitigung der Maigesetzgebung, insoweit sie mit jenen Artikeln in Widerspruch steht, und eine grundsätzliche Regelung des Verhältnisses der Staatsbehörden zu den anerkannten Kirchen in einer den Eigenthümlichkeiten derselben entsprechenden Weise", worin eingeschlossen ist „die Pflicht der Regierungen, der evangelischen Kirche durch Verleihung größerer Selbstständigkeit als bisher volle Entwickelung der ihr innewohnenden Kräfte zu ermöglichen."

Die socialconservative Vereinigung wird die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten aus allen Kräften unterstützen in der Lösung der socialen Frage und erwartet von der hohen Einsicht derselben vertrauensvoll Anerkennung ihrer Bestrebungen zum Heile des Vaterlandes und Förderung derselben.

Auf dem Boden der Verfassung und der Grundsätze des Christenthums stehend, wird die socialconservative Vereinigung sich bestreben, den Grundbesitz zu erhalten und zu schützen, das Handwerk zu heben und zu fördern, die Arbeit zu erretten vor der Uebervortheilung durch das Kapital und in allweg den gestörten Organismus der socialen Ordnung wieder zu heilen.

Auf einer demnächst zu Berlin abzuhaltenden Versammlung wird nun die socialconservative Vereinigung auf Grund der in Frankfurt definitiv vereinbarten Grundsätze sich constituiren und mit ihrem speciellen Programm an die Oeffentlichkeit treten. Nachdem am 10. November v. J. der gemeinsame Boden für alle Conservativen aus beiden Confessionen zu einträchtigem Vorgehen gegen den Liberalismus und zur Reform der socialen und wirth-

schaftlichen Nothlage endlich gelegt worden, haben die Bestrebungen, wenn sie auch nicht öffentlich zu Tage traten, doch nicht geruht: Die auf Grund der Frankfurter Versammlung abzufassenden Referate über die speciellen Forderungen sind fast sämmtlich fertig gestellt, und die weiteren Vorarbeiten werden bald zum Abschluß gedeihen. Auch war man in praktischer Reformthätigkeit bei rastloser Arbeit nicht unglücklich, indem es durch die großherzige Unterstützung von Seiten einzelner Mitglieder des hohen Adels jetzt schon möglich war, besonders in den Sitzen des „Fortschritts" und der „Socialdemokratie" festen Fuß zu fassen, ein weiteres Terrain zu erobern und eine höchst segensreiche Agitation zu eröffnen, in Folge deren schon jetzt eine große Anzahl von „Vereinen zum Schutze des Handwerks" entstanden oder noch im Entstehen begriffen sind.

Wenn nun gleich die socialconservative Vereinigung sich keineswegs verhehlt, wie große und viele Schwierigkeiten der Erfüllung ihrer Aufgabe von allen Seiten sich entgegenstellen werden, so darf sie doch ruhig jedem positivgläubigen Christen und rechtlich denkenden Staatsbürger die Prüfung ihrer Grundsätze anheim stellen in der Gewißheit der Zustimmung und der vertrauensvollen Hoffnung auf thatkräftige Unterstützung, und wird mit Gottes Hülfe ruhig und unbeirrt weiter arbeiten, überzeugt, daß, wer auf dem Boden des Christenthums, der Verfassung und des Rechtes steht, nicht fruchtlos arbeitet, wenn auch erst die Zukunft die Anerkennung des Strebens und die Früchte der Arbeit zeitigt.

Gebe Gott, daß, wenn der Aufruf zur Betheiligung an der Berliner Versammlung und zum Beitritt zur socialconservativen Vereinigung erfolgt, recht viele Gesinnungsgenossen aus allen Gauen, aus jedem Stande, aus beiden christlichen Confessionen herbeieilen, um vereint in gegenseitiger Unterstützung zu arbeiten an dem Wiederaufbau der Nation zu einem wahren Reiche des Wohlstandes, der Gottesfurcht und frommen Sitte!

Das walte Gott!

An die

deutschen Handwerks-Meister und Arbeiter.

Geehrte Mitbürger!

Sie haben schon öfter von mir Flugblätter erhalten oder zu Gesicht bekommen, aus welchen zu ersehen ist, daß bessere Zeiten nicht fern sind, wenn sich der Deutsche auf seine Rechte und Pflichten besinnt, die er als Christ, Bürger und Familienvorstand besitzt.

Es gilt der ehrlichen Arbeit, gegenüber dem nichtswürdigen Schachern mit Erzeugnissen christlichen Fleißes, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Mit anderen Worten: Die **„Productivstände"** müssen gegenüber der schrankenlosen Gewalt und Macht des großen Kapitals geschützt werden, damit in unserem deutschen Vaterlande nicht zuletzt jede selbstständige Arbeitsleistung aufhört und alle Handwerker, Arbeiter und selbst die Bauern nur Lohnarbeiter der Großkapitalisten werden. In vielen Erwerbesarten ist es leider bereits soweit gekommen, daß der selbstständige Handwerkerstand an dem äußersten Rande seines Unterganges steht. Der meist jüdische Kapitalist „kauft sich die Arbeitskräfte", errichtet Läden oder Bazare, in welchen er die sauren Arbeitsproducte der christlichen Arbeiter um Preise abgibt, mit welchen der selbstständige und selbstschaffende Handwerker unmöglich concurriren kann.

Je größer und verbreiteter nun diese systematische Auswucherung und Aussaugung ist, desto größer wird die Zahl der armen Lohnarbeiter.

Der meist jüdische Kapitalherr erhält deshalb immer mehr Arbeitsangebote und benützt dieselben, um den Lohn noch mehr herabzudrücken, wodurch er wieder wohlfeiler verkaufen und dem selbstständigen Handwerksmann eine noch größere Concurrenz bereiten kann.

Es liegt nun möglichst klar, wohin solche Zustände führen müssen.

Der freie und einst so blühende deutsche Handwerkerstand, der zu dem guten deutschen Sprichwort führte: „Das Handwerk hat einen goldenen Boden", wird vollständig vernichtet und die Handwerker sinken zu Arbeitssclaven herab, denen die jüdischen Kapitalherren großmüthigst die Hungerlöhne gewähren.

So weit braucht es aber mit dem Reste unserer selbstständigen Handwerker nicht zu kommen, wenn sie auf ihre Freunde hören und entschlossen sind, sich selbst zu helfen. Und sie können es.

In Breslau, wo der Jude besonders furchtbar seine Macht fühlen läßt, traten zuerst, sich zu schützen, zehn Handwerksmeister zusammen; zu diesen kamen wieder zehn und aus diesen zwanzig sind in einem Jahre über vierhundert geworden.

Aehnlich wie in Breslau sollten sich die Handwerker überall sammeln, um ihre Interessen und das Wohl ihrer Familien vor dem Untergange zu schützen. Die „Vereine zum Schutze des Handwerks" haben auch noch den großen politischen Vortheil, daß sich die Handwerker und Arbeiter leichter sammeln können, um bei allen Wahlen ihre Stimmen auf die Leute zu vereinigen, deren ganzes Bestreben es ist, das deutsche Handwerk von den Fesseln des großen Kapitals zu befreien und ihm den „goldenen Boden" wieder zu verschaffen, auf dem es blühte, auf dem es der Stolz der deutschen Städte war, und auf dem es sich zu dem großen social-politischen Factor erhob, den jeder einsichtsvolle Staatsmann und Politiker als die sicherste Grundlage der Staaten erkennen muß; ich meine den gesicherten, gut fundirten Mittelstand, aus dem heraus sich zum Ruhme des Vaterlandes Künstler, Gelehrte, Feldherren und Staatsmänner gebildet haben.

Diese Zeit ist aber leider vorüber, denn Ihr habt nicht mehr die Mittel, Euren Kindern eine solche Erziehung geben zu können. Diese werden in den meisten Fällen in die Fabriken geschickt, in

denen sie geistig und körperlich verkümmern, während die Juden fast durchgängig ihre Sprößlinge die höheren Schulen besuchen lassen, um all' die Mittel und Gelegenheiten an sich zu reißen, damit sie Euch und uns Alle noch mehr herabdrücken und „gefügiger" machen können.

Eure Töchter könnt ihr meistens nicht ausstatten, — nicht wenige in den Städten werden in ihrer Armuth die unglücklichen Opfer reicher Wüstlinge! — Eure Söhne verlieren unter diesen traurigen Verhältnissen das Interesse und die Liebe zur Arbeit, und die Gründung von Familien wird immer schwerer.

Was wir vor uns haben, ist das Bild des furchtbaren Verfalls des deutschen Mittelstandes, es ist die moderne Sclaverei, welche uns der falsche Liberalismus und die verlognen Fortschritts-Apostel gebracht haben.

Dieser „Fortschritt" ist der „Rückschritt" Aller, die von der ehrlichen und harten Arbeit ihr Dasein fristen, er ist der Rückschritt des deutschen Bürgerthums im Handwerk, auf dem Lande und im Handel und Wandel, er ist der Rückschritt für Alle, welche nicht zum Geld-Protzenthum gehören und welche nicht in der Lage sind, über Kapitalien zu verfügen, oder die es mit Verachtung zurückweisen, dieselben zur Auswucherung ihrer Mitmenschen zu benützen.

Fortschritte haben bei dem modernen Liberalismus nur die „Kapitalherren" gemacht.

Der Jude ist immer reicher und reicher, der Christ immer ärmer und ärmer geworden. Das nennt aber der falsche Liberalismus: „Fortschritt". Das sind Thatsachen, welche Niemand widerlegen kann, denn die Statistik und die Steuertabellen sprechen mit Zahlen.

Wir wollen Euch helfen und aufmuntern: alle gesetzlich erlaubten Mittel zu ergreifen, um die Fesseln der modernen Sclaverei, die uns der falsche Liberalismus angelegt, zu brechen.

Vor allem gründet überall „Vereine zum Schutze des Handwerks" und werden wir Euch mit Rath und That zur Seite stehen, wie es dem deutschen Bürger und Christen geziemt.

Ohne Vereinigung und ohne eine entsprechende Organisation unserer Kräfte sind und bleiben wir machtlos.

Deshalb gründet die Vereine, und ersuche ich Euch, soweit es die Gesetze erlauben, mit mir in eine enge Verbindung zu treten. Helft Euch selbst, und es ist Euch geholfen. Drum vorwärts, sammelt Euch! Mit Gott für Kaiser, Reich und Recht.

Laudenbach, den 1. Januar 1881.
bei Miltenberg a. M. (Bayern).

Reichsfreiherr von Fechenbach-Laudenbach.

Zur Organisation.

Freiherr von Fechenbach hat den Aufruf des Centralvorstandes des „Ostdeutschen Bundes selbstständiger Handwerksmeister" und seine Erwählung zum Ehrenpräsidenten des genannten Bundes mit folgendem Schreiben an den Schneidermeister Weiß in Breslau, Präsidenten des Ostdeutschen Bundes selbstständiger Handwerksmeister beantwortet:

Hochgeehrter Herr!

Die ersten Regungen meines Dankgefühls für die Ernennung zum Ehrenpräsidenten des Ostdeutschen Handwerkerbundes habe ich Ihnen bereits auf telegraphischem Wege ausgedrückt. Wie den Herren schon früher mitgetheilt, erblicke ich in der Gründung des Ostdeutschen Bundes die Beachtung jener Voraussetzungen, welche von uns angenommen werden müssen, wenn wir in der Organisation der Kräfte das wirksamste Agens für eine nachdrückliche Vertretung unserer Staatsinteressen finden wollen.

Durch das Heraustreten der schlesischen Handwerker in einen weiteren Wirkungskreis ermöglichen sie ganzen Gegenden eine wirksamere Betheiligung und den engen Anschluß an ihre providentiellen Bestrebungen. Es war seit langer Zeit ein Lieblingsgedanke von mir, daß der so verdienstvolle „Verein zum Schutze des Handwerks" in Breslau, der unter den schwierigsten Verhältnissen *zuerst* das Panier erhob und die Parole ausgab: daß die ehrliche und mühevolle Arbeit *endlich* geschützt werden müsse, nicht allein der Kristallisationspunkt für die schlesischen, sondern überhaupt für die ostdeutschen Handwerker werde.

Vermöge der schweren Opfer, die Sie alle bereits für die Rechte der deutschen Handwerker gebracht, und vermöge der Erfolge, die Sie errungen haben, gehört Ihnen in moralischer Hin-

sicht gerade so die Führung, als in Bezug der geographischen Lage Ihres Wirkungskreises.

Seitdem ich Sie, hochgeehrter Herr Weiß, am 10. November 1880 in Frankfurt a. M. zum erstenmal begrüßte, hat sich die Handwerkerbewegung und überhaupt die der Productivstände durch das deutsche Reich mächtig entwickelt. Die Worte, die ich so eindringlich meinen Mitbürgern seit Jahren zugerufen, haben sichtlich gewirkt und wir sind auf dem besten Wege, durch Einigkeit stark zu werden.

„In der Sammlung und richtigen Benützung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge."

Indem wir uns vereinigen und unsere Verlangen gemeinsam stellen, schwinden auch immer mehr die Versuche, uns jene Rechte vorzuenthalten, ohne deren Ausübung der deutsche Handwerkerstand immer mehr zurückgeht und der vollständigsten Verarmung verfallen muß.

Was wir verlangen, liegt zugleich im Interesse der Erhaltung des deutschen Reichs und wir sind deshalb in der Lage, gerade als „Patrioten" unsere Forderungen voll und ganz aufrecht erhalten zu müssen. Wir berufen uns auf die kaiserliche Botschaft, welche die korporative Vereinigung und Vertretung empfiehlt und haben auch aus diesem Grunde keine Veranlassung, mit uns handeln zu lassen.

Was wir verlangen sind die „Rechte" und die Existenzbedingungen, die man uns in der Aera eines falschen Liberalismus genommen hat.

Die Folgen dieses Liberalismus erblicken wir in der Verarmung der Massen, in dem stetigen Zurückgehen des Mittelstandes, in dem Anwachsen unnatürlicher und gemeinschädlicher Reichthümer in den Händen Einzelner. Wir erblicken diese verderblichen Folgen in der allgemeinen Unzufriedenheit und Vertrauenslosigkeit, in der Religions- und Sittenlosigkeit, die natürlich weder eine Schranke nach unten noch nach oben kennt. Wir gewahren endlich die Folgen dieses falschen, verkehrten Liberalismus in dem Bewußtsein, daß es auf den bisherigen Wegen der Gesellschaftsentwickelungen nicht weiter gehen kann und darf, insofern sich die heutige Gesellschaft nicht selbst aufgeben und die Veranlassungen zu gewaltsamen Umwälzungen bieten will.

Wir verlangen den Schutz der ehrlichen und mühevollen Arbeit und erkennen keine Gründe für stichhaltig, noch für hoch genug, um uns diesen Schutz zu verweigern.

Wir treten ein für Kaiser, Reich und Recht; man möge uns aber auch nicht die Mittel versagen, diesen Worten mit allem Nachdruck und nach allen Seiten hin gerecht werden zu können.

Wir sind ein treues Volk; möge man deshalb unsere Gefühle schonen und sie nicht den unlauteren, unbürgerlichen und unchristlichen Gelüsten opfern, die noch regelmäßig Staat und Gesellschaft in den Abgrund stürzten, wenn man ihren „freien Spielen" mit den Existenzen der Productivstände nicht einen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzte.

Was wir verlangen, entspringt keinem schnöden Egoismus, denn wir wollen einfach nur die Bedingungen gesichert wissen, welche zur Erhaltung resp. zur Reorganisirung des deutschen Mittelstandes unerläßlich sind. Wollen Staatsmänner auf dieses Fundament der staatlichen Ordnung und des gesellschaftlichen Gleichgewichtes verzichten, so mögen sie auch voll und ganz die Verantwortung für die Folgen tragen, welche aus diesen unorganischen Verhältnissen mit absoluter Nothwendigkeit hervorgehen müssen. Wenn dann die Consequenzen anfangen sich zu erfüllen, und wir vor der acuten Anarchie stehen, so haben wir nur einen ganz natürlichen Verlauf von Umständen vor uns. Indem man der schleichenden Anarchie und den successiven Entäußerungen der großen Massen nicht die absolut nothwendigen Cautelen entgegensetzt, fördert man bewußt oder unbewußt den Ausbruch der acuten Anarchie.

Es gibt verschiedene Wege, die zu einem und demselben Ziele führen, und wer in der Mitte der politischen Realitäten nicht gerade an Wunder glaubt, der muß auch mit sich über die unausbleiblichen Folgen einer total verkehrten Social- und Wirthschaftspolitik im Klaren sein.

Ich kann Ihnen allen deshalb nur wiederholt zurufen: Thun wir unsere Schuldigkeit als christliche Bürger, und lassen wir nicht ab, die Verlangen zu stellen und die Wege zu zeigen, welche zur Erhaltung des deutschen Reichs klar vor Augen liegen.

Wir wollen unausgesetzt und nach jeder Seite hin kämpfen für Kaiser, Reich und Recht und für die christliche Gesellschaftsordnung.

Indem ich Sie ersuche, meine schlesischen Freunde herzlich zu grüßen und ihnen nochmals für den Beweis ihres Vertrauens zu danken, zeichnet sich mit vorzüglicher Hochachtung und aufrichtiger Anhänglichkeit

Euer Wohlgeboren
ergebener
Freiherr von Fechenbach-Laudenbach,
Ehrenpräsident des West- und Ostdeutschen
Handwerker-Bundes.

Laudenbach, den 11. Oktober 1882.

Zur Handwerkerbewegung.

Der bekannte Socialreformer Frhr. v. Fechenbach-Laudenbach hat bei Gelegenheit seiner Ernennung zum Ehrenmitglied des Vereins zum Schutze des Handwerks in Dettelbach an dessen Vorstand, Herrn Schlossermeister und Mechaniker Schedel, folgendes auch für weitere Kreise beachtenswerthe Schreiben gerichtet:

„Hochgeehrter Herr! Empfangen Sie für den Verein meine herzliche Danksagung in Hinsicht des so ehrenvollen Beweises Ihres Vertrauens und der Anerkennung meiner leider noch so geringen Verdienste um das deutsche Handwerk. In Folge eingehender Arbeiten auf den Gebieten der socialen und wirthschaftlichen Fragen kam ich zu der vollen Ueberzeugung, daß die Uebel unserer Zeit in der Religionslosigkeit und überhaupt in dem Indifferentismus für religiöse Ueberzeugungen, nicht minder aber in der Organisationslosigkeit und dem Mangel an genügenden sittlichen Fundamenten der Gesellschaft beruhen. Der moderne falsche Liberalismus hat die natürlichen Organisationen theils gesprengt, theils tief erschüttert und hierdurch scheinbar die Gesellschaft in Einzel-Individuen aufgelöst, um jedem Einzelnen auf Kosten der Gesammtheit eine scheinbar völlig freie Entwicklung seiner Eigenschaften, Kräfte und der sich ihm bietenden Gelegenheiten zu verschaffen. Mit anderen Worten: das völlig freie, schrankenlose „Spiel der Kräfte" bedeutet die Anarchie der Gesellschaft. Wir haben es nicht mehr mit der überlegten, ehrlichen und sachlichen Berechnung der Umstände und

Verhältnisse zu thun, wie sie zum Nutzen des Einzelnen und der Gesammtheit von den Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Industriellen früher fast allgemein geübt wurde, sondern an die Stelle der sachlichen Prüfung und Berechnung ist vielfach die „wilde" Speculation getreten. Eine „Speculation", bei welcher sich der Speculirende nicht allein selbst, sondern auch das Wohlergehen seiner Mitmenschen aufs Spiel setzt. Diese Behauptung wird allein schon durch die Ueberhandnahme der Bankerotte und der unerhörten Fälschungen aller Art erwiesen, welche sich in Folge der liberalen Wirthschaftsentwicklungen sogar als „Bereicherungs-Quellen" für gewissenlose, unchristliche Elemente erwiesen haben. Wer sich zwei- bis dreimal „geputzt" hat, ist ein gemachter Mann. Wer kennt solche Beispiele nicht? Die frühere sachliche Speculation ist in Folge der sogenannten liberalen Gesetze in ein Hazardspiel umgeschlagen, das den Wohlstand Aller bedroht und bei dem das Ehr- und Rechtsgefühl keine Bedeutung besitzt. Indem man von den christlichen Grundsätzen Abstand nahm, hält man alles für erlaubt, Betrug und Schwindel sind zur „Geschäftssache" geworden. Der Materialismus, der für die moderne liberale Gesellschaft das Christenthum ersetzen soll, obgleich er in dem vollendeten Egoismus wurzeln muß, wenn man seine Lehre auch nur im Geringsten logisch nennen will, zeigt sich aber schon bei seiner kurzen Herrschaft als vollständig unproductiv, im höchsten Grade immoralisch und als verderbenbringend für das Individuum, wie für die Gesellschaft. Ich sagte weiter oben: Der moderne unchristliche Liberalismus hat scheinbar die ganze Gesellschaft in Einzelindividuen aufgelöst. Dies trifft auch vollständig zu, denn in der Mitte des Auflösungsprocesses und der gewerblichen und geschäftlichen Anarchie tritt immer mehr eine Verbrüderung, eine „Genossenschaft" hervor, welche enggeschlossen und wohlunterrichtet gerade in dem Wirrwarr, in dem allgemeinen Kampfe ums Dasein, den uns das verhängnißvolle „Spiel der freien Kräfte" gebracht hat, ihren Vortheil findet, indem sie die zersprengten Theile der menschlichen Gesellschaft, die nur für sich stehend keinen Halt und keinen Schutz besitzen, ausbeutet, deren Existenzmöglichkeiten und Garantien an sich zieht und gerade das Emporkommen Aller, die außerhalb ihres Kreises

stehen, im höchsten Grade erschwert, wenn nicht ganz zur Unmöglichkeit macht.

Wie ich deshalb schon oft dargelegt habe, sind die sogenannten Freiheiten nichts anderes, als die Monopole der wirthschaftlich Starken. Die Unredlichen von ihnen benützen diese „Freiheiten" für sich, um hierdurch die Freiheit ihrer Mitmenschen in „praktischer" Weise aufzuheben.

Es ist also nichts natürlicher, nichts naheliegender, als daß sich die einzelnen zersprengten Theile der Gesellschaft nach ihren Interessen und Berufsarten wieder sammeln, um ebenfalls als „Genossenschaften" ihre Interessen zu vertreten und den unchristlichen Ausbeuterbanden leichter widerstehen zu können. Was aufgehoben wurde, um die natürlichen Gliederungen der Gesellschaft zu sprengen, sie selbst zu beschädigen, und ihre einzelnen Theile schutzlos dem „internationalen Ringe" in die Arme zu werfen, das muß unter weiser Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen wieder eingeführt werden. Jetzt steht jeder für sich allein den Mitgliedern der „Geldmacher-Zunft" wehrlos gegenüber, und aus diesem Grunde schwindet der gute, verlässige Mittelstand immer mehr und wächst das Proletariat in demselben Grade an. Die Massenarmuth, wie wir sie bereits haben und wie sie sich von Jahr zu Jahr mehr entwickelt, ist durchaus keine zufällige, keine unverhütbare Erscheinung, sondern sie ist das einfache Resultat der modernen liberalen Gesetzgebung, sie ist die „Probe" über den unchristlichen Liberalismus, der den geistigen und öconomischen Materialismus gezeitigt und sich in dem Manchesterthum zu einer Schule entwickelt hat. Die Unzufriedenheit herrscht überall und muß überall sein, da nicht allein die christlichen Grundlagen der Staaten und der Gesellschaft erschüttert sind, sondern weil auch die Existenzmöglichkeiten der großen Mehrzahl immer mehr zu Gunsten einer großen Minderzahl erschwert, ja selbst in manchen Fällen unmöglich gemacht werden.

Die ehrliche und mühevolle Arbeit ist der wilden Speculation und der ungezügelten Macht des Großkapitalismus Preis gegeben, die für sich keine Schranken kennt und selbst in sehr hohen Kreisen ihre verhängnißvollen Wirkungen äußert. Gott will die

stark entchristlichte Gesellschaft durch ihre eigenen Sünden und ihren bösen Unsinn strafen. Wer von den christlichen Grundsätzen weicht, verliert den Boden unter den Füßen und hält Alles, Alles für erlaubt. Für solche Menschen gibt es nichts Großes, nichts Heiliges, sie schrecken vor nichts zurück, das ihre Furcht überwindet. Sie sind ihrem Thun und Lassen nach nichts anderes als dressirte wilde Thiere, die jeden Augenblick zu Bestien werden können. In dieser civilisatorischen „Rückbildung" liegen in erster Linie die Gründe all der Drangsale und Leiden der heutigen Gesellschaft.

Schließen wir uns also zusammen und setzen wir den Zünften der Nichtchristen und vor Allem der „Geldmacherzunft" und ihren hohen und niederen Creaturen die „christliche" Zunft entgegen, die sich wieder nach den betreffenden Berufsarten in andere Zünfte oder Glieder theilt, auf daß die ehrliche und mühevolle Arbeit wieder zu Ehren kommt und mit ihren Rechten auch ihren Schutz erhält. „In der Sammlung und richtigen Benützung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge."

Mit Gott für König, Kaiser, Reich und Recht.

Freiherr von Fechenbach-Laudenbach,
Ehrenpräsident des West- und Ostdeutschen
Handwerker-Bundes.

Stuttgart im Februar 1883.

Durchlauchtigster Fürst!
Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Die „Vereine zum Schutze des Handwerks" und alle anderen Handwerker-Vereinigungen, welche denselben nahe stehen, gingen aus der bittersten Noth hervor, die regelmäßig zur Selbsthilfe treibt.

Die Mitglieder dieser Vereinigungen, welche im „Kampfe ums Dasein", deshalb in der Mitte des praktischen Lebens stehend, die ganze und hohe Bedeutung empfunden haben, die corporativen Vereinigungen innewohnt, nahen sich mit Dankbarkeit, Verehrung und Liebe Euer Durchlaucht, um diesen Gefühlen, die sich in dem zuversichtlichsten Vertrauen vereinigen und erst hierdurch zu einer praktischen Thätigkeit gelangen können, den vollsten Ausdruck zu verleihen.

Wir wissen, mit welcher treuen Liebe, und mit welch' tiefen Sorgen unser allergnädigster Kaiser über dem deutschen Volke wacht; wir wissen, wie Euer Durchlaucht von dem besten Willen beseelt sind: zu helfen, und überall da zu ordnen und zu formiren, wo das falsche Spiel der sogenannten „freien Kräfte" die natürlichen Ordnungen gelöst hat, die Schwachen und Armen der schrankenlosen Willkür der Starken und Mächtigen überläßt, die ehrliche und mühevolle Arbeit zur Waare einer gewissenlosen Speculation macht, indem es die Productivstände zu Sclaven des Kapitalismus herabdrückt und ihnen hierdurch die Möglichkeit nimmt, den wahren Werth ihrer Arbeiten zu nützen und den saueren Lohn ihres Fleißes und ihrer Kunst zu erhalten.

Wir können es nun und nimmer jenen Aposteln des „Elends" glauben, daß die Verhältnisse der Productivstände einmal nicht anders sein sollten. Und sollten sie durch die Culturentwickelungen

des modernen liberalen Staates bedingen sein, so taugen eben diese Entwickelungen sammt ihren Resultaten nichts; denn soll der ganze Nutzen des modernen liberalen Staates nur in der Vermehrung des Elends und der Verwilderung liegen, und die ganze Weisheit, die ihn leitet, nur darin bestehen, wie man den Mittelstand ruinirt und die wirthschaftlich Schwachen von den wirthschaftlich Starken mißbrauchen läßt, so daß in einer gar nicht mehr so fernen Zeit das deutsche Volk nur aus sehr Reichen und sehr Armen bestehen würde, so verwerfen wir einen solchen Fortschritt, bei dem die Kraft und der Patriotismus des deutschen Volkes in dem Grade schwinden müssen, als das deutsche Bürgerthum und überhaupt die Productivstände in materieller und moralischer Weise „Rückschritte" machen.

Alles, was wir in der Geschichte vor uns haben, ist das Resultat von Ursachen und Wirkungen. — Die Ursachen des materiellen und moralischen Rückganges der großen Massen des Volkes sind endlich für Alle klar gelegt, die überhaupt einsehen wollen. Die Wirkungen haben Resultate zu Tage befördert, die jetzt auf keiner Seite mehr geleugnet werden, und die man so oft mit lakonischer Kürze die allgemeinen Nothstände nennt, weil man sie nicht mehr ableugnen kann. Wer von ihnen nicht betroffen ist, oder wer gar durch sie die eigenen Verhältnisse gebessert hat, der spricht von ihnen, wie von Krebsgeschwüren fremder Personen. Wir danken aber für eine Theilnahme, die sich höchstens bis zu einem pathologischen Interesse steigert, das man den wirthschaftlich kranken Productivständen angedeihen läßt. Wir wollen keine Recepte geschrieben haben, die dicke Bände füllen, sondern wir wollen die Geschwüre, durch welche unsere besten Säfte abgesondert, und durch welche wir von Jahr zu Jahr schwächer werden, herausgeschnitten haben.

Wer soll das Vaterland vertheidigen, wenn das Bürgerthum gebrochen darniederliegt und die Productivstände in ihrer Vertrauenslosigkeit jede Hoffnung auf bessere Zeiten verlieren und hierdurch den Feinden der Ordnung immer zugänglicher werden? — Diese Feinde der Ordnung sind zugleich die Freunde der Feinde des Deutschen Reiches; denn alle Feinde des neuerstandenen Deutschen Reiches beglückwünschen den „Fortschritt", den wir in

der bittersten Weise als „Rückschritt" empfunden haben. Es ist das ja ganz natürlich; denn Alles, was für die Feinde unseres deutschen Vaterlandes ein Fortschritt ist, das muß für uns ein Rückschritt sein. Unsere Fortschrittler mögen sich deshalb bei den Franzosen für das gute Zeugniß bedanken, das sie von ihnen erhalten haben. Wir verwerfen deshalb einen solchen „Fortschritt" und wenden uns den **natürlichen Entwickelungen** der Gesellschaft und des Staates zu.

Wie der Staat im größten, und die Familie im kleinsten Umfange auf die Nothwendigkeit der Zusammengehörigkeit und auf die Gedeihlichkeit des Zusammenwirkens verweisen, so zeigt das Wissen der menschlichen Erfahrung, daß in den organisirten Gliederungen der Gesellschaft die sichersten Stützen des Staates ruhen, und in den gemeinsamen und corporativen Arbeitsverrichtungen nicht allein die Arbeit als solche geehrt, sondern daß sie auch durch den gerechten Lohn, der ihr gewährt wird, jene Zufriedenheit und Freudigkeit erzeugt, welche sich stets als die stärksten Fundamente des Staates und der Gesellschaft ergeben haben.

Die moderne Gesetzgebung hat aber die selbstständige und freie Arbeitsthätigkeit thatsächlich vernichtet, und helfen die liberalen Phrasen über die errungenen wirthschaftlichen und politischen Freiheiten nicht über die Thatsache der stets mehr und mehr um sich greifenden Verarmung und Verwilderung hinweg. Durch die moderne liberale Gesetzgebung wurde zwar die „Arbeit" frei, aber die Handwerker sanken zu Lohn- und Stückarbeitern herab. Die schrankenlose Gewerbefreiheit hat den „goldenen" Boden des Handwerks in ein blechernes Sieb verwandelt. Mit den Handwerkern wurden die Bauern und Arbeiter in die Sclaverei der Kapitalisten gestoßen, welche den Verdienst der Arbeit nicht nach ihrem wahren und ursprünglichen Werthe, sondern nach den Conjuncturen ihrer Speculationen bemessen.

Durch die Einführung der obligatorischen Innungen mit allen corporativen Rechten und Pflichten und durch eine weise Abgrenzung des Handwerks von der Großindustrie wird der Handwerker wieder „frei" und der „Herr" des von ihm selbst erzeugten Arbeitsproductes, das durch die Innung geschützt und zu seinem wahren Werthe wieder erhoben wird.

Das Petitum, das wir Euer Durchlaucht mit vollem Vertrauen gehorsamst unterbreiten, lautet:

„Die unterzeichneten Handwerker bitten Euer Durchlaucht, mit Ihrer bekannten Weisheit und Energie dahin wirken zu wollen, daß

1. eine sachgemäße Abgrenzung des Handwerks erzielt wird;
2. **obligatorische** Innungen, aus welchen sich **praktische** Handwerkerkammern allein bilden lassen, errichtet werden;
3. daß
   a. die Zuchthausarbeiten auf Rechnung des Staates geleitet oder den Zünften überwiesen werden,
   b. die Militärarbeitsstätten, so viel als nur immer möglich, zu Gunsten des Handwerks reducirt werden;
4. daß entsprechende Zölle auf fremde Handwerksartikel erhoben werden;
5. daß das tief demoralisirende Submissionsverfahren, das sich zu einem förmlichen Monopol für die Kapitalisten entwickelte, und wodurch nicht allein die kleineren Leute stark geschädigt, sondern auch in den allermeisten Fällen die Arbeiten viel schlechter ausgeführt werden, beseitigt wird, indem man die Arbeitsaufträge, so weit sie die Zünfte angehen, direct mit ihnen vereinbart;
6. daß in dem Gewerbegesetz die Bestimmung aufgenommen wird, nach welcher nur derjenige ein Gewerbe ausüben darf, der dasselbe gelernt und die von ihm geforderte Prüfung bestanden hat;
7. daß der Hausirhandel, der ganz besonders den Handwerkern auf dem Lande und in den kleinen Städten schädlich ist, für alle Handwerkserzeugnisse verboten wird. Nur hierdurch wird's möglich, den Schleuderpreisen zu begegnen, mit welchen kein Handwerker concurriren kann, und die zu dem bekannten Urtheil: „Billig und schlecht" Veranlassung gaben."

Am Schlusse dieser Bitten, und gleichsam um denselben durch die Herstellung des religiösen Friedens noch einen höheren Werth zu verleihen und die materielle Wohlfahrt durch die geistige zu

stärken, fügen wir noch diejenige bei, die auf den Lippen jedes wahrhaft christlichen Deutschen schwebt.

Wir meinen: die vollständige Beendigung des „Culturkampfes" zu erstreben, und die Durchdringung des ganzen Staats- und Rechtslebens von den lebendigen Kräften des Christenthums, als die ewige Unterlage aller Civilisation und jeglichen Rechtes, in jeder Weise zu fördern.

Indem wir mit deutscher Treue und Offenheit unserer Ergebenheit, Dankbarkeit und Verehrung, die wir Euer Durchlaucht entgegenbringen, den vollsten Ausdruck verleihen, verharren wir

Euer Durchlaucht

treu gehorsame und ergebene
Vorstände der Vereine zum Schutze des Handwerks
und der Handwerker-Vereinigungen.

An die Arbeiter Breslaus,

speciell an den Vorstand

des

Vereins zur Hebung und Wahrung allgemeiner Arbeiter-Interessen.

Vor Allem ersuche ich Sie, für die Ernennung zum Ehrenmitgliede dem Verein meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Der Verein, der sich in Folge meines Aufrufs an die deutschen Handwerks-Meister und Arbeiter gebildet hat, soll ein Glied in der Kette sein, die Alle auf das Engste verbindet, welche meiner ausgegebenen Parole zustimmen und ihr folgen wollen.

Lange genug sind die „Productivstände" vermöge einer einseitigen Gesetzgebung, welche in demselben Grade die staatsrechtlichen Grundsätze unbeachtet ließ, als sie zu Gunsten der wirthschaftlich Starken gegenüber den wirthschaftlich Schwachen eintrat, ausgewuchert und mißbraucht worden.

Lange genug hat man die Arbeiter der Großindustrie, die Handwerker und die Bauern als Waaren, als lästige „Maschine" und Productionswerkzeuge benützt, die in dem modernen liberalen Staate nur insofern in Betracht zu kommen haben, als sie dem modernen Götzen — dem Groß-Kapital — Dienste leisten und somit die Ursache des Druckes vermehren helfen, der die allgemeine Unzufriedenheit steigert, die Unsicherheit befestigt, die Communen und Länder in unerschwingliche Schuldenlasten stürzt und den Glauben an geordnete und erträgliche Gesellschaftsverhältnisse systematisch zerstört.

Die „modernen Volksbeglücker", welche sich durch Lügen und den Mißbrauch Eures Vertrauens in die Parlamente schmuggelten, fragen Euch nicht: „Könnt Ihr bestehen? und wie besteht Ihr?", sondern diese Herren fragen nur: „Wie können **wir** noch reicher werden? was für Gesetze entsprechen **uns**, und wie schaffen wir für **uns** „Privilegien", ohne daß sie zu auffällig werden?"

Wer will heute noch die moderne liberale Aera vertheidigen, indem er sich auf den Volksaufschwung beruft? Wer will behaupten, daß die wirthschaftlichen Freiheiten, die in ihrer Praxis zu Privilegien des großen mobilen Kapitals geworden sind, nur des Volkes wegen eingeführt wurden?

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß Freiheiten, die nicht möglichst gleichmäßig von Allen benützt und genossen werden können, nur zu bald zu Vorrechten Derjenigen werden, die sich eben in der Lage befinden, sie gebrauchen und ausnützen zu können. Aber ganz abgesehen hiervon, sind Freiheiten, bei welchen der Volkswohlstand in erschreckender Weise schwindet, das Geld wie nach Commando sich immer mehr in den Taschen einer verhältnißmäßig sehr kleinen Anzahl von Leuten sammelt, und diese Schlupfwinkel und Brutstätten nur dann verläßt, um möglichst bald und stark vermehrt zurück zu kehren, sehr bedenkliche Gaben.

Freiheiten! bei welchen sich die Steuerkraft des Volkes immer mehr auf Einzelne concentrirt, beweisen nur zu deutlich ihren wahren Charakter. Diese „Freiheiten"! sind nichts Anderes als Monopole der wirthschaftlich Starken, durch welche sie noch reicher und mächtiger werden müssen.

Der Staat an sich, wie die Gesellschaft, welche ihn bildet, sind durch diese Monopole gleich stark gefährdet, und Alles, was wir heut zu Tage die sociale Frage nennen, entspringt diesen ungeheuerlichen Verhältnissen, bei welchen, wie schon weiter oben bemerkt, die staatsrechtlichen Fragen in keiner Weise genügend zur Geltung kommen.

Die „berühmten Freiheiten", die uns der falsche Fortschritt gebracht, sind die **Freiheiten der Raubthiere, und je größer und stärker das Raubthier ist, je ungehinderter kann es seiner Freiheit nachgehen.**

So haben die falschen Fortschritts-Apostel überall „Freiheiten“ geschaffen, die nur ihnen und ihrem Ringe zu gut kommen und deshalb „ihre Privilegien“ sind. Die sogenannte deutsche Reichsbank von und für Juden erhielt das Recht — hört — 385 Millionen Mark unversteuerte Banknoten auszugeben. Außerdem ist die Goldwährung, die dem Staate schon Millionen gekostet hat und noch kosten wird, auch nur zum Vortheil der kleinen und großen Geldhändler und deshalb zu unserm Nachtheil empfohlen worden. Die Wucher-, Wechsel-, Bank-, Börsen- und Actienfreiheiten, die Notare, Gerichtsvollzieher, der Advocatenzwang, die entsetzlich hohen Gerichtskosten und Taxen, welche den gering Bemittelten den Rechtsweg fast ganz abschneiden und sie in ihrem wirthschaftlichen Leben empfindlichst beengen, das sind lauter „Errungenschaften“, die wir dem modernen liberalen „Fortschritt“ zu danken haben.

Sie machen uns in dem Grade ärmer und unfreier, als der Fortschrittsring an Reichthum und „Raubthierfreiheit“ zunimmt.

Würde das große Geschenk, das die deutsche Nation dieser Actiengesellschaft, die sich „Deutsche Reichsbank“ nennt, gegeben hat, gleich vertheilt, erhielten von diesen 385 Millionen unversteuerten Banknoten in entsprechend gleichen Theilen die landbau- und gewerbetreibende Bevölkerung, so hätten doch diese Productivstände auch einen Antheil an dem Geschenk, bei welchem sie nicht unerheblich participiren müssen, während es jetzt nur den wirthschaftlich Starken zu gut kommt, welche sich durch die offenen und verdeckten Wege, die zwischen ihnen und diesem Actieninstitute, bestehen, unaufhörlich bereichern müssen. Was könnte der Staat für die Arbeiter und überhaupt für die „Productivstände“ nicht Alles thun und erreichen, wenn er ihnen ähnliche Privilegien gewähren wollte? Aber wie in irgend einem Falle diese Frage aufgeworfen wird, so hören wir auf der ganzen Linie des modernen liberalen Fortschritts die Rufe erschallen: „Halt Bauer, das ist etwas Anderes.“

Und Advocaten dieses Fortschrittsringes, welche die Lüge als Gewerbe betreiben, sprechen noch von der Pfeife des armen Mannes und von dem theuren Brote, dessen Preise bisher nur

durch ihre eigenen Wuchereien in die Höhe getrieben wurden! „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, heißt es in der Bibel. Mehr! verlangen wir von Euch nicht.

Es ist die höchste Zeit, daß diesen „fortschrittlichen“ Lügen gegenüber dem Volke die volle, die ganze Wahrheit gesagt wird. Die große Mehrzahl der Nation wurde durch die modernen liberalen und manchesterlichen Freiheiten nicht freier und wirthschaftlich besser gestellt, sondern sie wurde geradezu beengt und ärmer gemacht. Die von den Fortschritts-Aposteln stürmisch verlangten und dann mit größter Emphase angekündigten „Freiheiten“ und „Verbesserungen“ schlugen in der unerbittlichen Praxis in ihr Gegentheil um. Sie wurden nur zu bald die Werkzeuge Weniger und gestatteten nun diesen Bevorzugten, diesen modernen „Tempelherren“, ihren Ausbeutungstrieb ungehindert, ja in einer selbst schrankenlosen[1]) Weise zu entwickeln.

Diese Götzendiener sind falsch und verlogen gegen Alle, die nicht zu ihrem Synedrium[2]) gehören.

Sie bedrücken Euch durch die ungehinderte Concurrenz des Auslandes; sie spannen die Arbeiten und vermindern die Löhne; sie ruiniren die Bauern und Handwerker, sie verlocken durch die Bank-, Börsen-, Actien-Privilegien und durch betrügerische Cours-Treibereien das große Publikum zu Speculationen, die nur sie leiten und kennen und durch welche sie die oft so sauren Ersparnisse der kleinen Leute und des Mittelstandes an sich reißen.

Seit dem Jahre 1871 haben auf diese Weise viele Millionen Mark ihre Wanderung angetreten und sind aus den Taschen der Mehrzahl in die der Minderzahl **gefallen.**

Das ist der „Fortschritt!“ hoch lebe die moderne Cultur!

Diese „Tempelherren des Goldes“ stürzen durch Mittel, über die nur sie verfügen, die Communen und die sämmtlichen Staaten in immer größere Schulden, weil sie durch jede neue Schuld sich bereichern und hierdurch an Macht und Einfluß gewinnen. Trotzdem nun diese „Oberlehnsherren“, und wie sie der verstorbene Niendorf nannte, diese geheimen Oberlandesherren, die

[1]) Raubthierfreiheit.

[2]) Der hohe Rath oder ehemalige jüdische Gerichtshof zu Jerusalem.

eigentlichen „Macher“ und die allein Gewinnenden sind, verfehlen sie nicht, theils selbst, theils durch ihre geschickten Advocaten, gerade in Folge ihrer verderblichen Wirkungen Euch aufzureizen und durch Entstellungen und Lügen die Schuld der elenden Verhältnisse auf Andere abzuladen. **Sie begehen hierdurch ein verruchtes Doppelspiel, diese verlogenen Fortschritts-Apostel, denn sie beuten einerseits das große Publikum und den Staat aus, und schleudern andererseits, während sie die Gewinnste unter sich theilen, gegen denselben Staat ihre Anschuldigungen.**

Es wird noch außerordentlich klar werden, es wird noch sehr viel an den Tag kommen, und dann werden allerdings auch alle Diejenigen sehen und selbst fühlen müssen, die heut zu Tage mit einer ganz unglaublichen Blindheit über die „Kreuz- und Querwege“ stolpern, welche von der goldenen[1]) zur rothen Internationale führen. Diese fängt theilweise schon an, Respect vor dem Golde und Geschmack an seinem Gebrauche zu bekommen. Das Roth nimmt schon einen bedenklichen Goldschimmer[2]) an und scheint auch hier mächtiger als Eisen zu sein.

Nun gut! Wir wollen die Herren einmal beim Worte nehmen, allerdings soll und muß es „anders“ werden, damit es aber auch „besser“ wird, dürfen wir nicht den Götzendienern und Wächtern des goldenen Kalbes folgen, sondern unsern eigenen gesunden Sinnen. **Wir verwerfen einen „Fortschritt“, bei dem die „Kapitalherren“ und deren Hofstaat, sowie das gesammte Geldprotzenthum Fortschritte, die meisten andern Berufs- und Productivstände aber nur „Rückschritte“ machen.**

Wir sind Alle von Ausbeuter-Banden umgeben, die das Mark des Volkes aufzehren, den heutigen Staat zu unterminiren

[1]) In einer Zeit aber, wo Geld Alles zu sein scheint und bereits der Volksmund das Sprichwort fort und fort recitirt: „Das Geld regiert die Welt“, liegt es, wenn diese nicht unterbrochen wird, denn doch wahrlich nahe genug, daß aus den Königen des Geldes zuletzt auch wieder Könige der Völker werden. („Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwickelung der Social-Demokratie, von einem praktischen Bürger. Berlin 1880. Verlag von Friedrich Luckhardt.)

[2]) „Social-Schmutzlokraten.“ Siehe „Deutsche Volkszeitung“, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, Nr. 14.

und Zwietracht zwischen Fürst und Volk zu säen suchen. Die Lüge, die Falschheit und der schändlichste Eigennutz triumphiren, denn die Gesellschaft wird von dem modernen Liberalismus geradezu „verdummt“, entsittlicht und irreligiös gemacht. Weicht die Gesellschaft im großen Ganzen von den ewigen Wahrheiten des Christenthums zurück, so herrscht der Materialismus, der immer in dem Egoismus gipfeln muß. Alles! was bisher gegen uns geschehen ist, geschah nur in Folge jener unchristlichen Grundsätze.

Der Materialist fragt im strengen Gegensatze zum Christen nur nach sich; sein Vortheil ist ihm allein Gesetz und befolgt er alle anderen Gesetze nur insoweit, als er sie nicht mit Erfolg umgehen kann.

Der Gesellschaftszustand, der durch den Materialismus geschaffen wird, ist der Kampf Aller gegen Alle; kein Ausgleich, kein Versöhnungsmoment ist bei ihm gegeben und unermüdlich ist er in der Verwüstung des gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Lebens, in der Zersetzung der Sitten und in der Beseitigung aller Freudigkeiten des Daseins, auf die doch jeder Mensch einen gerechten Anspruch hat.

Wir haben bereits durch die Concurrenz- und gewerblichen Anarchien ein großes Stück auf dem Wege des ökonomischen Materialismus zurückgelegt, und gleich „weit“ sind wir in dem geistigen gelangt.

Armuth im Gegensatze zum Ueberreichsein auf der einen Seite, Religions- und Sittenlosigkeit auf der anderen, das sind die Errungenschaften des ökonomischen und geistigen Materialismus.

Ihr klagt, Mitbürger! und das beweist Eure schlechte Lage, aber Ihr fragt noch lange nicht genug nach den wahren Ursachen Eurer gedrückten Verhältnisse.

Die Gesetze „allein“! machen nicht immer Alles aus, wenn **„der Geist“** fehlt, der allein „gerecht“ sein läßt.

Ich kann Euch noch einen anderen Beweis geben. Gesetze, wie wir sie heute haben, wären ganz unmöglich, wenn sich nicht ein Theil der Gesellschaft vom Christenthum entfernt hätte. In ihm ist Liebe und liegt zugleich der wahre Ausgleich zwischen Arm und Reich. In ihm liegt die Versöhnung und die allein

wahre Beruhigung des Gemüths, ohne welche es nur Streit, Haß, Rache und Unglück giebt.

Gehen wir nun von den tiefen und wahren Grundsätzen des Christenthums aus, so löst sich die sociale Frage am leichtesten, denn die christliche Lehre verdammt den Materialismus und seinen Sohn, den Egoismus.

Sie verdammt somit gerade jene Grundsätze, die aus Beiden entspringen und durch welche man uns Alle in die schlimmen und unerträglichen Verhältnisse gestürzt hat.

Der „verlogene Fortschritt" eifert gegen die Gotteshäuser und gegen das Wort Gottes, das in ihnen gepredigt wird, aber er erbaut aus dem Gelde, das er uns Allen abgeschwindelt oder abgepreßt, um viele Millionen die theuren Börsen-Paläste, diese kostbaren Hallen für das goldene Kalb.

Der Culturkampf, das Lieblingswerk der Führer des sogenannten Fortschritts, hat Hunderte von Kirchen verwaist, das Wort Gottes wird nicht mehr in ihnen gelehrt, was habt Ihr aber durch das rege Leben in den modernen Tempeln — den Börsen — wohl gewonnen?

Das Christenthum sucht man Euch zu verleiden und zu entreißen, und indem Ihr zu Sklaven des geistigen Materialismus werdet, verfallt Ihr erst recht der Sclaverei des öconomischen.

Ich will den Ring brechen, der den Menschen in geistiger und materieller Beziehung entwürdigt und zum Rückschritt zwingt. Deshalb rief ich Euch meine Parole zu und forderte Euch auf, mir zu folgen.

Ich wiederhole somit, was ich Euch schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt habe, und in der Bethätigung dieser Worte sollt Ihr ein- für allemal Eure wahren Freunde erkennen. —

Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern die Arbeit für den Menschen. — Die Arbeit soll den Menschen heben und seine Lebensumstände „verbessern", nicht aber die weitaus große Mehrzahl zu Sclaven machen und gerade dadurch in Lagen bringen, welche ihren Rechten Hohn sprechen.

Die heutigen privatlichen Arbeitsorganisationen gipfeln in den meisten Fällen in der vollkommensten Ausnützung der Menschen, bei welcher sie ungleich geringer geachtet werden, als ihre Arbeitsproducte.

Das sind verkehrte Verhältnisse, das sind ungerechte, unnatürliche und deshalb durch und durch unchristliche Zustände, die nur der Böswillige oder stark Beschränkte übersehen oder billigen kann.

Das richtige Verhältniß zwischen Mensch und Arbeit muß wieder hergestellt werden.

Der sogenannte Fortschritt, bei welchem die Arbeitsleistung „über" den Menschen gestellt wird, ist zu brechen, damit der „Fortschritt" in der Existenz der Menschen zur Wahrheit werden kann. — **Die Arbeit soll deshalb das „Mittel" sein, die Lebensumstände zu verbessern und durch die erzielten Verbesserungen wieder verbessernd auf die Menschen zu wirken.**

Wo die Arbeitsverhältnisse nicht nur diese Vortheile ausschließen, sondern ihr Gegentheil erzielen, ist man von der allein richtigen Bahn gewichen, denn die Arbeit wird zum Zweck, während sie nur das Mittel zum Zweck sein soll.

Mitbürger! an diesen Sätzen haltet fest, denn sie werden Euch als eine scharfe Probe gegenüber Euren falschen Freunden dienen.

Um nun den Ring der Ausbeuter zu brechen und den Revolutionären gegen Thron, Altar und gegen die unveräußerlichen Menschenrechte mit Erfolg entgegen zu treten, ist die Sammlung Aller, welche die gegenwärtigen Verhältnisse verwünschen und nach Rettung und Verbesserungen verlangen, unbedingt geboten. Ihr habt bereits den Anfang gemacht, Ihr habt die Lügen des modernen Liberalismus durchschaut und sind Euch erst die anderen Arbeiter gefolgt, so ist die bessere Zeit auch angebrochen.

Um Euch noch näher darzulegen, wie ich über die socialen und wirthschaftlichen Reformen denke, lasse ich hier eine Stelle aus einem offenen Briefe folgen, den ich vor einigen Monaten geschrieben.

In einer Zeit, wo von den falschen Fortschritts-Aposteln so systematisch gelogen wird, um die breiten Schichten der Bevölkerung irre zu führen und sie noch länger vor den Fortschrittskarren spannen und als Stimmvieh des Geldprotzenthums gebrauchen zu können, ist es die doppelte Pflicht des „deutschen" Bürgers, diesen Lügen und „Ringeleien" fort und fort entgegen

zu treten. Was wir verloren haben, das hat der Fortschrittsring gewonnen, und was wir zur Besserung der socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse verlangen, das wird uns stets von ihm verweigert.

Die Stelle, die ich aus dem offenen Briefe citiren will, lautet:

Ich will — und das geht mir über Alles, weil ich hierin eine der höchsten conservativen Pflichten gegen Kaiser und Reich erblicke — wieder für die ehrliche und für die harte Arbeit Umstände geschaffen wissen, unter welchen eine dauernde Zufriedenheit bestehen kann.

Die furchtbar schroffen Gegensätze, welche allein nur durch die ungebundene, vollkommen schrankenlose Gewalt des großen Kapitals bestehen, müssen gehoben und der Schwerpunkt des wirthschaftlichen Lebens wieder in das selbstthätige Schaffen gelegt werden.

Ich bin mir vollständig klar darüber, daß im wirthschaftlichen und socialen Leben nicht eher an wesentliche und durchgreifende Besserungen gedacht werden kann, so lange man nicht vor Allem die Privilegien des Großkapitals beseitigt und demselben solche Schranken zieht, daß nicht allein die arbeitenden Bevölkerungsklassen vor der Uebermacht desselben geschützt sind, sondern auch an den Wohlthaten möglichst theilnehmen, welche überhaupt zu spenden das Kapital berufen ist.

Wo das Großkapital so unverhältnißmäßige Vorrechte genießt, wie in den modernen Culturstaaten, da ist der Staat und die Gesellschaft krank und helfen alle Mittel nicht, wenn sie nicht gegen dieses Hauptübel gerichtet sind. Würden wir aus allen Theilen Deutschlands in einer entsprechenden Weise unterstützt, so wäre es uns keinen Augenblick bange, in drei bis vier Reichstagssessionen diese gewaltigen Wirthschaftsreformen, von welchen allein das unerläßliche Gleichgewicht der socialen Interessen und Lebensbedingungen abhängt, herzustellen.

Mögen diese Briefstellen bei Manchen auch hier wieder Anstoß erregen, so ist mir das vollkommen gleich, denn wo dies zutrifft, herrschen Anschauungen, gegen die wir uns als denkende Patrioten und als wahre Christen mit aller Entschiedenheit zu wenden haben.

Die Wunden, an welchen die Gesellschaft leidet, können nicht mit Zuckerwasser und gerade so wenig durch den Magnetismus der Phrasen geheilt werden, den Alle so warm empfehlen, die weit entfernt sind, wirklich helfen zu wollen, und welche besondere Verehrer von möglichst dunkel gehaltenen Programmen sind.

Wem es Ernst um die Erhaltung des Deutschen Reiches ist, wer die Zufriedenheit seiner Bürger begründen will: als sicherstes Pfand für die gedeihlichen Entwickelungen der socialen und wirthschaftlichen Reformen, wer mit unerschütterlicher Treue zu seinem Heldenkaiser aufblickt, dessen ganzes Leben eine ununterbrochene Kette der treuesten und aufopferungsvollsten Pflichterfüllungen darstellt, wer als wahrer Christ den Lehren seines Heilands folgt und deshalb Selbstsucht und Eigennutz als die Keime aller Laster verwirft, der wird meinen obigen Worten nicht widersprechen. Wo es dennoch geschieht, da haben wir es mit zaghaften oder unklaren Menschen, dann mit den offenen und zum Theil auch noch versteckten Vertretern des modernen Liberalismus, mit Schwachköpfen, oder mit „politischen Pharisäern“ zu thun.

Diesen Elementen kann ich nicht gefallen wollen, ohne ein Verräther an den wirklichen Reform-Bestrebungen zu sein, die ich innerhalb der social-conservativen Vereinigung vertrete.

Mitbürger aus dem Arbeiterstande! nun wißt Ihr, um was es sich handelt und was mich veranlaßt hat, mit rücksichtsloser Energie in den Kampf zu treten.

Die Zeit der Complimente ist vorüber, die thatsächliche Hilfe ist unerläßlich. Der größte Staatsmann Europas erkennt mit uns die Nothwendigkeit der Reformen an. Er wird, da er sich im Reichstage offen hierüber ausgesprochen, von denselben Leuten angegriffen und auf das Beste gehaßt, welche auch unsere Feinde sind. Es gilt zu retten, zu verbessern, zu sichern und die unveräußerlichen Menschenrechte gegenüber der modernen, der kapitalistischen Tyrannei zu vertheidigen.

Auf zum deutschen Werk! auf zur christlichen That!

Indem ich Euch, liebe Mitbürger, noch einmal herzlichst für das Zeichen Eures Vertrauens danke, schließe ich mit der Aufforderung, die von mir ertheilte Parole: „Mobilisirung und

dann Sammlung der Productivstände zur Hebung und zum Schutze der ehrlichen und mühevollen Arbeit", zu verbreiten und nach Kräften für sie einzustehen.

Einigkeit macht stark. **Auf! mit Gott für Kaiser, Reich und Recht.**

In Treue fest.

Laudenbach, im April 1881.

Reichsfreiherr von Fechenbach-Laudenbach.

Statuten

der

Vereine zur Hebung und Wahrung allgemeiner Arbeiter-Interessen.

§ 1.

Der Verein zur Hebung und Wahrung allgemeiner Arbeiter-Interessen hält fest an der Grundlage des deutschen Staates, ist für Einführung eines directen allgemeinen Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung zu den Landes- und Communal-Vertretungen, mit Gewährung ausreichender Diäten für die Volksvertreter im Reichs- und Landtage, **steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu Kaiser und Vaterland.**

§ 2.

In richtiger Erkenntniß der traurigen Lage der Arbeiter findet der Verein die Ursachen derselben in der jetzigen socialpolitischen Gesetzgebung und erwartet eine gründliche Aufbesserung nur von einer durchgreifenden Social-Reform auf allen wirthschaftlichen Gebieten. Speciell für den Arbeiter sind nöthig:

1) Einführung obligatorischer Arbeiter-Kranken- und Alters-Pensions-Kassen unter einheitlicher Leitung des Staates.
2) Einführung von Normalarbeitstagen mit Minimal-Lohnsätzen nach den verschiedenen Berufsarten.
3) Gerechte Vertheilung des Reingewinns, welcher aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit entsteht, nach möglichster Einschränkung der Accordarbeit.

4) Abschaffung des Lehrlingswesens in Fabriken und Eisenbahnwerkstätten sowie aller Kinderarbeit. Möglichste Einschränkung der Frauenarbeit.

5) Alle Finanzzölle, für welche auch die unbemittelte Bevölkerung aufzukommen hat, sind zu beseitigen und die entstehenden Lücken durch Börsen-, Erbschafts- und Luxussteuer zu decken.

6) Ist den oft rein willkürlichen Getreidepreis-Steigerungen und ganz besonders dem Wucher mit Getreide durch Errichtung von staatlichen Getreidemagazinen vorzubeugen und ist mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß vor Allem das tägliche Brot für die unbemittelte Bevölkerung nicht über jenes Maß im Preise steigt, als zur Erhaltung des andern Productivstandes (der Landbau treibenden Bevölkerung) nöthig ist.

§ 3.

Der Verein beschäftigt sich nur soweit mit Politik, als sie durch die Arbeiter-Frage und die in § 2 angegebenen Forderungen berührt wird und **schließt auf's strengste jede Discussion über Religion aus.**

§ 4.

Mitglied des Vereins kann jeder unbescholtene Arbeiter oder Handwerker werden, der sein 21. Lebensjahr überschritten hat. Ueber Ausnahmefälle entscheidet der Vorstand.

§ 5.

Der Vereinsbeitrag beträgt monatlich **mindestens** 10 Pf. Beim Eintritt sind 10 Pf. Einschreibegeld zu entrichten.

§ 6.

Der Mitgliedschaft wird verlustig, wer gegen die Grundsätze oder Beschlüsse des Vereins in Wort oder Schrift agitirt, desgleichen, wer mit dem Monatsbeitrag drei Monate im Rückstande ist oder bei dem die in § 4 geforderten Bedingungen nicht vorhanden.

§ 7.

Die Angelegenheiten des Vereins werden von dem Vorstande geleitet. Derselbe besteht aus einem Vorsitzenden, einem Kassirer, einem Schriftführer, deren Stellvertreter und 5 Beisitzern. Dem Vorstande ist eine über die ganze Stadt ausgebreitete Agitations-Commission untergeordnet.

§ 8.

Der Vorsitzende, resp. dessen Stellvertreter, als Leiter des Vereins, vertritt denselben im Auftrage des Vorstandes nach innen und außen, er bestimmt in Gemeinschaft mit dem Vorstande alle zur Agitation nothwendigen Angelegenheiten und hat die Aufgabe, den Verein nach allen Seiten hin zu fördern. Der Vorsitzende zeichnet im Auftrage des Vorstandes.

§ 9.

Der Kassirer unterliegt der dauernden Revision zweier von dem Verein halbjährlich zu wählenden Kassenrevisoren und hat außerdem alle drei Monate einen vollständigen Kassenbericht an eine hierzu zu wählende Revisions-Commission, der Vorstandsmitglieder nicht angehören dürfen und welche aus vier Mitgliedern zusammengesetzt sein muß, zu unterbreiten. In einer, in dem darauf folgenden Monat stattfindenden Mitglieder-Versammlung des Vereins hat die Commission Bericht zu erstatten. Alle einlaufenden Geldbeträge sind an den Kassirer einzuliefern.

§ 10.

Es werden seitens des Vereins sowohl geschlossene Mitglieder-Versammlungen, als auch öffentliche Versammlungen abgehalten. Die Leitung derselben ruht in den Händen des Vorsitzenden, resp. dessen Stellvertreters, der für Ordnung während der Verhandlungen nach jeder Richtung hin zu sorgen hat.

§ 11.

Außer diesen Versammlungen findet jährlich eine ordentliche General-Versammlung über die persönlichen Angelegenheiten des Vereins statt, bei welcher Gäste keinen Zutritt haben. Außerordentliche Generalversammlungen können vom Vorstande, sowie

auf Antrag von $^1/_{10}$ der Mitglieder anberaumt werden. Die Bekanntmachungen sind mindestens 3 Tage vor der Generalversammlung zu veröffentlichen.

§ 12.

Anträge zu den Generalversammlungen sind acht Tage vor dem Zusammentritt derselben an den Vorstand schriftlich einzureichen. Anträge auf Abänderung der Statuten bedürfen einer Unterstützung von $^1/_{10}$ der Mitglieder. Ueber Anträge, welche erst in der General-Versammlung eingebracht werden, darf nur discutirt, nicht aber beschlossen werden. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgt jährlich.

§ 13.

Anträge zu den Mitglieder-Versammlungen müssen beim Vorstande drei Tage vor der Versammlung schriftlich eingebracht werden. Ueber Anträge, die erst in der Versammlung gestellt werden, darf nur dann debattirt und abgestimmt werden, wenn $^2/_3$ der anwesenden Mitglieder die Dringlichkeit anerkennen.

§ 14.

Der Verein kann niemals aufgelöst werden, es sei denn, die Zahl der Mitglieder sinkt unter 15 herab. In diesem Falle ist der Fond des Vereins an bedürftige Wittwen und Waisen ehemaliger Vereinsmitglieder zu vertheilen.

Beschlüsse

der conservativen Versammlung in Würzburg

vom 31. Juli 1882.

1) Die erhaltende Tendenz, die der conservativen Partei den Namen gibt, kann sich nicht nur auf die Grundlagen des Staats und der Kirche, sondern muß sich auch auf die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Organismus beziehen, welches die **Productiv-Stände** sind. Diese Stände leiden einer wie der andere durch die Herrschaft, welche das Interesse des beweglichen Kapitals und die es begünstigenden Anschauungen des römischen Rechtes und des sogenannten Manchesterthums über unsere gesellschaftliche Verfassung ausüben, und diese Nothstände begründen die **Pflicht** der conservativen Partei, auf eine ihnen abhelfende **Socialreform** hinzuwirken.

2) Die conservative Partei darf, wenn sie das Vertrauen des Volkes in steigendem Maße gewinnen und ihren Einfluß und Bestand auch für minder günstige Eventualitäten sichern will, die Pläne der Social-Reform nicht lediglich von der Reichsregierung erwarten, um ihnen, je nachdem sie hervortreten, ihre Unterstützung zu leihen. Sie muß für leichtverständliche große Ziele, sofern sie hinlänglich geklärt sind, **agitatorisch auftreten und sich hierbei mit den berechtigten materiellen Interessen der Productiv-Stände verbünden.** Nur so ist zu erwarten, daß sich die conservativen Bestrebungen mit dem Nachdruck einer Volksbewegung geltend machen; nur so kann die Partei die Kraft gewinnen, sich unter Umständen auch in Opposition zur Reichsregierung zu erhalten.

3) Solche klare, große und gemeinverständliche Ziele sind, um alles mehr oder minder Nebensächlichen zu geschweigen, **Schutz der vaterländischen Production gegen die Uebermacht des Auslandes, obligatorische Unfall- und Alters-Versicherung der Arbeiter, obligatorische Innung der selbstständigen Handwerker, Verwandlung der hypothekarischen Kapitalschuld des bäuerlichen Besitzes durch den Staat in Rentenschuld mit Amortisation und gerechtere Gestaltung der Subhastationsordnung für die mittleren und kleineren Grundbesitzer.** Der beiden ersten Punkte hat sich bereits, wenn auch mit ungenügendem oder noch ungewissem Erfolge, die Reichsregierung angenommen; die andern sind als Gegenstände der Anregung für die conservative Partei noch übrig.

4) Als die naturgemäße, darum richtigste und versprechendste Form des Eintretens der Productiv-Stände für die Social-Reform erscheint nicht sowohl der auf einer Gemeinsamkeit idealer Tendenzen beruhende conservative Verein, als der auf Gemeinsamkeit der materiellen Interessen beruhende Verein der Standesgenossen. Die conservative Partei muß es daher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, auf die Gründung und Ausbreitung von Vereinen selbstständiger Handwerker und von Bauernvereinen, wie sie bereits in vielen Gauen Deutschlands auf christlich-socialen Grundsätzen bestehen, hinzuwirken.

5) Die Partei muß bei Aufstellung von Wahlcandidaten ihr Augenmerk möglichst auf solche richten, welche die Grundsätze der Social-Reform sich zu eigenen gemacht haben.

6) Diese Grundsätze müssen durch die conservative Presse unablässig discutirt und die darauf bezüglichen Vorgänge eingehend berichtet werden. In der **„Deutschen Reichspost"**, schon bisher leitendem Organ der Conservativen Süddeutschlands, besitzt die sociale Reformbewegung in Süd- und Mitteldeutschland ihr wohlunterrichtetes Central-Organ.

Agrar-Bewegung.

Wir sind in der Lage, einen Brief des Freiherrn von Fechenbach-Laudenbach mitzutheilen, den er vor einiger Zeit an einen Führer der rheinischen Bauernbewegung richtete.

Sehr geehrter Herr!

Vor kurzem erfuhr ich, in welcher Weise Sie für das Wohl Ihrer Mitbürger besorgt sind, und wie Sie voll und ganz fühlen und auch wissen, was geschehen muß, damit der deutsche Bauer aus der Knechtschaft des Kapitals befreit werden kann. Vorausmarschiren können immer nur Einzelne; die Anderen kommen schon nach, wenn sie sehen, daß die Führer das Richtige wollen. Wer seinen Vortheil einmal kennt, der läßt ihn auch so bald nicht fahren. Es kommt also nur darauf an, daß man den Productivständen klar macht, wie sie sich von ihrer drückenden Lage befreien können. Unser hochverehrter lieber Kaiser will das Beste; er leidet, wenn er sieht, daß es uns schlecht geht, und wenn er erfährt, wie wenig Zufriedenheit im deutschen Reiche herrscht. Unser Kaiser will ein frohes und wohlhabendes Volk um sich sehen; er ist aber geradeso an die Constitution gebunden, wie unser großer Kanzler.

So kommt es denn in erster Linie darauf an, was für Leute das Volk in den Landtag und in den Reichstag schickt. Wählt es in der Mehrzahl Leute hinein, welche es mit den Productivständen, das heißt also: mit den Bauern, Handwerkern und Arbeitern nicht gut meinen, welche daher nicht im Interesse der ehrlichen und mühevollen Arbeit ihre Stimmen abgeben, sondern nur zum Nutzen der Geldprotzen, damit diese noch reicher und mächtiger werden, so kann sich das Volk auch gar nicht beschweren, wenn es ihm schlecht geht.

Damit nun endlich Klarheit werde und die Bauernfängereien auf den liberalen und fortschrittlichen Seiten an Umfang verlieren, ist es vor allem nothwendig, daß sich das Volk nach seinen Berufs-, somit nach seinen Erwerbsarten sammelt. Der Handwerker in den Städten weiß nicht, was dem Bauer fehlt, und dieser weiß ebenfalls nicht, was dem Handwerker nöthig ist. Geradeso steht es mit den Arbeitern der Großindustrie: diese wissen nicht, was der Handwerker und Bauer braucht.

Um also den drei großen Productivständen zu helfen, ist es vor Allem geboten, daß in den ganz heillosen Wirrwarr, den uns der moderne Liberalismus und der falsche Fortschritt mit voller Absicht gebracht haben, — denn im Trüben ist gut fischen — Klarheit und Ordnung kommt. Das kann aber nur dann der Fall sein, wenn sich, wie ich bereits gesagt habe, die einzelnen Berufsstände sammeln, damit sie klar über ihre Bedürfnisse werden.

Sie dürfen jetzt hundert allgemeine Volksversammlungen besuchen, so werden Sie regelmäßig unbefriedigt aus denselben zurückkommen; denn auf denselben spricht der Handwerker, der Arbeiter, vielleicht auch einmal ein Bauer; dann aber ganz sicher sprechen die Advocaten des Liberalismus und des Fortschritts, und wenn je einmal ein Funke von Klarheit zu glimmen beginnt, so sind diese Herrn Advocaten sofort bei der Hand, ihn wieder zu ersticken, damit es ja nicht hell und klar in den Köpfen werde. Sie schwatzen dann solange, bis wieder Alles verworren ist, und in dieser Verworrenheit geht dann die Versammlung auseinander.

Die Liberalen und Fortschrittler wollen Euch allesammt in der Unklarheit und Unwissenheit erhalten; denn sobald es bei Euch in durchschlagender Weise klar wird, Ihr alle Euren Vortheil kennen lernt und ihn richtig versteht, ist es mit der liberalen Herrschaft und mit der Knechtung des Volkes durch die „Kapitalherren" vorüber. Deshalb lassen es sich diese Herren auch so viel Geld bei den Wahlen kosten.

Damit nun der Anfang, aber der richtige, ernste Anfang zur Besserung der Verhältnisse gemacht werde, habe ich die Parole ausgegeben: „Sammlung und Organisirung der Productivstände zur Hebung und zum Schutze der ehrlichen und mühevollen Arbeit".

Ferner habe ich dem deutschen Volke zugerufen: „In der

Sammlung und richtigen Benützung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge".

Statt also die allgemeinen Volksversammlungen zu besuchen, in welchen die Advocaten der Liberalen und Fortschrittler schon dafür sorgen, daß Ihr noch verworrener werdet, haltet Bauern-, Handwerker- und Arbeiterversammlungen ab.

Indem jeder Berufsstand genau seine Interessen kennen lernt, fängt auch das Standesbewußtsein an sich wieder zur Geltung zu bringen. Heutzutage schmachtet Alles unter einer Arbeit, die nicht froh macht, weil sie nicht frei ist. Wenn aber der Arbeit ihre Freiheit zurückgegeben wird, so sind die Ketten gebrochen, welche der Kapitalismus um uns alle gelegt hat, und dann können wir uns auch wieder unserer Arbeiten freuen. Das wirkliche Kennenlernen der eigenen Interessen hat aber noch den großen Vortheil, daß dann kein Stand etwas Unbilliges von dem andern verlangt, einfach schon deshalb nicht, weil jeder genau einsieht, daß er auf den anderen angewiesen ist. Das ist eben die Klarheit, die wir Euch verschaffen wollen, daß Ihr voll und ganz einsehen lernt, wie außerordentlich die Berufsstände auf einander angewiesen sind.

Nur ein Beispiel. Geht es den Bauern schlecht, so laufen erstens Tausende und aber Tausende in die Städte und den Fabriken zu. Hierdurch werden die Löhne gedrückt und leiden die Arbeiter Schaden. Geht es den Bauern schlecht und sind sie arm, so leidet zweitens die Industrie; denn wenn von 45 Millionen Menschen 23 Millionen Nichts kaufen können, so gibt das schon gehörig aus und man fühlt es im ganzen Reiche. Fragt nur die Kaufleute in den Ortschaften und kleineren Städten. Ein wohlhabender Bauernstand ist das beste und sicherste Fundament des Staates. Geht es den Bauern gut, so zeigt sich das im ganzen übrigen gewerblichen Leben. Es ist also wieder eine der ganz schändlichen fortschrittlichen Lügen, wenn gesagt wird, daß in der Vertretung der Berufsinteressen eine Aufreizung liege. Nein! im Gegentheil: in dem Grade als die einzelnen Berufsstände ihre wahren Interessen kennen lernen, erfahren sie den wirklichen Zusammenhang der verschiedenen Interessen und werden deshalb erst recht diejenigen der Anderen achten.

Auch möchte ich Euch, liebe Mitbürger, darauf aufmerksam machen, daß gerade die gewissen Advocaten, die so sehr gegen die Interessenpolitik eifern, stets die Ersten sind, welche für die Interessen der Kapitalisten arbeiten. Die ganze moderne Gesetzgebung, unter welcher die Productivstände so hart getroffen wurden, entsprang der Interessenpolitik, allerdings keiner allgemeinen, sondern einer höchst einseitigen. Denn wie die Erfahrung beweist, gingen die Productivstände überall zurück und geriethen voll und ganz in die Abhängigkeit und in die Knechtschaft des Kapitalismus. Dieselben Leute aber, die nun gegen die Vertretung Eurer Interessen eifern, nehmen keinen Anstand, mit aller Macht den Interessen des großen mobilen Kapitals zu dienen. — „An den Früchten, die sie reifen lassen, sollt Ihr sie erkennen."

Wenn die Advocaten des Kapitalismus zu Euch kommen, so werft sie auf gute bäuerliche Art zur Thüre hinaus.

Die Zeit ist da, in welcher Ihr Eure Feinde und Freunde nicht mehr mit einander verwechseln dürft.

Also sammelt Euch und tretet in die Glieder; es gilt, den deutschen Bauernstand zu retten. Auf mit Gott, für Kaiser und Reich und Recht!

In meinem Wahlausschreiben und auch in meinem Bauernprogramm finden Sie die Forderungen, die ich im Interesse des deutschen Bauernstandes stellen mußte, und es hängt nun ganz allein von den Bauern selbst ab, ob dieselben auch erfüllt werden. Sammelt Euch im ganzen Reiche, und gründet Bauern-Vereine auf Grund der Statuten des „Westfälischen Bauern-Vereins"! Habt Ihr Euch gesammelt und organisirt, dann wollen wir auch gemeinsam unsere Forderungen stellen und werden auf diese Weise unschwer durchdringen, denn Einigkeit macht stark.

Ich stehe Euch in Allem gerne mit Rath und That zur Seite, und der allmächtige Gott wird mit uns sein. Mit den herzlichsten Grüßen und in Treue fest.

Laudenbach, im April 1882.

Reichsfreiherr von Fechenbach-Laudenbach.

Aus der Rede

des

Freiherrn von Fechenbach-Laudenbach,

in Roßbach

bei der Gründung des „Fränkischen Bauern-Vereins".

Die drei Productivstände, die Bauern, Handwerker und Arbeiter zu fördern und ihre mühevollen Arbeiten vor den Ausbeutungen zu schützen, das gehört zur conservativen Politik. Zustände zu schaffen, die der Erhaltung werth sind, darin gipfeln unsere Bestrebungen.

Wir sind conservativ in Hinsicht des monarchischen, christlichen Staates, wir sind conservativ im Erhalten des Guten und Rechten, aber wir sind radical, ja selbst sehr radical im Beseitigen des Schlechten und Unrechten, im Beseitigen aller Zustände, welche den sauren und mühsamen Lohn des arbeitenden Volkes den Auswucherungen der lucrativen Erwerbsarten ohne jeglichen Schutz unterstellt. Wir verstehen eben den „Fortschritt" etwas anders, wir selbst sind eine „Fortschrittspartei", denn wir erstreben die größtmögliche Zufriedenheit und Wohlhabenheit des Einzelnen, wir streben, ohne die politische Freiheit aufheben zu wollen, nach der wirthschaftlichen Freiheit gegenüber der demoralisirenden Knechtschaft des großen Kapitals, das die freie Bewegung des wirthschaftlich Schwächeren ausschließt und ihn trotz aller politischen Freiheiten zwingt, seine Arbeitskraft ihm auszuliefern. Heute beschäftigen wir uns insbesondere mit der Erhaltung des größten Productivstandes, somit mit dem Bauernstande. Geht

der deutsche Bauer zu Grund, so geht auch das deutsche Reich zu Grund, denn der Staat, der es nicht vermag, sich einen leistungsfähigen Bauernstand zu erhalten, der ist dem Untergange verfallen. Eine Armee, die nicht hauptsächlich aus kräftigen Bauernsöhnen besteht, flößt dem Feinde wenig Besorgniß ein, und dem Staate, dem sie dienen soll, gewährt sie keinen genügenden Schutz. Die modernen Liberalen und die Herren Fortschrittler denken hierüber allerdings anders. Es ist mir schon in allem Ernste gesagt worden, und man kann es ja täglich von den so sehr gescheidten und „aufgeklärten" Herren hören, daß die Bauern noch dumm seien, ihren Vortheil nicht verstünden, sonst würden sie ihre jetzige Wirthschaft aufgeben und sich auf die Gartenwirthschaft werfen. Sie würden Blumenkohl, Zuckererbsen und Spargel bauen, feines Obst ziehen und Käse machen. Nun, liebe Mitbürger! da haben wir ja wieder einmal die ganze Freundschaft, die uns jene Herren stets entgegen bringen. Wir sollen Gartenbau treiben, damit wir uns besser stellen!!!

Ob sich der Boden dazu eignet, ob es das Klima erlaubt und ob das Publicum da ist, das unseren Blumenkohl 2c. consumirt, und ihn, was doch für uns wohl die Hauptsache sein dürfte, auch entsprechend bezahlt, das ist alles ganz gleichgiltig, denn die modernen Herren Liberalen und die Herren Fortschrittler, die es so außerordentlich gut mit uns meinen, die von der Landwirthschaft und der National-Oeconomie so viel verstehen, die wollen es so haben. Wie steht es aber mit unserem täglichen Brote, woher sollen wir es nehmen? Nun liebe Mitbürger! hier bekommt die Geschichte einen Haken, die freundlichen Rathschläge der modernen Herren Liberalen werden äußerst dunkel, mit anderen Worten gesagt: Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die modernen Herren Volksbeglücker sind bekanntlich auch Freihändler, bei ihnen ist ja alles frei und deshalb wollen sie auch die ehrliche und mühevolle Arbeit nicht geschützt wissen und sollen die wirthschaftlich Stärkeren das Recht haben, ihre Früchte an sich zu reißen. Die modernen Liberalen verlangen, daß das Getreide zollfrei eingeführt werden soll. Sie sprechen dabei von dem Brote des „armen Mannes", denken aber nur an die Vortheile, die ihnen der Freihandel bringt. Sie verschweigen ganz wie die Kornpreise gemacht

werden, sie sprechen nicht davon, daß der Preis des Getreides auf den Producten-Börsen gemacht wird, sie wollen nichts davon hören, daß die Brotpreise bei uns so ziemlich gleich bleiben, ob wir gute oder schlechte Ernten haben. Sie schweigen auch ganz davon, daß die Brotpreise vor dem Kornzoll schon theurer waren, und sie wollen endlich am allerwenigsten davon hören, daß der Preis des Korns schon so ziemlich in Amerika festgestellt wird. Sie finden es auch ganz in der Ordnung, daß auf den Producten-Börsen mit dem Getreide reine Differenz-Geschäfte getrieben werden, wodurch sich der Cours von Korn, Gerste und Weizen nicht nach dem Angebot der Producenten und der Nachfrage der Consumenten, sondern nach den verschiedenen Umständen der Speculationen und der Höhe der Kapitalien richtet, welche zur Zeit für den Getreidehandel verwendet werden.

Angesichts solcher Zustände müssen wir die Frage immer bestimmter stellen: „Wie können wir unsern Bauernstand erhalten? wie können wir ihn leistungsfähig, wohlhabend und zufrieden machen?" Jedenfalls nicht dadurch, daß die deutschen Bauern Gemüse bauen und feines Obst ziehen.

Wenn uns also die modernen Volksbeglücker, die sich so sehr für das ausländische Getreide interessiren, rathen: wir sollten, um uns besser zu stellen, Blumenkohl, Spargel und Zuckererbsen bauen, so rufen wir ihnen zu: Prosit Mahlzeit! zu viel Ehre! zu viel Freundschaft! wir wissen schon selbst, wo uns der Schuh drückt und was uns helfen kann. Aber liebe Mitbürger! wir brauchen uns über jene „freundschaftlichen" Rathschläge gar nicht zu wundern, denn das was wir von diesen Leuten noch erfahren haben, waren lauter solche Freundschaftsdienste.

Würden wir jene Herren gewähren lassen, sie würden uns alle noch „zu Tode freundschaften" und die Güte haben, uns die Sorgen um unsere Wirthschaften noch ganz abzunehmen. Betrachten wir uns diese Freundschaftsdienste doch einmal etwas näher.

Da erblicken wir gleich eine ganze Reihe der modernen liberalen Freiheiten! Freiheiten, bei welchen das schaffende und arbeitende Volk nur rückwärts, die Herren Juden und Judenfreunde aber vorwärts gekommen sind. **Die ganze sogenannte Fortschrittspartei ist Judenpartei, denn sie bedeutet den Fort-**

schritt des Judenthums. Wo sich die Juden in so kurzer Zeit und so außerordentlich bereichern, wie bei uns in Deutschland, da müssen die Christen in demselben Verhältniß ärmer werden, da der Jude nie durch eigene Arbeit, sondern nur durch Schacher, Mausen und den sauren Verdienst der Christen sich bereichert. Er reißt die Früchte der Arbeit, die andere geleistet haben, an sich, das ist „seine Arbeit."

Was haben wir von der so viel gepriesenen Wucherfreiheit? Man hat sie allerdings nun etwas beschnitten, aber noch lange nicht genug, denn wie wir sehen, ist die edle Wucherei immer noch ein sehr gutes Geschäft. Was nutzt uns also die Wucherfreiheit? Haben wir gewuchert oder sind wir nicht vielmehr ausgewuchert worden? Was haben wir von der Wechselfreiheit? Die Wechselfreiheit soll nur zur leichteren Vermittlung der kaufmännischen Geschäfte dienen, für den Bauern ist sie aber die stets bereite Schlinge zu seinem Ruin, und mit welchem Erfolge sie von den Wucherern geworfen wird, zeigt die furchtbare Ueberhandnahme der Zwangsversteigerungen und das ländliche Proletariat.

Die Wucherfreiheit konnte erst dann mit ganzem Erfolge angewandt werden, als ihr die Wechselfreiheit ergänzend zur Seite stand. Was haben wir von der schrankenlosen Freizügigkeit? Wem kam sie zu gut? Wieder nur jenen bekannten Herren, welche wohlfeile Arbeitskräfte für ihre Unternehmungen brauchten. Von den im Anfange sehr hohen Löhnen angelockt, liefen die Leute in die Städte; wurden sie aber krank oder arbeitsunfähig, so fielen sie und ihre Familien den Gemeinden zur Last. Stockten die Arbeiten, brachen die berühmten Krachs aus, so warf man sie zu Tausenden auf die Straße. **Das ist der moderne Fortschritt, das nennt man „liberal sein."**

Zu Tausenden sehen wir die Arbeiter auch jetzt noch auf den Straßen herumziehen, denn infolge der modernen Freiheiten hat sich ein Vagabundenthum entwickelt, wie man sich es nicht größer denken kann. Tausende und aber Tausende, die mir jetzt als vollendete Säufer und Strolche begegnen, kamen erst durch die Arbeitslosigkeit und das Herumziehen so weit herunter.

Es ist amtlich nachgewiesen, daß im deutschen Reich über 200,000 solcher Spaziergänger die Landstraßen bevölkern. Wenn

jeder von ihnen täglich nur fünfzig Pfennig erbettelt, so macht das den Tag 100,000 Mark und für das Jahr 36 Millionen 500,000 Mark. Da aber weit mehr als 200,000 Menschen arbeitslos umherziehen, und jeder von ihnen auch mehr als fünfzig Pfennig den Tag erbettelt, so ist die Summe keineswegs zu hoch gegriffen, wenn wir sie auf 40 Millionen veranschlagen. Zu dieser Extrasteuer kommen dann noch die Gaben von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken.

Auch diese heillosen Zustände haben wir dem modernen Liberalismus zu danken. Liberal gegen die Lumpen, Faullenzer und Betrüger, aber hart, sehr hart gegen das arbeitende und schaffende Volk. Liebe Mitbürger! Diesen Verhältnissen gegenüber, welche die ehrliche und mühevolle Arbeit immer mehr belasten, gibt es in erster Linie nur ein Mittel, das ist die Vereinigung aller, welche unter ihnen leiden.

Einigkeit macht stark, und, wenn es sein muß, auch gefürchtet. Nicht umsonst rufe ich seit Jahren den Productivständen zu: „In der Sammlung und richtigen Benutzung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge."

Der moderne Liberalismus hat die natürlichen Gliederungen zerrissen und die so nothwendige Zusammengehörigkeit gesprengt und deshalb jeden Einzelnen von Euch den Ausbeutern überlassen.

Das große **Uebel unserer Zeit** ist die **Organisationslosigkeit,** es ist die Unordnung. Im Trüben ist gut fischen, und wie die modernen Herren Volksbeglücker, wie diese Liberalen und Fortschrittler bei uns gefischt haben, das beweisen eben die traurigen Verhältnisse, in denen wir uns befinden. Der Einzelne kann hier nicht widerstehen, das kann nur die Gesammtheit. Gründen wir also durch das ganze deutsche Reich die Bauern-Vereine, schließen wir uns den andern beiden Productivständen an. In diesen Vereinen werden wir wieder stark, durch sie können wir unsern Feinden, den Ausbeuterbanden, am leichtesten widerstehen, und die Reformen durchsetzen, ohne welche der deutsche Bauernstand unrettbar verloren ist, und mit ihm unsere ganze heutige Cultur, unser Familienleben, unser Gemeingeist und unsere Widerstandskraft.

Programm
für
Bauern-Vereine.
(Deutsches Bauern-Programm.)

Zur Hebung der schwer darniederliegenden Landwirthschaft sowie zur Erhaltung eines selbstständigen leistungsfähigen Bauernstandes, von dessen Wohlergehen der Bestand und die Wohlfahrt des deutschen Reiches und der Einzelstaaten abhängt, sind folgende wirthschaftliche und gesetzliche Maßregeln unerläßlich:

1) müssen die **Ausgaben** des Bauern verringert werden durch:
Möglichste Sparsamkeit im gesammten öffentlichen Haushalt;
Gründliche Steuerreform zu Gunsten des überbürdeten Grundbesitzes und der erwerbenden Volksklassen, insonderheit Aufhebung jeglicher Doppelbesteuerung und schärfere Heranziehung des zur Zeit höchst begünstigten Geldkapitals;
Revision des gesammten Tax- und Stempelwesens behufs Gleichstellung des Grundbesitzes mit dem beweglichen Vermögen, insonderheit:
Abminderung der Taxen bei Verträgen über Immobilien und Eigenthumsübertragungen auf 3 vom Tausend;
Aufhebung der Taxen bei Hypothekenbestellungen und öffentlichen Versteigerungen;
Einführung einer Börsensteuer nach Procenten des Umsatzes mit mindestens 1 von Tausend;
Staatliche oder genossenschaftliche Regelung des Versicherungswesens.

Ausdehnung und Erweiterung des indirecten Steuersystems behufs Gewinnung von Mitteln zum Erlaß directer Steuern, und Verminderung der Gemeindeumlagen.

2) müssen seine **Einnahmen** vermehrt werden durch: genügend hohe **Schutzzölle auf alle landwirthschaftlichen Erzeugnisse,** damit die heimischen Producte nicht durch die übermäßige auf Raubbau fußende Concurrenz des Auslandes auf Preise herabgedrückt werden, um die sie bei uns ohne Verlust nicht herzustellen sind. **Möglichste Beseitigung des Zwischenhandels. Regelung der Eisenbahntarife** im Interesse der Landwirthschaft. **Einführung geeigneter Hausindustrieen.**

3) muß der Bauer aus der **Schuldknechtschaft des Geldkapitals** befreit und wieder zum freien unabhängigen Mann auf seiner Scholle gemacht werden durch **Ablösung der Hypothekenschulden** mit Hilfe des Staates und Verwandlung derselben nach Art der Grundablösung in unkündbare Schuldverpflichtungen mit jährlicher Tilgung.

4) muß er in seinem Eigenthume geschützt und eine **weitere Ueberschuldung verhütet** werden durch eine dem Wesen des Grundbesitzes besser entsprechende **Erbfolgeordnung** und ein **Heimstättengesetz**, welches den zur Fortführung der Wirthschaft nöthigen Theil an Gebäuden, Grundstücken, Vorräthen, Geräthschaften und Vieh von der Pfändung und Zwangsversteigerung frei läßt.

5) muß für einen **billigen zweckentsprechenden Credit** gesorgt werden durch:
Schaffung staatlicher oder genossenschaftlicher Pfandbriefinstitute nach Art der preußischen Landschaften für den Grundcredit, desgleichen Raiffeisen'scher Darlehenskassen womöglich in allen Landgemeinden für den Personalcredit;
Umwandlung der sogenannten Reichsbank in eine wirkliche Reichsanstalt, und Ausgabe von Reichspapiergeld an die genossenschaftlichen Geldinstitute gegen niedersten Zinsfuß, damit auch der kleine Mann zu billigem Gelde gelangt, und der jetzt zu hohe Zinsfuß herabgedrückt werde.

Beseitigung des Vorrechts der Notenbanken zur Geldfabrikation;

6) muß durch Einführung der **vertragsmäßigen Doppelwährung an Stelle der Goldwährung**, sowie durch allmälige **Vermehrung der Umlaufsmittel** dafür gesorgt werden, daß die durch die Silberentwerthung und die beschränkte Geldcirculation bewirkte, nur der Börse und dem Großkapital zu Gute kommende Vertheuerung des Geldes beseitigt, der unseligen Geldnoth, welche die Hauptursache der endlosen Krise und der Noth aller Erwerbsklassen ist, ein Ende gemacht und die gesunkenen Preise der Grundstücke und aller Producte wieder gehoben werden.

Nur solchen Männern ist bei den Wahlen die Stimme zu geben, welche das obige Programm in seinen Hauptpunkten anerkennen, und in der Gesetzgebung zur Durchführung bringen zu wollen versprechen.

Statut
des
Fränkischen Bauern-Vereins
nach
Beschluß der Generalversammlung
vom 16. September 1882.

§ 1.

Sitz des Vereins.

Der Fränkische Bauern-Verein hat seinen Sitz in Würzburg.

§ 2.

Zweck des Vereins.

Der Verein will die bäuerlichen Grundbesitzer zu einer Genossenschaft verbinden und in dieser

a. seine Mitglieder in sittlicher, geistiger und wirthschaftlicher Hinsicht heben,
b. sie zu einem kräftigen Bauernstand vereinigen, welcher sich bestrebt:
c. den bäuerlichen Grundbesitz zu erhalten.

§ 3.

Mittel, diese Zwecke zu erreichen.

a. Besprechungen und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zur Abwendung der Schäden für den Grundbesitz, zur Beseitigung schädlicher Gewohnheiten, Mißbräuche und des Luxus.

b. Förderung der den Interessen des Bauernstandes ensprechenden Bildung und Kenntnisse.
c. Versöhnung sich widerstreitender Interessen, Beilegung von Streitigkeiten und Processen durch gütliche Ausgleichung.
d. Gründung gemeinsamer wohlthätiger Anstalten im Interesse des Grundbesitzes und der Landwirthschaft, insbesondere der Credit-Institute und gemeinsamer Versicherungen.
e. Zur Verhinderung der Verschuldung, Zersplitterung und des Verkaufs bäuerlicher Güter; Vorsorge für rechtzeitige Errichtung letztwilliger Verfügung oder Verträge unter Lebenden, wodurch die bäuerlichen Güter möglichst ungetheilt, und soweit es die Landesgesetze gestatten, ohne zu schwere Belastung mit Abfindungen auf ein Kind oder einen Verwandten übertragen werden.

§ 4.

Mitgliedschaft.

a. Der als Mitglied Aufzunehmende muß:
   1. einer der beiden christlichen Confessionen angehören, deren Vorschriften erfüllen, einen moralischen und nüchternen Lebenswandel führen,
   2. großjährig und im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte sein,
   3. einen selbstständigen Grundbesitz haben und Landwirthschaft betreiben.
b. In gleicher Weise wie a. 1 und 2 sollen Pächter, Nießbraucher und Verwalter eines ländlichen Besitzthums, sowie Brüder und Söhne von Grundbesitzern, von denen zu erwarten ist, daß sie die Interessen des Vereins fördern, Mitglieder werden können.
c. Das Stimmrecht der Mitglieder beginnt mit deren Großjährigkeit. Eine Aufnahme ohne Stimmrecht kann unter den Bedingungen a. 1. 3. und b. mit dem 17. Lebensjahre erfolgen, wenn der Aufzunehmende nicht mehr Schüler oder Lehrling ist.

d. Ueber das Vorhandensein der Qualifikation zur Mitgliedschaft entscheidet der Ausschuß § 5, ebenso über das Nichtvorhandensein derselben bei den bereits aufgenommenen Mitgliedern.
e. Als Ehrenmitglieder können auf Vorschlag des Ausschusses § 5 durch Beschluß der Generalversammlung § 6 solche Männer aufgenommen werden, die sich um die Interessen des Grundbesitzes besonders verdient machen.

§ 5.

Leitung des Vereins.

Die Leitung des Vereins besorgt ein alle 3 Jahre zu erneuernder Vorstand, der aus dem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, von denen einer die Geschäfte des Vereins nach Auftrag des Vorsitzenden führt, dem Schriftführer, Kassier und einer entsprechenden Anzahl von Beisitzern besteht und in einer Generalversammlung gewählt werden muß.

Neben dem Vorstande besteht ein Ausschuß, der gleichfalls von der Generalversammlung gewählt wird.

Auf je 25 Mitglieder und jedes angefangene ¹/₄ Hundert kommt wenigstens ein Mitglied in den Ausschuß.

Die Mitglieder des Ausschusses haben, wenn sie den Sitzungen des Vorstandes beiwohnen, Stimmrecht. Sie halten Localversammlungen ab, verzeichnen sich anmeldende Mitglieder, erheben die Vereins-Beiträge.

§ 6.

Geschäftsordnung des Vereins.

a. Der Vorsitzende beruft den Vorstand, Ausschuß und die Versammlungen, die er zu leiten hat. Er ertheilt dem Kassier Zahlungsanweisungen und vertritt den Verein nach Außen. In seiner Abwesenheit oder Verhinderung vertritt ihn sein Stellvertreter oder in dem Fall, daß auch dieser verhindert ist, ein von ihm abzuordnendes Mitglied.
b. Der Vorstand und der Ausschuß üben ihre Thätigkeit nach Maßgabe dieser Statuten. Insbesondere stellt Ersterer die Tagesordnung für die Generalversammlung fest, prüft die

Rechnung des Vereins und legt sie dem Ausschuß vor, welcher die Decharge zu ertheilen hat.

c. Der Vorstand und der Ausschuß versammeln sich jährlich wenigstens einmal, können jedoch jederzeit und müssen auf Antrag von einem Drittel ihrer Mitglieder binnen vierzehn Tagen nach Eingang des Antrages durch den Vorsitzenden berufen werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, wenn es nicht besonders verhindert ist, den Sitzungen beizuwohnen.

d. Die Generalversammlung tritt alljährlich wenigstens einmal zusammen, kann aber jederzeit nach Bedürfniß und muß auf Antrag von 30 Mitgliedern binnen drei Wochen nach Eingang des Antrages berufen werden.

e. Die Localversammlungen werden nach Bedürfniß abgehalten und von dem Vorstande nach dessen Ermessen berufen.

f. Politik und Religion dürfen in den Versammlungen nicht besprochen werden.

g Der Vorstand, Ausschuß, die General- und Localversammlungen fassen, wo diese Statuten nicht anders bestimmen, ihre Beschlüsse durch Stimmenmehrheit.

Die Beschlüsse der Localversammlungen erlangen allgemeine Gültigkeit, wenn sie in einer Generalversammlung die Stimmenmehrheit erhalten.

h. Jede Versammlung wird mit Angabe des Ortes, Datums und der Tageszeit in der Regel durch die vom Vorstand bestimmte Zeitung bekannt gemacht.

§ 7.

Beitrag.

a. Zur Bestreitung der Vereins-Ausgaben zahlt jedes Mitglied durch das zur Einnahme bestimmte Ausschuß-Mitglied einen Beitrag von jährlich mindestens 30 Pfg. zur Kasse, beginnend mit dem Jahre, in welchem der Beitritt erfolgt. Extra-Beiträge müssen durch Beschluß der Generalversammlung festgesetzt werden.

b. Ueber die Verwendung der Vereinsmittel beschließt bis zur Höhe von 50 Mark der Vorstand, außerdem der Ausschuß.

c. Alle Aemter im Verein sind Ehren-Aemter. Baare Auslagen werden auf Verlangen nach Beschluß des Ausschusses erstattet. Der Letztere hat auch zu bestimmen, ob der Kassier ein Fixum oder eine Tantième erhält und in welcher Höhe, ebenso die Remuneration des Schriftführers festzustellen.

§ 8.

Rechnungslage.

Der Kassier schließt die Rechnung mit dem Kalenderjahre ab und überreicht solche nebst Belegen am 15. Januar dem Vorstand.

§ 9.

Abänderung der Statuten.

Eine Abänderung der Statuten kann, mit Ausnahme des unabänderlichen § 4 zu a. 1. und 2 in einer Generalversammlung mit $^2/_3$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 10.

Austritt aus dem Verein.

Wer aus dem Verein freiwillig austritt oder statutengemäß § 4 d. ausgeschlossen wird, verliert mit dem Tage des Austritts bezw. der Ausschließung sein Antheilrecht an dem Vermögen des Vereins zu Gunsten der übrigen Mitglieder.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 11.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei Generalversammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von 4 Wochen liegt, mit $^2/_3$ Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Die Socialdemokratie.

Dem „Reichsboten“*) entnehmen wir folgenden vorzüglichen Artikel:

„Die Socialdemokratie hat neuerdings bei den Reichstagswahlen in Hamburg und Kiel gezeigt, daß sie an diesen alten Sitzen der Fortschrittspartei unter den Arbeitern noch einen großen Anhang hat. In Berlin, der alten Hochburg der Demokratie, scheint es, nach verschiedenen Anzeichen zu schließen, nicht anders zu sein. Wir haben uns darüber nie getäuscht, denn wir haben von dem Socialistengesetz nie eine wirkliche Ueberwindung der Socialdemokratie erwartet, so gern wir auch die Wohlthat und Nothwendigkeit dieses Gesetzes in sofern anerkennen, als es die wilde Agitation der Socialdemokratie, wie sie bis zum Erlaß dieses Gesetzes in ihrer Presse und ihren Versammlungen in einer für ein geordnetes Staatswesen absolut unzulässigen Weise betrieben wurde, unterdrückte. Manche meinen freilich, wenn diese Agitation nicht unterdrückt worden wäre, so würde die Socialdemokratie sich gerade durch ihre Excesse und ihre fortschreitende Wildheit bei allen nicht ganz verwilderten Menschen mehr geschadet haben, als ihr das Socialistengesetz schaden konnte. Allein diese Ansicht beruht doch auf einer zu optimistischen Anschauung von der menschlichen Natur, die vor dem Urtheil der Geschichte nicht bestehen kann. Jedenfalls hatte die Obrigkeit die Pflicht, die Gesellschaft vor einer Agitation zu schützen, welche auf den Umsturz aller sittlichen, socialen und politischen Ordnung gerichtet war. Nach dieser klaren Pflicht hat die Obrigkeit gehandelt und darin hat sie recht gethan. Daß sie dadurch die Socialdemokratie nicht völlig besiegen und namentlich innerlich nicht überwinden könne, darüber hat sie sich wohl selbst von vornherein keiner

*) Nr. 196 und 198. 1883.

trügerischen Hoffnung hingegeben, denn eine Richtung wie die Socialdemokratie kann man nicht durch Polizeigesetze überwinden.

Die Socialdemokratie ist ein Gewächs, ein Product unserer Zeit, ihrer Verhältnisse und der in ihr herrschenden naturalistischen Weltanschauung; ja sie ist nichts anderes, als die vom Standpunkte der Armen aus gezogene Summe der sittlichen, socialen und politischen Consequenzen dieser naturalistischen Weltanschauung. Die Socialdemokraten haben das ja selbst wiederholt ausgesprochen und die Thatsache, daß die Socialdemokratie überall da hervortrat, wo der Same dieser Weltanschauung insbesondere durch die demokratische und liberale Presse ausgestreut worden war, hat dies bestätigt. Die Hochburgen der Fortschrittspartei und des Liberalismus sind überall auch die Hochburgen der Socialdemokratie geworden.

Der Unterschied zwischen beiden Richtungen besteht nur darin, daß der Liberalismus den allgemeinen Urbrei, in welchen er die Gesellschaft auflöste, im Interesse der kapitalistischen Volksklassen zurechtknetete, während die Socialdemokratie dasselbe im Interesse der besitzlosen Arbeiter thun will. Der Liberalismus hatte die Freiheit und Gleichheit proclamirt — wollte aber nur für die Wahlen davon eine praktische Anwendung machen, im socialen Leben rief dagegen sein System größere und drückendere Unterschiede von Reich und Arm hervor, als sie je vorher bestanden hatten, die Socialdemokratie wollte die Gleichheit auch auf den Besitz an den irdischen Gütern ausdehnen. Der Liberalismus hatte an die Stelle der geschichtlichen Entwicklung seine Theorien gesetzt und suchte die socialen und politischen Verhältnisse nach diesen Theorien umzugestalten. Die Arbeiter aber erkannten bald, daß sie sich bei dieser Gestaltung der Verhältnisse nach liberalen Theorien in Wirklichkeit noch schlechter stehen als früher. Das liberale System des Manchesterismus, der Auflösung aller socialen Ordnungen in einer schrankenlosen sogenannten Gewerbefreiheit im Bunde mit der ebenso schrankenlosen Actienfreiheit und Freizügigkeit bei gleichzeitiger Aufhebung des Heimatsrechts, hatte, unterstützt durch das Streben nach industriellem Großbetrieb, Tausende von kleinen gewerblichen Existenzen vernichtet, sie in das unterschiedslose Arbeiterproletariat hineingetrieben, während

auf der andern Seite der kapitalistische und industrielle Reichthum sich zu ungeheurer Macht erhob und die Arbeitermassen in eine früher nie gekannte Abhängigkeit von sich brachte. Losgelöst vom heimatlichen Boden, zusammengetrieben in großen Massen an den Centren der Industrie, ohne jegliche Organisation und ohne jeden sittlichen Halt und Stütze, mit dem Wechsel der industriellen Conjuncturen bald bei gutem Verdienst, bald arbeits- und brotlos, hin- und herziehend im Lande und darüber die Heimat verlierend, nicht selten zu der bettelnden Vagabondage hinabgestoßen — sehen sich diese Arbeitermassen wie die Ausgestoßenen, die Enterbten, die von der liberalen Politik betrogenen Arbeitssclaven an. Unter dem Einfluß socialistischer Agitatoren bildete sich nun bei ihnen ein Klassenbewußtsein aus, das sich im Kriegszustande sah mit der socialen Ordnung — und nur in der Zertrümmerung dieser Ordnung, die ja in Wahrheit gar nicht mehr als eine Ordnung, sondern als das momentane, jeden Tag veränderliche Resultat des kapitalistischen Würfelspiels der liberalen Theorie vom laisser faire anzusehen ist, die Rettung und das Heil für die Arbeiter erblickte.

So entstand die Socialdemokratie und sie sagte sich: Hat der Liberalismus es sich herausgenommen, frühere Ordnungen und sociale Rechte einzelner zu vernichten, warum soll es uns unerlaubt sein, mit der Gegenwart zu thun, was der Liberalismus mit der Vergangenheit gethan? Ist etwa der Besitz unserer heutigen Kapitalisten und Großindustriellen heiliger, als der Besitz und die Rechte der Fürsten, Grafen und der Kirche der Vergangenheit? So erhebt sich auf den Schultern des Liberalismus die Socialdemokratie — nicht bloß in Deutschland, sondern überall, wo er die Staaten mit seinen Theorien beackert hatte — und überall stand und steht der Liberalismus gleich rathlos der Socialdemokratie gegenüber, und sucht seine Rathlosigkeit mit bramarbasirenden Phrasen gegen die Socialdemokratie zu verdecken. Noch dieser Tage gab die „Nat.-Ztg." der spanischen Regierung den extrem staatssocialistischen Rath, sie solle die Güter der Kirche einziehen, um den Staat im Interesse der Gesammtheit damit financiell zu fundiren. Was will nun ein solches Blatt dagegen sagen, wenn die Socialdemokratie mit Hilfe dieser opportunistischen

Theorie sich über Recht und Gerechtigkeit wegsetzt und verlangt, daß der Staat im Interesse der Gesammtheit die Güter unserer Großkapitalisten und Industriellen einzieht? Und wenn dasselbe Blatt den Satz proclamirt, es müsse der Anspruch der Kirche, daß das von ihr verwaltete Christenthum göttliche Wahrheit sei, gebrochen werden, weil gewisse Leute nicht an diese Wahrheit glauben — was will es nun dagegen sagen, wenn die Socialdemokratie mit derselben Proclamation und aus denselben Gründen gegen die bestehende Weltordnung und gegen die liberalen, wirthschaftlichen und socialen, mit der Glorie der Wissenschaft umgebenen Theorien anstürmt? — Alle jene socialen manchesterlichen Mißstände wie diese Anschauungen der liberalen Presse, die wir als die Ursachen der Socialdemokratie erkannt haben, wirken noch täglich fort und deshalb hat man kein Recht, sich darüber zu wundern, daß die Socialdemokratie noch nicht überwunden ist, und noch weniger ist man berechtigt, andere Leute deshalb anzuklagen; vielmehr geht es mit ganz natürlichen Dingen zu, daß dieselben Ursachen auch noch immer dieselben Wirkungen haben: der naturalistische Liberalismus ist noch heute, wie vor 10 und 20 Jahren, die Vorfrucht der Socialdemokratie.

Aus alledem ergibt sich, daß man sich zur Bekämpfung der Socialdemokratie einen anderen Boden suchen muß, als den sumpfbrüchigen Boden des Liberalismus und seiner naturalistischen Weltanschauung. Die Kaiserliche Regierung hat sich seit 4 Jahren mit ihrer Politik auf den Boden der christlichen Weltanschauung, oder des praktischen Christenthums gestellt, welcher es eigenthümlich ist, daß sie mit nüchternem Blick die praktischen Bedürfnisse berücksichtigt, und hat versucht, die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihren Klagen abzuhelfen. Zunächst suchte die Regierung den deutschen Arbeitern die Anfertigung der deutschen Arbeitsbedürfnisse wieder möglichst zu sichern gegenüber der erdrückenden Concurrenz des Auslandes durch Errichtung von höheren Zöllen auf die Einfuhr auswärtiger Producte. Infolge dessen hat sich auch wieder viel mehr Arbeitsgelegenheit ergeben, und auch die Löhne sind, wenn auch leider vielfach noch nicht in dem erwünschten Grade, gestiegen. Ferner suchte die Regierung Maßregeln zu ergreifen, um der Zersetzung und Auflehnung des Handwerkerstandes

und überhaupt des Mittelstandes entgegenzutreten durch Bekämpfung des Wucherthums und des allen Geschäftsbetrieb an sich reißenden Schacherthums sowie insbesondere durch Belebung der gewerblichen Innungen. Endlich sucht die Regierung durch eine Steuerreform, welche die Arbeiter von den directen Steuern befreien und durch Versicherungseinrichtungen, die ihre Lage in den Tagen des Alters, der Krankheit und des Unfalls besser gestalten sollen, die Gesammtlage der Arbeiter zu verbessern. Bei all diesen auf das Wohl der Arbeiter gerichteten Bestrebungen hat die Regierung aber mit dem heftigen Widerstande der liberalen Parteien wie mit den durch die liberale Politik geschaffenen Mißständen zu kämpfen. Nur mit Hilfe und auf Anregung der Conservativen und des Centrums war es möglich, trotz jenes Widerstandes wenigstens einige Anfänge einer socialen Reformpolitik zu Stande zu bringen, wie sie durch die Kaiserliche Botschaft in großherziger Weise in Aussicht genommen ist. Die liberale Presse, wie immer auf die Thorheit und Vergeßlichkeit des Publikums speculirend, sucht jetzt sogar das zahlreiche Auftreten der Socialdemokraten in Hamburg und Kiel mit dieser socialen Reformpolitik in ursächliche Verbindung zu bringen, um der letzteren einen neuen Stein in den Weg zu werfen; aber wir hoffen, daß die Regierung sich nicht beirren läßt, auf dem Wege der socialen Reformpolitik, welche die christliche Weltanschauung zur Grundlage hat, vorwärts zu schreiten.

Illusionen über ein baldiges und gänzliches Verschwinden der Socialdemokratie darf man sich freilich nicht machen. Dazu ist der naturalistische und manchesterliche Liberalismus zu weit in die Volksmassen eingedrungen und dieser versorgt die Socialdemokratie immer mit neuen Rekruten. Ueberdies suchen sich Socialdemokratie und Liberalismus in der Verdächtigung und Bekämpfung der socialen Reformpolitik der Regierung und der Conservativen bei den Arbeitern den Rang abzulaufen, wenn auch jeder dieser feindlichen Brüder bei diesem edlen Wettkampfe sein besonderes Parteiinteresse hat.

Es hieße aber an der sittlichen Macht der Wahrheit verzweifeln, wenn man gegenüber der Verwirrung des Urtheils der Arbeitermassen durch die socialdemokratische und fortschrittliche

Agitation an dem guten Erfolg dieser socialen Reformpolitik der Kaiserlichen Botschaft verzweifeln wollte. Die Wahrheit wird auch hier trotz aller Trübungen siegen, wenn jene Politik nur mit Kraft und Weisheit durchgeführt wird. Freilich darf man nicht bei den Versicherungs-Anstalten stehen bleiben, sondern muß tiefer hineingehen. Man muß vor allem der verderblichen Zersetzung und Auflösung der socialen Ordnung, welche dem Kampf ums Dasein seine aufreibende Schärfe und die Herzen vergiftende Bitterkeit gegeben hat, entgegentreten durch organische und korporative Zusammenfassung der gleichartigen und gleichinteressirten socialen Gruppen. Jene Zersetzung, die jeden im harten Kampf ums Dasein ohne socialen Halt lediglich auf sich selbst stellt, treibt diejenigen, welche auf ihre Arbeitskraft und Kunst allein angewiesen sind, in die Unzufriedenheit und in den Groll mit den bestehenden Verhältnissen hinein, weil sie mit aller Kunst und Kraft vergeblich ringen gegen die Macht des Kapitals, die ihnen selbst in der Hand eines Menschen, der von der Arbeit gar nichts versteht, sondern der nur speculiren und schachern kann, unbedingt überlegen ist und sie schließlich nöthigt, ihm ihre Kunst und Kraft zur Ausnutzung zu verkaufen, gemäß der Theorie, wonach die Arbeit eine Waare ist.

Die große Zahl der Unzufriedenen aber bildet die Hauptmasse der Socialdemokratie, und die Hauptquelle der Unzufriedenheit ist die sociale, manchesterliche Zersetzung, welche die Arbeit zur Sclavin des handelnden Kapitals gemacht, statt daß das Kapital der Arbeit dienstbar sein sollte.

Die sociale Zersetzung ist aber auch die Ursache von dem ungeheueren Mißstand, daß unsere gewerbliche Jugend von dem Eintritt ins Gewerbe, also in einem Alter, wo die Jugend der gebildeten Stände noch in der Zucht der Schule und des Elternhauses steht, ohne jeden sittlichen Halt, ohne veredelnde autoritäre Einflüsse, lediglich auf sich selbst, die Werkstatt, die Schlafstelle, das Wirthshaus und die Gasse angewiesen dasteht und mit ihrem unerfahrenen Gemüth allen verderblichen Einflüssen offen steht. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß wie früher die Fortschrittspartei, so jetzt die Socialdemokratie in dieser verwahrlosten Arbeiterjugend ihre meisten Anhänger hat. Die einseitig intellectuelle

oder technische Bildung der Fortbildungsschule kann diesen Mangel nicht ersetzen; vielfach hat sie sogar oft nur die Bedeutung, daß sie der Socialdemokratie die geistigen Waffen schleift. Intelligenz will ja auch die Socialdemokratie, aber die Weltgeschichte hat zur Genüge gezeigt, und zeigt es täglich was eine Intelligenz ohne sittliche und religiöse Grundlage werth ist! Die sociale Zersetzung erzeugt nicht blos die Unzufriedenheit und Verbitterung, sondern auch den Geist der Auflehnung gegen alle Autoritäten, gegen jegliche feste Ordnung, gegen jede höhere Wahrheit, zerstört die Ideale, drückt den Menschen zur Selbstsucht, zum Jagen nach Geld und Genuß herab — zerstört die Grundlage aller Verhältnisse: die Familie, wie die socialen Beziehungen und zersetzt Staat und Kirche.

Diese Hinweise mögen genügen, um anzudeuten, daß der Kampf gegen die Socialdemokratie, wenn er wirksam sein soll, ein Kampf gegen die tiefen religiösen, sittlichen und socialen Schäden unserer Zeit sein muß. Die Socialdemokratie ist nur ein Symptom der Krankheit unseres Volkskörpers, wie es noch andere Symptome gibt; ein Symptom freilich, in welchem der ganze im Volkskörper liegende Krankheitsstoff zum Ausbruch kommt. Deshalb ist es vergebliche Mühe, wenn man diesen gefährlichen Ausschlag am Volkskörper wegkratzt, statt den Volkskörper selbst zu heilen! Wir haben gleich damals, als das Socialistengesetz gegeben wurde, die Befürchtung ausgesprochen, daß man über der Anwendung dieses Specialmittels die eigentliche Krankheitsursachen, die Wurzeln der Socialdemokratie übersehen und sie fortwuchern lassen möchte. Leider ist in hohem Grade diese Befürchtung eingetroffen. Die Reformpolitik hat noch nicht kräftig genug an die Wurzeln der socialen Mißstände gegriffen; die sociale Zersetzung dauert noch zu sehr fort, das Ringen des Handwerks, des Bauernstandes, der Arbeiter nach Besserung ihrer Lage hat noch zu wenig Erfolg gehabt und um unsere Arbeiterjugend kümmert man sich noch immer viel zu wenig. Die socialdemokratische Agitation schleicht hier im Geheimen umher und vergiftet die jungen Herzen durch die alle göttliche und menschliche Ordnung und Wahrheit lästernde Sprache ihrer Presse, die wie die Pest im Finstern schleicht. In der breiten Oeffentlichkeit aber trägt die naturalistische liberale,

insbesondere die sogenannte Judenpresse Tag für Tag mit größter Dreistigkeit ihr zersetzendes Gift in den Volkskörper hinein, und gerade die Kreise der wohlhabenderen bürgerlichen Klassen, die in pharisäischer Selbstgerechtigkeit so gern über die Socialdemokratie raisonniren, unterstützen diese Presse und säen fortwährend den Samen der naturalistischen Weltanschauung und jener socialen Mißstände, aus welchen mit Naturnothwendigkeit die Drachensaat der Socialdemokratie hervorwächst. Menschen, welche der Weltanschauung des Herrn Dubois-Reymond huldigen, werden, wenn sie Geld, diese stärkste Waffe im Concurrenzkampfe ums Dasein, haben, manchesterliche Demokraten, wenn sie aber arme Leute sind, die nichts anderes besitzen, als ihre Arbeitskraft, so werden sie Socialdemokraten. Will man die Ueberwindung der Socialdemokratie, so muß man auch die Mittel dazu ehrlich und ernsthaft wollen, und wer diese nicht will, hat auch kein Recht, sich über das Fortwuchern der Socialdemokratie zu wundern oder zu beklagen.

Ist es unleugbar, daß die Pfahlwurzel der Socialdemokratie in der aus der naturalistischen Weltanschauung geborenen socialen Zersetzung liegt, so ist es ebenso unleugbar, daß das Hauptmittel zu ihrer Bekämpfung in der mit den sittlichen Grundsätzen der christlichen Weltanschauung zu erstrebenden Organisation liegt. Thatsächlich ringt das sociale Leben überall nach Organisation, leider freilich bis jetzt ohne genügenden Erfolg. Die Aufgabe des Staats und der Gesellschaft ist es, diesem Ringen überall zu Hilfe zu kommen. Organisation und zwar corporative Organisation ist die Aufgabe der Zeit. Nur mit einer solchen Organisation ist die immer weiter um sich greifende naturalistische revolutionäre Auflösung der Gesellschaft wirksam zu bekämpfen. Möchte man das in Staat, Kirche und Gesellschaft endlich begreifen — ehe es zu spät ist.

Schlußbemerkung.

Bei der Abschrift des Manuscriptes wurden nachstehende Namen durch ein unliebsames Versehen von den übrigen getrennt. Sehr wesentliche Verdienste für die socialen und wirthschaftlichen Verdienste erwarben sich ferner noch in Deutschland: Der Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Dr. Kropatschek, Commerzienrath Quistorp, Dr. Sieglerschmidt, Friedrich Luckhardt, Cremer-Berlin, Pastor Zander, Otto Schwarzkopf, Lüdtke-Hamburg, Buchhändler Schmeitzner, Sekretär Klinner, Müller-Rheydt, Kosubeck, Schmidt-Breslau, Freyberg-Breslau, Schirmer, Sander, Kügler, Warringscholz, Robert Tochtermann, W. Weil, Gutsmann, Wiedmann, Walsberger, Senke, E. Richter, Jos. Huber, Otto Wiedemann, Dr. Götz, H. Gilsenbeck, Chr. Flechtner. Gg. Münzing, M. Pachmeier, Fr. Schwarzfischer, Jos. Huber, Dr. Geigel, Wehberg, A. Szempler, A. Delius, H. Peters, R. König, Schweyer, A. Buchner, Rossel, Meierle, Siemon, Fr. Schmidt-Karlsruhe, H. Nordmann. In England hat Lord Chamberlain das Verdienst, die Nothwendigkeit der socialen Reformen mit aller Entschiedenheit hervorgehoben zu haben. Für Oesterreich ist noch in hervorragender Weise Graf Franz Kuefstein zu nennen.

A. Alphabetisches Namensverzeichniß der Personen,

welche in dieser Schrift citirt oder erwähnt sind.*)

Namen.	Seite, wo citirt oder erwähnt.
Ancillon	141.
Aristophanes	8.
Aristoteles	7. 63.
v. Bennigsen	60. 62. 75.
Billon & Isaat, Musikdosen-Fabrik in Genf	89.
v. Bismarck, Fürst, Reichskanzler	58. 59. 83. 104. 126. 183.
Bismarck, Herr von	77.
Blöch, Polizeibeamter in Wien	148.
Böhmert, Dr. Victor, Prof. ꝛc. in Dresden	94. 95.
Bonnet	88.
Borchert, Messingfabrikant	88.
Briggs & Co.	88.
Bücher, Dr. Karl	27.
Bucher, Lothar	87.
v. Camphausen, preuß. Finanzminister	37. 38.
Cavour, Graf	XIII. 141.
Cicero	138.
Cipriani	VIII.
Contzen, Prof. Dr.	68.
Daël-Köth	151.
Delbrück, preuß. Staatsminister	38.
Desutt de Tracy	114.
Disraeli	66.

*) Anmerkung. Die in der Anmerkung auf Seite 151 und 152 aufgeführten Namen sind, insoweit sie nicht noch an anderen Stellen dieser Schrift vorkommen, in das hier folgende alphabetische Verzeichniß nicht mit aufgenommen worden.

Namen.	Seite, wo citirt oder erwähnt.
Dubois-Raymond	8.
Elsner-Gronow	151.
Emminghaus	124.
Fischer, Dr.	8.
Förster, Alban	94.
Förster, Dr. Bernhard	153.
Franklin	17.
Franciscus, Sct. v. Assisi	9.
Frantz, Constantin	115.
Friedenthal, preuß. Ackerbauminister	47.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen	65.
George, Henry	16. 22.
Göschen	28. 29.
Goethe	9.
Gracchus, Tiberius und Cajus	136.
Graf von Paris	95.
v. Hagemeister, Ober-Präsident von Westfalen	57.
Hammerstein-Schwartow	151. 153.
Hemtienne	88.
Henrici, Dr. Ernst	153.
v. Hertling	153.
Hitze, Dr. Franz	38. 99. 131. 153.
Holtul, Polizeibeamter in Wien	148.
Horaz	135.
Huber, Prof. Dr.	79.
Isenburg-Birstein, Fürst Karl zu	161.
Jäger, Dr. Eugen, Redacteur	38. 46. 51. 54.
Jörg, Dr. Edmund	61. 69. 70. 87.
John Stuart Will	95.
v. Kleist-Retzow	60. 153.
Ketteler, Freiherr von, Bischof von Mainz	61. 62.
Lange, Friedrich Albert	4. 5. 7. 26. 86. 134.
Laveleye, Emile de	27. 64.
Lassalle	70. 87. 101.
Leclaire, Stubenmaler	89.
v. Leipziger, Dr. Ober-Präsident v. Hannover	58.
v. Liebermann, Regierungs-Präs. in Münster	57.
v. Liebermann-Sonnenberg	153.
Lotze, Hermann	138.
Ludwig	153.
van Macken, Fabrikdirektor in Delft	91.
Marx, Dr. Karl	15. 108.
Meyer, Rudolph	131.

Namen.	Seite, wo citirt oder erwähnt.
Metzner	153.
v. Miaskowsky, Prof. Dr.	38.
Mill	124.
v. Minnigerode	153.
Mirbach	151.
Mommsen	72.
Montesquieu	72. 114.
Moscher	42.
Most	11.
Neurath, Dr. Wilhelm	85. 96.
„Niederländische Hefen- u. Spiritusfabrik“ in Delft, Aktiengesellschaft	90.
Nicndorf	63. 151. 191.
Nordmann	49.
Perrot, Dr.	151.
Phidias	9.
Pinkert, Alexander, Kaufmann	152.
Pinto-Mettkau, Graf	5.
Plato	7.
Priestley	17.
Protagoras	7.
Proudhon	4.
v. Puttkamer, Vice-Präs. des preuß. Staatsminist.	104. 105. 106. 108. 112. 149—150.
v. Radowitz, General	65. 66.
Ratzinger, Dr.	35. 36. 37. 38. 83 85. 88.
Rauchhaupt	153.
Redonly & Co.	89.
Reichensperger, Dr. Peter	49.
Reyband	88.
v. Riedel, bayerischer Finanzminister	58.
Richter, Eugen	61. 104. 113.
Rodbertus	17. 55. 87.
Roscher, Prof. Dr.	38. 87.
Rothschild	66. 67. 131. 133. 148.
Sailer, Michael, Bischof	XI.
Schedel, Mechaniker	179.
Schiller	9.
Schmoller, Prof. Dr.	38. 42.
v. Scholz, preuß. Finanzminister	101.
Schorlemer-Alst, Freiherr	38. 56. 153.
Schütze, Heinsdorf	151.

Namen.	Seite, wo citirt oder erwähnt.
Schuchardt, Druckerei in Genf	90.
Schulenburg-Beetzendorf	151.
Shakespeare	9.
Smith, Adam	5. 25.
Socrates	7. 8.
v. Stein, preuß. Staatsminister	47.
Stein, Lorenz von, Professor	32.
Stöcker, Dr. Hofprediger	152. 153.
Stolberg	151.
Stoßer	153.
Thiers	78.
Thomas (Bremerhafen)	26.
Thomas von Kempis	XI.
Thüngen-Roßbach	151.
Touſſenel	65.
Vogelſang, Freiherr Karl von	24. 38.
v. Vollmar	62.
Wagener, Geheimrath	77.
Wagener, Adolph, Professor	25. 38. 153.
Warth, Prof. u. Gymn.-Direktor	1.
Watzdorff	151.
Wedemeyer	151.
Weiß, Schneidermeister	175. 176.
Wilmans	151.
Wolfram von Eſchenbach	148.
Wrangel	150.

B. Alphabetiſches Verzeichniß

der Zeitungen und literariſchen Werke,

welche in dieſer Schrift citirt oder erwähnt ſind.

Namen.	Seite, wo citirt oder erwähnt.
„Agrarfrage, die", von Dr. Peter Reichensperger (Trier 1847)	49.
„Agrarfrage, die der Gegenwart" von Dr. Eugen Jäger	46. 48. 54.
Allgemeine Zeitung, München	28. 42. 105. 117.
„Arbeiterfreund"	94.
Augsburger Postzeitung	53. 58.
„Beitrag, ein, zur Lohn- und Arbeiterfrage". (Berlin, Puttkammer u. Mühlbrecht. 1881)	99.
Beobachter am Main	3.
„Cri du peuple"	133.
„Das deutſche Grundbuch- und Hypothekenweſen" von Moſcher	42.
Deutſche Landeszeitung	143. 158.
Deutſche Reichspoſt	1. 90.
Deutſcher Volksfreund (Frankfurt a. M.)	42.
Deutſche Volkszeitung	153. 192.
„Drei Fragen des Grundbeſitzes und ſeine Zukunft" von Lor. v. Stein	54.
„Études sur la condition des ouvriers en soi"	88.
„Fortſchritt und Armuth" von Henry George. (Berlin. Staude 1881)	16.
Frankfurter Volkszeitung	90.
Frankfurter Zeitung	50.
„Geiſt der Geſetze" von Montesquieu	72. 114.
Germania	122. 148.
„Geſchichte der ſocial-politiſchen Parteien in Deutſchland" von Dr. Edmund Jörg. (Freiburg Herder 1867)	61. 69. 87.
„Geſchichte des Materialismus" von Friedrich Albert Lange. (Iſerlohn. Bädeker. 1866)	4. 5. 7. 26. 86. 134.
„Geſpräche aus der Gegenwart" von General v. Radowitz	65.

Namen.	Seite, wo dieser oder erwähnt.
„Gewinnbetheiligung, die", von Dr. Victor Böhmert. (Leipzig. Brockhaus 1878)	94.
„Industrial partners'hips Record"	88.
Journal de Genève	90.
„Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft" von Dr. Franz Hitze. (Paderborn. Bonif.-Druckerei. 1880)	99. 131.
Kölnische Volkszeitung	126.
Kreuzzeitung	40. 54. 146.
„Memoiren des Geheimraths Herrn Wagener". (Berlin. R. Pohl.)	77.
„Mikrokosmus, der", von Hermann Lotze	138.
Münchener Fremdenblatt	IX.
„Nachfolge Christi" von Thomas a. Kempis	XI.
Nationalliberale Correspondenz	126.
National-Zeitung	8. 11. 12.
Oesterreichische statistische Monatsschrift	49.
Pommersche Reichspost	68.
„Promemoria zur Sammlung aller christlich-conservativen Parteigruppen 2c". (München. Huttler. 1880)	110.
Provinzial-Correspondenz	58.
Reichsbote	10. 56.
„Römische Geschichte" von Mommsen	72.
Staatssocialist	8.
„Suum cuique" von Graf Pinto Mettkau. (Breslau. Gosohorsky. 1876)	5.
„Untergang, der, der alten Parteien und die Parteien der Zukunft" von Constantin Franz (Berlin. Niendorf, jetzt Graf Behr-Bandelin 1878)	115.
„Ureigenthum, das", Emile de Laveleye, übersetzt von Dr. Karl Bücher. (Leipzig. Brockhaus 1879)	27. 64.
„Ursachen, die, der Entstehung und Weiterentwickelung der Socialdemokratie" (Berlin. Friedrich Luckhardt. 1880)	5. 27. 66. 192.
„Volkswirthschaft, die, in ihren sittlichen Grundlagen" von Dr. Ratzinger	35. 36. 37. 83.
„Volkswirthschaftliche und social-philosophische Essays" von Dr. Wilhelm Neurath. (Wien. Fäsy u. Frick. 1880)	96.
„Zur Vermittelung der Extreme in den Meinungen" von Ancillon	141.

Inhalt.

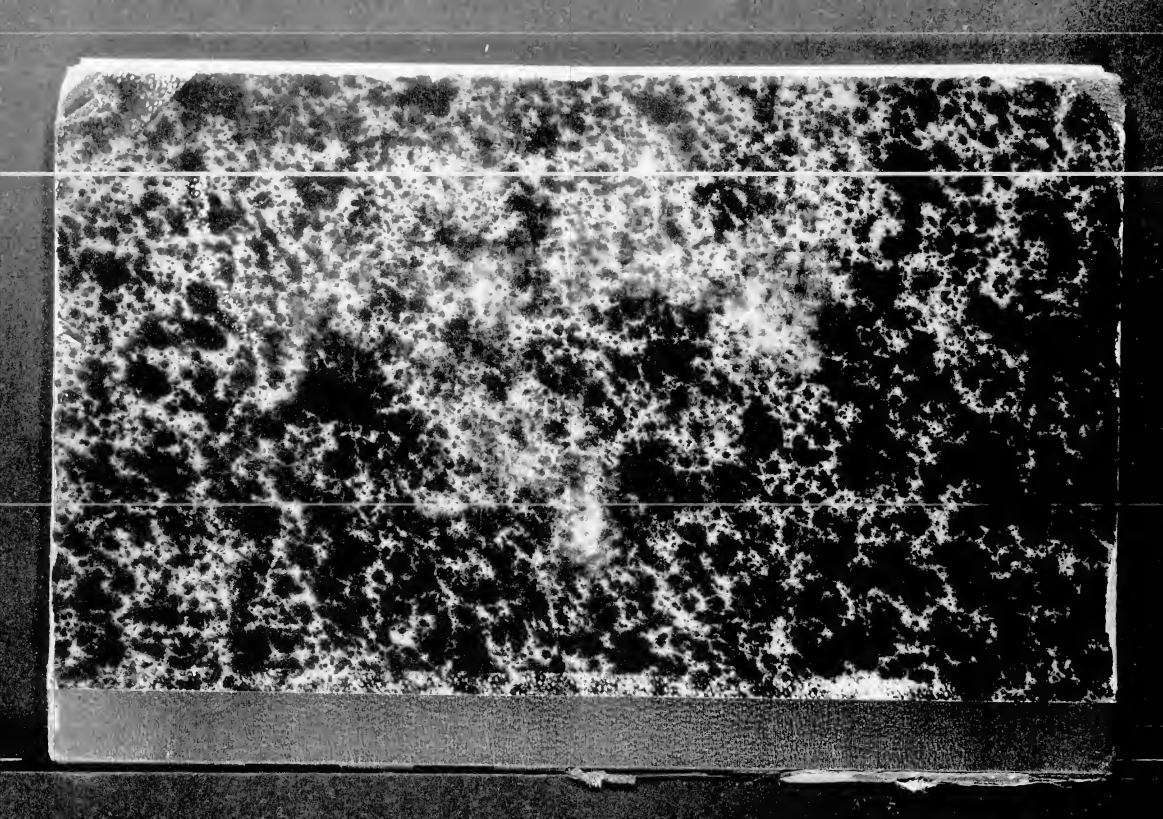
	Seite
Erstes Kapitel.	
Der „fünfte Stand"	1
Zweites Kapitel.	
Der Preis des Kapitals und der Preis der Arbeit	16
Drittes Kapitel.	
Etwas über die landbautreibende Bevölkerung	32
Viertes Kapitel.	
Die Regierungen	60
Fünftes Kapitel.	
Mittel zur Gründung von kleineren und mittleren Vermögen	79
Sechstes Kapitel.	
Minister von Puttkamer und die Socialdemokratie	104
Siebentes Kapitel.	
Geheime oder öffentliche, directe oder indirecte Wahl	113
Achtes Kapitel.	
Die neuesten preußischen Steuergesetz-Vorlagen	119
Schluß	136
Anhang	155
Alphabetisches Namensverzeichniß der citirten Personen	231
Alphabetisches Verzeichniß der citirten Zeitungen und literarischen Werke	235

Berliner Buchdruckerei-Actien-Gesellschaft
Setterinnenschule des Lette-Vereins.

331.8 F311
Fechenbach-Laudenbach
Fünfte stand

33220

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0048526509



END OF
TITLE